

16. Sitzung (Fortsetzung)

Potsdam, Donnerstag, 22. Juni 2000

Inhalt

	Seite		Seite
Mitteilungen des Vizepräsidenten	910	Thiel (PDS)	933
Fortsetzung der 2. Lesung des Haushaltes 2000/2001		Karney (CDU)	935
		Minister für Wirtschaft Dr. Fürniß	936
Einzelplan 07 - Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen		Einzelplan 10 - Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung	
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen		Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen	
Drucksache 3/1207	910	Drucksache 3/1210	940
Frau Dr. Schröder (PDS)	910	Frau Wehlan (PDS)	940
Frau Schulz (CDU)	912	Dellmann (SPD)	941
Frau Fechner (DVU)	914	Claus (DVU)	944
Kuhnert (SPD)	914	Helm (CDU)	945
Dr. Wagner (CDU)	917	Dobberstein (PDS)	947
Frau Bednarsky (PDS)	918	Dombrowski (CDU)	950
Frau Konzack (SPD)	919	Frau Dr. Enkelmann (PDS)	952
Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Ziel	921	Minister für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung Birthler	953
Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft		Einzelplan 11 - Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr	
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen		Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen	
Drucksache 3/1208	925	Drucksache 3/1211	955
Dr. Ehler (CDU)	925	Frau Hesselbarth (DVU)	955
Christoffers (PDS)	928	Schrey (CDU)	956
Schuldt (DVU)	930	Warnick (PDS)	958
Müller (SPD)	931		

	Seite		Seite
Vogelsänger (SPD)	959	Drucksache 3/1200	
Frau Tack (PDS)	961	einschließlich Korrekturblatt	
Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Meyer	963	Finanzplan des Landes Brandenburg für die Jahre 1999 - 2003	
Einzelplan 12 - Ministerium der Finanzen		Unterrichtung durch die Landesregierung - zur Beratung -	
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen		Drucksache 3/901	
Drucksache 3/1212		Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen	
Einzelplan 15 - Hochbaumaßnahmen des Landes Brandenburg		Drucksache 3/1222	966
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen		Frau Osten (PDS)	966
Drucksache 3/1215		Klein (SPD)	969
Einzelplan 20 - Allgemeine Finanzverwaltung		Frau Fechner (DVU)	972
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen		3. Zweites Gesetz zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes	
Drucksache 3/1220 einschließlich Korrekturblatt		Gesetzentwurf der Landesregierung	
Gesetz zur Beseitigung des strukturellen Ungleichgewichts im Haushalt (Haushaltsstrukturgesetz 2000 - HStrG 2000)		Drucksache 3/1047	
Gesetzentwurf der Landesregierung		Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport	
Drucksache 3/810 einschließlich Korrekturblatt		Drucksache 3/1271 (Neudruck)	
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen		Entschließungsantrag der Fraktion der SPD der Fraktion der CDU	
Drucksache 3/1221		Drucksache 3/1366	
Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für die Haushaltsjahre 2000 und 2001 (Haushaltsgesetz 2000/2001 - HG 2000/2001)		2. Lesung	977
Gesetzentwurf der Landesregierung		Frau Kaiser-Nicht (PDS)	977
Drucksache 3/900 einschließlich Korrekturblatt		Frau Siebke (SPD)	979
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zur 2. Lesung		Frau Fechner (DVU)	981
		Frau Hartfelder (CDU)	981
		Minister für Bildung, Jugend und Sport Reiche ..	983
		4. Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Bildung einer gemeinsamen Einrichtung nach § 6 Abs. 1 Satz 7 des Abfall- verbringungsgesetzes	
		Gesetzentwurf der Landesregierung	
		Drucksache 3/1248	
		1. Lesung	987

	Seite		Seite
5. Bericht des Ministers des Innern über den Vollzug von Maßnahmen aufgrund § 33 Abs. 3 des Brandenburgischen Polizeigesetzes (BbgPolG)		8. Beschlüsse zu Petitionen (gemäß § 12 Abs. 2 des Petitionsgesetzes)	
Bericht des Ministers des Innern		Übersicht 3 des Petitionsausschusses	
Drucksache 3/1166	987	Drucksache 3/1253	987
6. Gemeinschaftsaufgabe nach Artikel 91 a des Grundgesetzes „Ausbau und Neubau von Hochschulen“ (Anmeldung zum 30. Rahmenplan für den Hochschulbau)		Anlagen	
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen		Gefasste Beschlüsse	988
Drucksache 3/1165	987	Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen zu Tages- ordnungspunkt 2 - Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für die Haushaltsjahre 2000 und 2001 (Haushaltsgesetz 2000/2001 - HG 2000/2001)	988
7. Genehmigung der Mitgliedschaft im Aufsichtsrat der Wirtschaftsförderung Berlin GmbH		Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu Tages- ordnungspunkt 3 - Zweites Gesetz zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 3/1047	988
Antrag der Landesregierung		Alle mit einem * gekennzeichneten Redebeiträge sind vom Redner nicht überprüft (lt. § 95 der Geschäftsordnung).	
Drucksache 3/1254	987		

Fortsetzung der Sitzung: 9.02 Uhr**Vizepräsident Habermann:**

Ich begrüße Sie ganz herzlich zur Fortsetzung der 16. Plenarsitzung. Ehe ich in die Plenarsitzung eintrete, möchte ich Ihnen noch eine kurze Mitteilung machen, die sicherlich Ihren Beifall findet. Ich hatte nach den gestrigen Wetterberichten angenommen, dass die Außentemperatur heute niedriger sein würde und damit die Verhältnisse hier im Plenarsaal etwas erträglicher wären. Das scheint jedoch nicht so zu sein. Aus diesem Grunde gibt es eine Sonderinitiative der Finanzministerin: Es werden hier im Verlaufe des Vormittags transportable Klimatrüben aufgestellt.

(Allgemeiner Beifall)

Aber schrauben Sie bitte Ihre Erwartungen nicht zu hoch. Ich bin Wärmetechniker und glaube, dass in diesem Raum mit seinem großen Volumen der Effekt nicht übermäßig groß sein wird. Aber schon das psychologische Moment ist entscheidend. Wenn die Temperatur um zwei oder drei Grad sinkt, haben wir schon etwas gewonnen.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich rufe den **Einzelplan 07 - Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen** - Drucksache 3/1207, auf. Ich eröffne die Aussprache zu diesem Einzelplan mit dem Beitrag der PDS. Frau Abgeordnete Schröder, Sie haben das Wort.

Frau Dr. Schröder (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der beschäftigungspolitische Kurs der Koalitionsregierung heißt klar und unverblümt: Weg von Arbeitsförderung, hin zu noch mehr Wirtschaftsförderung!

Bemäntelt wird er durch den suggerierten Sparzwang, dem nach Logik der Landesregierung natürlich vor allem Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zum Opfer fallen müssen.

Der Einzelplan 07 offenbart eine Entwicklungstendenz, nach der unser Land weiteren Rekordzahlen der Arbeitslosigkeit entgegensteuert. Ich habe oft den Eindruck, wir befinden uns auf einem Narrenschiff, welches bei dem eingeschlagenen Kurs unweigerlich auf die Klippen zusteuert, und wir als Abgeordnete in den Ausschüssen nur noch beraten, ob das Schiff am Bug oder am Heck zuerst untergeht.

Schauen wir uns das nüchterne Zahlenwerk an, das arbeitslosen Brandenburgerinnen und Brandenburgern noch bitter schmecken wird. Besonders drastische Einschnitte sieht die Landesregierung bei der ergänzenden Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen vor. Hier werden die Landesmittel von 69 Millionen DM im Ansatz 1999 auf 45 Millionen DM im Jahr 2000 und auf 36,7 Millionen DM im Jahr 2001 gekürzt. Im Vergleich des Beginns der 2. und der 3. Legislaturperiode ist zu konstatieren: Anstieg der Arbeitslosigkeit um 44 %, Rückgang der Landesförderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen um 55 %.

Auffassung der PDS-Opposition ist und bleibt: Angesichts

aktueller und prognostizierter Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklungen muss die Verstetigung der Arbeitsförderung eine vordringliche Aufgabe, auch unter landespolitischer Verantwortung sein.

Meine Dame, meine Herren von der Regierung! Sie haben in Ihrer Koalitionsvereinbarung selbst festgeschrieben, dass eine Verstetigung der ergänzenden Landesförderung erforderlich ist, solange kein substanzieller Abbau von Arbeitslosigkeit erfolgt. Offensichtlich ist diese Vereinbarung nicht das Papier wert, auf der sie steht, wenn eine solche wichtige und zentrale Aussage keine finanzielle Untersetzung und damit keine praktische Umsetzung erfährt.

Ein substanzieller Abbau von Arbeitslosigkeit ist im Land Brandenburg nicht erkennbar, im Gegenteil: 224 000 Menschen waren am Ende des Monats Mai 2000 bei den Arbeitsämtern registriert - über 6 000 mehr als noch ein Jahr zuvor. Das sind nur die offiziellen Zahlen. Sie wissen, dass die Betroffenheit aufgrund verdeckter Arbeitslosigkeit weit höher liegt. Entscheidend ist der Vergleich zum jeweiligen Vorjahresmonat. Im gesamten I. Quartal des Jahres 2000 lagen die Arbeitslosenzahlen in Brandenburg deutlich über denen des I. Quartals 1999: Januar plus 7,3 %, Februar plus 7,8 %, März plus 8,1 %, April plus 6,2 %.

Besonders dramatisch entwickelt sich die Langzeitarbeitslosigkeit. 37,3 % der jetzt gemeldeten Erwerbslosen sind bereits länger als ein Jahr arbeitslos, also mehr als ein Drittel. Mit diesem Anteil nimmt unser Land einen traurigen Rekord im Vergleich aller neuen Bundesländer ein. Doch die Brandenburger Statistik offenbart noch Schlimmeres: Die Zahl der Langzeitarbeitslosen stieg im Vergleich von Mai 1999 zu Mai 2000 um 20,6 %, also um mehr als ein Fünftel. Zum Vergleich: Die Langzeitarbeitslosigkeit stieg in Sachsen-Anhalt um 8,4 %, in Sachsen um 5,6 %, in Thüringen um 3,8 % und in Mecklenburg-Vorpommern sank sie sogar um 1,8 %.

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen werden seitens der Bundesanstalt für Arbeit in allen neuen Bundesländern zurückgefahren. Wieder - und schon vor den Kürzungen - fällt dieser Rückgang im Land Brandenburg mit 42 % im Vergleich zum Vorjahr am deutlichsten aus. In den anderen neuen Bundesländern verlief der Rückgang von ABM mit 18 % weit moderater. Noch immer hat Brandenburg den geringsten ABM-Anteil pro 100 Arbeitslose. In Brandenburg kommen auf 100 Arbeitslose sechs ABM, in Mecklenburg-Vorpommern 16, in Sachsen-Anhalt 10, in Thüringen 13 und in Sachsen 13. All diese Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Zunahme von Langzeitarbeitslosigkeit bei gleichzeitigem Abbau von Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik. Hier und jetzt noch einmal den Rotstift bei der Kofinanzierung von ABM und SAM massiv anzusetzen ist arbeitsmarkt- und vor allem sozialpolitisch unverantwortlich.

(Beifall bei der PDS)

Die Fraktion der PDS fordert die Landesregierung auf: Setzen Sie Ihre Koalitionsvereinbarung zur Verstetigung von Arbeitsförderung um und sehen Sie dafür, entsprechend dem Ansatz von 1999, für die Jahre 2000 und 2001 einen Mittelansatz von jeweils 69 Millionen DM im Doppelhaushalt vor!

Meine Damen und Herren Abgeordnete von den Koalitionsparteien, mit den in unserem Antrag genannten Deckungsquellen, allesamt aus dem Einzelplan 20, kommen wir Ihnen sehr entgegen. Als arbeitsmarktpolitische Sprecherin der PDS-Fraktion sage ich Ihnen, dass die beschäftigungspolitische Forderung jedoch lauten muss: Weg von nicht effektiver, weil nicht beschäftigungswirksamer Wirtschaftsförderung, hin zu reformierter aktiver Arbeitsmarktpolitik.

Nach Auskunft des Wirtschaftsministers kostete im Jahr 1999 ein einziger neu geschaffener regulärer - ich frage: auch dauerhafter? - Arbeitsplatz etwa 186 000 DM Fördermittel - öffentliche Wirtschaftsförderung, meine Damen und Herren, und die Tendenz ist steigend, denn im Durchschnitt der Jahre 1993 bis 1998 lag diese Kennziffer noch bei 122 000 DM.

Meine Damen und Herren von der CDU, Herr Wirtschaftsminister, Sie scheinen nicht viel Vertrauen in die selbstschaffende und selbsttragende Wirtschaftskraft Brandenburgs zu haben, wenn Sie immer mehr öffentliche Investitionsförderung befürworten, ja geradezu herbeisehnen. Das ist teuerst finanzierte öffentliche Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt und hat mit Ihrer Weltanschauung einer funktionierenden freien Marktwirtschaft wohl nur marginal noch etwas zu tun.

(Müller [SPD]: Das ist doch wirklich eine Frechheit, was Sie hier erzählen!)

Die Wirtschafts- und Strukturförderung wird entgegen dem allgemeinen Konsolidierungskurs um über 500 Millionen DM im Jahr 2000 und um über 200 Millionen DM im Jahr 2001 gegenüber dem Ansatz von 1999 aufgestockt. Zudem wird die Investitionsquote deutlich erhöht. Angesichts solcher Größenordnungen ist es wohl legitim zu hinterfragen, ob der immense Mitteleinsatz für Wirtschaftsförderung bei Ausbleiben spürbarer Beschäftigungseffekte gerechtfertigt ist und einer gesellschaftlichen Kosten-Nutzen-Analyse noch standhält.

Wirtschaftsförderung gehört auf den Prüfstand, denn sie ist nicht Selbstzweck einer Klientelpolitik. Nicht das Risiko Modernisierung - zugleich Rationalisierung - ist dem Unternehmer abzufedern, sondern das Risiko Beschäftigung. Gefördert und steuerentlastet werden muss nach Quantität und Qualität von Arbeitsplätzen. Die Evaluierung steuerfinanzierter Wirtschaftsförderung ist allemal dringlicher und berechtigter als eine Evaluierung beitragsfinanzierter Arbeitsförderung. Noch geht hier viel zu viel an Information und Controlling am Parlament vorbei. Das, meine Damen und Herren, muss sich ändern.

(Beifall bei der PDS)

Die PDS-Fraktion wird in dieser Legislaturperiode mit Nachdruck die Einstellung, Vergabe und Ausreichung von Mitteln und vor allem die Effizienz öffentlich finanzierter Wirtschaftsförderung hinterfragen und der Landesregierung eine hohe Transparenz auf diesem Gebiet abverlangen. Auf die Beschäftigungswirksamkeit ihrer Wirtschaftspolitik werde ich ein besonderes Augenmerk richten, und dies nicht nur mittels aktueller Arbeitsmarktstatistiken des Landesarbeitsamtes, sondern mit allen mir als Abgeordneter verfassungsrechtlich gegebenen Möglichkeiten. Weisen Sie Erfolge nach, schaffen Sie Arbeitsplätze am regulären Arbeitsmarkt in ausreichender Quantität und Qua-

lität! Dann erst und nur dann sind Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik entbehrlich.

(Beifall bei der PDS)

Ich sage es noch einmal: Die Landesregierung handelt sozialpolitisch unverantwortlich, wenn sie den zweiten vor den ersten Schritt setzt. Nutznießer aktiver Arbeitsmarktpolitik wie Bund, Länder und Kommunen müssen systematisch und nicht nur über Kofinanzierungsmechanismen an der Finanzierung beteiligt werden. Auch hier sollte das Äquivalenzprinzip gelten. Nur so ließe sich das leidige Stop-and-Go in der Arbeitsmarktpolitik beenden. Wir sehen es doch gerade: Der Bundeszuschuss an die Bundesanstalt für Arbeit entfällt willkürlich bei Entlastung des Arbeitsmarktes und das Land Brandenburg kann sich ohne rechtliche Konsequenzen aus seiner Verantwortung mehr und mehr zurückziehen.

Innovativ sein heißt jetzt, einen Paradigmenwechsel herbeizuführen, der aktive Arbeitsförderung zu einem System professioneller Dienstleistungen entwickelt. So gilt es, die Regelung von grundlegenden Zielen und Handlungsmöglichkeiten der Arbeitsförderung statt von Berechtigungen und Verboten herbeizuführen, also quasi die gesamte aktive Arbeitsmarktpolitik in freier Förderung zu gestalten.

Einen ersten Versuch in diese Richtung unternimmt § 10 SGB III, der innovativ in Abweichung von der sonst praktizierten Individualförderung auch Projektförderung zulässt. Diese Möglichkeit wird aber bisher nur sehr zaghaft genutzt, da Planungsunsicherheiten bei Notwendigkeit langjähriger Finanzierung seitens der Arbeitsämter bestehen. Das Land könnte bei finanzieller Beteiligung an der freien Förderung Anreize schaffen. Soziale, kulturelle oder ökologische Projekte ließen sich befördern, die heute über herkömmliche Instrumente nur sehr unzureichend oder überhaupt nicht förderfähig sind.

Die PDS-Fraktion beantragt, ein Landesprogramm aufzulegen, welches eine Landesbeteiligung an Maßnahmen nach § 10 SGB III für zunächst drei Jahre sichert. Zur Finanzierung sollen die neu eingestellten Mittel für das politisch umstrittene, weil wenig Beschäftigungswirksamkeit versprechende Modell subventionierter Niedriglohnarbeit umgeschichtet werden. Ich höre Sie schon wieder unken, die PDS verzichte mit der Ablehnung des Mainzer Modells jährlich auf 15 Millionen DM an Bundesmitteln. Herr Arbeitsminister, wir verschenken diese Mittel nicht, wir helfen, sie einzusparen für wirklich innovative Ideen in der Arbeitsförderung.

Das Zustandekommen der Brandenburger Beteiligung am Bundesmodellversuch verrät einiges über die Konzeptionslosigkeit der Landesregierung, wenn der Arbeitsminister im Fachausschuss erklärt, dass bei Beteiligungsbeantragung keine Kenntnis über die Notwendigkeit einer 20%igen Landeskofinanzierung bestand. Die Mitnahme von Bundesmitteln scheint immer sehr willkommen zu sein, egal wofür. Wo zwar kein sachlicher, wohl aber finanzieller Mitnahmewille besteht, da stehen plötzlich trotz angeblicher Einsparzwänge bei der Arbeitsförderung 3,75 Millionen DM jährlich zur Verfügung: Gelder, die im Arbeits- und Sozialausschuss ohne Angabe von konkreter Ausgestaltung des Modellversuchs und vor allem ohne Angabe von Deckungsquellen mit den Stimmen der

Koalitionsparteien beschlossen wurden. Das, meine Damen und Herren, ist unseriös.

Das Saarländer und das Mainzer Modell entstammen der Motenkiste, weil sie von alten Denkmustern getragen werden, wie die neoliberale Legende von den zu hohen Löhnen und zu hohen Sozialleistungen sowie der Disziplinierung von Menschen, die auf den Empfang dieser Sozialleistungen angewiesen sind und ihr Leben mehr schlecht als recht damit bestreiten müssen. Es ist das seit den 20er Jahren immer gleiche Muster: Je umfangreicher und länger die Arbeitslosigkeit andauert, desto stärker reagieren die politischen Führungsetagen mit einer Moralisierung hinsichtlich der Arbeitslosigkeit und der Arbeitslosen.

Simulationsrechnungen des IAB belegen, dass in Deutschland, insbesondere in Ostdeutschland, kein Mangel an Niedriglöhnen herrscht, sondern bereits ein ausgedehnter Sektor existiert. Mobilisierung, auch zwangsweise Mobilisierung der Arbeitsuchenden ist längst gängige sozial- und arbeitsrechtlich geregelte Praxis über Verfügbarkeit, Zumutbarkeit und Sperrzeiten im SGB III und über „Hilfe zur Arbeit“ im BSHG. Arbeitszwang wird logisch, denn wer Arbeit verweigert, handelt asozial. Die Frage nach dem Sinn für die Betroffenen wird nicht gestellt. Wir stellen diese Frage.

Meine Damen und Herren, wir teilen ja die Problemsicht: erstens das Problem niedrig oder veraltet qualifizierter Langzeitarbeitsloser ohne Perspektive auf dauerhafte Reintegration in Erwerbsarbeit, zweitens das Bestreben, möglichst intelligent und volkswirtschaftlich sinnvoll Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, und drittens die These, dass es einen angestauten und zunehmenden gesellschaftlichen Bedarf an so genannten personennahen, haushaltsbezogenen Dienstleistungen als Teil des gesellschaftlichen Bedarfs an sozialer, kultureller und ökologischer Infrastruktur gebe.

Der von der PDS immer wieder vertretene öffentlich geförderte Beschäftigungssektor steht für ein Dienstleistungsmodell, das bestimmte Formen des Dienens wie Schuhputzen ausschließt, aber andere Formen sozialer Dienste als öffentliches, egalitär zugängliches Angebot organisieren will, und zwar bei gerechter und existenzsichernder Entlohnung nicht am Rand, sondern mitten in der Gesellschaft. Mit öffentlichen Mitteln lässt sich gesellschaftlich Vernünftigeres auf die Beine stellen, als sie ungezielt in Lohnsubventionen zu verwandeln.

(Beifall bei der PDS)

Für die PDS gilt: Nicht der systematische Auf- bzw. Ausbau von Niedriglohnarbeit ist die Aufgabe, sondern die breite Existenz von Niedriglöhnen ist das zu lösende Problem. Zehn Jahre Niedriglohnsektor in Ostdeutschland reichen doch wohl aus, um die neoliberale These von den zu hohen Löhnen zu widerlegen. Wo sind die nach diesen Annahmen zu erwartenden massenhaften Arbeitsplätze?

Bereits heute erfahren 44 % aller Arbeitslosen im Leistungsbezug die Spirale Niedriglohn - Arbeitslosigkeit - Niedriglohn usw.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit übt generelle Kritik an auf Dauer angelegten Subventionierungsprogrammen:

„... hohe Kosten für den Fiskus, massive Mitnahme von im Grunde nicht bedürftigen Haushalten und aufgrund des angesichts knapper öffentlicher Kassen unabdingbaren Gegenfinanzierungsbedarfs nur wenig Zusatzarbeitsplätze.“

Ich zitiere weiter:

„Somit ist nicht zu erwarten, dass mithilfe einer Subventionierung im Niedriglohnbereich ein 'Beschäftigungswunder' - etwa wie in den USA - zu erreichen wäre.“

Auch eine Untersuchung des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle zu den Wirkungen des Mainzer Modells in Sachsen-Anhalt deutet insgesamt auf eher geringe Beschäftigungseffekte hin. Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt ist hier wohl besser beraten.

Insgesamt also trüben die empirischen Untersuchungen die Hoffnung auf beschäftigungspolitische Wunder. So bleibt genug Raum für die Entwicklung geeigneter beschäftigungspolitischer und auch sozialpolitisch verantwortlicher Konzepte. Arbeiten Sie daran; dann wären Sie auf einem guten Weg. Ich hoffe, wir gehen ihn eines Tages doch noch gemeinsam.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete Dr. Schröder. - Das Wort geht an die Fraktion der CDU. Frau Abgeordnete Schulz, bitte!

Frau Schulz (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Haushalt des MASGF - ich halte es für angemessen, das an dieser Stelle noch einmal zu sagen - umfasste im Jahr 1999 1 684 428 300 DM, er umfasst im Jahr 2000 1 626 486 800 DM und im Jahr 2001 1 707 861 700 DM. Das ist an dieser Stelle vielleicht wichtig, weil diese Zahlen eindeutig belegen, dass die permanenten Unterstellungen der PDS, bei einer Regierung mit CDU-Beteiligung gebe es keine sachgerechte Sozialpolitik mehr, absolut haltlos sind.

(Zuruf von der PDS: Das sind nur die Überbleibsel von der letzten Wahlperiode!)

Ich werte dies als einen ersten Erfolg der Koalition. Natürlich, liebe Frau Kollegin, bin ich mir darüber im Klaren, wo diese Zahlen herkommen.

Aber der Sozialhaushalt besteht nicht nur aus Arbeitsmarktpolitik. Gestatten Sie mir gleich am Anfang zu sagen, dass wir uns nicht nur an den Zahlen der Arbeitsmarktpolitik orientieren und die anderen Bereiche dabei vernachlässigen.

An die Kollegen von der PDS gewandt, möchte ich sagen: Liebe Frau Kollegin, mit all diesen Fragen haben wir uns bereits beschäftigt. Es wird Ihnen nicht entgangen sein, dass wir die Förderpolitik auf den Prüfstand stellen. Dass in erster Linie die Kommunen Nutznießer der Arbeitsmarktpolitik seien, wie Sie

sagten, mag sein. Aber wir orientieren unsere Arbeitsmarktpolitik zuallererst an den Menschen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Das möchte ich an der Stelle kund getan haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich gab es bei den Debatten harte Diskussionen, gerade im Ringen um die eigenen Positionen. Aber am Ende konnten sich die Koalitionsfraktionen einigen, und zwar - darauf lege ich ganz besonderen Wert - in Verantwortung für unsere Bürger, denen wir als Volksvertreter dienen. Das gilt auch für den Bereich der Arbeitsmarktpolitik. Hier wurden Ansätze erhöht, die der Umsetzung der Programme aus dem ESF und der Umsetzung von Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit dienen.

Trotz unserer nach wie vor unterschiedlichen Herangehensweise beim Thema zweiter Arbeitsmarkt unterstützen wir das Ministerium bei neuen, effizienteren und am Bedarf orientierten Programmen und Maßnahmen. Wir begrüßen insbesondere die Beteiligung des Landes Brandenburg am Modellversuch zur Verbesserung der Beschäftigung von Geringqualifizierten und Langzeitarbeitslosen, der vom Anliegen her nichts anderes ist als das von der CDU im Bund vorgeschlagene, damals vehement abgelehnte Modell eines Kombilohnes.

Natürlich werden wir diesen Modellversuch nach den vorgesehenen drei Jahren einer kritischen Bewertung unterziehen. Um mit Ihren Worten zu sprechen: Wir hatten uns darauf geeinigt; ich halte das für sehr vernünftig. Also, liebe Kollegen von der PDS: Willkommen in der Mottenkiste!

(Schippel [SPD]: Welche Mottenkiste?)

- Die Kollegin der PDS erwähnte die Mottenkiste.

Wegen der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit von immer noch 17,8 %, also 0,5 % weniger als im Vormonat, messen wir der Arbeitsmarktpolitik selbstverständlich eine ebenso hohe Bedeutung bei. Ich möchte Ihnen die Zahlen für die Ausgaben im Vergleich 1999/2000 nicht ersparen. 1999 gaben wir für die aktive Arbeitsmarktpolitik 410 033 000 DM aus; im Jahr 2000 werden wir 438 028 000 DM ausgeben. Von einem Kahlschlag und anderen Katastrophenszenarien sollte die PDS an dieser Stelle also nicht sprechen; sie sollte sich zumindest etwas mäßigen.

Wir wissen alle, auch nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre, dass wir zielgerichteter qualifizieren müssen, wenn die Menschen in Arbeit kommen sollen. Hier zählt nicht die Anzahl der Qualifikationen, sondern deren Zielgenauigkeit und Qualität, um hier nur einen Aspekt herauszugreifen. Ich erinnere dabei an die Green Card-Diskussion. Wenn Wissenschaft, Bildung, Qualifikationen und Weiterbildung in enger Abstimmung stehen, dann kann in Brandenburg ein Aufschwung gelingen.

Dazu gehört auch, dass die Wirtschaft ihrer Verantwortung zur Ausbildung junger Menschen wieder verstärkt nachkommt.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Wenn der Staat diese Aufgabe in immer größerem Umfang

übernimmt, stellen wir unser duales Ausbildungssystem und unsere Zukunftsfähigkeit immer mehr infrage. Darüber müssen wir alle gemeinsam ernsthaft nachdenken.

Das setzt allerdings eine enge Verzahnung von Arbeits- und Wirtschaftspolitik voraus. Diese hat sich die Koalition zum Ziel gesetzt. Eine klare Analyse, wirksame Maßnahmen, wirksame Kontrolle und flexibles Handeln führen zu messbaren Erfolgen.

Auch nach intensiver Diskussion und der noch nicht abgeschlossenen Überprüfung der Landesgesellschaften als Verpflichtung aus dem Koalitionsvertrag konnten wir in der Koalition für unseren Vorschlag, von der Praxis der Verwendungsnachweisprüfung bei der LASA abzuweichen, eine Mehrheit leider nicht finden. Die zu diesem Zwecke eingestellten Mittel von jeweils 3 Millionen DM pro Jahr wären nach unserem Vorschlag besser für die aktive Arbeitsmarktpolitik eingesetzt worden. Ein von der Landesregierung ins Auge gefasster Stellenpool sollte nach unseren Vorstellungen diese Aufgabe erfüllen. Diese Aktion ist leider nicht gelungen. Dabei war uns natürlich die Problematik der Verwendungsnachweisprüfung bis Ende 2001 klar; ansonsten drohen EU-rechtliche Sanktionen. Aber die Mutprobe, einer so außergewöhnlichen Situation mit außergewöhnlicher Flexibilität und Schnelligkeit zu begegnen, haben wir leider noch nicht bestanden. Aber wir haben ja noch ein paar Jahre Zeit. Vielleicht werden wir dann doch zu flexiblerem Handeln kommen.

Um nun wenigstens noch einige weitere Bereiche der Sozialpolitik zu beleuchten, sei mir gestattet, den Bereich Frauenpolitik anzusprechen. Hier hat es bei den Sachkosten Kürzungen gegeben. Die Situation hat sich aufgrund der Finanzierung durch die Kommunen mittlerweile entspannt. Die Bemühungen der Staatssekretärin seien an dieser Stelle ausdrücklich erwähnt. Ich sage als engagierte Frauenpolitikerin auch ganz deutlich: Wir werden wachsam bleiben, dass dieser Bereich in Zukunft nicht vernachlässigt wird.

Des Weiteren sei mir gestattet, den Bereich Familienpolitik zu nennen, der von den Ansätzen her auf dem Stand von 1999 belassen worden ist. Ich halte dieses zumindest für erwähnenswert. Insbesondere vor dem Hintergrund der Stärkung der Verantwortung von Eltern, die ja wieder in aller Munde ist, ist dies eine wichtige und gleichzeitig unverzichtbare Aufgabe, und ich möchte damit angedeutet haben, dass der Sozialhaushalt viele Aspekte enthält, wie ich schon im Voraus sagte. Ansonsten hieße das Ministerium nicht Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen. Zum Aspekt Gesundheit wird sich mein Kollege Wagner noch äußern.

Summa summarum möchte ich feststellen, dass der Sozialhaushalt eine solide Handlungsbasis ist, die es gilt, unter den äußerst schwierigen Bedingungen weiter auszugestalten. In diesem Sinne möchte ich mich auch bei den Kollegen für die äußerst faire Behandlung und das äußerst faire Miteinander bedanken und bedanke mich gleichzeitig für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete Schulz. - Das Wort geht an die Fraktion der DVU, an die Abgeordnete Fechner.

Frau Fechner (DVU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor ich nun zum Einzelplan 07 des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen überleite, gestatten Sie mir ein Zitat aus der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Herrn Dr. Stolpe vom 24. November 1999. Er erklärte unter anderem:

„Die Bundesregierung bleibt in der Pflicht, die aktive Arbeitsmarktpolitik kontinuierlich zu sichern. Wir werden auf absehbare Zeit noch auf arbeitsmarktpolitische Instrumente angewiesen sein, um den Strukturumbruch im Interesse der Menschen abzufedern. Und für das in unseren Kräften Stehende gilt: Wir werden die aktive Arbeitsmarktpolitik fortsetzen, um Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.“

Weiter wurde gesagt:

„Ein besonderer Schwerpunkt Brandenburger Arbeitsmarktpolitik ist die investiv ausgerichtete Arbeitsmarktpolitik, ist die investiv ausgerichtete Arbeitsförderung durch eine systematische Verzahnung der Förderprogramme auf Landesebene und die Umsetzung in den Regionen wird angestrebt, dass - wo sinnvoll - die Förderung investiver Vorhaben durch Strukturanpassungsmaßnahmen und Vergabe-ABM verknüpft wird.“

Und nun messen wir einmal die schönen Worte aus der Regierungserklärung an der Realität des Haushaltsplanentwurfes der Landesregierung für 2000 und 2001. Zunächst einmal stellen wir fest, dass die Gesamtausgabensumme im Jahr 2000 gegenüber 1999 um 4,5 Millionen DM sinkt. Aber das finale Furioso kommt im Jahre 2001. Dort verzeichnen wir nämlich eine Ausgabensenkung um weitere sage und schreibe 77 773 000 DM. Dies und nichts anderes ist also das Ergebnis der famosen Arbeitsmarktpolitik. Während in der Regierungserklärung noch von der Förderung investiver Vorhaben durch Strukturanpassungsmaßnahmen und Vergabe-ABM die Rede ist, sind es gerade AB-Maßnahmen, welche von 69 Millionen DM im Jahr 1999 auf 43 Millionen DM im Jahr 2000 und sogar nur mehr auf 26 Millionen DM im Jahr 2001 gekürzt werden sollen. Summa summarum also eine Absenkung von 69 Millionen DM.

Unsere Fraktion war es, welche durch einen deckungsscharfen Änderungsantrag zumindest noch 5 Millionen DM mehr für ABM-Förderung zur Verfügung stellen wollte. Obwohl unser Antrag sowohl im Fachausschuss wie auch im Finanzausschuss abgelehnt wurde, bringen wir ihn hier und heute im Plenum zum Wohle der Arbeitslosen im Lande Brandenburg nochmals ein.

Die Deckung soll im Kapitel 07 010 des Arbeitsministeriums im Titel 684 70 in Höhe von 1,3 Millionen DM erfolgen. Hier handelt es sich um interkulturelle Maßnahmen und Ausländerfragen. Eine weitere Kürzung soll erfolgen im selben Kapitel unter Titel 812 99. Wir wollen hier die EDV-Investitionen des Ministeriums auf den Stand von 1999 zurückführen.

Weitere Deckungsvorschläge unserer Fraktion beziehen sich auf das Kapitel 07 030, nämlich die Titel 685 63 - Projekte des

berufsbezogenen internationalen Jugendaustausches - in Höhe von einer Million DM und 684 60 - Zuschüsse zu den Betriebsausgaben der LASA - in Höhe von 420 000 DM.

Im Kapitel 07 080 könnten unserer Meinung nach 10 000 DM bei der Durchführung von Veranstaltungen, Fortbildungs- und Informationstagungen, beispielsweise bei der Fachtagung zur lesbisch-schwulen Lebensweise, eingespart werden.

(Zwischenruf von der PDS: Das ist typisch für Sie!)

Eine weitere Einsparmöglichkeit im selben Kapitel sehen wir bei Titel 684 65 in Höhe von 200 000 DM bei der Förderung lesbisch-schwuler Interessenvertretungen. Weitere Deckungsquellen befinden sich im Einzelplan 05 des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport bei Kapitel 05 300 - Schulen gemeinsam - unter Titel 685 10 - Zuschüsse für die Durchführung des evangelischen Religionsunterrichtes - in Höhe von 577 000 DM sowie im Einzelplan 20 Kapitel 20 030 Titel 643 10 - Erstattung von Unterbringungs- und Sozialleistungskosten für ausländische Flüchtlinge, Aussiedler und Personen nach § 108 Bundessozialhilfegesetz an die Landkreise und kreisfreien Städte, soweit es sich um freiwillige Leistungen des Landes handelt, in Höhe von 1,193 Millionen DM.

Wir bitten Sie: Stimmen Sie im Interesse der Arbeitslosen im Land Brandenburg und einer verstärkten ABM-Förderung unserem hier vorliegenden Änderungsantrag zu!

Analoge Änderungsanträge der PDS-Fraktion, welche vorgelegt wurden zur Förderung von AB-Maßnahmen in Höhe von zusammen 69 Millionen DM, konnten unsere Zustimmung nicht finden, da trotz prinzipieller Übereinstimmung keine Deckungsfähigkeit gegeben war.

Wir begrüßen es, dass es dem Arbeitsministerium gelang, über 25 Millionen DM für das Jahr 2000 sowie über 10 Millionen DM für das Jahr 2001 von den Planzuweisungen der Europäischen Kommission aus dem Europäischen Sozialfonds auf der Grundlage der operationellen Programme des Landes Brandenburg für die Förderperiode 2001 bis 2006 als Vorgriff auf die kommenden Jahre bereits zu erhalten und damit die Mittel im Kapitel 07 030 - Arbeitsmarkt - Untertitel 684 65 zu erhöhen.

Auch andere Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen zum Modellversuch für die Verbesserung der Beschäftigungschancen von gering Qualifizierten und Langzeitarbeitslosen wurden seitens unserer Fraktion mitgetragen. Insgesamt jedoch müssen wir aufgrund der nur gering gemilderten Kürzungen den Einzelplan 07 des Arbeitsministeriums als absolut unsozial ablehnen. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete Fechner. - Das Wort geht an die Fraktion der SPD, an den Abgeordneten Kuhnert.

Kuhnert (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Schrö-

der, aktive Arbeitsmarktpolitik in Brandenburg war schon immer ein intelligenter Weg, der auf vielfältige Weise Brücken baut und fit macht für das Berufsleben. Gerade deshalb lagen wir bei der ABM-Förderung schon immer - schon zu Regine Hildebrandts Zeiten - hinter den anderen Ländern zurück. Aber das hat inhaltliche Gründe, weil wir in der Tat denken, dass über andere Wege die Menschen für die Berufstätigkeit besser fit gemacht werden können. Das schließt nicht aus, dass ABM und SAM auch notwendig sind.

In unserem Landesprogramm „Qualifizierung und Arbeit für Brandenburg“ machte der ABM-Anteil finanziell im letzten Jahr 15 % aus. Das macht das deutlich. Wir hatten schon immer im Vergleich etwa zu unserem Nachbarland Sachsen sehr viel stärker auf Qualifikation gesetzt und ich denke, Sie stimmen mir vielleicht zu - vielleicht auch nicht -: Auch eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die vom Land nicht kofinanziert werden muss, wie das bei den Qualifikationsmaßnahmen des Arbeitsamtes der Fall ist, ist aktive Arbeitsmarktpolitik, die den Menschen im Lande, die arbeitslos sind, zugute kommt.

Ich habe das einmal im Gespräch mit Herrn Clausnitzer ausführlich besprochen. Ich denke schon, die Konzeption hat Hand und Fuß, die da in Übereinstimmung zwischen Regierung und Landesarbeitsamt abgesprochen worden ist. Qualifizierung ist deshalb auch notwendig, weil im Wettbewerb um Arbeitsplätze die Qualifizierung eben eine sehr viel größere Rolle spielt als die billige Arbeitskraft, und gerade bei dem Mainzer Modell - auf das wir noch kommen - geht es darum, dass Menschen, die eine niedrigere Qualifizierung haben, die schwer vermittelbar sind, eine Chance erhalten. Besser ist es natürlich, sie zu qualifizieren, wenn das denn noch möglich ist.

Ich denke aber auch an das Beispiel der Osterweiterung. Ich zähle zu denen, die einen großen Vorteil für Brandenburg sehen, wenn sie denn kommt, für den Handel und Wandel in diesem Land. Genau da wird es eben darum gehen, dass qualifizierte Arbeitskräfte in den Grenzregionen mit eventuellen Billigarbeitskräften von der anderen Seite der Grenze durchaus konkurrenzfähig sind. Insofern ist die Politik, die der Minister angesagt hat, die Fortsetzung der Politik, die seine Vorgängerin schon begonnen hat. Wir lagen - das sage ich noch einmal - schon immer bei der Qualifizierung eher vorn und haben weniger auf den so genannten zweiten Arbeitsmarkt gesetzt. Wir haben das möglichst nur dort getan, wo es sinnvoll war.

Weiterhin muss man feststellen - auch das habe ich einmal mit dem Präsidenten des Landesarbeitsamtes durchgesprochen -: Wenn jetzt zunehmend Arbeitsplätze in den westlichen Ländern angeboten werden - die Zahl der offenen Stellen steigt ja dort, leider nicht hier -, da wäre es sicher sinnvoll - dazu gibt es wohl auch Gespräche auf Regierungsebene -, dass man Modelle entwickelt, damit es möglich wird, dass Menschen auch von hier dort Arbeitsplätze annehmen, ohne dass sie ihre Heimat, ihren Wohnort bleibend verlassen müssen.

Zu dem Thema Qualifizierung will ich noch einen Einschub machen, der die Green Card betrifft, denn das hängt ja mit diesem Thema zusammen. Hierbei will ich mich an die Regierung wenden und ausdrücklich unterstützen, was der Wirtschaftsminister dieses Landes im Landtag neulich gesagt hat. Ich denke, Sie haben ja jetzt auch noch über den Bundesrat Einfluss.

Ich halte es für ganz wichtig, dass wir darauf Einfluss nehmen, dass die Green Card wirklich eine Green Card wird, wie Sie es auch gesagt haben, und nicht begrenzt wird, damit wir uns nicht selbst wieder in die fatale Situation bringen, in die wir uns schon einmal gebracht haben, dass wir Arbeitskräfte rufen und dann ganz überrascht sind, dass Menschen kommen.

Ich nenne die weiteren Schwerpunkte, die durchaus weiterhin durch das Land finanziert werden. Wir waren immer Spitze bei „Arbeit statt Sozialhilfe“. Die Zahl derer, die arbeitslos sind und von Sozialhilfe leben, ist in Brandenburg vergleichsweise gering. Dieses Programm wird fortgesetzt, genauso das Programm „Kurzsystem kontra Langzeitarbeitslosigkeit“, welches ja eine Besonderheit von Brandenburg ist und auch erfolgreich durchgeführt wird.

Es sind andere Dinge zu nennen wie die Förderung von Existenzgründerinnen und -gründern oder das Programm zur Förderung von schwer vermittelbaren oder allein erziehenden Frauen.

Neue Programme kommen hinzu - wir haben schon oft darüber gesprochen -, zum Beispiel das Programm für die zweite Schwelle für Jugendliche. Wir halten weiterhin daran fest - das ist ja auch ein Teil von Qualifikation, was ich anfangs sagte -, dass wir allen Jugendlichen, die das wollen, einen Ausbildungsplatz zur Verfügung stellen werden. Das kostet natürlich auch eine ganze Menge Geld. Das sollten Sie bitte nicht unterschlagen. Aber das Problem ist ja dann oft, wenn sie die Ausbildung haben, eine Überbrückung in das Berufsleben. Das wird demnächst durch die „Aktion Jugend und Arbeit“ als neuer Programmtitel in unserem Landesprogramm initiiert werden. Ähnlich, noch einmal mit Blick auf Lernen, auf Qualifizierung, ist es bei dem „Netzwerk Lebenslanges Lernen“. Sie haben ja die Einladung für den 03.07. bereits erhalten, an dem dieses Programm vorgestellt wird.

Es wird weiterhin die SAM-Förderung für Jugendhilfe, soziale Dienste, Kultur und Sport stattfinden. Auch die gemeinsame Richtlinie zur Verbesserung der Umwelt wird fortgeschrieben.

Bei ABM wird es weiterhin Sachkostenförderung und die sachlichen Anleitungen geben. Es ist aber richtig, dass wir unseren Beitrag zum Sparhaushalt bringen mussten. Das betrifft eben nun leider - dies ist unter den Rahmenbedingungen aber nicht anders möglich - den Bereich ABM und SAM.

Für das laufende Jahr geht das eigentlich noch, weil durch das Auslaufen des einen Programms und den Beginn des anderen Programms auf EU-Ebene eine Überlappung entsteht, sodass wir in diesem Jahr insgesamt 400 Millionen DM zur Verfügung haben. Das ist im Grunde genommen das, was auch in den vergangenen Jahren zur Verfügung stand. Trotzdem fehlt gerade bei der verstärkten Förderung Geld. Wir haben uns diesbezüglich auch in der Koalition bemüht. Es sind zum einen am 29.02. aufgrund einer Initiative der SPD-Fraktion in den Regierungsverhandlungen noch einmal 9 Millionen DM dazugelegt worden. Wir haben im Haushalt - das sagte bereits Frau Ziegler - noch einmal ungefähr 16 Millionen DM dazulegen können. Das sind 25 Millionen DM. Es ist nicht das, was man sich wünschen könnte, aber es ist das, was zurzeit möglich ist. Wenn man es umrechnet - das ist natürlich jetzt eine sehr flexible Zahl -, be-

trifft das immerhin 5 000 Menschen im Land - plus/minus. Für diese ist schon wichtig, dass dies gelungen ist.

Dazu kommen dann die Bedingungen des Mainzer Modells, auf das ich noch zu sprechen komme. Im Übrigen haben wir für diese Mittel für verstärkte Förderung im Ausschuss eine seriöse Deckung angeboten. Es ist nicht so, wie Sie das hier darstellten.

Meine Damen und Herren! Eins ist mir gestern aufgefallen - das hat mich etwas verwundert -: Fast alle, die zu irgendeinem Haushalt gesprochen haben, haben so geredet, dass sie zum Beispiel sagten: Das war jetzt einmal eine Kürzung, aber eigentlich war das nicht in Ordnung und eigentlich brauchen wir das nächste Mal wieder alle sehr viel mehr. - So jedenfalls habe ich es gestern gehört und verfolgt. Ich bin davon ausgegangen, dass wir uns einig waren, diesen Sparhaushalt schnüren zu müssen. Und dieser ist so, wie er ist, o.k., auch wenn er an manchen Stellen wehtut. Wenn das also die anderen Haushalte so machen, füge ich hier auch ein: Natürlich brauchen wir - da hat Frau Schröder völlig Recht - angesichts der anhaltenden Arbeitslosigkeit auch für aktive Arbeitsmarktpolitik in Zukunft mehr Geld. Wir kündigen hier genauso an, dass wir beim Nachtragshaushalt und beim Haushalt 2002 wieder auf der Matte stehen werden. Was die anderen hier ankündigen, das können wir auch.

Vizepräsident Habermann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage? - Bitte schön, Frau Abgeordnete Schröder!

Frau Dr. Schröder (PDS):

Herr Kollege Kuhnert, würden Sie bitte so freundlich sein und die konkrete Deckungsquelle für das Mainzer Modell angeben, die angeblich im Fachausschuss besprochen worden ist?

Kuhnert (SPD):

Wir hatten ja die Auseinandersetzung im Fachausschuss, dass wir für die gesamten Mittel, die wir umgeschichtet oder noch zugelegt haben, in den einzelnen Haushalten eine Gesamtdeckung angegeben haben, die nicht titelscharf auf einen Titel zugeschnitten ist. Dies ist aber insgesamt seriös gedeckt und abgesichert. Dort ist kein Plus/Minus vorhanden.

Jetzt spreche ich zum Mainzer Modell. Es wurde schon erwähnt, dass es darum geht, hier schwer vermittelbare Arbeitslose, Arbeitslose, die in Sozialhilfe sind, die meist niedrig qualifiziert sind, zu vermitteln. Es geht dabei um Arbeitnehmerzuschüsse für die Arbeitnehmersozialbeiträge und um bis zu 400 DM Kindergeldzuschuss. Es unterscheidet sich schon ein bisschen von den Modellen, die die CDU vorgelegt hat, aber es geht sicherlich in eine bestimmte, gleiche Richtung. Das will ich nicht von der Hand weisen. Das Mainzer Modell hat das Ziel, den Ausstieg aus der Sozialhilfe für diese Gruppe zu organisieren. Ich finde es schon etwas schade, dass nicht einmal ausprobiert werden soll, ob es funktioniert, ob man damit Menschen aus der Sozialhilfe herausbekommt. In Mainz jedenfalls, in Rheinland-Pfalz haben die ersten Ansätze gezeigt, dass das ganz gut funktioniert.

Ich deutete zum Zweiten bereits an, dass es sich hierbei um ein Modell handelt. Lassen Sie uns doch das Modell erst einmal ausprobieren, ehe Sie schon den Stab darüber brechen. Ich halte es bei diesem Modellversuch für wichtig, dass ein SPD-geführtes Arbeitsministerium am Ende bei der Auswertung dabei sein wird, weil wir natürlich die Vorbehalte, die Sie genannt haben, zum großen Teil auch teilen. Das ist überhaupt keine Frage.

Zum anderen - daraus will ich keinen Hehl machen - würde Ihnen als Opposition in einer Zeit, in der wir wirklich jede Mark umdrehen müssen, sicherlich etwas einfallen, wenn wir auf dreimal 15 Millionen DM Bundesmittel für die Schwächsten der Gesellschaft auf dem Arbeitsmarkt verzichten würden.

Sie stellen dagegen Ihren Antrag 3/1339 für die freie Förderung. Damit habe ich Probleme. Es wäre schön gewesen, wenn wir das schon im Ausschuss gehabt hätten. Es geht ja um ein völlig neues Modell, welches Sie hier strukturieren wollen. Darüber können wir sicherlich in Zukunft auch noch einmal reden.

Auf der anderen Seite müssen wir natürlich auch sagen: Diese freie Förderung kann das Arbeitsamt ohne jeden Landeszuschuss machen. Da muss man fragen: Wenn wir schon kein Geld haben - warum sollen wir dann ein Programm, welches das Arbeitsamt auch ohne uns machen kann, durch Landesmittel unterstützen, die uns dann woanders wieder fehlen?

Ich sagte bereits, dass wir hier Mittel in ein neues Programm stecken würden. Bei dem Mainzer Modell haben wir die 15 Millionen DM pro Jahr, die unverdientermaßen noch dazukommen. Was Sie in der Begründung schreiben - man kann nicht genau erkennen, welches Projekt Sie eigentlich damit fördern wollen -, dass das die Förderung existenzsichernder Arbeit a priori beinhalten würde, kann ich so ohne weiteres nicht nachvollziehen, weil sich auch diese §-10-Regelung strikt an die SGB-III-Vorschriften zu halten hat, sich in diesem Spielraum also alles bewegt, was so genannter zweiter Arbeitsmarkt oder was aktive Arbeitsmarktpolitik ist und durchaus positive Effekte hat. Aber so ohne weiteres zu sagen, dass hier existenzsichernde Arbeit gefördert wird, das kann ich nicht nachvollziehen. Deshalb werden wir diesem Antrag nicht zustimmen. Sie haben noch einen zweiten Antrag zur ergänzenden Förderung vorgelegt.

Dazu kann ich nur sagen: Der Begründung können die Mehrheit meiner Fraktion und auch ich ohne weiteres zustimmen. Nur, der Deckung können wir insgesamt nicht zustimmen. Deshalb können wir diesem Antrag nicht folgen.

Übrigens will ich darauf hinweisen: Die 69 Millionen DM lagen im vorigen Jahr. Das ist richtig. Aber in der mittelfristigen Finanzplanung für dieses Jahr haben wir schon lange 48 Millionen DM festgeschrieben. Das muss Sie von der Opposition nicht interessieren. Wir hatten uns darauf bereits geeinigt und sind daran gebunden. Damit sind die 45 Millionen DM, von denen Sie sprachen, schon eine Art Verstärkung. Dieses Wort kann in diesem Zusammenhang durchaus benutzt werden.

Zum Schluss will ich feststellen, dass in Brandenburg keineswegs ein Abbau der aktiven Arbeitsmarktförderung stattfindet. Wir haben gerade im Jugendbereich Innovationen in Angriff genommen. Wir werden die traditionellen Programmlinien des

Landesprogrammes fortsetzen. Auf diesem Gebiet werden wir weitere 25 Millionen DM und beim Mainzer Modellprojekt 30 Millionen DM zusätzlich bereitstellen. Das ist letztlich nicht zufrieden stellend. Aber unter den Rahmenbedingungen, unter denen wir zu verhandeln haben, ist es optimal, dass uns dies gelungen ist. Ich empfehle also die Zustimmung zum Einzelplan 07. - Vielen Dank!

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter Kuhnert. - Das Wort geht noch einmal an die Fraktion der CDU. Es spricht Herr Abgeordneter Dr. Wagner.

Dr. Wagner (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dass ich hier vor Ihnen so etwas despektierlich erscheine, ist durchaus kein Ausdruck einer eventuellen Missachtung dieses Hohen Hauses, sondern ein kleiner Beitrag zum Kampf für die Gleichberechtigung der Männer in diesem Parlament. Verstehen Sie bitte, wenn ich neidvoll auf die vielen freien Schultern der anwesenden Damen schaue. Es ist aber nicht nur Neid, sondern auch Bewunderung und Anerkennung. Das sei vorweg gesagt.

Vizepräsident Habermann:

Unter den Umständen, Herr Abgeordneter Dr. Wagner, sind Sie nicht weit genug gegangen.

(Heiterkeit und Beifall)

Dr. Wagner (CDU):

Herr Präsident, ich bin von Natur aus ein schüchterner Mensch. Das, was ich hier biete, ist schon ganz toll.

Meine Damen und Herren, das Befassen mit der Gesundheitspolitik wird immer erst dann interessant, wenn es einem an den eigenen Pelz geht; ansonsten denkt man wenig daran. Ich glaube, es ist der Koalition gelungen, in diesem Kapitel die sicherlich notwendigen Einsparungen in Grenzen zu halten. Es wäre konterkarierend, wenn man das nicht so sagen würde. Darüber sind wir froh; das ist gar keine Frage.

Man kann sicherlich damit leben, Kosten für Sachverständige und für Gutachten im Rahmen halten zu wollen. Wenn es dann aber darum geht, an anderer Stelle, zum Beispiel bei Selbsthilfegruppen, bei der Psychiatrie oder der Bezuschussung der Suchtkrankenhilfe, zu sparen, dann tut das weh. Es ist für meine Begriffe gelungen, dieses Feld von Einsparungen freizuhalten. Dafür sind wir sehr dankbar.

Ich bin der Meinung, dass man auch Prävention und Intervention betreiben kann, man muss keine Riesenbeträge aus dem Landeshaushalt zuschießen. Es muss uns gelingen, Prävention weiter in ein Feld zu verlegen, das nicht im Gesundheitsbereich angesiedelt ist, sondern im Bereich der Bildung. Man muss manchmal nur darüber nachdenken, um vieles effektiver zu machen. Das soll aber keine Entschuldigung dafür sein, dass an

der einen oder anderen Stelle die eine oder andere Mark nicht ausgegeben werden kann.

Noch ein Wort zu den Krankenhäusern: Wir sind innerhalb der Koalition sehr glücklich, dass sowohl im investiven Bereich als auch auf der Pauschalförderstrecke keine Einsparungen vorgenommen worden sind, wohl wissend dass das Niveau der Förderung nicht das ist, das wir uns vielleicht gewünscht hätten. Aber man muss die Realität sehen. Wir alle wissen, dass unsere Krankenhäuser personell und technisch sicherlich exzellent ausgestattet sind, während im Bereich ihrer Hotellerie, das heißt in der Ausstattung, noch Nachholbedarf besteht. Wir sind natürlich auch an das Bundesgesetz gebunden.

Auf zwei Veränderungen im Haushaltsstrukturgesetz möchte ich ganz explizit eingehen. Meine Ausführungen dazu werden nicht sehr lang sein.

Zum einen möchte ich etwas zum § 3 sagen. Er legt fest, dass die Veränderung der Trägerschaft der Landeskliniken angestrebt werden soll, die im Wesentlichen die psychiatrische Versorgung dieses Landes im stationären Bereich tragen. Die Koalition weiß - ich glaube, die Opposition wird an diesem Punkt keinen Widerspruch anmelden -, wie sensibel dieses Gebiet ist. Es handelt sich um Kliniken, die auf dem „freien Markt“ nicht mit einem Hurra übernommen werden. Man muss „step by step“ vorgehen. Wir haben uns in der Koalition das Versprechen gegeben, diesen Prozess sehr aufmerksam zu verfolgen und keine Verrisse zuzulassen. Ich sage das vor allen Dingen vor dem Hintergrund, dass ab dem Jahre 2003 alle anderen Krankenhäuser sehr strikt nach dem Fallpauschalenprinzip, mit dem ich Sie hier nicht langweilen möchte, bezahlt werden, während die Psychiatrie außen vor bleibt. Nicht ganz seriöse Betreiber könnten durchaus eine gewisse Begehrlichkeit gegenüber den Landeskliniken entwickeln. Auch in diesem Punkt muss man in anderer Richtung Aufmerksamkeit walten lassen.

Im Haushaltsstrukturgesetz wird eine sehr wichtige Maßnahme vorgenommen: Die Ausgaben für den Maßregelvollzug werden begrenzt, sodass die Attraktivität, Maßregelvollzug im eigenen Lande zu betreiben - wenn ich diese Formulierung an dieser Stelle überhaupt gebrauchen darf -, größer geworden ist. Damit hält sich die Neigung, Leistungen nach außen zu verlagern, in gewissen Grenzen.

Ich glaube, dass es im Land Brandenburg gelingen wird, auch diese Strecke der Überführung der Landeskliniken in eine andere Trägerschaft und in eine andere Rechtsform abzuschließen; zumal es mithilfe von Brandenburg gelungen ist, der Verlockung einer monistischen Finanzierung im Krankenhausbereich zu widerstehen. Das ist ein langer und sehr schwieriger Weg; aber das Haushaltsstrukturgesetz eröffnet an dieser Stelle die Möglichkeit, so vorzugehen. Ich bitte Sie aus diesem Grunde ganz herzlich, unter anderem diesem Teil des Haushaltsplans 07 die Zustimmung nicht zu verweigern. - Ich bedanke mich ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Herr Dr. Wagner. - Das Wort geht noch einmal

an die Fraktion der PDS. Frau Abgeordnete Bednarsky, bitte sehr!

Frau Bednarsky (PDS):

Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Da Frau Schulz anwesend ist, möchte ich in Richtung CDU sagen: Frau Schulz, es ist schon bemerkenswert, dass Sie feststellen, dass sich die PDS hauptsächlich mit Arbeitsmarktpolitik beschäftigt. Ich hoffe, dass Sie bemerkt haben, dass dieses Feld einer unserer Schwerpunkte ist. Ich wünschte mir, dass die Koalition insgesamt mehr Augenmerk darauf legen würde.

(Beifall bei der PDS)

In Richtung DVU sage ich: Man stellt fest, dass Ihre Reden immer mehr Ausländerfeindlichkeit und -diskriminierung enthalten. Ich weiß nicht, wie lange wir uns das hier noch gefallen lassen müssen. Es ist unerträglich!

(Beifall bei der PDS und vereinzelt bei der SPD)

Werte Abgeordnete, für die Bereiche Soziales, Gesundheit und Frauen hat uns die Landesregierung einen Haushalt vorgelegt, der durchaus eine gewisse Kontinuität gegenüber den letzten Jahren aufweist. Der erkennbare rote Faden ist die kontinuierliche Kürzung von Mitteln bei der Förderung von Projekten in diesen Bereichen, zum Beispiel bei Frauenprojekten, bei Lesben- und Schwulenprojekten, bei den Regionalstellen für Ausländerfragen usw.

Es geht nicht um Millionentitel; aber für die Initiativen ist es existenzgefährdend. Eine Kürzung um 34 oder 5 % heißt vielfach, dass die geförderten Personalstellen nicht mehr ausfinanziert werden. Noch mehr ehrenamtliches Engagement ist offenbar die Botschaft der Landesregierung. Mit der Förderung des Ehrenamtes ist es dann aber auch nicht mehr weit her, wie die Kürzungen bei der Richtlinie „55 aufwärts“ deutlich belegen. Man lässt all das, was in den vergangenen Jahren mit viel Begleitmusik angeschoben wurde, mehr oder weniger sanft einschlafen. Die Highlights wie das Babybegrüßungsgeld haben Sie nicht lange durchgehalten. Neue Ideen, meist als so genannte Modellprojekte umschrieben, klingen erst einmal ganz gut, scheitern aber an der Realität.

Im letzten Jahr war es ein Projekt zur Enthospitalisierung, für das lediglich 5 % der veranschlagten Mittel ausgegeben wurden. Nunmehr mutieren Ihre innovativen Ideen zu reiner Kosmetik. Das ist zum Beispiel in einigen Titeln mit dem Etikett „Familie“ sichtbar, bei denen Sie vielleicht selbst nicht wissen, was mit ihnen inhaltlich eigentlich bezweckt wird. Jedenfalls haben Sie unsere Nachfragen dazu nicht beantwortet. Ich hatte richtig vermutet, dass der Zweck der Übung darin bestand, dass Frau Schulz für die CDU verkünden konnte, man habe der SPD ein paar Tausend DM mehr für die Familienpolitik abgetrotzt und es bleibe alles wie 1999. Meine Damen und Herren, der Prüfstein Ihrer Familienpolitik ist das Kita-Gesetz, und das spricht für sich.

Zusammen mit dem Einzelplan des Sozialministeriums hat die Landesregierung ein verändertes Ausführungsgesetz zum BSHG vorgelegt. Ich will Ihnen durchaus zugestehen, dass wir den Grundgedanken dieser Novelle - nämlich die veränderte Finanzstruktur zwischen Land und Kreisen - für diskussionsfähig hal-

ten. Auch meine Fraktion vertritt den Grundsatz: ambulant vor stationär. Weil in dieser Gesellschaft fast alles über finanzielle Anreize gesteuert wird, ist es nicht unvernünftig zu sagen: Wir setzen die finanziellen Anreize so, dass sich Investitionen in den ambulanten Bereich auszahlen; immer vorausgesetzt, es ist für die Betroffenen angemessen und wird von ihnen gewünscht. Daher kann man darüber reden.

Es ist bezeichnend für den Zustand der Landesregierung und der Koalition, dass sie keine offene Diskussion führen wollen. Was SPD und CDU mühsam miteinander ausgehandelt haben, darf nicht mehr angekratzt werden. Nicht einmal für eine Anhörung im Fachausschuss hat Ihre Diskussionsbereitschaft ausgereicht.

(Beifall bei der PDS)

Es ist auch nicht klar geworden: Ihr Gesetzentwurf enthält gegenüber den Landkreisen Regelungen, die sie erheblich belasten werden. Wenn Ihnen Betroffene vorhalten, Sie würden staatsplanerisches Denken einführen, dann ist das für eine Landesregierung, in der statt Regine Hildebrandt die CDU Platz genommen hat, ein ziemlich starkes Stück.

(Beifall bei der PDS)

Sie ignorieren alle Einwände und bleiben auf dem hohen Ross Ihrer Mehrheit sitzen.

Herr Kuhnert, wenn Sie uns vorhalten, dass wir heute Anträge zur Abstimmung im Parlament einbringen, die im Fachausschuss nicht diskutiert wurden, werfe ich Ihnen den Ball zurück. Denken Sie bitte an den Änderungsantrag zum Haushaltsstrukturgesetz, Bundessozialhilfegesetz AG BSHG. Auch dort ist es so, dass nicht im Fachausschuss diskutiert wurde. Ich sage Ihnen: Wenn wir dazu im Fachausschuss die Diskussion geführt, wenn wir im Finanzausschuss mehr Möglichkeit gehabt hätten, darüber zu reden, dann hätten wir uns die Diskussion sparen können. Wenn ich das alles lese, weiß ich nicht richtig, was dahinter steckt. Ich vermute ganz stark, dass es das Zeichen des Innenministers Herrn Schönbohm in Richtung Gemeindegebietsreform ist. Wir sollten uns schon Zeit lassen, um darüber zu diskutieren, welche Auswirkungen das für die Kreise und für die amtsfreien Gemeinden usw. haben wird.

Lassen Sie uns wirklich noch einmal darüber diskutieren. Wir haben die Chance, die erheblichen Schwachstellen dieses Gesetzes auszumerzen und ein paar Wochen später eine Beschlussempfehlung vorzulegen, die konsensfähig ist.

(Beifall bei der PDS)

In der jetzigen Form ist der Gesetzentwurf für die PDS-Fraktion nicht zustimmungsfähig, weil er den Kreisen mit einiger Sicherheit finanzielle Belastungen aufgrund der so genannten Altfälle aufdrückt, weil er überflüssige Durchgriffsmöglichkeiten des Landes enthält, die von Misstrauen gegenüber den Kreisen zeugen, weil er von zweifelhaften Größenordnungen hinsichtlich Möglichkeiten verstärkter ambulanter Versorgung ausgeht und weil die Wahlfreiheit von Betroffenen nur eine höchst untergeordnete Rolle spielt.

(Beifall bei der PDS)

Ich bleibe aber dabei, dass sich aus diesem Gesetzentwurf etwas Vernünftiges machen lässt. Deshalb noch einmal der Appell, die Verabschiedung des AG BSHG zu verschieben. Ein Antrag meiner Fraktion liegt Ihnen vor. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der PDS und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete Bednarsky. - Das Wort geht noch einmal an die Fraktion der SPD, Frau Abgeordnete Konzack.

Zuvor kann ich hier im Landtag wieder junge Gäste begrüßen. Sie kommen von der Gesamtschule Britz. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Frau Konzack (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Angesichts der Konsolidierung des Landeshaushalts richtet sich unser Augenmerk besonders auf den Einzelplan 07. Gerade für die Sozialdemokraten im Land Brandenburg ist er ein wichtiger Gradmesser für die Umsetzung zentraler Politikinhalte. Wie viel Solidarität prägt die Landespolitik? Was wird für Menschen getan, die Unterstützung und Hilfe der Gemeinschaft brauchen?

In der Fassung der Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses umfasst der Einzelplan 07 1,7 Milliarden DM im Jahr 2000 und 1,63 Milliarden DM im Jahr 2001. Im letzten Jahr standen 1,68 Milliarden DM zur Verfügung. Ich habe diese Zahlen jetzt noch einmal ganz verkürzt genannt.

Die Zahlen deuten an, was ich im Folgenden mit Blick auf die Sozial-, Gesundheits- und Frauenpolitik des Landes an einigen Beispielen klarmachen will: Die finanzielle Ausstattung in diesen Bereichen wird im Wesentlichen kontinuierlich fortgeführt. Darauf, dass dies bei der Förderung des Arbeitsmarktes nicht 100%ig gelungen ist, ist mein Kollege Andreas Kuhnert vorhin eingegangen. Er hat aber auch deutlich gemacht, dass es trotzdem als Erfolg zu werten ist, dass auf Ausschussebene hierfür durch die Initiative der Koalitionsfraktionen 17 Millionen DM zusätzlich beschlossen worden sind, und dies mit realistischen Deckungsvorschlägen, meine Damen und Herren.

Besonders erfreulich ist in meinen Augen, dass zahlreiche freiwillige Leistungen - auf die kommt es bei Sozialpolitik hauptsächlich an - aus dem Einzelplan 07 bei diesem Doppelhaushalt in vollem Umfang erhalten bleiben. In einigen Fällen gibt es 2000 und 2001 geringfügige Abstriche, die aber in keinem Fall substanzielle Auswirkungen haben. Sollte dies einmal der Fall sein, Frau Bednarsky, biete ich Ihnen gerne einmal an, dass wir im Ausschuss darüber diskutieren. Dann haben wir immer noch die Möglichkeiten, etwas zu verbessern oder diesbezügliche Überlegungen anzustellen. Wir machen noch einen Nachtragshaushalt.

(Frau Kaiser-Nicht [PDS]: Wieso denn machen?)

Über Umschichtungen kann man dann nachdenken. Dann müs-

sen Sie aber genau sagen, wo das Geld herkommt. Die Sache muss realistisch sein.

Vizepräsident Habermann:

Frau Konzack, gestatten Sie eine Zwischenfrage? - Bitte schön, Herr Kollege Domres!

Domres (PDS):

Warum im Nachhinein diskutieren, wenn man doch während des Verfahrens über einen vernünftigen Vorschlag diskutieren und ein Gesetz einbringen könnte, was sowohl bei den Betroffenen als auch bei den Fraktionen mehrheitsfähig und konsensfähig ist?

(Beifall bei der PDS)

Frau Konzack (SPD):

Ich weiß nicht, von welchem Gesetz Sie reden. Ich habe über kein Gesetz gesprochen. Aber vielleicht kommen wir noch dazu.

Im Gesundheitswesen wird auch 2000 und 2001 mit je 8,7 Millionen DM die Summe des Vorjahres für Suchtkrankenhilfe und Psychiatrie zur Verfügung stehen. Uns ist klar, dass wir mit dieser Summe vieles, aber nicht alles Wünschenswerte auf diesem Gebiet leisten können. Das haben Sie, Herr Dr. Wagner, vorhin ganz richtig gesagt. Ich denke da besonders an die Suchtprävention. Mit Blick auf die Statistik über Suchtkranke bzw. -gefährdete müsste eigentlich mehr Geld zur Verfügung stehen.

Es sei an dieser Stelle noch einmal darauf hingewiesen, dass die SPD-Fraktion jede Einsparung im Haushalt ausführlich diskutiert und hinterfragt hat. Wenn uns jemand unterstellt, wir hätten das mit links gemacht, dann, muss ich sagen, ist das nicht gerechtfertigt.

(Klein [SPD]: Wirklich, genau!)

Hinsichtlich der Deckung für Mehrbedarfe wurde auch von unserer Seite nach weiterem Einsparpotenzial gesucht. In allen Fällen wurde dabei die Vorgabe beachtet, dass als notwendig erachtete Aufgaben auch in Zukunft erfüllt werden können.

Wenn bei aller Knappheit des Haushaltes im Ergebnis in uns wichtigen Politikbereichen Kontinuität erreicht werden konnte, ist das in meinen Augen ein Erfolg. Er mag nicht als solcher von allen gesehen werden, aber ich muss den Tatsachen ins Auge sehen. Das sollte auch von der Opposition nicht kleingeredet werden.

Frau Dr. Schröder hat vorhin gesagt, dass die Sozialpolitik zum Opfer falle. Ich muss schon sagen, das ist sehr überzogen. Seien Sie gewiss, dass in unserer Fraktion der SPD - ich möchte das sogar ehrlichen Herzens auf die Koalition ausdehnen; dort sitzen ebenfalls verantwortungsbewusste Sozialpolitiker,

(Beifall bei SPD und CDU)

sie sitzen im Ausschuss mit uns zusammen - verantwortungs-

bewusst gehandelt wird. Ich finde es unglaublich, dass Sie uns unterstellen, wir würden die Sozialpolitik im Land quasi opfern. Das können Sie bestimmt nicht behaupten.

(Frau Dr. Schröder [PDS]: Sie machen es aber!)

Sowohl hinsichtlich des Investitionsprogramms Pflege als auch mit Blick auf die Krankenhausförderung bleibt Brandenburg für die Kommunen und die Träger ein verlässlicher Partner. Die Krankenhausförderung wird auf dem bisherigen Niveau fortgeführt.

Wenn Sie einmal ehrlich sind und sich anschauen, was im Gesundheitswesen in den letzten zehn Jahren aufgebaut worden ist, dann müsste man sich an Ihrer Stelle wirklich schämen, wenn man dann noch irgendwelche weiteren Forderungen stellt.

(Beifall bei SPD und CDU)

Für das IVP wird aufgrund des Standes der Umsetzung sogar mehr Geld fließen. Die erfreulichen Ergebnisse beider Programme kann jeder von uns in seinem Wahlkreis begutachten. Eine Grundsteinlegung für ein Krankenhaus oder die Einweihung eines Alten- oder Pflegeheimes, in dem jetzt alte Menschen in ihrem letzten Lebensabschnitt wirklich menschenwürdig leben, meine Damen und Herren, haben wir doch alle schon erlebt und das können Sie nicht vom Tisch wischen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Als Beispiel für den Stellenwert der brandenburgischen Seniorenpolitik möchte ich auf das Förderprogramm „55 aufwärts“ hinweisen, für das in beiden Jahren trotz des Sparkurses immer noch 1,45 Millionen DM zur Verfügung stehen. Sie wissen ganz genau, Frau Bednarsky, dass das Herzblut besonders unserer immer noch kranken Arbeitskreisvorsitzenden Frau Schildhauer-Gaffrey gerade an diesem Programm „55 aufwärts“ hängt und dass wir das nicht leichten Herzens machen. Aber wir sichern es immer noch mit 1,45 Millionen DM ab. Da geben wir immer noch das Zeichen, dass uns die ehrenamtliche Tätigkeit unserer Seniorinnen und Senioren etwas wert ist.

(Zurufe von der PDS)

Ein weiteres wichtiges Element der brandenburgischen Sozialpolitik bleibt die Förderung für ambulante soziale und gesundheitsfürsorgende Dienste in den Landkreisen und kreisfreien Städten. Wegen der erstmaligen Einstellung der Mittel in das GFG in diesem Jahr sind diese jetzt im Einzelplan 20 ausgewiesen.

Es ist uns auch gelungen, die Leistungen nach dem Landespflegegeldgesetz mit diesem Doppelhaushalt beizubehalten. Hier war - und das sage ich ganz ehrlich - im Vorfeld der Haushaltsaufstellung durchaus daran gedacht worden, Kürzungen vorzunehmen. Aber da haben wir uns als Sozialpolitiker der SPD-Fraktion wirklich ganz stark gemacht und haben deutlich gesagt: Wir haben der letzten Änderung nur unter der Bedingung zugestimmt: Hier geben wir nicht weiter nach, dies war für uns die letzte Änderung gewesen. Ich denke, wir haben uns durchgesetzt und es ist erst gar nicht zu dieser Kürzung gekommen. Das sollte man hier erwähnen, weil wir im Ausschuss nicht darüber diskutiert haben, weil das Kabinett schon im Vor-

feld gar nicht mehr an solch eine Kürzung bei der Haushaltsaufstellung gedacht hat.

Für die Förderung von Verbänden und Projekten im Frauen-, Gleichstellungs- und Familienbereich steht mit knapp 6 Millionen DM in etwa die Summe des Vorjahres zur Verfügung.

Lassen Sie mich jetzt etwas zu den auf Ausschussebene angenommenen Anträgen der Koalitionsfraktionen zum Haushaltsstrukturgesetz sagen, die die Politikfelder ASGF betreffen:

In Artikel 1 soll mit dem neuen § 3 bis Ende 2002 geprüft werden, ob und gegebenenfalls in welcher Form die Landeskliniken aus der Landesverwaltung ausgegliedert werden können. Herr Dr. Wagner hatte das vorhin ausführlich dargestellt.

Der neue § 4 sichert die Deckelung der Platzkostenpauschale im Maßregelvollzug, die hier der Ordnung halber noch einmal festgeschrieben wird. Es ist also festgeschrieben und kann nicht abgesenkt werden. Im Einzelplan 07 ist diese Maßnahme im entsprechenden Titel bereits umgesetzt.

Ich komme jetzt zu Artikel 6 des Haushaltsstrukturgesetzes, der Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bundessozialhilfegesetz. Frau Bednarsky hat ausführlich darüber gesprochen. Den vorliegenden Antrag der PDS auf Herauslösung dieses Gesetzes aus dem Haushaltsstrukturgesetz werden die Koalitionsfraktionen ablehnen. Zum einen wäre dies eine haushaltsrelevante Änderung, mit der eigentlich ein Deckungsvorschlag verbunden sein müsste. Der fehlt aber.

Vizepräsident Habermann:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage?

Frau Konzack (SPD):

Nein, jetzt nicht. - Zum anderen stehen wir weiterhin zu dem Leitgedanken „ambulant vor stationär“ - auch bei den Hilfen für Behinderte.

Wir können die von der Gesetzesänderung vorgesehenen Regelungen mittragen. Sowohl die Kostenersatzung in Höhe von 93 % statt 100 % für den stationären und 93 % statt 0 % für den ambulanten Bereich als auch die Deckelung der Fallzahlen scheinen uns realistisch zu sein, auch wenn sie eine hohe Hürde darstellen mögen. Es ist zu berücksichtigen, dass die Kommunen, die ihre Interessen durch die Neuordnung bedroht sehen, in die konkrete Umsetzung eingebunden werden. Darüber ist auch seitens der Landesregierung vorher ganz intensiv mit den Betroffenen geredet worden und die Erarbeitung der zu erlassenden Rechtsverordnung werden wir sehr aufmerksam verfolgen.

Ich möchte das heute noch einmal sagen: Wir hatten wirklich festgelegt, dass hier ein Ausgleich zwischen den Kommunen stattfinden wird, wenn konkrete Zahlen vorliegen.

Vizepräsident Habermann:

Frau Abgeordnete, es ist erneut eine Zwischenfrage angemeldet. Würden Sie die beantworten?

Frau Konzack (SPD):

Nein. - Die Koalitionsfraktionen haben in den Ausschussberatungen selbst zwei Änderungsanträge zu dem Gesetz eingebracht. Eingehen möchte ich kurz auf die Veränderungen im § 2 b Abs. 3. Damit haben wir den Bedenken der kommunalen Spitzenverbände Rechnung getragen. Die Übertragung des Weisungsrechts auf das Landesamt für Soziales und Versorgung wird nicht möglich sein. Das Weisungsrecht des Ministeriums im Rahmen der Sonderaufsicht wird auf die Erteilung allgemeiner Weisungen beschränkt.

Meine Damen und Herren, durchaus könnten einige Titel komfortabler ausgestattet sein. Aber wir sind hier nicht in der ehemaligen Sendung „Wünsch Dir was“. Wir müssen einfach das realisieren, was machbar ist, und wir müssen ressortübergreifend denken. Die Opposition, besonders die PDS, hat auch in anderen Ressorts immer sehr kostenintensive Forderungen. Da frage ich mich: Wie soll ein Landeshaushalt zustande kommen, wenn ich alle Ressorts nach den Wünschen der Einzelnen bedienen würde?

Der Einzelplan 07 in seiner jetzt vorliegenden Form ist angesichts der finanzpolitischen Rahmenbedingungen eine solide Grundlage für die Arbeits-, Sozial-, Gesundheits- und Frauenpolitik in den kommenden anderthalb Jahren. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsident Habermann:

Frau Abgeordnete, es wurde während Ihres letzten Satzes noch eine Frage angemeldet. Würden Sie die noch beantworten?

Frau Konzack (SPD):

Bitte schön!

Domres (PDS):

Frau Kollegin, sind Ihnen die Schreiben des Landkreistages bezüglich der so genannten Altfälle bekannt, dass der Landeswohlfahrtsverband Sachsen als auch die Senatsverwaltung Berlin die Übernahme von Altfällen ablehnen? Mit welchen Schritten möchten Sie denn die vorgesehene Altfallreduzierung vollziehen? Welchen Ausgleich sichern Sie den Kreisen zu, wenn diese Altfälle nicht abgegeben werden können?

Frau Konzack (SPD):

Ich denke, dass wir als Abgeordnete hier nicht die Ausführenden sind und wir uns an dieser Stelle, bei der Haushaltsdiskussion, auch keine Gedanken darüber machen können, wie wir diese Altfallregelung in den Griff bekommen. Dafür sitzen Menschen in der Verwaltung. Wir werden dann darüber beraten. Ich finde die Erörterung hier verfehlt und denke, dass wir uns das dann im Ausschuss von der Landesregierung darstellen lassen.

(Domres [PDS]: Das ist Ihre Vorstellung von Haushaltspolitik?)

Vizepräsident Habermann:

Schönen Dank, Frau Abgeordnete Konzack. - Das Wort geht jetzt an die Landesregierung. Herr Minister Ziel, bitte schön!

Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Ziel:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vielen Dank für die Marscherleichterung. Wenn man hier vorne steht, dann darf man auch ganz demonstrativ Wasser trinken. Das kommt dazu. Heute Morgen hat ein Kollege - Herr Präsident, wenn Sie mir diese kleine spitze Bemerkung erlauben - gesagt: Die Kühlmaschinen sind da, aber der Präsident wird uns wahrscheinlich heißkochen wollen. Das ist jetzt geklärt durch ein Wort, das Sie vorhin gesagt haben. Die Maschinen kommen. Die Arbeits- und Lebensbedingungen in diesem Raum werden sich verbessern.

Vizepräsident Habermann:

Herr Minister, das heißt nicht, dass wir uns nur wegen dieser Provisorien von der Diskussion um einen neuen Landtag verabschiedet haben.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Minister Ziel:

Darauf habe ich gewartet, Herr Präsident, vielen Dank, es ist mir doch gelungen.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir brauchen Gefühl und Verstand, um den Haushalt zu konsolidieren. Am Einzelplan 07 wird das besonders deutlich. Denn Arbeit und Gesundheit sind nun einmal die bestimmenden Lebensgrundlagen für uns Menschen. Beides zu gewährleisten kostet Geld. Wir wollen dieses Geld effektiv einsetzen. Aber wir wollen auch das Machbare möglich machen. Dabei sind wir durchaus bereit, unseren eigenen Konsolidierungsbeitrag zu leisten. Das haben Sie ja auch erkannt.

Es gibt für mich auch gar keinen Grund, die Situation schönzureden, im Gegenteil: Fast jede Position in meinem Haushalt bedeutete harten Kampf und Auseinandersetzung. Das war in den anderen Haushalten nicht anders. Ich bin froh darüber, dass wir das Niveau haben verstetigen können und dass wir wesentliche Dinge verwirklichen konnten und verwirklichen können. Was mir ebenfalls wichtig ist, ist, dass wir unsere Schwerpunkte auch künftig umsetzen können. Ich nenne etwa die Arbeitsförderung. Die Mittel dafür sind quasi in letzter Minute noch aufgestockt worden. Ich bedanke mich bei all den Kolleginnen und Kollegen dieses Hohen Hauses dafür, dass sie in den Ausschüssen ihre Unterstützung dafür gegeben haben. Das ist ein Gewinn, weil die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eines unserer wichtigsten und größten politischen Anliegen hier in Brandenburg ist und bleibt. Das ist der fundamentale Kern unserer Politik. Das ist auch zentraler Bestandteil unserer Koalitionsvereinbarung.

Ich bin kein Anhänger der Devise: Die Wirtschaft wird es schon richten. Ich bin aber auch nicht der Meinung, dass alles und wirklich alles vom Staat kommen muss. Die Wahrheit liegt in der Mitte. In Wirklichkeit wird der größte Teil der Arbeitsplätze

durch die Wirtschaft geschaffen. Das muss man wissen. Dennoch brauchen wir in der Situation, in der wir uns hier in Brandenburg mit 224 000 Menschen ohne Arbeit befinden, ganz besonders die aktive Arbeitsmarktpolitik. Sie bleibt unverzichtbar, damit arbeitslose Menschen wieder eine Chance auf Erwerbsarbeit bekommen.

Lieber Herr Kollege Niekisch, ich habe in meinem Haushalt keinen „Mercedes“ vorgefunden. Bei dem Mercedes, den Sie gestern als Vergleich für den Haushalt 06 gewählt haben, fehlte ebenfalls so allerlei. Bei mir war es allerdings eher so, dass ich ein Dreiliterauto vorgefunden habe.

Deshalb will ich noch einmal ganz deutlich sagen: Aktive Arbeitsmarktpolitik bleibt unverzichtbar, weil jeder Jugendliche, der das wünscht, einen Berufsausbildungsplatz bei uns in Brandenburg bekommen soll. Mit einer gewaltigen Anstrengung müssen und werden wir die Ausbildungsplatzlücke schließen. Wir haben zum einen das Bund-Länder-Programm mit immerhin 45 Millionen DM, die wir selber aufbringen, und weiteren 45 Millionen DM, die der Bund aufbringt. Es bringt zusätzlich 3 500 Jugendliche in eine Berufsausbildung. Wir werden dieses Programm durch ein, wie wir es in Brandenburg nennen, Ergänzungsprogramm erweitern, mit dem wir weiteren 2 500 Jugendlichen Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen.

Damit hier keiner einem Missverständnis unterliegt, will ich das noch einmal klipp und klar sagen, was ich zuvor dem Handwerk, dem Gewerbe und der übrigen Wirtschaft ins Stammbuch geschrieben habe, und zwar gemeinsam mit meinem Kollegen Fünß und dem Präsidenten des Landesarbeitsamtes Berlin-Brandenburg: Obwohl die Zahl gestiegen ist und wir jetzt 17 % mehr betriebliche Ausbildungsplätze haben, brauchen wir noch mehr betriebliche Ausbildungsplätze. Ich höre, dass sich manche mit verschränkten Armen hinstellen und Bewerbern sagen: Wir wollen einmal schauen, ob wir dich brauchen können. - Jeder Handwerksmeister muss wissen: Wer heute nicht bereit ist, Jugendliche aufzunehmen und sie auszubilden, damit wir in wenigen Jahren über gut qualifizierte Arbeitskräfte verfügen, der trägt mit dazu bei, dass diese Arbeitskräfte woandershin gehen, etwa nach Baden-Württemberg, Bayern, Schleswig-Holstein oder Hamburg, und dass wir sie hier in Brandenburg - ich hoffe ja, dass sie dann immer noch Bindungen an Brandenburg haben - für eine längere Zeit nicht haben. Wer glaubt, wir könnten gut qualifizierte Arbeitskräfte - ab dem Jahre 2003 wird es schon ganz eng werden, wenn wir junge Fachkräfte haben wollen; das hat mir gestern der Vizepräsident des Landesarbeitsamtes Berlin-Brandenburg noch einmal ganz deutlich gesagt - aus den alten Bundesländern nach hierher abwerben, der ist sicher auf dem Holzweg.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Das bedeutet, dass wir die Forderung an die Firmen richten müssen, dass sie Ausbildung gewährleisten. Ich stelle mich dann nicht als Bettler hin, vielmehr bin ich auch derjenige, der das ganz eindeutig einfordert, weil das unsere Zukunft ist.

(Beifall bei SPD und CDU)

Meine Damen und Herren, die aktive Arbeitsmarktpolitik bleibt für uns auch aus dem Grund unverzichtbar, weil wir damit be-

stimmte Zielgruppen ansprechen können, allein stehende Frauen, Langzeitarbeitslose, gering Qualifizierte. Diese können wir nur so besonders fördern. Der SPD-Abgeordnete Andreas Kuhnert hat es vorhin schon gesagt: Wir setzen Bewährtes fort und wir setzen auch neue Akzente. Diese neuen Akzente haben sich aber auch schon vorher abgezeichnet. Wir wollen Ausbildung und Fortbildung ganz in den Vordergrund rücken, damit wir vor allem für Jüngere reguläre Arbeitsplätze schaffen können.

Es ist richtig: Ich als der zuständige Fachminister habe mich beim Bundesarbeitsministerium um ein Modellprojekt beworben, an dem wir gern teilnehmen wollten, denn dieses Modellprojekt beinhaltete auch, dass vonseiten des Bundes die entsprechende Finanzierung für die Arbeitnehmerseite bereitgestellt wird. Das wären dann für drei Jahre jeweils 15 Millionen DM gewesen. Mein Kollege Riester hat mir in dem Gespräch gesagt: Da bewerben sich viele. - Übrigens hat sich Sachsen-Anhalt auch beworben. Es ist falsch, wenn Sie sagen, Sachsen-Anhalt habe sich nicht beworben. Nur Mecklenburg-Vorpommern hat sich nicht beworben, weil man gesagt hat, man sei zu klein dafür. Alle anderen haben sich beworben. Das ist ein himmelweiter Unterschied zu der Darstellung, die die PDS hier gegeben hat. Aber der Kollege Riester hat mir gegenüber kein Wort darüber verloren, dass sich die Länder selbst beteiligen müssten. Ich war darüber sehr enttäuscht und habe dem auch Ausdruck verliehen. Denn wir waren, als wir uns bewarben, davon ausgegangen, dass es sich dabei um reine Bundesmittel handeln würde. In der Kabinettsitzung, so ist es mir hinterher übermittelt worden, ist Kollege Riester gesagt worden: Wenn du so viel Gutes vor allem für die neuen Bundesländer - alte sind ja auch dabei - anbietest, dann ist es üblich, dass die betreffenden Länder einen eigenen Anteil tragen. Für mich war das ärgerlich und mir war das peinlich, weil es auch schon in der Presse gestanden hat, dass ich es befürwortet und begrüßt hätte. Wenn ich keine Gegenfinanzierung habe, kann ich das nicht annehmen. Ich habe an das Bundesarbeitsministerium übermitteln lassen: Sofern ihr von uns eine Mitbeteiligung verlangt, kann ich nicht dabei sein.

Ich bin dem Landtag sehr dankbar, dass er dies so einfühlsam behandelt hat und wir in der Lage sind, am Mainzer Modell teilzunehmen, und dass ich da nicht in falschen Verdacht geraten bin.

Aber ich will auch deutlich sagen: Wenn wir dieses Modell bei uns im Lande begleiten, dann werden wir es sehr, sehr kritisch begleiten. Sie dürfen nicht glauben, dass ich jemand bin, der sozusagen dem Billiglohnsektor durch die kalte Küche das Wort redet. Aber meine Erfahrungen lehren mich: Es gibt Menschen mit geringerer Qualifikation, die auch durch eigener Hände Arbeit ihr Geld verdienen möchten. Wer einmal mit behinderten Menschen zu tun hatte, auch geistig behinderten Menschen, und gesehen hat, mit welchem Stolz sie einem ein Werkstück, das sie selbst hergestellt haben, überreichen, der wird darüber anders denken als in der Weise, in der das hier niedergemacht worden ist. Ich bin der Meinung, wir sollten uns an diesem Modell beteiligen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Meine Damen und Herren! Für die Stabilität unserer Arbeitsmarktpolitik, also die Verstetigung des Niveaus bei der Haus-

haltskonsolidierung, brauchen wir natürlich auch die ESF-Mittel. Da will ich mal einen kurzen Blick direkt in den Haushalt werfen.

Frau Dr. Schröder, Sie haben sich insbesondere zu ABM geäußert. Wir befinden uns hier im Kapitel 07 030 und in den Titelgruppen 60 bis 68. Bei ABM ist es tatsächlich so, dass wir, jetzt wieder bei 45,5 Millionen Mark gelandet, ein Auf und Ab durchlebt haben, das auch mir nicht leicht gefallen ist. Aber ich muss Prioritäten setzen und die Priorität liegt bei Ausbildung und bei Fortbildung.

Ich bin an diesem Haushalt gründlich mit Sparmaßnahmen beteiligt, da gibt es gar nichts drum herum zu reden. Aber immerhin, von der Zahl alt, die ja eigentlich die mittelfristige Finanzplanung darstellt - 48 Millionen DM -, sind wir jetzt mit 45,5 Millionen DM doch ziemlich an das herangekommen, was wir uns dabei hätten vorstellen können, wenn der Landtag dies mit großem Wohlwollen betrachtet.

Ich bin sehr dankbar dafür, dass Sie, meine Damen und Herren, hier noch einmal eine Aufstockung vorgenommen haben, denn im Kabinett waren es 43 Millionen, jetzt sind es 45,5 Millionen DM.

Aber noch spannender wird es, wenn Sie in die Titelgruppen 65 bis 68 gehen, meine Damen und Herren. Ich will das nur kurz zusammenfassen. Da geht es um die Mittel des Europäischen Sozialfonds, um die ESF-Mittel. Wenn Sie da hineinschauen - Finanzplan alt, also mittelfristige Finanzplanung -, sehen Sie an jeder Position in allen vier Titeln, die das betrifft, eine schwarze Null. Das kann nicht Politik sein, wenn wir dafür insgesamt - 30 Millionen DM von uns sind mit eingeflossen - 135 Millionen DM bei der EU abholen können. Es war so wichtig, dass wir hier eine Kofinanzierung für die ESF-Mittel zustande bekommen.

Über Ranking kann man ja immer fordern, was man für die Zukunft noch alles haben will und haben muss. Herr Kollege Kuhnert hat vorhin darauf hingewiesen. Ohne dass ich ein Ranking vornehme, will ich sagen: Ohne die ESF-Mittel, die wir haben - da gibt es eine Festlegung im Kabinett, der Anteil des MASGF sind 23,65 % -, wären wir nicht in der Lage, Arbeitsmarktpolitik in der Weise, wie es für Brandenburg notwendig ist, in unserem Lande zu gestalten.

Um ABM abzuschließen, weil ich hier in der Liste bin: Für ABM sind dies immerhin in diesem Jahr 48 Millionen und im nächsten Jahr 40,5 Millionen DM.

Meine Damen und Herren! Das Ministerium ist groß und breit, und in anderen Ländern sind das manchmal auch zwei Ministerien. Deshalb gestatten Sie mir, dass ich noch stichwortartig wenigstens auf einige andere, genauso wichtige Bereiche meines Hauses eingehe!

Ein Wort zum Gesundheitswesen: Seit 1995 - und das läuft bis 2004 - realisieren wir ein Investitionsprogramm - Bund und die neuen Länder - zur baulichen Sanierung der Krankenhäuser. Dafür stehen jährlich 270 Millionen DM bereit: 110 Millionen seitens des Landes, 110 Millionen seitens des Bundes und 50 Millionen seitens der Krankenkassen. Das alles wird in enger

Absprache und im Konsens mit den Krankenkassen und der Landeskrankenhausesellschaft umgesetzt.

Zur Halbzeit dieses Programms wird deutlich, dass sich die medizinische Versorgung für große Teile der Bevölkerung wesentlich verbessert hat, obwohl immer noch viel zu tun ist.

Einige Worte, meine Damen und Herren, zum Maßregelvollzug. Da drückt uns der Schuh ganz besonders. Wir kommen schrittweise - nicht nur in Brandenburg, sondern auch in anderen Bundesländern, auch in den alten Bundesländern - zu neuen Entscheidungen der Gerichte, auch aufgrund einer zentralen Entscheidung, die vorgibt, dass im Zweifelsfalle - ich will das jetzt einmal so umschreiben - aufgrund von Gutachten eher entschieden wird, Menschen, die für ihre Straftat nicht voll verantwortlich gemacht werden können, in den Maßregelvollzug einzuweisen, anstatt eine normale Straftat anzuordnen.

Das ist für uns eine neue Situation, die uns vor fast unlösbare Aufgaben stellt, denn wir haben 150 Plätze im Lande, die zur Verfügung stehen, und haben schon 195 Menschen untergebracht. Sie können sich vorstellen, dass da auch Flüsse belegt werden, dass auch Räume belegt werden, die für bestimmte soziale Zwecke zur Verfügung gestanden haben. Hier muss etwas geschehen.

Wir werden in Brandenburg an der Havel und in Eberswalde zwei größere Einrichtungen neu bauen. In Brandenburg an der Havel sind wir schon ein gutes Stück vorangekommen, aber nur auf Kosten von Eberswalde, wo wir zurückstellen mussten, weil das Geld nicht vollständig reicht.

Unsere Zielplanung sind 230 Plätze. Ich denke, wir werden dann in angemessener Zahl für eine angemessene Behandlung - denn die Menschen sollen ja therapiert werden, sollen in die Gesellschaft wieder eingegliedert werden - diese Plätze zur Verfügung haben.

Ich will nur noch einmal die Baukosten erwähnen: 400 000 DM pro Platz. Damit liegen wir sehr deutlich unter dem Bundesdurchschnitt.

Ein Wort zum sozialen Bereich: Meine Damen und Herren, ein Programm, das wir gemeinsam mit dem Bund für die Zeit von 1995 bis 2006 aufgelegt haben, ist das Investitionsprogramm Pflege, IVP genannt. Dafür stehen insgesamt 3 Milliarden DM zur Verfügung. Wir werden im Laufe dieser zehn Jahre 22 000 Plätze dafür errichten können. Im Moment haben wir 12 000 Plätze bereits fertig bzw. sie sind im Bau, darunter 9 000 in Altenpflegeeinrichtungen.

Ich bin froh, meine Damen und Herren, dass es uns darüber hinaus gelungen ist, das Landespflegegeld und damit einen wichtigen Sozialstandard in Brandenburg zu halten. Und von entscheidender Bedeutung - das ist hier schon von der Vorsitzenden des SPD-Arbeitskreises gesagt worden - ist für uns der Grundsatz „ambulant vor stationär“. Das kann man gar nicht laut genug betonen. Frau Konzack und ich sind davon überzeugt, dass wir damit auf der einen Seite den Patienten entgegenkommen, auf der anderen Seite aber auch in der Lage sind, Einsparungen vorzunehmen.

Meine Damen und Herren, nicht zuletzt ein Wort zur Frauen-

politik: Hier geht es vor allem um die Umsetzung dessen, was man heute im modernen Vokabular mit „gender mainstreaming“ bezeichnet, wobei dieser Begriff nicht nur auf Frauenpolitik bezogen ist. Es geht um Chancengleichheit, vor allem um den Abbau geschlechtsspezifischer Unterschiede in allen Politikbereichen und um die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Hier sind wir in allen Bereichen noch sehr am Anfang.

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Minister Ziel:

Gern, ja.

Präsident Dr. Knoblich:

Bitte sehr, Frau Bednarsky!

Frau Bednarsky (PDS):

Herr Minister, Sie hoben gerade noch einmal auf den Vorrang „ambulant vor stationär“ ab und ich denke, Sie beziehen sich da auf das BSHG. Ich möchte Sie deshalb fragen, ob Sie bitte den Änderungsantrag der Koalition zum AG BSHG etwas näher erläutern könnten, vor allen Dingen den letzten Satz der Begründung, wo es heißt: In diesem Fall sind die Mehrkosten durch den einen oder anderen der beiden Träger zu tragen. Das ist ein bisschen unverständlich, aber vielleicht können Sie uns helfen, das zu verstehen.

Minister Ziel:

Ich habe diesen Text nicht formuliert. Er ist auch im Spannungsfeld zwischen den beiden Spitzenverbänden und den zuständigen Fraktionsarbeitskreisen und Ausschüssen des Landtages entstanden.

Ich möchte Ihnen dazu nur sagen, dass die Leistungen an der Stelle erbracht werden sollen, an der sie am kostengünstigsten, aber auch für die Betroffenen am besten erbracht werden können. Man kann nicht von vornherein sagen, dies könnten nur die Gemeinden oder nur die Landkreise am besten leisten. Deshalb hat man eine Formel gewählt, die zunächst einmal als Kann-Bestimmung formuliert ist und in ihrem zweiten Teil - das ist der zweite Absatz, den Sie eben angesprochen haben - deutlich macht, dass auf Antrag der Kommunen die Kreise diese Aufgabe übertragen sollen - wenn sie es nicht tun, brauchen sie eine Begründung -, sofern keine teurere Variante dabei entsteht. Das kommt auch den Kommunen entgegen, die gewünscht haben, dass wir stärker zwischen der Kostenfrage und der Frage abwägen, wer hier denn aktiv werden darf. Die Erfahrung hat gelehrt, dass die Kreise sehr wohl in der Lage sind, diese Aufgabe gut zu erledigen. Aber als Kommunalpolitiker werden wir immer sagen, dass wir dann, wenn die Gemeindeebene - ob es nun die amtsfreie Gemeinde oder das Amt ist - in der Lage ist, dies auch zu tun, ihr das auch ohne Weiteres zubilligen sollten. So ist dieser salomonische Textvorschlag entstanden.

Meine Damen und Herren, Chancengleichheit muss ein tragen-

der Bestandteil aller Politikfelder von der Planung bis hin zur Ausführung der politischen Programme werden.

Ein letzter Punkt zur Frauenpolitik: Bestandteil der Frauenpolitik und der Familienpolitik ist auch der Aktionsplan der Bundesregierung zur Bekämpfung von Gewalt in den Familien und von Gewalt gegen Frauen; denn Gewalt ist die entscheidende Form der Ungleichbehandlung.

Ich halte diesen Plan für außerordentlich wichtig. Wir werden ihn in Brandenburg mit einem eigenen Aktionsplan untersetzen. Ich habe dafür einen Terminplan erarbeitet; als Termin schlage ich den Dezember dieses Jahres vor. Dabei hoffe ich auf Ihre Unterstützung und bin mir ihrer eigentlich sicher.

Meine Damen und Herren, all das hat mit Haushaltsfragen zu tun. Ein Etat braucht auch ein gutes Klima. Das Klima zwischen Frauen und Männern und in den Familien bestimmt ganz wesentlich die gesellschaftliche Qualität unseres Lebens. Vielleicht sollten wir uns dieses Zusammenhanges des Öfteren erinnern und daraus auch Schlüsse für unsere Haushaltsbemühungen ziehen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Ich danke auch. - Wir sind damit am Ende der Aussprache.

Bevor wir zur Abstimmung kommen, begrüße ich herzlich die Schüler der 10. Klasse der Gesamtschule aus Britz. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Eine zweite Bemerkung: Der „thermopolitische“ Sprecher der Koalition hatte Recht. Die Fachleute haben uns mitteilen lassen, dass die Geräuschbelastung durch Kühlelemente so groß sei, dass man während der Sitzung die Klimaanlage im Plenarsaal nicht nutzen könne. Wir müssen die Temperatur hier im Saal also über Nacht absenken, damit es dann am nächsten Morgen vielleicht ein oder zwei Stunden lang etwas kühler ist. Ich bitte Sie um Verständnis und danke der Finanzministerin herzlich für ihre Unterstützung.

(Heiterkeit - Klein [SPD]: Können wir nicht die Tagesordnung um diesen Punkt erweitern?)

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zuerst über den Änderungsantrag der PDS-Fraktion in Drucksache 3/1339 abstimmen, der sich auf Kapitel 07 030, Titelgruppe 64, Titel 682 64 bezieht. Es geht um die Einstellung eines neuen Titels mit Ansatz. Wer diesem Änderungsantrag folgt, möge die Hand aufheben. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist er mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zum Änderungsantrag der PDS-Fraktion in Drucksache 3/1340. Er bezieht sich auf Kapitel 07 030, Titelgruppe 64, Titel 684 64. Es geht um eine Erhöhung. Die beantragende Fraktion wünscht namentliche Abstimmung. Ich bitte die Schriftführer, ihre Listen vorzubereiten.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie wieder, mit einem vernünftigen Votum zu antworten, wenn Ihr Name aufgerufen ist, und wenn er nicht aufgerufen ist, dazu beizutragen, dass wir verstehen können, was die anderen sagen.

Ich eröffne die Abstimmung und bitte, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Namentliche Abstimmung)

Präsident Dr. Knoblich:

Gibt es jemanden, der noch nicht votiert hat?

(Der Abgeordnete Prof. Dr. Bisky [PDS] gibt sein Votum ab.)

Damit schließe ich die Abstimmung und bitte um einen Moment Geduld für die Auszählung.

Ich gebe das Ergebnis bekannt: Für den Antrag stimmten 20 Abgeordnete, dagegen 52 Abgeordnete. Ein Abgeordneter enthielt sich der Stimme. Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

(Abstimmungslisten siehe Anlage S. 988)

Ich lasse abstimmen über den Änderungsantrag der DVU-Fraktion mit der Drucksache 3/1292. Er richtet sich auf das Kapitel 07 030, Titelgruppe 64, Titel 684 64. Es geht um eine Erhöhung. Wer diesem Änderungsantrag folgt, möge die Hand aufheben. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist er mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen, Drucksache 3/1207. Wer der Beschlussempfehlung folgt, möge die Hand aufheben. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Beschlussempfehlung mehrheitlich gefolgt und der Einzelplan 07 in 2. Lesung angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 08 - **Ministerium für Wirtschaft** - auf. Dazu liegt Ihnen die Drucksache 3/1208 vor. Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der CDU-Fraktion. Herr Dr. Ehler, Sie haben das Wort.

Dr. Ehler (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben mit dem Haushalt des Landes Brandenburg für die Jahre 2000 und 2001 neue politische Prioritäten in der Landespolitik gesetzt. Die Erhöhung der Investitionsquote im Landeshaushalt 2000 auf annähernd 25 % wird die Schaffung neuer Arbeitsplätze fördern. Der Einzelplan des Wirtschaftsministers, der neben dem Einzelplan des Verkehrsministers den höchsten investiven Anteil des Landeshaushaltes hat, ist im Ansatz gegenüber 1999 deutlich erhöht worden. Fast 400 Millionen DM mehr gegenüber dem Ansatz 1999 stehen für die Förderung der Wirtschaft zur Verfügung. Anders als in den Jahren zuvor haben wir uns - wie schon im Koalitionsvertrag festgelegt - darauf verständigt, sämtliche uns zur Verfügung stehenden GA- und EU-Mittel kofinanzieren. Wir wollen die finanziellen Hilfen von EU,

GA und Bund von Anfang an nutzen und so Sicherheit für Investoren schaffen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich kurz formulieren, was die zwei Ausgangsüberlegungen zur Wirtschaftspolitik in Brandenburg sind. Das ist zum einen der zeitliche Horizont. Wir sehen uns einer EFRE-Fördermittelperiode gegenüber, die uns im Grunde genommen noch einmal reichlich Mittel der Europäischen Gemeinschaft zur Verfügung stellt, allerdings vor dem klaren Hintergrund der Endlichkeit dieser Mittel. Das heißt, es formuliert für uns zwei Aufgaben: zum einen Schwerpunkte zu setzen in der Wirtschaftspolitik und zum anderen eine gewisse Daseinsfürsorge zu treffen, die wirtschaftspolitische Handlungsfähigkeit auch in Zukunft zu erhalten.

Zweitens - die strukturellen Gegebenheiten der Brandenburger Wirtschaft: Wir haben 80 % kleine- und mittelständische Unternehmen, wir haben eine Reihe verbliebener industrieller Kerne, wir haben aber auch Ansätze, außerordentlich positive Ansätze von Zukunftstechnologien, so im Bereich der Biotechnologie, der Informationstechnologie und der Medien. Die Aufgabe der Wirtschaftspolitik und unsere Grundüberlegung war, eine Klammer zu schaffen, eine Klammer zwischen der Gegenwart und der Zukunft der Wirtschaft in Brandenburg mit der Bereitstellung von über 8 Millionen DM für das Handwerker-Investitionsdarlehensprogramm. Mit diesen jährlichen 8 Millionen DM unterstützen wir zusätzlich Handwerksunternehmen. Neu ist, und das ist bundesweit beispiellos, die Bereitstellung von Fördermitteln, gekoppelt an die Teilnahme an Coaching-Maßnahmen. Andererseits, und das ist auch neu und ohne Beispiel, soll sichergestellt werden, dass bei Schaffung zusätzlicher Ausbildungs- und Arbeitsplätze Teile der Darlehenssumme in Zuschüsse umgewandelt werden. Das ist die Bestandssicherung.

Nun der Schritt in die Zukunft. Der zweite Schritt: Wir wollen gerade unseren mittelständischen Strukturen den Schritt in die Zukunftstechnologien ermöglichen. Das heißt, wir werden uns in Zukunft dafür verwenden, dass es auch in mittelständischen und kleinen Unternehmen möglich ist, sich in Bietergemeinschaften im Internet zusammenzuschließen, e-Business zu betreiben. Wir wollen diesen ganzen Bereich stärken und gerade die globale Entwicklung für kleine und mittelständische Unternehmen möglich machen.

Erster Teil der Klammer: Ich denke, das wird eine Frage der Schwerpunktsetzung im Bereich der Zukunftstechnologien sein. Die Biotechnologie, die erfolgreiche Ansiedlung einer ganzen Reihe von Call-Centern sind die wirklichen Entwicklungsfaktoren, die wir in Brandenburg, die wir in Europa, ja weltweit haben. Das ist der Bereich, den wir fördern müssen. Wir müssen nur die Klammern zwischen den jetzigen Gegebenheiten und diesen zu fördernden Zukunftstechnologien schaffen.

Auch und gerade in diesem Sinne gehen wir in der Technologieförderung mit der Einrichtung eines revolvierenden Technologiefonds einen neuen Weg. Mit einem Fondsvolumen von 100 Millionen DM wird sichergestellt, dass wir die Schaffung neuer, zukunftsfähiger Arbeitsplätze in Brandenburg verstärkt fördern können. Unternehmen der Technologiebranche werden sich in den kommenden Jahren zu einem der Hauptarbeitgeber weiterentwickeln.

Gelingt es uns, dafür zu sorgen, dass Brandenburg zu einem Standort für Technologieunternehmen wird, sichern wir die Zukunft unseres Landes. Durch die Einrichtung eines revolvierenden Fonds stellen wir zusätzlich sicher, dass finanzielle Mittel auch nach dem Auslaufen der EU-Fördermittelperiode und den absehbar geringer werdenden Mitteln aus dem Länderausgleich zur Verfügung stehen werden.

Das ist ein Stück weit Daseinsvorsorge und Erhalt unserer Handlungsoptionen, ohne dass wir uns das Instrument der Einmalförderung aus der Hand nehmen lassen wollen.

Ein neuer Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik des Landes ist die Förderung von Existenzgründungen. Da partizipieren nicht nur Existenzgründer, sondern die Gesellschaft insgesamt. So werden pro Existenzgründung nach einem Jahr vier bis fünf neue Arbeitsplätze geschaffen. Dieses Potenzial darf angesichts der landesweiten durchschnittlichen Arbeitslosigkeit von 17 % nicht außer Acht gelassen werden. Sicherlich ist das nicht das einzige Rezept.

Wir haben mit Anerkennung zur Kenntnis genommen, dass der Wirtschaftsminister bereits nach 100 Tagen Amtszeit eine Existenzgründeroffensive angekündigt hat und bereits jetzt erste Schritte umgesetzt sind. Ich denke hier beispielsweise an die Schaffung eines Existenzgründerreferats im Ministerium und an die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für Coaching-Aktivitäten.

Auch die Koalitionsfraktionen als Parlament haben es in den Haushaltsverhandlungen ermöglicht, dass zusätzliche Mittel für Existenzgründungen im Rahmen von regionalen Gründungs-offensiven bereitstehen. Das gilt für die SPD und für uns. Uns ist es zusehends gelungen, Mittel im Landeshaushalt umzuschichten, sodass wir auch weiterhin Existenzgründungen aus den Hochschulen fördern können.

CDU und SPD haben im Koalitionsvertrag ein Bild entworfen, das für den Wirtschaftshaushalt Vorlage war. Ich zitiere:

„Die Politik der Koalition unterstreicht die Priorität des ersten Arbeitsmarktes. Ziel der Koalition ist, die Kultur der Selbstständigkeit in der Gesellschaft, an Schulen und an Hochschulen weiter zu fördern, um damit Akzeptanz und Anerkennung unternehmerischen Handelns zu erhöhen.“

Unser Ziel ist eine selbsttragende Wirtschaft in Brandenburg als stabiles Fundament einer freien und sozial gerechten Gesellschaft.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Frau Dr. Schröder hat heute die Katze aus dem Sack gelassen. Wir vertreten nicht die Auffassung - wie Sie, Frau Dr. Schröder, sie eben so eindringlich wie ökonomisch völlig absurd vorgebracht haben -, Wirtschaftsförderungsmittel am besten gänzlich durch Arbeitsmarktpolitiken zu ersetzen. Seriöse Arbeitsmarktpolitiker aller Fraktionen wissen: Ein Arbeitsplatz in der freien Wirtschaft trägt sich selbst und auch auf Dauer, eine ABM-Stelle ist mit dem Versiegen von Fördermitteln sofort verschwunden.

Ich möchte das ausdrücklich in den kryptosozialistischen Orbit Ihrer theoretischen Überlegungen einordnen, Frau Dr. Schröder.

(Beifall bei der CDU)

Herr Schwanitz, der Beauftragte der Bundesregierung, hat die Haushaltsmittel für die neuen Länder im Bereich der Arbeitsmarktförderung mit 22 Milliarden DM beziffert. 2 Milliarden DM wollen wir für Wirtschaftsförderung aufwenden, 3 Milliarden DM für Wissenschaft und Forschung. Bitte sehen Sie diese Relationen!

Ich denke, die CDU bestreitet nicht - das ist auch völlig legitim und gesellschaftlich wichtig -, dass Arbeitsmarktförderungspolitik ein temporäres Mittel ist, sozialen Frieden und eine positive gesellschaftliche Grundstimmung zu stabilisieren. Aber Frau Dr. Schröder, Sie treiben Schindluder mit dem legitimen Instrument der Arbeitsmarktpolitik; vor allem aber ist es zynische Polemik gegenüber dem Schicksal von Arbeitslosen, wenn Sie suggerieren, damit langfristig Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

(Beifall bei der CDU)

Einsamer Höhepunkt Ihrer Rede: Sie drohten uns allen Ernstes, diese Voodoo-Ökonomie mit der Keule des Verfassungsrechtes durchzusetzen. Ich möchte nicht der PDS als Ganzes unterstellen, dass diese wirre Selbstanleitung zum ökonomischen Selbstmord wirklich konsens- und mehrheitsfähig ist.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Wer so denkt und argumentiert, kann nicht die Zukunft gestalten, sondern verbaut Zukunft.

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Dr. Schröder zu?

Dr. Ehler (CDU):

Lassen Sie mich bitte zu Ende sprechen.

Die wirtschaftspolitischen Forderungen der PDS hinsichtlich des Einzelplanes 08 haben damit weitgehend Alibicharakter. Die PDS fordert, dass durch den Landeshaushalt Bürgschaften für den Generationswechsel bei Handwerksbetrieben in Höhe von 10 Millionen DM übernommen und dass die Garantien für Kredite bei Filmproduktionen verdoppelt werden. Meine Damen und Herren von der PDS-Fraktion, die Antwort auf die Frage der haushalterischen Deckung blieben Sie uns schuldig. Andererseits: Warum werden Sie, wenn Sie solche Mittel für notwendig halten, nicht in Mecklenburg-Vorpommern aktiv? Ihre Kollegin hat Mecklenburg-Vorpommern mehrfach als Beispiel erwähnt. In Mecklenburg-Vorpommern haben Sie nicht nur auf diese Forderungen verzichtet, Sie haben sogar den Etat des Wirtschaftsministers seit 1998 kontinuierlich zusammengestrichen. Mehrere 100 Millionen DM wurden seit der Regierungsbeteiligung der PDS im Wirtschaftsetat gekürzt. Während der Anteil des Wirtschaftsetats einschließlich Verkehr 1998 rund 15 % am Landeshaushalt betrug, beträgt er im Jahr 2000 nur

noch 13 %, und das bei sinkendem Gesamthaushaltsvolumen. Die Investitionsquote von fast 26 % im Jahr 1998 ist im Jahr 2000 auf 22,9 % gefallen. Hier werden Prioritäten gesetzt, die den Vorstellungen von Ihnen, Frau Dr. Schröder, sicherlich ähnlich sind. Heute haben Sie die Katze aus dem Sack gelassen.

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Abgeordneter, lassen Sie jetzt eine Zwischenfrage zu?

Dr. Ehler (CDU):

Bitte schön!

Frau Osten (PDS):

Herr Abgeordneter, ist Ihnen bekannt, dass in Mecklenburg-Vorpommern genau 50 % des Investitionsförderungsgesetzes Aufbau Ost an die Kommunen gehen und damit für kommunale und regionale Investitionen verwendet werden?

Dr. Ehler (CDU):

Ich wage zu bezweifeln, dass das an der Grundproblematik etwas ändert. Aber lassen Sie mich fortfahren.

Wir reden ja auch über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Das ist doch das grundlegende Thema. Herr Bisky hat eindringlich auf die sinkende Arbeitslosenquote in Mecklenburg-Vorpommern als Ausdruck dieser Politik hingewiesen. Dabei hat er allerdings vergessen zu erwähnen, dass die Zahl der Abwanderung aus Mecklenburg-Vorpommern die Verringerung der Arbeitslosigkeit übersteigt. So kann man natürlich auch die Zukunft des Landes gestalten.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Abgeordneter, es wird noch einmal das Begehren der Abgeordneten Frau Dr. Schröder nach einer Zwischenfrage deutlich.

Dr. Ehler (CDU):

Das stürzt mich in tiefe Verwirrung; denn die ökonomischen Schlängelungen kann ich manchmal nur schwer nachvollziehen.

(Klein [SPD]: Heißt das ja oder nein?)

- Das heißt nein.

Geben wir den Menschen keine Perspektiven, dann müssen sie sich woanders Arbeit suchen und Sie können die sinkenden Arbeitslosenquoten feiern.

Auch bei den Haushaltsverhandlungen hat die PDS-Fraktion nicht darauf verzichtet, Front gegen das internationale Dreieck Berlin-Brandenburg zu machen. Wie oft müssen wir hier noch auf die Chancen dieses Großprojektes hinweisen, bis Sie es aufgeben, den Menschen diese große Chance mit fragwürdigen Argumenten auszureden? Es sind Ihre ideologischen Über-

zeugungen - das hat Frau Tack deutlich gesagt und das wird immer wieder deutlich -, die Sie daran hindern, diese Chancen zu erkennen. Nietzsche hat einmal maliziös gesagt:

„Überzeugungen sind gefährlichere Feinde der Wahrheit als Lügen.“

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Es sind diese Überzeugungen, die Sie dazu treiben, ständig von der Landesregierung zu fordern, auf die Schaffung von 20 000 Arbeitsplätzen in Brandenburg durch den Großflughafen zu verzichten. Zur Gestaltung von Landespolitik gehört nicht nur Mut, sondern auch Verantwortungsbewusstsein und die Gabe, Chancen für die Region zu erkennen und zu nutzen.

Sie, Herr Vietze, haben sich gestern mit der erstaunlichen Feststellung an die SPD gewandt, der PDS sei aufgefallen, dass es einen Politikwechsel in Brandenburg gegeben habe. Die Polemik zielte nicht zuletzt darauf, einen Keil zwischen die Koalitionäre zu treiben. Wechsel als Synonym von Schwäche - diese Argumentation wendet sich bei genauerem Hinsehen gegen Sie selbst. Hier spiegelt sich Ihre statische Auffassung von Politik wider.

(Lachen bei der PDS)

Eines können Sie sich zugute halten, nämlich mit immer denselben schematisch-ideologischen Grundmustern vor einer sich ständig verändernden gesellschaftlichen Realität zu versagen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Ausdruck der Überlegungen der Koalition zum Haushalt und zur Regierungspolitik ist die Erkenntnis, die ich jetzt an Sie, Herr Vietze, zurückgebe: Die Welt wandelt sich. Was Sie bemerken, ist unser Bemühen, damit verantwortlich für Brandenburg umzugehen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Gerade in der Wirtschaftspolitik gibt es in der Koalition, auch in Abwägung mit anderen berechtigten gesellschaftspolitischen Zielen, einen lebendigen Wettstreit der Ideen. Die Denkverbote der Vergangenheit wurden gebrochen, ohne dass eine Partei inhaltliche Positionen aufgegeben hätte. Das Ergebnis ist für Brandenburg positiv. Machen Sie sich nichts vor: Die Brandenburger waren und sind in der Mehrheit innerlich gegen die Regierungsverantwortung der PDS.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Ich will nicht noch einmal im Einzelnen den Vorwurf wiederholen, dass Ihr Beitrag zur Haushaltsdebatte darin besteht, allen alles zu versprechen. Nur ein Versprechen geben Sie zugegebenermaßen nicht, nämlich das Versprechen, der nächsten Generation die Handlungsfähigkeit durch eine stabile Haushaltspolitik zu erhalten.

Ihre konsequente Verweigerung gegenüber haushalterischen Realitäten ist nicht direkt überraschend. Da gebe ich die Betrachtungen zum Thema zurück. Nimmt man alle Forderungen

der PDS zusammen, die Ausdruck der verschiedenen Flügel, Gruppen und Personen in der Partei sind, so ergibt sich insgesamt im Grunde genommen kein Bild, keine gesellschaftliche Utopie für die Zukunft Brandenburgs.

Es bleibt alles seltsam fragmentarisch - manch konstruktiver Ansatz, persönlich anständiges Engagement neben ideologischen Trümmerteilen, ostalgischem Ressentiment, populistischen Versatzstücken emotionaler Empörung gegen die da oben,

(Heiterkeit bei der PDS)

gegen die im Westen, gegen die Waffenhändler auf der ILA,

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und SPD)

aber für den Internationalismus bei gleichzeitiger Bevorzugung regionaler Wertschöpfungsketten.

(Beifall bei CDU und SPD)

Die Haushaltsdebatte hat es wieder gezeigt: Es fügt sich in Wirklichkeit nicht zusammen. Die PDS ist für manches, sie ist gegen vieles, aber immer mehr wird die PDS zum gesellschaftspolitischen Phänomen, aber nicht zu einer Partei mit klaren Konturen.

(Unruhe und Zurufe von der PDS)

Meine Damen und Herren! Die Koalition hat dagegen in kritischer und manchmal schwieriger Abwägung von Möglichkeiten und Zielen dem Wirtschaftsminister einen Etat zur Verfügung gestellt, mit dem er die Rahmenbedingungen für eine selbsttragende und zukunftsfähige Brandenburger Wirtschaft gestalten kann. - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die PDS. Für sie spricht der Abgeordnete Christoffers.

(Dr. Ehler [CDU]: Der einzig Vernünftige! - Beifall)

Christoffers (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Ehler, ich würde ja gern dieses Kompliment zurückgeben, aber ich muss sagen, dass ich aus der CDU sehr viele vernünftige Leute kenne. Ob Ihre Rede heute einen Beitrag dazu geleistet hat, dass Sie dazu gehören, weiß ich nicht.

(Beifall bei der PDS)

Herr Nietzsche ist mir auch bekannt. Und da ich früher einmal in diesem Bereich unterrichtet habe, möchte ich das zurückgeben. Herr Nietzsche hat dieses Zitat, welches Sie erwähnt haben, grundsätzlich für alle überzeugend gemeint und nicht auf einige reduziert.

Das Zweite ist: Herr Nietzsche hat vielleicht in der Analyse der

Gesellschaft nicht immer meinen eigenen Anspruch getroffen, aber das, was Sie heute geleistet haben, hätte er mit einer Fünf bewertet.

(Beifall bei der PDS)

Lassen Sie mich noch eine Bemerkung zu Mecklenburg-Vorpommern machen. Ich finde es immer wahnsinnig interessant, dass Sie Mecklenburg-Vorpommern hier erwähnen. Würden Sie bitte einmal zur Kenntnis nehmen, dass die Struktur der Wirtschaftsförderung in Mecklenburg-Vorpommern völlig anders ausgerichtet ist! Meine Kollegin Kerstin Osten hat das eben schon eingeworfen. Es wird in Mecklenburg-Vorpommern versucht, über eine Stärkung kommunaler Investitionskraft in Verbindung mit einem Wirtschaftsetat hier ein Stück weit Beschäftigung und Wertschöpfung zu sichern.

Wenn Sie sich einmal die mittelfristige Finanzplanung ansehen, Herr Ehler, das Absinken von Investitionsquoten im Land Brandenburg ab dem Jahre 2002 - da besteht wohl kein Zweifel, dass es stattfindet. Wir haben doch jetzt nur ein Zwischenhoch und das wissen Sie genauso gut. Das sind übrigens die 190 Millionen DM, die aus der alten Strukturfondsperiode übrig geblieben und übertragen worden sind. Die Nagelprobe für den Wirtschaftshaushalt kommt erst im Jahre 2001.

(Vietze [PDS]: Sehr richtig! - Beifall bei der PDS)

Deswegen kann doch nur eins möglich sein: Die Messlatte, die an den Haushalt anzulegen ist, heißt: Wie wird das Zeitfenster genutzt, von dem Herr Vietze und auch Sie, Herr Ehler, heute gesprochen haben? Was muss ab 2006 in diesem Land Brandenburg passieren? Deswegen sage ich, dass wir nicht nur ein Zeitfenster ab 2006 haben, sondern wir haben darüber hinaus noch etwas zu berücksichtigen. Wir haben einen Handlungszeitraum, der sich deutlich reduziert. Was wir in den Jahren 2001/2002 nicht einleiten, wird nie wieder passieren in diesem Land.

(Beifall bei der PDS)

Das heißt auf gut Deutsch: Wir haben nur noch Zeit bis zu den Nachtragshaushaltsberatungen Ende dieses Jahres, um die strukturellen Defizite durch eine Problemlösung ausgleichen zu können, um die Situation 2006 zu entschärfen.

Und da kommen wir auf einen wesentlichen Unterschied, Herr Ehler. Niemand und auch nicht meine Kollegin Frau Dr. Esther Schröder hatte in irgendeiner Art und Weise in Zweifel gestellt, dass Beschäftigungspolitik tatsächlich aus zwei Komponenten besteht, und zwar sowohl aus Wirtschafts- als auch aus Arbeitsmarktpolitik. Das hat sie nicht gesagt, das ist eine bewusste Fehlinterpretation.

(Zuruf von der PDS: Richtig!)

Das Problem und der Unterschied liegen doch nur in einem: Arbeitsmarktpolitik ist zum einen ein temporäres Instrument - da stimme ich Ihnen zu -, aber genau dieses temporäre Instrument in der gegenwärtigen Arbeitsmarktpolitik stößt an Grenzen der Veränderung der Wertschöpfung selbst. Wenn wir mit der Beschäftigungssituation umgehen wollen, wenn wir mit der Tatsache umgehen wollen, dass massenhaft Leute durch techno-

logische Entwicklung freigesetzt werden, dann müssen wir uns veränderte Formen der Arbeitsmarkt- und der Beschäftigungspolitik sowohl auf dem ersten als auch auf dem zweiten Arbeitsmarkt einfallen lassen, denn anders ist der Sachverhalt nicht zu lösen.

(Beifall bei der PDS)

Dafür wäre ich sehr. Man muss aufhören, beide Komponenten gegenüberzustellen und daraus eine politische Zielsetzung zu machen.

(Beifall bei der PDS)

Herr Ehler, Sie werden mir sicherlich zugestehen, dass ich ein Stück weit politische Erfahrung hier im Land Brandenburg gesammelt habe. Sie können mir glauben: Was hier in der Haushaltsberatung deutlich geworden ist, hat einen Hintergrund. Die Koalition hat sich in der inhaltlichen Zielrichtung nicht einigen können.

(Beifall bei der PDS)

Weil das so ist und der Ministerpräsident gestern die erfolgreiche Fortsetzung sozialdemokratischer Grundsätze und einer alleinigen sozialdemokratischen Politik verkündet hat, ist gestern Nachmittag von allen Rednern der CDU nur eins getan worden: Die Aussagen des Ministerpräsidenten sind demontiert worden, indem man immer wieder deutlich gesagt hat, dass es hier nicht um sozialdemokratische Politik, sondern im Prinzip um die Durchsetzung einer Koalitionspolitik geht.

(Beifall bei der PDS)

Sie haben ihn im Prinzip ein Stück weit desavouiert. Und das ist Ihr gutes Recht. Sie sind eine Koalition. Aber Sie müssen bitte auch davon ausgehen, dass wir das merken und benennen.

Was Sie hier darzustellen versuchen, ist doch nur eins: Sie versuchen Ihren Koalitionspartner zu disziplinieren. Das können Sie gern machen, das steht Ihnen frei. Aber dann habe ich eine ganz große Bitte: Unterstellen Sie uns nicht einen inhaltlichen Ansatz, den es nicht gibt, denn was die Zukunftsfähigkeit in diesem Land Brandenburg betrifft, auch im Bereich der Wirtschaftspolitik, das hat für die PDS keine Alibifunktion. Wir wissen aus eigener Erfahrung, aus Erfahrung auch aus der DDR heraus: Wertschöpfung zu vernachlässigen, und zwar alle Formen der Wertschöpfung, und zugleich nicht zu beachten, dass sich der Charakter der Wertschöpfung ändert, was auch einen veränderten politischen Rahmen bedeutet, das führt zu einem Ende einer politischen und sozialen Handlungsmöglichkeit. Genau das wollen wir verhindern.

(Beifall bei der PDS)

Wenn Sie ernsthaft Zukunft im Land Brandenburg gestalten wollen, dann stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung. Da geht es dann weniger darum, inhaltliche Auseinandersetzungspunkte zu minimieren oder nicht zu benennen, sondern es geht um die gemeinsame Suche nach Lösungsansätzen, um hier etwas zu tun.

Ich hatte vorhin etwas zu den Maßstäben der Bewertung des

Haushaltsansatzes für die kommenden zwei Jahre gesagt. Welche Maßstäbe haben wir denn? Herr Ehler, wir müssen Beschäftigung sichern, da stimme ich Ihnen zu. Das Zweite, was wir machen müssen: Wir müssen uns auf die EU-Osterweiterung vorbereiten, denn das, was wir bis zu diesem Zeitraum nicht hinkriegen, wird nie wieder passieren.

Drittens geht es darum, die strukturellen Nachteile der Unternehmenslandschaft im Land Brandenburg über eine politische Rahmensetzung zu kompensieren, ohne dabei unternehmerische Verantwortung einzuschränken.

Und das Vierte: Wir müssen uns ernsthaft darüber unterhalten, wie wir kritische Massen in Industrie- und Dienstleistungsbereichen überhaupt entwickeln können, damit zunehmend überregionale Verflechtungen sinnvoll sichergestellt werden können.

In diesem Zusammenhang geht es auch um den Bereich der Technologieentwicklung. Herr Ehler, dabei geht es mir nicht nur um den Bereich Hochtechnologie. Das Land Brandenburg hat von seiner Struktur und von seiner Wertschöpfungssubstanz her eine Reihe von traditionellen Industriezweigen. Ich denke an die Holzwirtschaft, an die Landwirtschaft und andere, die durch einen Impuls aus der Technologieentwicklung tatsächlich überregional marktfähig gemacht werden können. Das heißt, nur die Konzentration auf Hochtechnologie würde ich in diesem Fall als einen Substanzverlust im Land Brandenburg bezeichnen, wenn nicht die anderen volkswirtschaftlichen Bereiche dort mit einbezogen werden.

Wir brauchen noch etwas anderes. Wir brauchen endlich ein Verständnis auch von Wirtschaftsentwicklung und von Regionalentwicklung, das mit dem ressortbezogenen Denken aufhört.

(Einzelbeifall bei der PDS)

Es ist auch unabhängig davon, ob eine Ausgabe investiv oder konsumtiv ist, wenn von nachhaltigen Strukturentwicklungsmöglichkeiten für das Land ausgegangen wird. Ich mache Ihnen das an einigen Beispielen fest. Der Bereich der Tourismusentwicklung ist für das Land Brandenburg eine ganz große innere Kraftquelle. Wir können 8 % des Bruttoinlandsproduktes perspektivisch mit etwa 70 000 Beschäftigten sicherstellen.

Es steht die Frage, warum die Förderung in immer mehr Ministerien zersplittert wird.

(Beifall bei der PDS)

Warum muss das sein? - Nur wegen der politischen Farbenlehre? Oder geht es hier nicht um einen Sachzusammenhang, der zusammenzuführen ist, um Potenzialerschließung durchzuführen?

Ich nenne das Beispiel Hochschule. Sie sprachen es an. Herr Ehler, ich stimme Ihnen völlig zu. Ohne einen Ausbau der Hochschullandschaft, der Wissenschaftslandschaft wird die Zukunftsfähigkeit tatsächlich vergeben. Aber bringen Sie dann bitte auch den politischen Mut auf zu sagen, dass dafür jährlich 100 Millionen DM mehr notwendig sind, als gegenwärtig eingestellt wurden. Das kann auch bedeuten, dass sowohl aus dem Wirtschaftsministerium als auch aus anderen Häusern Mittel

bereitgestellt werden, um Zukunftsfähigkeit sicherzustellen. Darüber müssen wir uns im Bereich des Nachtragshaushalts verständigen, weil es später nicht gehen kann.

Ich komme auf unsere Diskussion von gestern zurück. Herr Niekisch, wir werden Ihnen einen möglichen und finanztechnisch völlig legitimen Vorschlag vorlegen. Ich bin gespannt, wie Sie sich dann politisch verhalten werden. Wir werden alle Möglichkeiten der EU-Strukturfondsverordnung ausnutzen, um Bildung und Wissenschaft sicherzustellen, nicht als Selbstzweck oder deshalb, weil uns die politische Farbenlehre im Prinzip dazu nötigt, sondern ganz einfach deshalb, weil hier Zukunftsfähigkeit gesichert werden kann. Ich bin gespannt, wie Sie sich verhalten werden. Ich bin gern bereit, mich mit Ihnen zusammen, mit allen, die im Prinzip der gleichen Intention folgen, darüber zu verständigen, dieses Geld bereitzustellen. Das wird ein Notifizierungsverfahren in Brüssel bedeuten, aber wenn wir es Ende des Jahres einleiten, dann können wir es im Jahre 2001 tatsächlich umsetzen.

Lassen Sie mich eine letzte Bemerkung machen. Ich bin immer froh, wenn ich das Manuskript zur Seite legen und frei reden kann. Herr Ehler, Sie haben einen großen Impuls gesetzt. Ich möchte die Gründe dafür anführen, warum ich dem Einzelplan 08 nicht zustimmen werde, obwohl er eine verbesserte Mittelausstattung gegenüber den Vorjahreshaushalten beinhaltet.

Erstens: Mit dem Einzelplan 08 wird nicht die Grundlage dafür gelegt, dass eine Interessenunterschiedlichkeit zwischen berlin-nahen und berlinfernen Räumen ausgeglichen werden kann. Das wird nicht passieren. Ich sage Ihnen eines voraus: Die wachsenden Interessenunterschiede zwischen den Regionen des Landes Brandenburg werden langsam politisch nicht mehr handhabbar. Das wird ein ernsthaftes politisches Problem darstellen.

Zweitens: Ich stimme dem Ausbau des Bürgschafts- und Beteiligungsrahmens ausdrücklich zu. Es handelt sich um einen Vorschlag der PDS, für den ich drei Jahre lang weniger Unterstützung gefunden habe, als dies jetzt seitens der Koalition geschieht. Die Unterstützung, die ich jetzt bekomme, möchte ich ausdrücklich begrüßen. Ich werde das Vorhaben immer unterstützen. Wir sehen allerdings das Problem, dass ein weiterer Bereich vorgesehen werden muss. Der Bürgschaftsrahmen für den Handwerksbereich wird erweitert. Es geht um 10 000 Unternehmen mit rund 200 000 Beschäftigten. Es ist eine Frage der politischen Rahmensetzung, das zu sichern. Wir sind der Auffassung, dass das Handwerksinvestitionsprogramm zwar ein möglicher Weg ist; aber es ist aus unserer Sicht nicht zureichend, weil der andere Weg besser ist.

Wir haben die Filmwirtschaft angesprochen. Herr Ehler, nehmen Sie es mir bitte nicht übel: Wenn wir eine Stabilisierung der Filmwirtschaft im Land Brandenburg anstreben, und zwar über Garantieerklärungen im Haushaltsgesetz, dann ist eine Deckungsquelle vorhanden. Ohne diese Garantieerklärungen wird - das sage ich Ihnen voraus - die von Ihnen angesprochene Konkurrenz der Standorte mit dazu führen, dass wir Gefahr laufen, Substanzverluste in Babelsberg zu erleiden. Sie werden bitter bedauern, diesen Vorschlag abgelehnt zu haben. Ich sage das, auch wenn ich nie die Illusion gehabt habe, dass unsere Vorschläge angenommen werden. Ich hoffe, dass wir uns zumindest über die Inhalte weiterhin verständigen können und bei

den Nachtragshaushaltsberatungen mit gemeinsamen Vorschlägen, die einen Substanzaufbau im Land Brandenburg tatsächlich ermöglichen, ein Stück weit operieren können. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort hat der Abgeordnete Schuldt von der DVU-Fraktion.

Schuldt (DVU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir behandeln hier und heute den für mich wichtigsten Einzelplan überhaupt, nämlich den Einzelplan 08, also den Einzelplan des Wirtschaftsministeriums. Die Wirtschaft, vor allen Dingen die mittelständische Wirtschaft, schafft doch die Arbeits- und Ausbildungsplätze in diesem Lande. Die Deutsche Volksunion betrachtet genauso wie Sie von der PDS, von der SPD oder von der CDU diesen Haushaltsplan selbstverständlich von ihrer Seite her. Man kann uns doch nicht vorwerfen, ausländerfeindlich zu sein, wenn wir eine vernünftige Wirtschaftspolitik machen wollen. Teure Genossen, dies kann man uns doch nicht laufend vorwerfen!

Ich möchte auf den Einzelplan 08 zu sprechen kommen. Auf den ersten Blick stellen wir fest, dass die Gesamtsumme der Ausgaben im Haushaltsjahr 2000 gegenüber 1999 um 388 Millionen DM auf 1,705 Millionen DM ansteigt. Dafür kann allerdings Herr Minister Fürniß nichts; denn es handelt sich dabei um Mehreinnahmen von über 393 Millionen DM seitens der EU aufgrund des Beginns der neuen Förderperiode. Da diese Mittel allerdings im Jahr 2001 bereits wieder um 400 Millionen DM absinken, stellen wir im Jahr 2001 eine Absenkung der Ausgaben um 357 Millionen DM fest. Es bleibt also summa summarum ein Aufwuchs von nur 31 Millionen DM und damit eine Stagnation gegenüber 1999 übrig.

Im Übrigen sind auch im Einzelplan 08 die Mittel sehr unterschiedlich verteilt. Während man beispielsweise fast 15 Millionen DM im Jahr 2000 und fast 10 Millionen DM im Jahr 2001 für die Filmförderung in Babelsberg ausgeben will, sollen die Mittel für Meisterexistenzgründungen im Jahr 2001 auf die lächerliche Höhe von einer Million DM reduziert werden. Die Messe- und Ausstellungsbeteiligungsförderung für kleine und mittelständische Unternehmen wurde gleich ganz gestrichen.

Aus diesem Grunde brachte unsere Fraktion Anträge zur Schaffung eines mit 20 Millionen DM dotierten Titels 892 30 mit der Zweckbestimmung „Zuschüsse für Existenzgründungen“ ein, welche unter anderem durch die Streichung der unserer Meinung nach unsinnigen Filmförderung finanziert werden sollen.

Weitere Deckungsvorschläge unterbreitete unsere Fraktion zulasten des Einzelplans 15, beispielsweise durch Kürzungen von 3 Millionen DM bei größeren Unterhaltungsmaßnahmen an Grundstücken, Gebäuden und Räumen des Landes, von 4 Millionen DM bei Neu-, Um- und Erweiterungsbauten der Landesvertretung in Berlin oder von 335 000 DM bei der von unserer Fraktion abgelehnten Einstellung von Mitteln für Neu-, Um- und Erweiterungsbauten für Maßnahmen des Landtages. Weitere

re 2 569 Millionen DM im Jahr 2001 sollen bei Neu-, Um- und Erweiterungsbauten für Verwaltungsbauten des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen eingespart werden.

Es soll überdies eine Verpflichtungsermächtigung für 2001 von 20 Millionen DM für das Folgejahr in den Haushaltseinzelplan 08 eingestellt werden. Dieser Antrag, welcher im Fach- wie im Finanzausschuss vonseiten der Koalitionsfraktionen abgelehnt wurde, wird hier und heute seitens unserer Fraktion nochmals ins Plenum eingebracht. Wenn Sie es, Herr Minister Färniß und meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen, mit der Existenzgründerförderung ernst nehmen, so wie es auch der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung betonte, bitten wir Sie um Zustimmung zu unserem Antrag.

Weitere Anträge unserer Fraktion im Fach- wie im Finanzausschuss, zum Beispiel zur Deckung der globalen Minderausgabe von circa 235 000 DM im Jahr 2001 oder zur Mehreinstellung von Mitteln in Höhe von 327 000 DM im Jahr 2000 und 290 000 DM im Jahr 2001 mit der Zweckbestimmung „Kosten für Unternehmensanalysen, Prüfung von Unternehmenskonzepten“, wurden bereits während der Haushaltsberatungen abgelehnt. Dies gilt ebenso für die von unserer Fraktion geforderte Erhöhung der Zuführungen an den Beteiligungsfonds des Landes Brandenburg um jährlich 5 Millionen DM.

Dies ist umso erstaunlicher, da Sie sich, Herr Minister Färniß, während der Sitzungen des Wirtschaftsausschusses doch immer so vehement für die Beteiligungsförderung eingesetzt haben. Da verwundert es natürlich auch nicht, dass die von unserer Fraktion geforderten zweimal 400 000 DM pro Jahr für die Beteiligung von kleinen und mittelständischen Unternehmen an Messen und Ausstellungen seitens der Koalitionsfraktionen abgelehnt wurden. Warum man allerdings wie Herr Minister Färniß oder Herr Ministerpräsident Dr. Stolpe ständig von Innovationsförderung redet, aber andererseits die Zuschüsse zur Anteilfinanzierung von Projekten zur Entwicklung und Einführung neuer Produkte und Verfahren zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittelständischen technologieorientierten Unternehmen von über 20 Millionen DM im Jahre 1999 auf gerade noch 2,3 Millionen DM im Jahr 2001 zurückführt, bleibt wohl ein ewiges Rätsel dieser Regierung. Die von uns geforderte deckungsscharfe Aufstockung der Mittel um 10,1 Millionen DM auf 12,4 Millionen DM wie im Jahr 2000 wurde natürlich ebenfalls abgelehnt.

Zu erwähnen bleibt schließlich noch, dass man auch die seitens unserer Fraktion wie auch seitens der PDS-Fraktion geforderten Mittel in der Titelgruppe 69 des Kapitels 08 015 - Wirtschafts- und Strukturförderung - zur Sonderförderung für Problemregionen ebenfalls ablehnte. Offensichtlich gibt es für die Damen und Herren dieser Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen nur das Umland von Berlin, nicht jedoch die wirtschaftlich schwächeren Gebiete des Landes. Denken Sie nur an die Lausitz, die Prignitz oder die Uckermark.

Trotzdem wurde die Einstellung von 500 000 DM für Coaching-Maßnahmen, für Existenzgründer und für das geplante Handwerksinvestitionsdarlehensprogramm von 4 Millionen DM letztlich seitens unserer Fraktion mitgetragen, Herr Minister. Aber hier gilt, dass der Berg kreiße und ein Mäuslein gebär. Aus all den genannten Gründen lehnt unsere Fraktion den Ein-

zelplan 08 des Wirtschaftsministeriums ab. Wir bitten Sie aber, unserem Änderungsantrag zur Schaffung eines Existenzgründungsprogramms mit einem Volumen von 20 Millionen DM zuzustimmen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die SPD-Fraktion. Herr Abgeordneter Müller, bitte sehr!

Müller (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Dr. Schröder! - Sie ist gar nicht da; das ist ja richtig schade. Dann wende ich mich an die PDS-Fraktion. Wenn Ihre Kollegin hier redet, löst das bei mir ein heftiges Erschrecken aus. Mit welcher klaren Blicke, mit welcher Intensität sie rückwärts schaut, ohne dabei etwas zu erkennen, ist tatsächlich erschreckend. Ich habe die große Befürchtung, dass sie die soziale Marktwirtschaft nicht ein bisschen verstanden hat, was bei Kollegen der PDS-Fraktion öfter anders ist. Sie wird durchaus von einigen verstanden.

Auch ist erschreckend, dass sie die Realität der DDR und das, was dort los gewesen ist, nicht erkannt hat. Das ist eine Sache, die Sie einmal in Ihrer Fraktion auswerten mussten. Sie mussten einmal überlegen, ob nicht eventuell ein Zungenschlag in Ihren Redebeiträgen zu erkennen ist, der nicht nur dem Land Brandenburg, sondern auch Ihnen selbst nichts nutzt.

(Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Das überlassen Sie einmal uns!)

Mir ist immer ein bisschen unklar, ob Ihre Kollegin nur ignorant oder nicht auch naiv ist. Aber das werden wir vielleicht im Laufe der Zeit herausbekommen. Jedenfalls ist es schlimm.

Eines müssen wir uns klarmachen - in diesem Punkt verbindet sich das Thema des Einzelplans 07 mit dem des Wirtschaftsressorts -: Wir leben in einer Situation, wo tatsächlich die selbsttragende Wirtschaft noch nicht so funktioniert, wie sie funktionieren müsste, damit wir hier aus eigener Kraft leben können. Das ist die Realität, die wir anerkennen. Nur, die Frage ist: Wie kommen wir aus der Situation heraus, dass 50 % der Mittel, die wir für die Gesellschaft im Land Brandenburg aufwenden, von außen kommen müssen? Da wird uns nur eines helfen. Das Ganze wird nur gehen, wenn wir am ersten Arbeitsmarkt, in der sich hoffentlich irgendwann selbst tragenden Wirtschaft Arbeitsplätze schaffen, die zu Steuereinnahmen führen und die uns ermöglichen, die anderen, die sozialen Zwecke aus eigener Kraft zu finanzieren.

Aus der Rede Ihrer Kollegin hört man deutlich heraus, dass ein Einsatz für Wirtschaftsförderung eigentlich frevelhaft ist - da wird ja Geld verschleudert. Das ist ein Punkt, den ich überhaupt nicht akzeptieren kann. Ich weiß, auch in Ihrer Fraktion gibt es sehr viele, die das so nicht akzeptieren.

(Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Das haben wir überhaupt nicht gesagt!)

Es wird natürlich immer ein Kompromiss sein. Arbeitsmarktpolitik ist unzweifelhaft notwendig, um gesellschaftliche Stabilität zu erhalten. Auf der anderen Seite werden wir mit aller Kraft die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft verbessern müssen, damit irgendwann eine sich selbst tragende Wirtschaftsstruktur im Land Brandenburg entsteht. Insofern liegen wir vielleicht gar nicht so weit auseinander. Nur, so wie Sie argumentieren, geht das nicht.

Wenn ich zum Bereich der Wirtschaft komme, muss ich zunächst einmal feststellen - ich möchte Herrn Dr. Ehler ein klein wenig widersprechen -, dass dieser Bereich durchaus durch eine erhebliche Kontinuität gekennzeichnet ist. Wenn ich mir die Gesamtstruktur und die Einzelpositionen anschau, dann stelle ich fest, dass vieles von dem, was seit vielen Jahren zur Wirtschaftspolitik in Brandenburg gehört hat, zu Recht weitergeführt wird. Ich glaube, es ist relativ unstrittig: Es gibt sehr selten Akzente, bei denen man sagen kann, das ist gute oder schlechte SPD- oder CDU-Wirtschaftspolitik. Wir müssen das gemeinsame Ziel erreichen, möglichst viele Arbeitsplätze zu schaffen, die sich auf Dauer selbst weiterführen können. In diesem Punkt liegen wir also gar nicht weit auseinander.

Wir haben aber natürlich auch ein paar Elemente, um diesen Haushalt in der Gesamtsumme nach oben zu bringen, die rein fiskalisch sind. Ich denke zum Beispiel daran, dass die GA jetzt voll veranschlagt ist, was 1999, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, nicht der Fall war. Dadurch haben wir dann automatisch eine Aufstockung, die sich in einer Investitionsquote widerspiegelt. Wir sind uns einig, dass sie zu Recht bei einer Größenordnung von 25 % liegt. Noch besser wäre es, wenn wir nach oben gehen könnten. Doch dazu müsste man Geld zur Verfügung haben, was momentan nicht der Fall ist.

Es gibt andere Kontinuitäten. Zum Beispiel liegt die Priorität im Bereich der Investitions- und Infrastrukturförderung. Damit werden langfristig Grundvoraussetzungen geschaffen, dass Unternehmen mit Erfolg wirtschaften können.

Auch auf eine andere Kontinuität lege ich sehr viel Wert. Aus den zur Verfügung stehenden Investitionsfördermitteln können alle kleinen und mittleren Unternehmen, die förderfähig sind, gefördert werden. Das ist sehr wichtig, weil wir immer den Streit zwischen den großen und den kleineren Unternehmen haben. Bei uns steht immer die Befürchtung im Raum: Wenn Großprojekte nach Brandenburg kommen, dann müssen dafür die kleinen Unternehmen bluten, indem sie dann keine Förderung mehr bekommen. Das wird so nicht kommen. Das war auch in der Vergangenheit nicht so. Ich glaube, das ist außerordentlich vernünftig.

Genauso vernünftig ist eine seit Jahren stattfindende Entwicklung: Es darf nicht nur auf Stein und Stahl in der Förderung gesetzt werden, sondern auch auf nichtinvestive Zwecke. Im Bereich der EFRE-Förderung haben wir 52 Millionen DM im Technologiebereich. Wir haben die Förderung auch, wie es vernünftig ist, im Bereich der Medien verstärkt. Dort muss mehr Geld herein, damit die Zukunftschancen für Unternehmen verbessert werden.

Man könnte das jetzt sehr lange fortsetzen. Es gibt sehr viele Dinge, die schon seit Jahren auf den Weg gebracht worden sind.

Sie werden natürlich pointiert verändert, aber es gibt in dem Bereich keinen Politikwechsel. Vielmehr gibt es eine Fortsetzung dessen, was wir seit Jahren favorisieren.

Ich will im Interesse der SPD-Fraktion auf drei Schwerpunkte zurückkommen, die bei den Haushaltsberatungen eine Rolle gespielt haben. Ein Punkt ist aus meiner Sicht bisher nicht diskutiert. Es ist eine Frage der Umsetzung des Haushaltes. Es ist die Frage, die wir diskutiert haben: Was ist besser, was ist zukunftsfähiger für das Land Brandenburg, was müssen wir im Bereich der Förderung eigentlich leisten? Zuschussförderung oder Darlehensförderung, also Förderung ohne Zuschüsse, oder Mischmodelle? Wir müssen aus meiner Sicht noch einmal sehr ernsthaft darüber nachdenken, inwieweit Vor- und Nachteile über einen dritten Weg ein Stück weit aufgehoben werden können, zumindest was die Nachteile betrifft. Wir haben das Problem, dass ein Unternehmen, das bisher Zuschüsse hätte bekommen können, dann Darlehen im Bereich des Eigenkapitals bekommt. Dieses Unternehmen kann dann durchaus bilanztechnisch ein Problem bekommen, weil die Überschuldungssituation früher eintreten könnte.

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zusatzfrage zu?

Müller (SPD):

Natürlich!

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Niekisch, bitte!

Dr. Niekisch (CDU):

Herr Kollege Müller, ich habe eine Frage. Sie haben gerade das Wort Politikwechsel zurückgewiesen. Ist das ein Schimpfwort? Oder ist es nicht das Normalste in einer Demokratie, dass es einen Politikwechsel gibt? Das gehört doch zum Wesen einer Demokratie und ist kein Schimpfwort, auch wenn Herr Vietze das geißelt und Sie möglicherweise ein bisschen getroffen hat. Das können Sie doch locker ab. Es war doch nichts als billige Polemik.

(Beifall des Abgeordneten Schippel [SPD])

Müller (SPD):

Ich habe gegen das Wort Politikwechsel gar nicht so fürchterlich viel. Ich habe aber für das Wort Kontinuität viel mehr Sympathie.

Was die Wirtschaft angeht, ist Kontinuität ein ganz wichtiges Standbein. Das Schlimmste, was wir machen können, ist, im Bereich der Wirtschaftsförderung permanent alles zu ändern. Dann wird die Verwirrung so groß, dass zum Schluss keiner mehr weiß, woran er sich hier zu halten hat. Insofern ist Kontinuität ein vernünftiger Weg.

Wir kommen wieder zurück zu den Fragen, wie wir mit der Wirtschaftsförderung umgehen können, wo wir Schwerpunkte

setzen können. Wir haben zwei Bereiche, die sich nicht einmal widersprechen, sie gehören beide zum Fördermechanismus. Der eine sind direkte Zuschüsse, der andere die Darlehen, also eine verstärkte revolvingierende Förderung, wo Geld wieder zurückläuft.

Ich bitte noch einmal darum, verstärkt zu prüfen, inwieweit uns Beteiligungsmodelle nicht als drittes Element im Bereich der Verstärkung weiterhelfen können. Ich denke dabei nicht so sehr an Beteiligungen, wie wir sie bisher haben, die durchaus sinnvoll und notwendig, aber oftmals mit einem vergleichsweise größeren bürokratischen Aufwand verbunden sind. Denn wenn ich mich beteilige, muss ich im Regelfall viel mehr wissen, als wenn ich nur fördere.

Mir geht es darum, einen Weg im Sinne eines Beteiligungsmodells „Light“ zu finden. Über ein solches Beteiligungsmodell wird also mit einem relativ geringen Aufwand Geld in die Unternehmen gesteckt. Das führt dazu, dass die Eigenkapitalsituation dort entsprechend besser ist. Man denkt natürlich darüber nach, das Ganze zu befristen, mit dem Ergebnis, dass die Unternehmen, die erfolgreich sind, die also tatsächlich Gewinn bringen, das Geld irgendwann an das Land Brandenburg zurückzahlen müssen. Bei den Unternehmen, die nicht so erfolgreich sind, geht das Geld natürlich verloren. Das ist im Übrigen auch bei Darlehen so. Wenn die Firma in Konkurs oder in die Gesamtvollstreckung geht, ist das Geld auch weg, egal, wie man das genannt hat. Damit würden wir aber den Effekt erreichen, dass wir die Unternehmen fördern, und zwar direkt auch bilanztechnisch stabilisieren. Aber wenn das Unternehmen funktioniert, würden wir partizipieren. Wir würden also vom Erfolg auch einen Anteil abbekommen. Insofern hätten wir eine revolvingierende Wirkung. Das Geld würde also wieder zurücklaufen, ohne dadurch einen Schaden für die Unternehmen zu verursachen, was die bilanztechnische Situation angeht. Die Voraussetzung dafür wäre aber, dass man einen Weg findet, dass der bürokratische Aufwand tatsächlich außerordentlich gering ist. Er darf also auf keinen Fall höher sein als bei direkten Zuschüssen, sonst würden wir alles nur bürokratisieren, was dann auch wieder keinem hilft, weder der Verwaltung noch den Unternehmen.

Der zweite Bereich, auf den wir auch sehr viel Wert legen im Zusammenhang mit dem Haushalt, ist die Frage der Existenzgründung. Das ist unterdessen bekannt. Wir gehen aber eigentlich ein Stück weiter. Die Existenzgründung an sich ist nicht der Punkt, der uns so wichtig ist, sondern wir wollen, dass das Klima für Selbstständigkeit, das Klima für Unternehmertum sich im Land Brandenburg verändert. Da haben wir Defizite. Das ist, glaube ich, unbestritten. Ich will vor allen Dingen erreichen, dass es nicht ein Anliegen der Wirtschaftspolitiker bleibt. Denen ist es relativ klar. Ein Wirtschaftspolitiker, auch ein Wirtschaftsmann, der in der Wirtschaft irgendwie aktiv ist, sieht das als selbstverständlich an. Wir müssen diesen Grundgedanken, diese Selbstverständlichkeit aus der Sicht der Wirtschaftspolitiker aber viel stärker in die Gesellschaft tragen. Wir müssen also in der Schule anfangen, bei der Berufsausbildung und beim Studium fortsetzen und das Bild der Selbstständigkeit verbessern. Wir haben nach wie vor das Problem - das hört sich ein bisschen hart an, entspricht aber der Realität -, dass jemand, der erfolgreich ist, sehr schnell auf Neid trifft, Neid nach dem Motto: Warum geht es dem so gut, wenn es mir noch nicht so gut

geht? Oder: Das kann doch nicht mit rechten Dingen zugegangen sein, dass der so viel Geld verdient hat? Wir müssen diese Neidsituation abbauen und die Vorbildsituation aufbauen. Ein solcher Unternehmer muss Vorbild für die Jugend sein, muss Vorbild für die Gesellschaft sein, damit dieses Klima sich verändert.

Der dritte Bereich, über den wir hier intensiv in den nächsten zwei Jahren sprechen werden, ist der Einsatz neuer Medien. Wir haben die Situation, dass aus allen Statistiken - das entspricht auch meiner eigenen Erfahrung - hervorgeht, dass größere Unternehmen viel unkomplizierter damit umgehen als die kleinen Unternehmen. 93 % der großen und mittleren Unternehmen sind bereits im Internet und benutzen es auch tatsächlich. Bei den kleinen Unternehmen sind es bis zu 70 %, in manchen Regionen zum Teil nur 30 %.

Wir haben das Problem, dass viele kleine Unternehmen Hemmschwellen haben, diese neuen Möglichkeiten zu nutzen, mit dem Ergebnis, dass die Situation entsteht: Wir sind die einen und die sind die anderen. Wir müssen erreichen, dass unsere kleinen typischen Brandenburger Unternehmen Hemmschwellen verlieren, dass sie herangeführt werden an die Chancen der neuen Medien und letztendlich dabei auch ein Stück weit an die Hand genommen werden. Dabei brauchen wir - deswegen haben wir im Haushalt auch einen Änderungsantrag eingebracht - nicht nur GA- und EFRE-Mittel, weil Teile dieser Unternehmen eben nicht GA-förderfähig sind, sondern wir brauchen Landesmittel und wollen damit im Beratungsbereich verstärkt die Unternehmen erreichen, sie aber auch beim Aufbau von eigenen Homepages, von eigenen Internetpräsenzen mit unterstützen.

Es gibt im Übrigen ein Vorbild. Im Land Sachsen ist so etwas gemacht worden, und zwar mit sehr viel Erfolg. Was dort funktioniert hat, wird bei uns - davon bin ich fest überzeugt - auch funktionieren, insbesondere weil unsere ländliche Struktur die Verknüpfungsmöglichkeiten, die mit den neuen Medien verbunden sind, das gemeinsame Nutzen, das gemeinsame Auftreten am Markt, die gemeinsame Entwicklung von Marktnamen einfach erzwingt.

Ich glaube, wir sind uns an der Stelle auch sehr einig. Wir müssen es nur wirklich realistisch und für unsere Unternehmen fassbar umgesetzt bekommen. Das wird die Aufgabe der nächsten Monate sein.

Daraus macht sich eines sehr deutlich: Das Aufstellen des Haushaltes ist das eine, das Umsetzen des Haushaltes und den Haushalt tatsächlich zum Erfolg führen das andere. Vor der Aufgabe stehen wir. Darauf freuen wir uns auch. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht erneut an die PDS-Fraktion. - Herr Abgeordneter Thiel, bitte schön!

Thiel (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die PDS hat in ihrer

Prioritätenliste für die Haushaltsdebatte die Förderung regionaler Entwicklung im Interesse der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen, von Innovation und Bewahrung der natürlichen Umwelt an vorderster Stelle platziert, und das nicht ohne Grund: Meine Fraktion vertritt die Auffassung, dass das Land Brandenburg an einem entscheidenden Meilenstein seiner Entwicklung steht. Die Erschließung wirtschaftlicher und sozialer Potenziale in den Regionen des Landes ist eine Herausforderung und Chance, die Gesamtentwicklung des Landes zu stabilisieren.

In den Regionen des Landes mit hohem Entwicklungsdruck sind durch regionale Akteure eine Vielzahl von Beschäftigungs-, wirtschaftlichen und sozialen Ansätzen entwickelt worden, die in ihrer Gesamtheit die Ausprägung regionaler Wertschöpfungsketten befördern und beschäftigungssichernd in den Regionen wirken können. Als beispielgebend sei das länderübergreifende InnoLausitz-Projekt genannt. Vor diesem Hintergrund ist die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für eine Sonderförderung von Problemregionen eine dringende Handlungsforderung, um vorhandene regionale Möglichkeiten und Chancen im heute bereits erwähnten Zeithorizont bis 2006 zu nutzen.

Neben der Ausprägung von Wertschöpfung und Regionalentwicklung können dabei mehrere Tausend Beschäftigungsverhältnisse stabilisiert bzw. geschaffen werden. Diesem Anliegen tragen unsere Änderungsanträge, unter anderem der zur „Sonderförderung von Problemregionen“, Rechnung. Damit wollen wir neben einer klaren mittelständischen Orientierung regionale Potenziale unterstützen, um Entwicklungsunterschiede innerhalb des Landes zu minimieren und Entwicklungschancen aufzugreifen.

Meine Damen und Herren, wenn es in der Vergangenheit um Regionalentwicklung ging, konzentrierte sich die politische Diskussion im Wesentlichen auf die Zusammenarbeit mit dem Land Berlin. Weniger im Zentrum der Aufmerksamkeit standen andere Regionen des Landes, vor allem im Zusammenhang mit der Problematik Landesgrenzen überschreitender Kooperation.

Die Region Lausitz, meine Damen und Herren, bildet geographisch und wirtschaftsstrukturell eine Einheit. Da gibt es sicher keine Meinungsunterschiede. Probleme der Umstrukturierung des Energiebereiches, Ansiedlung neuer Unternehmen, Gemeindeentwicklung, Wasserwirtschaft, Straßenbau, schienengebundener Verkehr und andere, also die gesamte Palette der Herausforderungen bei der Zukunftsgestaltung der Lausitz, sind nur in enger Zusammenarbeit mit dem Land Sachsen lösbar. Interministerielle Arbeitsgruppen und Gespräche auf der Ebene von Staatssekretären sind gut, ersetzen aber nicht eine umfassende Zusammenarbeit beider Länder auf der Grundlage notwendiger vertraglicher Regelungen.

Ich möchte die Gelegenheit der Diskussion zum Einzelplan 08, der wesentliche Koordinierungsfunktion im Bereich Energie- und Regionalpolitik hat, nutzen, um noch einmal dafür zu werben, schnellstmöglich staatsvertragliche Regelungen für die Lausitz mit dem Freistaat Sachsen zu treffen.

(Beifall bei der PDS)

Im Rahmen der europäischen Osterweiterung müssen und können dadurch Potenzen der Lausitz erschlossen werden, die Be-

schäftigung, Wertschöpfung und Regionalentwicklung in einer länderübergreifenden Region mit zugleich Bundesgrenzen überschreitender Bedeutung sichern. Aus meiner Sicht hat sich diese Notwendigkeit nicht in den Haushaltsansätzen des Doppelhaushaltes niedergeschlagen und ich möchte daher noch einmal ankündigen - was mein verehrter Kollege Christoffers bereits getan hat -, dass im Zusammenhang mit den anstehenden Nachtragshaushaltsberatungen ein dem entsprechender Antrag durch meine Fraktion unterbreitet wird.

Meine Damen und Herren, für die PDS ist die Einleitung einer Energiewende von atomar-fossilen Energieträgern hin zur zunehmenden Nutzung erneuerbarer Energien und zur Energieeinsparung die zentrale Aufgabenstellung für eine auf Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit gerichtete Entwicklung der Gesellschaft im neuen Jahrhundert. Vor diesem Hintergrund befindet sich die Lausitz mit ihren Braunkohlenrevieren und Kraftwerken auf Braunkohlenbasis im Spannungsfeld zwischen Tradition und Moderne. Wir alle wissen, dass es existenzielle Grenzen herkömmlichen Energieeinsatzes gibt: die begrenzte Verfügbarkeit atomar-fossiler Energieträger und die begrenzte Aufnahmefähigkeit der Ökosphäre des Erdballs für Schadstoffe.

Wir sind in einer Situation, in der wir vor dem absehbaren Ende der Verfügbarkeit jetzt bekannter, herkömmlicher Energieversorgungsquellen deutlich eine Alternative herbeigeführt haben müssen, die diese beiden existenziellen Grenzen nicht hat. Diese Alternative sind die erneuerbaren Energien in Verbindung mit konsequenter rationaler Energieanwendung und Energieeinsparung.

Meine Damen und Herren, wir übersehen dabei nicht, dass trotz drastischer Reduzierung nach 1990 der Kohle- und Energiebereich ein Faktor für Wertschöpfung und Beschäftigung in der Lausitzregion geblieben ist. Vor allem sehen wir seine Verantwortung für den Strukturwandel in der Lausitz. Grundlage für die Bestimmung des Platzes der Kohle- und Energiewirtschaft der Region ist aber die Entwicklung eines vernünftigen, ausgewogenen Energiemixes. Dieser Ansatz wird derzeit durch politische Rahmenbedingungen infrage gestellt, die sich mit der Liberalisierung des EU-Strommarktes und deren Umsetzung in nationales deutsches Recht ergeben.

Zum einen wird durch die Fusion der westdeutschen Energiekonzerne, die zugleich Eigentümer der VEAG sind, die Existenz der VEAG als ostdeutsches Energieunternehmen infrage gestellt. Zum anderen unterliegen gerade die umweltfreundlichen und zukunftsfähigen Energiegewinnungsformen aus Kraft-Wärme-Kopplung und aus erneuerbaren Energien einem zunehmenden Verdrängungswettkampf. Meine Fraktion unterstützt die Bestrebungen zum Erhalt der VEAG als eigenständiges ostdeutsches Energieunternehmen und fordert die Landesregierung auf, sich für eine zügige Lösung des aufgrund der Entscheidungen der Kartellbehörden notwendigen Verkaufs der VEAG sowie der Regionalversorger einzusetzen. Im Gegensatz zu der vom Umweltminister gestern getroffenen Aussage ist für lange Prüfungsphasen auch des Griebener Verfassungsgerichts-urteils keine Zeit. Im Interesse der Menschen - ob in der Kohle, den VEAG-Kraftwerken, ob in Grieben oder Horno - muss schnell Klarheit geschaffen werden. Die Leute wollen und müssen wissen, woran sie sind. - Danke.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Dr. Knoblich:

Ich danke auch. - Wir sind damit wieder bei der CDU-Fraktion. Herr Abgeordneter Karney, bitte sehr!

Karney (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Einführend möchte ich zur Ausgangslage des brandenburgischen Handwerks einige Ausführungen machen. Das Handwerk in Brandenburg, Rückgrat und tragende Säule des so genannten Mittelstandes, befindet sich in einer schwierigen, mitunter auch existenzbedrohenden Situation. Hier muss man - das sage ich auch als Handwerker - zwischen der tatsächlichen Situation und dem Anteil des Klagens ohne zu leiden trennen. Festzuhalten bleibt: Der Anteil des Klagens ohne zu leiden ist in den vergangenen Monaten im Handwerk auf eine Größe geschrumpft, die, um es etwas plastisch darzustellen, der Qualität von DVU-Anträgen in diesem Hohen Haus entspricht, also eine zu vernachlässigende Größe darstellt.

Weil dies so ist, muss aber auch die Politik ihren Anteil an teilnahmslosen Sonntagsreden gegenüber dem Handwerk auf ein zu tolerierendes Minimum zurückfahren. Unter der jetzigen Koalition, nicht zuletzt vorangetrieben durch Wirtschaftsminister Fűrniß, geschieht dies. Dies wird vom Handwerk so gesehen und auch akzeptiert. Das Handwerk in Brandenburg hat an die jetzige Regierung die Forderung - das ist aus meiner Sicht völlig legitim -, dass die Landesregierung in einer unzweifelhaft schwierigen wirtschaftlichen Situation politischen Flankenschutz gewährt. Auf Lobhudeleien wird dann auch gern verzichtet.

(Vereinzelte Beifall bei der PDS)

- Moment. - Am Vorabend der EU-Osterweiterung, angesichts des Umbruchs durch den Kommunikationsbereich und den IT-Bereich, des härteren - um nicht zu sagen: gnadenlosen - Wettbewerbs unter anderem durch weiter gezogene Grenzen bei den Ausschreibungen hält das Handwerk in Brandenburg fest: Unternehmerisches Handeln ist nicht Aufgabe des Staates; das erledigen die Unternehmer selbst. Rahmenbedingungen zu schaffen, die Interessen der heimischen Wirtschaft nicht nur zu vertreten, sondern auch weitestgehend durchzusetzen, dies ist Aufgabe der Politik. Dies wird von dieser Regierung verlangt und dies muss erkennbar sein.

Dass es eine natürliche Diskrepanz zwischen Wünschenswertem und Machbarem gibt, ist bekannt. Dies darf aber nicht als Entschuldigung für Versäumnisse dienen. Dass diese Regierung auf dem richtigen Weg ist, dass sie auch Versäumnisse aus den vergangenen Jahren wieder gutmacht respektive korrigiert, wird vom Handwerk anerkannt und positiv begleitet. Beispielhaft erwähnt sei die von Wirtschaftsminister Fűrniß veranlasste Änderung der Förderpolitik des Landes. Die Straffung und damit die Überschaubarkeit des Förderdschungels, aber auch die Änderung der Förderpolitik hin zu mehr Unternehmenskooperation werden begrüßt, auch wenn der Abschied von lieb gewordenen Denkgewohnheiten und Denkmustern damit verbunden ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mein Kollege Dr. Ehler ist bereits auf die Verankerung eines Investitions-

programmes für das brandenburgische Handwerk im Haushalt eingegangen. Damit wird eine jahrelang vorgetragene Forderung der CDU-Fraktion, aber auch der brandenburgischen Handwerksunternehmer umgesetzt. Die Handwerksunternehmen beschäftigen mehr als 200 000 Brandenburger in ihren Betrieben. Allerdings ist die Zahl der angebotenen Arbeitsplätze, aber auch der Ausbildungsplätze in den letzten Jahren rückläufig. Dieser Trend muss und wird gestoppt werden.

Mit dem Landesprogramm wird ein Programm ins Leben gerufen, das nicht an die strengen Förderkriterien und den eng gefassten Unternehmerkreis gebunden ist, wie das bei Programmen der Fall ist, die aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ kofinanziert werden. Förderfähig sind fast alle brandenburgischen Handwerksunternehmen; dass das so ist, ist sehr wichtig. Für bestehende Handwerksunternehmen, die durch Investitionen ihre Marktposition stabilisieren oder ausbauen wollen, werden künftig Darlehenssummen bis zu 100 000 DM sehr zinsgünstig bereitgestellt. Eine stabile Marktposition wird unseren Unternehmen helfen, der EU-Osterweiterung aufgeschlossen entgegenzusehen. Anders als bei anderen Programmen wird die Schaffung von zusätzlichen Arbeits- und Ausbildungsplätzen direkt gefördert. So entfällt für den Unternehmer die Rückzahlung von 10 000 DM pro geschaffenen neuen Ausbildungsplatz.

Neu bei diesem Programm ist auch, dass Unternehmen, die dieses Programm annehmen, verpflichtet werden, an Coaching-Maßnahmen teilzunehmen. Mit dem Förderprogramm wird sichergestellt, dass neueste betriebswirtschaftliche Kenntnisse in Kursen zu unternehmerfreundlichen Zeiten und ohne großen Zeitaufwand vermittelt werden.

Gerade im Hinblick auf die EU-Osterweiterung wissen wir, dass die Handwerksinvestitionsprogramme nur eine Maßnahme sind, mit denen das brandenburgische Handwerk gestärkt und fit für die neuen Herausforderungen gemacht werden soll.

Ein Punkt, der für eine Wertegemeinschaft wie das Handwerk, die über Solidarität nicht nur redet, sondern diese vor allem praktiziert hat und praktiziert, von immanenter Bedeutung ist, muss heute noch angesprochen werden: Solidarität darf keine Einbahnstraße sein. Ich weiß, meine Damen und Herren von der PDS, dass es auch in anderen Parteien Anhänger der „Tischlein, deck' dich“-Philosophie gibt; nur, bei Ihnen ist es mit einem Tischlein nicht mehr getan, da muss schon eine respektable Tafel her, an der dann alle Tagträumer Platz finden können. Lassen Sie sich von einem Handwerker sagen: Solidarität kann nur der wirtschaftlich Starke gewährleisten. Solidarität ist keine Einbahnstraße. Sie setzt neben der Solidarität des Gebenden auch die Solidarität des Nehmenden voraus.

(Beifall bei der CDU)

Nur so sind die notwendige Akzeptanz und Motivation für Solidarität und eine menschliche Gesellschaft gegeben. Sozial verantwortlich ist nicht derjenige, der jedem nach dem Munde redet, der unbequeme Wahrheiten nicht ausspricht und es unterlässt, notwendige Konsequenzen zu ziehen. Ein derartiges, von weiten Teilen Ihrer Fraktion favorisiertes und praktiziertes Verhalten ist schlicht verantwortungslos. Das von Ihnen suggerierte Politikbild, dass alles geht, man muss es nur wollen, dass der

Staat jegliche Verantwortung für die Daseinsvorsorge seiner Bürger zu übernehmen hat, dass Eigenverantwortung und ein selbstbestimmtes Leben kein erstrebenswertes Ziel sind, gehört in die unterste Schublade, wenn man praktische Politik für Menschen betreiben will. Der Strom kommt immer noch aus der Steckdose, meine Damen und Herren. Aber selbst der verbohrteste Ideologe in Ihren Reihen wird an der Frage nicht vorbeikommen: Wer tut ihn eigentlich da hinein?

Der von der Regierung praktizierte und dringend notwendige Sparkurs, der von Ihnen mit dem Motto begleitet wird „Wasch' mir den Pelz, aber mach' mich nicht nass“, bewirkt in seiner dauerhaften Konsequenz das, was Sie offensichtlich nicht wollen: den Bürgern unseres Landes Brandenburg ein selbstbestimmtes Leben ohne staatliche Bevormundung zu ermöglichen. Wer eine Ellenbogengesellschaft nicht will, kommt an dieser unbequemen Wahrheit nicht vorbei. Es wird im Handwerk anerkannt und unterstützt, dass diese Regierung sparen will, nicht als Selbstzweck, sondern aus der Erkenntnis heraus, dass nur eine gesunde wirtschaftliche Basis Solidarität ermöglicht und die noch in weiten Teilen Ihrer Fraktion favorisierte Alimentierung der Bürger durch den Staat verhindert werden muss.

Diese Koalition stärkt und befördert mit ihrem Sparkurs die selbstbewussten, verantwortungsbewussten, auf eigene Leistungen bauenden Brandenburgerinnen und Brandenburger. Wir vertreten nicht die Auffassung, dass eine zur Abhängigkeit führende Alimentation des Staates, die ein ganz anderes Bürgerverständnis voraussetzt, ein erstrebenswertes Ziel ist.

Den Unterschied zwischen Alimentierung und praktizierter und - das betone ich nochmals - für eine menschliche Gesellschaft unabdingbare Solidarität müssten Sie zehn Jahre nach der politischen Wende endlich begriffen haben. Einige aus Ihrer Fraktion sind da offensichtlich schon auf einem guten Weg. Vielleicht sind sie auch nur auf einen Zug aufgesprungen. Ich rufe Sie auf: Üben Sie Solidarität mit Ihren Parteigenossen; leisten Sie Überzeugungsarbeit! Das Handwerk wird es Ihnen danken. Sie können jetzt damit beginnen: Stimmen Sie dem Haushalt zu! - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Damit sind wir bei der Landesregierung. Das Wort geht an den Minister für Wirtschaft. Herr Dr. Fűrniß, bitte sehr!

Minister für Wirtschaft Dr. Fűrniß:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Max Weber hat einmal die Aufgabe der Politik als ein hartnäckiges Bohren von dicken Brettern bezeichnet - mit Leidenschaft und Augenmaß. Die Leidenschaft ist bei Ihnen, liebe Frau Schröder, nachvollziehbar. Mit dem Augenmaß haben Sie ein Problem.

Es kann eben nicht sein, dass man immer so genau weiß, was der andere denkt. Woher wissen Sie denn, dass ich uneingeschränktes, unkritisches Vertrauen in alles habe, was Wirtschaft ist? Sie unterstellen das einfach und damit bauen Sie Ihre Argumentationskette auf.

Ich kann Ihnen nur sagen: Ich habe den Eindruck, dass es viel vernünftiger ist, die eigene Meinung nicht immer als die unbedingt richtige anzusehen, sondern auch mal kritisch hinzuhören, was die anderen an Argumenten vorzubringen haben, und sich dann erst ein Urteil zu bilden.

Aber ich weiß aus der Erfahrung der Geschichte auch, dass der Glaube an den Staat und seine Planungsfähigkeit als historisches Modell weltweit und in Deutschland gescheitert ist

(Beifall bei der CDU)

und dass das nicht die richtige Grundlage ist. Mit diesem Scheitern haben wir heute noch zu kämpfen, sonst könnten wir von anderen Grundlagen ausgehen. Mit diesem Scheitern haben wir uns heute noch auseinander zu setzen. Deshalb haben wir einen Teil dieser Probleme und wir sollten sehen, dass wir sie möglichst gemeinsam lösen können.

(Zuruf von der PDS)

Wir haben es heute mit Umbrüchen zu tun, die weit darüber hinausgehen, dass man sagt: Jetzt brauchen wir einen Politikwechsel. Das wird der Situation überhaupt nicht gerecht. Wir haben Umbrüche, die sowohl die Wirtschaftsstrukturen antreffen als auch die Methoden und die Werkzeuge der Wirtschaft, die strategischen und geographischen Ausrichtungen von Wirtschaftspolitik und Unternehmenspolitik, die weit über das hinausgehen, was das Land Brandenburg betrifft und was wir hier diskutieren können.

Was wir in der Wirtschaftspolitik und in der Landespolitik insgesamt tun müssen, ist, mit diesem Wandel, mit diesen Umbrüchen einigermaßen Schritt zu halten, zu verstehen, wo wir nicht nur reagieren, sondern selber Akzente setzen können. Dies ist nicht die Stunde der Wirtschaft; es ist die Stunde der Politik. Es ist die Aufgabe der Politik, die Wirtschaft in den Stand zu versetzen, das zu tun, was sie in ihrer Verantwortung wahrnehmen muss.

Vizepräsident Habermann:

Herr Minister, gestatten Sie an dieser Stelle eine Zwischenfrage?

Minister Dr. Fűrniß:

Aber gern.

Vizepräsident Habermann:

Bitte schön, Frau Dr. Schröder!

Frau Dr. Schröder (PDS):

Herr Minister, würden Sie mir zustimmen, dass allein der Glaube an die freie Marktwirtschaft eine hohe Arbeitslosigkeit produziert und den Menschen, die heute langzeitarbeitslos sind, in ihrer konkreten Lebenssituation nur wenig hilft?

Minister Dr. Fűrniß:

Der Glaube, liebe Frau Schröder, hat für mich eine andere Bedeutung als die Frage, ob damit Arbeitslosigkeit produziert wird

oder nicht. Die Erfahrung besagt, dass es in den Ländern, in denen die Wirtschaft gute Bedingungen hat, weniger Arbeitslose gibt als in den Ländern, in denen sie schlechte Bedingungen hat.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Also ist es unsere Aufgabe, meine Damen und Herren, mit diesen Umbrüchen so umzugehen, dass wir in Brandenburg eine wirkliche Chance haben. Und das heißt für mich, zukunftsfähige und wettbewerbsfähige Bedingungen zu schaffen, damit Unternehmer wettbewerbsfähige Arbeitsplätze schaffen können. Denn das ist die Voraussetzung für Wertschöpfung und die Voraussetzung dafür, dass wir alles andere, was wir diskutieren, ob Kultur- oder Sozialpolitik, uns in Zukunft überhaupt werden leisten können.

Ich will in diesem Zusammenhang noch etwas anderes sagen: Wir alle sollten - ich einbezogen - anfangen, uns eine Welt vorzustellen, in der nicht alles von Fördermitteln abhängig ist.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Wir werden schneller, als es uns lieb ist, in die Situation kommen, in der wir nicht darüber nachdenken, wem wir noch ein paar Hunderttausend Mark geben, sondern darüber, was wir tun können, damit wir aus eigener Kraft den Anschluss an die Wirtschaftsentwicklung schaffen.

Weil ich das so sehe, halte ich es für dringend nötig, dass wir uns auf Zukunftstechnologien konzentrieren. Ich unterscheide nicht zwischen alten und neuen Technologien; ich unterscheide zwischen dem, was zukunftsfähig ist, und dem, was nicht zukunftsfähig ist. Das gilt für landwirtschaftliche Technologien genauso wie für Luft- und Raumfahrttechnologien. Wir müssen die Zukunftsfähigkeit kritisch auf den Prüfstand stellen.

Es geht eben in Zukunft nicht mehr, dass alles, was gefördert werden könnte, auch gefördert werden darf, sondern wir müssen den Mut zur Priorität haben. Das ist schwierig, ich weiß das, aber es ist unverzichtbar, meine Damen und Herren. Deshalb legen wir auch den Schwerpunkt auf die Existenzgründungen, denn die Alternative zu dem Glauben, dass die Hilfe von außen kommt, ist es, möglichst viele Unternehmer in diesem Land zu haben, die ihrerseits wieder Arbeitsplätze schaffen können. Der Staat schafft keine Wert schöpfenden Arbeitsplätze, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage aber auch dazu: Wir werden in den nächsten Jahren nicht ohne eine Partnerschaft zwischen Staat und Wirtschaft auskommen, um die guten Rahmenbedingungen zu schaffen. Nur: Das Ziel muss sein, den ersten Arbeitsmarkt zu fördern; das Ziel muss sein, eigenständige, sich selbst tragende Arbeitsplätze zu schaffen. Das wird die Aufgabe sein.

Wir werden uns - da gebe ich Ihnen Recht, Herr Müller - dabei im Wesentlichen auf die kleinen und mittelständischen Unternehmen konzentrieren müssen. Das ist die Zukunft. Mir ist darum auch gar nicht bange. Ich glaube, eine gute mittelständische Struktur mit kleinen und mittelständischen Unternehmen ist viel fester als eine Struktur, die nur auf großen Unternehmen

aufbaut, weil diese in der Regel bei regionalen Krisen globale Strategien haben, um sie anderweitig abzufangen.

Die kleinen und mittelständischen Unternehmen sind hier und wir sollten sie stabilisieren. Wir sollten auch nicht glauben, dass die Großen von irgendwoher unsere Wirtschaftsprobleme von morgen lösen werden. Wenn sie kommen, sind sie herzlich willkommen, und wir tun alles, damit sie sich bei uns wohl fühlen. Aber gleichzeitig muss ich sagen: Es darf nicht sein, dass wir, weil wir ein großes Unternehmen fördern, die kleinen und mittelständischen Unternehmen in diesem Land vernachlässigen. Das darf nicht und das wird nicht sein.

(Beifall bei der CDU)

Damit das alles möglich ist, ist übrigens auch der Schwerpunkt der Internationalisierung notwendig, oder im Bürokratendeutsch heißt das: Marktzugangsvoraussetzungen schaffen. Wir müssen unseren kleinen und mittelständischen Unternehmen helfen, im internationalen Maßstab wettbewerbsfähig zu sein, denn es gibt nur den internationalen Wettbewerb. Es gibt keinen lokalen und regionalen Wettbewerb mehr.

Bei dieser Gelegenheit, Herr Schuldt, sei gleich hinzugesagt: Sie haben moniert, dass es keine Messemittel gibt. Da müssen Sie nur mal hinsehen. In dem Marktzugangsprogramm sind die Messemittel, die vorher einzeln ausgewiesen waren, ausgewiesen. Sie sind nur dahin gewandert und sie sind dort auch richtig aufgehoben, weil das der richtige innere Zusammenhang ist.

Meine Damen und Herren! Der Haushalt, den die Landesregierung vorlegt, erhöht die Investitionskraft des Landes. Das ist ein wichtiges Signal. Ich sage nicht: Der Haushalt des Wirtschaftsministers tut das -, weil ich davon überzeugt bin, dass es am Ende nicht einen Erfolg des Wirtschafts- oder des Innenministers gibt, sondern es gibt einen Erfolg der Landesregierung - nur dann allerdings, wenn wir auch als Team im Sinne einer orientierten, konzentrierten Regionalpolitik auftreten. Die Teamfähigkeit der Landesregierung wird im Wesentlichen darüber entscheiden, ob wir Erfolg haben oder nicht.

(Beifall bei der CDU)

Wenn ich das Beispiel von Herrn Ziel nehmen darf: Wir werden immer enger und immer stärker Förderpolitik und Arbeitsmarktpolitik verzahnen müssen. Wenn wir das nicht schaffen, dann können wir die Stabilität nicht erreichen, die wir für wichtig halten.

Sie können also davon ausgehen, dass Wirtschafts- und Sozialpolitik, dass Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik, dass Justizpolitik und Wirtschaftspolitik immer zwei Seiten einer Medaille sind. Der Standort Brandenburg wird dann ein guter Standort sein, wenn es uns gelingt, diese Politikfelder miteinander zu vernetzen. Das ist für mich - wenn Sie so wollen, lieber Herr Müller - die Kontinuität im Wandel.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Denn wenn wir nicht dazulernen können, dann hat auch die Kontinuität relativ wenig Sinn.

(Zuruf von der PDS: Dialektik!)

Natürlich, das Dazulernen gehört zur Kontinuität.

(Dr. Wiebke [SPD]: Aktionismus darf aber auch nicht sein!)

Ich kann mit dem Begriff „Aktionismus“ relativ wenig anfangen.

(Zuruf von der SPD)

Da war ich noch nicht da. Ich kann mit dem Begriff „Aktionismus“ deswegen nichts anfangen, weil Politik am Ende - da stimme ich auch Herrn Müller zu - am Handeln gemessen wird. Das sollten wir nicht „Aktionismus“ nennen, sondern wir sollten es als das benennen, was es ist: das Umsetzen von Politikentwürfen. Wir müssen ergebnisorientiert arbeiten.

(Zuruf des Abgeordneten Klein [SPD])

Ich denke, Sie haben den Haushalt nach bestem Wissen und Gewissen so aufgestellt, dass wir Ergebnisse erzielen können. Insofern gehe ich davon aus, dass wir uns einig sind.

Ich möchte gern etwas zu den Fördermitteln sagen, weil ich glaube, dass da auch eine Bewusstseinsänderung eintreten muss. Ich habe vorhin gesagt: Wir müssen anfangen, uns die Welt mit weniger Fördermitteln und irgendwann ohne Fördermittel vorzustellen.

Meine Damen und Herren, wir alle wissen, dass durch die Entwicklung in der Europäischen Gemeinschaft, durch die Neuformulierung des Solidarpaktes, durch die mittelfristige Finanzplanung des Bundes wir relativ rasch in eine Situation kommen werden, in der wir mit weniger Einsatz möglichst hohe Effizienz erreichen müssen. Deshalb ist es doch zwangsläufig, dass man darüber nachdenkt, und zwar jetzt, in den Zeiten, in denen wir noch Mittel zur Verfügung haben, wie wir diese so strukturieren können, dass wir Gelder in die Zeit hineinretten, in der geringere Fördermittel zur Verfügung stehen.

Ich bin völlig Ihrer Meinung: Wir müssen sowohl die Zuschüsse als auch die revolvingierenden Fonds als auch die Public-Private-Partnerships, also Beteiligungsstrukturen, nebeneinander stellen, denn nur der Mix wird uns in die Lage versetzen, am Ende unseren Aufgaben gerecht zu werden.

Meine nächste Anmerkung bezieht sich auf den Standort Brandenburg. Betrachtet man sowohl die Ausgangslage als auch das, was heute vorhanden ist, dann muss man im Rahmen dieser Haushaltsberatungen auch einmal sagen, dass das, was die Menschen im Land Brandenburg in den letzten zehn Jahren getan haben, ein hohes Maß an Respekt verdient.

(Beifall bei CDU und SPD)

Wir sollten uns dies in unseren Debatten auch nicht miesreden lassen.

(Beifall des Abgeordneten Bischoff [SPD])

Vielmehr sollten wir sagen, was erreicht worden ist und was als Aufgaben noch vor uns steht. Wir haben für die Bewältigung dieser Aufgaben eine Menge guter Standortvorteile.

Ich beginne mit dem Thema Hauptstadtregion. Meine Damen und Herren, sie stellt einen Vorteil für beide Seiten dar. Wir können heute Wirtschaftspolitik nicht mehr ohne Berlin betreiben und Berlin hätte große Probleme, wenn seine Entwicklung in Zukunft ohne Brandenburg erfolgte. Wir brauchen einander und müssen miteinander arbeiten. In Brandenburg dürfen wir das nicht unter dem Aspekt „Speckgürtel gegen Randregionen“ tun, sondern müssen fragen, was wir für das ganze Land erreichen. Es ist in Kooperation mit Berlin möglich, Betriebe außerhalb des engeren Verflechtungs- oder Verdichtungsraumes anzusiedeln, weil Entfernungen kein Problem mehr sind, wenn wir die logistischen Strukturen entsprechend ausbauen. Dabei geht es um Fragen der Verkehrs- und Transportinfrastruktur sowie der Bildungsstruktur. Wir müssen es nur richtig miteinander vernetzen; dann bekommen wir es auch hin.

Herr Christoffers, ich mache den wahrscheinlich vergeblichen Versuch, Sie davon zu überzeugen, dem Haushalt zuzustimmen. Aber Sie wollen ja immer, dass man argumentiert und nicht einfach nur den Sachen zustimmt oder sie ablehnt. Jetzt mache ich diesen Versuch in umgekehrter Richtung. Sie wissen, dass die Förderinstrumente so ausgestaltet sind - das können Sie an den Zahlen nachlesen -, dass im engeren Verflechtungsraum geringer als im äußeren Verflechtungsraum gefördert wird. Es stimmt also nicht, dass die Fördermittel in gleicher Höhe verteilt würden; tatsächlich werden sie unterschiedlich verteilt.

In diesem Zusammenhang müssen wir die Einzelpolitiken in der Regionalpolitik besser verzahnen. Dazu haben wir im Haushalt gute wirtschaftspolitische Instrumente. Ich bitte Sie, diesen Weg mitzugehen. Es kann ja nicht so sein, wie Herr Schuldt es vorgeschlagen hat, als er um zusätzliche 20 Millionen DM bat, zugleich aber sagte, er werde den Haushalt ablehnen. Das ist unlogisch.

Meine Damen und Herren, die Hauptstadtregion ist das eine. Das Zweite ist, dass wir Mittelpunkt eines neuen Europas sind. Wir sind keine Randregion mehr, sondern mittendrin. Neue Unternehmen kommen zu uns und sehen hier eine Chance. An Schwedt und anderen grenznahen Orten lässt sich inzwischen belegen, wie groß das Interesse an dieser strategischen Ausgangslage ist. Wir haben qualifizierte Arbeitskräfte und sind in der Lage, durch Weiterqualifizierungsmaßnahmen diese Arbeitskräfte auch so in den Wettbewerb zu schicken, dass sie ihm standhalten können. Deshalb unterstreiche ich nachdrücklich die Aussage von Herrn Ziel, die Zukunft der Arbeitsförderung liege in Qualifizierung und Weiterbildung. Nur damit haben wir eine Chance.

Zur Green Card muss ich mich nicht erneut äußern. Je gastfreundlicher und einladender wir in diesem Bereich sind, desto besser werden wir das Problem lösen. Im Übrigen müssen wir beides tun: Wir müssen uns denen öffnen, die von außen kommen und neues Wissen und neue Kultur in dieses Land bringen, und zugleich unsere Bildungs- und Wissenschaftsstrukturen verbessern.

(Beifall bei CDU und SPD sowie vereinzelt bei der PDS)

Meine Damen und Herren, zum Dritten weise ich aber auch darauf hin, dass wir, wenn wir nicht aufpassen, in diesem Lande in eine katastrophale Facharbeiternot hineinfluten. Alle Indizien

deuten darauf hin, dass wir auf der einen Seite hohe Arbeitslosenzahlen und auf der anderen Seite einen Fachkräftemangel haben, der von Monat zu Monat wächst. Wir müssen uns genau ansehen, warum das so ist und welche Instrumente es gibt, um hier zu einem besseren Ausgleich zu kommen.

Viertens frage ich, was denn in der Wirtschafts- und Landespolitik die Messlatte für Erfolg ist. Die einzige gültige Messlatte ist, wie zukunftsfähig wir unser Land gestalten können, damit die Menschen sich in diesem Land wohl fühlen, sich selbst achten können und von anderen geachtet werden. Dazu braucht man materielle Voraussetzungen; eine davon ist dieser Haushalt. Im Übrigen ist dieser Haushalt, wie Sie wissen, zu 70 % aus Drittmitteln gespeist. Im Grunde genommen sorgt der Haushalt dafür, dass Drittmittel eingenommen und in der Region vernünftig ausgegeben werden. Wir verwalten relativ wenig, haben dafür aber einen relativ großen Gestaltungsspielraum. Das macht die Arbeit hier auch so spannend und interessant.

Neben diesen materiellen Voraussetzungen für einen Standort geht es aber auch um emotionale und geistige Voraussetzungen, um Grundhaltungen, wenn Sie so wollen. Dazu gehört für mich erstens, dass wir bei allem, was wir tun, deutlich machen, dass die Eigenverantwortung vor staatliche Verantwortung geht

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

und dass wir alles tun, damit der Einzelne seiner Eigenverantwortung auch gerecht werden kann.

Zweitens gehört dazu, dass wir private Initiative anerkennen. Hier geht es nicht nur um wirtschaftliche Anerkennung, obwohl auch diese dazugehört. Man muss offen sagen, dass es nicht unanständig ist, wirtschaftlichen Erfolg zu haben und Profit zu machen. Dies ist nämlich die Voraussetzung dafür, dass wir uns andere Dinge leisten können. Es geht mir also um gesellschaftliche Anerkennung: Diese Leute tragen dazu bei, dass sich unsere Gesellschaft weiterentwickelt. Wir müssen also das Unternehmertum geistig positiv begleiten.

Drittens gehört dazu, dass wir mit diesen Unternehmern intensiv auch über ihre soziale Verantwortung in dieser Gemeinschaft reden; denn das eine ist ohne das andere nicht zu haben.

(Vereinzelt Beifall bei der PDS - Beifall des Abgeordneten Dr. Wiebke [SPD])

Wenn wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass erfolgreiches Wirtschaften möglich ist, dann müssen wir auch darüber diskutieren und festlegen, wie die soziale Verantwortung derer aussieht, denen wir diese Rahmenbedingungen zur Verfügung stellen.

Viertens gehört es zu den geistigen Voraussetzungen des Standortes Brandenburg - ich merke das immer deutlicher in vielen Gesprächen mit Unternehmern -, dass wir uns alle miteinander für Toleranz, Weltoffenheit und Gastfreundschaft engagieren. Dies brauchen wir in unserem Lande dringend.

(Beifall bei CDU, SPD und PDS)

Jede Form von Rassismus, und sei sie in nationale Parolen verkleidet, ist strikt abzulehnen.

(Bravo! bei der SPD)

Dagegen müssen wir uns strikt verwahren.

(Beifall bei CDU, SPD und PDS)

Fünftens: Nur wenn wir an uns selbst glauben, glauben andere an uns. Wir sollten nicht darüber reden, ob das Glas halb leer ist. Wir sollten sagen, das Glas sei halb voll und wir seien dabei, es ganz voll zu machen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Zum Schluss möchte ich mich bei allen für das hohe Maß an Übereinstimmung, Sachlichkeit und Argumentation in den Fachausschüssen bedanken. Manchmal wird bei der Abstimmung nicht richtig deutlich, wie hoch das Maß an Übereinstimmung tatsächlich ist. Ich halte dies für eine gute Grundlage dafür, dass wir die Voraussetzungen für eine Verbesserung des Standortes schaffen können.

Ich möchte meine Rede aber nicht abschließen, ohne darauf hinzuweisen, dass ich auch eine große Sorge habe. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass Ausbeutung nicht mehr das Thema der Zukunft ist. Für mich ist das Thema der Zukunft die Gefahr einer möglichen Ausgrenzung derer, die in der Wissensgesellschaft das Tempo nicht mehr mitgehen können. Es geht um die Frage, was passiert, wenn durch moderne Produktionsmethoden, durch neue Technologien und neue Werkstoffe die Anforderungen an die Arbeitnehmer so hoch werden, dass ihnen nur ein bestimmter Teil der Bevölkerung Rechnung tragen kann. Mit welchen Strategien antworten wir auf diese Herausforderung? Das ist für mich die neue soziale Frage.

Ich freue mich darauf, mit Ihnen über dieses Thema zu diskutieren. Wir brauchen neue Formen der Solidarität auf der Grundlage der Anerkennung des Engagements des Einzelnen. Dafür steht auch Wirtschaftspolitik. - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Herrn Minister Fürniß.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Aussprache über den Einzelplan 08 angekommen. Ich komme zur Abstimmung.

Zuerst rufe ich den Änderungsantrag der Fraktion der PDS, Drucksache 3/1341, auf. Er betrifft Kapitel 08 030, Titel 682 30 - neu - und beinhaltet die Einstellung eines neuen Titels mit Ansatz. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der DVU auf, der in der Drucksache 3/1293 vorliegt. Er betrifft ebenfalls Kapi-

tel 08 030 Titel 892 30 und beinhaltet eine Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung sowie Änderung der Zweckbestimmung. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der PDS auf, der in Drucksache 3/1342 vorliegt. Er betrifft Kapitel 08 050 Titelgruppe 69 - Einstellen eines Ansatzes. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Ich rufe zum Letzten die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zum Einzelplan 08 auf. Sie liegt Ihnen mit der Drucksache 3/1208 vor. Wer dieser Beschlussempfehlung seine Zustimmung gibt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Beschlussempfehlung mehrheitlich zugestimmt worden und der Einzelplan 08 in der 2. Lesung von Ihnen bestätigt.

Ich rufe den **Einzelplan 10 - Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung - Drucksache 3/1210** auf. Dazu liegt Ihnen die Drucksache 3/1210 vor. Ich eröffne die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt mit dem Beitrag der PDS. Frau Abgeordnete Wehlan, Sie haben das Wort.

Frau Wehlan (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte auf zwei der drei Anträge eingehen, die wir in die 2. Lesung zum Haushaltsplan für den Einzelplan des Ministeriums für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung eingebracht haben. Zum dritten Antrag wird Frau Dr. Enkelmann sprechen.

Der erste Änderungsantrag - Drucksache 3/1344 - beinhaltet die Sicherung von Sachkosten für den Waldumbau im Landeswald. Hier hatten wir bereits auf Ausschussebene zwei unterschiedliche Anträge zur Problemlösung eingebracht - leider vergeblich; das ist eigentlich auch ein Indiz dafür, dass die Koalition eben nicht ein Problem mit den Deckungslücken der PDS hat, die ja so unsolid sein sollen, sondern eher und eigentlich mit einer Zustimmung zu einem sachlichen Antrag.

Denn wie anders ist es zu bewerten, wenn es in diesem Antrag nämlich nicht um die Erhöhung von Ausgaben für das Land ging, sondern lediglich darum, einen Haushaltsvermerk an dem sowieso durch die Regierung getätigten Haushaltsvermerk anzubringen, also sozusagen ein Akt, um zu sichern, dass eine vorgeschlagene Zweckbindung von Mehreinnahmen aus dem Holzabsatz zur Finanzierung von Sachkosten für den Waldumbau anzusehen ist.

Ich erinnere die Koalitionäre auch einfach daran, dass mit dem Haushaltsplan, der hier sicherlich beschlossen wird, der Personalkostenbesatz festgeschrieben ist, und darüber hinaus daran, dass ein arbeitsrechtliches Gutachten vorliegt, wonach heute schon klar sein wird, dass der Personalabbau in Bezug auf Waldarbeiterstellen, wie er von der Regierung vorgesehen ist, bis zum Jahre 2001 so gar nicht umsetzbar ist.

Damit wäre der Forstwirtschaft haushaltsseitig die Möglichkeit zur Eigenerwirtschaftung von Sachkosten für den Waldumbau eröffnet worden.

Unser Ihnen vorliegender neuer Antrag beinhaltet die Finanzierung der Sachkosten durch Abführung von Mitteln aus der Rücklage der Brandenburgischen Bodengesellschaft an den Landeshaushalt. Die Damen und Herren Fachpolitiker, die im Landwirtschaftsausschuss tätig sind, kennen die Seriosität dieser Deckungsfähigkeit. Die Begründung der haushaltstechnischen Verfahrensweise können Sie im Antrag auch noch einmal nachlesen.

Wir, Herr Minister Birthler, haben also somit Ihr Flehen hier im Plenarsaal, als Sie das Parlament aufgefordert haben, den „Null“-Waldumbau des Regierungsentwurfs zu korrigieren, erhört und ich lade Sie hiermit charmant ein, an der Abstimmung hier im Plenarsaal teilzunehmen und mit uns gemeinsam Ihrem und unserem Antrag zur Zustimmung zu verhelfen.

(Beifall bei der PDS)

Der zweite Änderungsantrag - Drucksache 3/1343 - zielt darauf, die Zuschüsse für die Regionalen Planungsgemeinschaften in diesem Jahr nicht und im Jahr 2001 in geringerem Maße als vorgesehen abzusenken. Als Deckung dienen hauptsächlich Mittel der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung für „Raumwissenschaftliche Arbeiten und Planungen“, also eine Umschichtung zentraler Planungsmittel zugunsten der Region.

Unser Antrag berücksichtigt den Stellenwert der Regionalplanung als Bindeglied zwischen Land, Landkreisen und Gemeinden, insbesondere jedoch den konkreten Stand der Erarbeitung der Regionalpläne und Teilpläne. Sie wissen es sicherlich: Mittlerweile ist auch ein Beschluss zur Fortschreibung des einzig bestätigten Regionalplanes Havelland-Fläming gefällt worden. Vertreter der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung waren anwesend. Sie haben davon sicherlich auch Kenntnis erhalten.

Im Haushalts- und Finanzausschuss sagten Sie dagegen, Herr Minister Birthler, unser Antrag wäre nicht sachgerecht, da alle Regionalen Planungsgemeinschaften erklärt hätten, mit dem gekürzten Zuweisungsvolumen zurechtzukommen. Uns und sicherlich auch Ihnen liegen verschiedene Briefe von regionalen Planungsversammlungen vor. Ich kann Ihnen gern den von Prignitz/Oberhavel übergeben. Mittlerweile haben Sie auch Kenntnis davon, dass für die Regionalplanungsstelle Havelland-Fläming ein Haushalt nicht verabschiedet werden konnte, weil eben die prekäre Finanzausstattung mit einem Defizit hätte erfolgen müssen und ein Schelm ist, wer Böses dabei denkt. Wer soll diesen Defizitausgleich betreiben? Das sollen natürlich die Kommunen bzw. Kreise machen und dagegen wehrt man sich.

Dass es tatsächlich nicht so rosig mit der Finanzausstattung aussieht, haben auch Sie, verehrte Koalitionäre, erkannt. Sie haben ja dazu einen Antrag eingebracht, der nach meiner Auffassung weder Fisch noch Fleisch ist. Mit ihm wird lediglich die Möglichkeit der Projektförderung eröffnet, ohne zu sagen, in welcher Größenordnung und zulasten welcher Titel. Sie sollten deshalb unseren weitergehenden Antrag annehmen.

Noch einige Gedanken zum Einzelplan 10. Mit einem lachenden

und einem weinenden Auge habe ich registriert, dass das bisherige Niveau der Investitionszuschüsse für die Landwirtschaftsbetriebe beibehalten werden soll. Zweifellos müssen die Betriebe weiter modernisieren und rationalisieren. Nur so haben sie überhaupt eine Chance, dem größer werdenden Wettbewerbsdruck als Folge der Agenda 2000 zu begegnen.

Insoweit bejahe ich die Haushaltsansätze zur einzelbetrieblichen Investitionsförderung. Allerdings werden damit - und das ist die Kehrseite der Medaille - mehr Arbeitsplätze wegrationalisiert als neue geschaffen. Mit einer Agrarpolitik, die fast ausschließlich auf Kostenreduzierung setzt, ist selbst für die größten brandenburgischen Agrarbetriebe auf Dauer keine angemessene Einkommensverbesserung erreichbar. Dazu bedarf es einer Politik, die auch von der Gesellschaft anerkannte höhere Erzeugerpreise als Zielfunktion hat, die langfristig darauf gerichtet ist, das so genannte Zwitterleben der Bauern zu beenden, die einerseits Unternehmer sind und sein sollen, deren Einkommen aber andererseits einen immer größer werdenden Anteil an öffentlichen Mitteln benötigt.

Natürlich ist das unter den Bedingungen der EU-Agrarpolitik kein Problem, das Brandenburg im Alleingang lösen kann. Nur sind die Entscheidungen zur Agenda 2000 unter deutscher Präsidentschaft gefallen und die alte wie die neue Landesregierung haben diesen Kurs, der früher oder später das Aus für die flächendeckende Landbewirtschaftung bringen wird, niemals ernsthaft infrage gestellt.

Auch ist mir die mit der Agenda 2000 beschworene Multifunktionalität der Landwirtschaft noch zu sehr Defensivstrategie und viel zu wenig ein solides Angebot an die Landwirte. Ein trauriger Beleg dafür ist, dass mit diesem Haushalt der Vertragsnaturschutz keineswegs sicher gemacht wurde, sondern mit dem Antrag der Koalitionsfraktionen zur Erhöhung der globalen Minderausgabe auch der Vertragsnaturschutz zu einer potenziell unsicheren Größe geworden ist - ganz abgesehen davon, dass die Koalition bei ihrem Antrag zur Sicherung der Kostenbeteiligung des Landes an der Tierkörperbeseitigung ganz ungeeignete Mittel des Vertragsnaturschutzes eingesetzt hat.

Zum Schluss will ich auf ein Problem aufmerksam machen, das indirekt etwas mit dem Haushalt zu tun hat. Es geht um die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete, die mit 50 Millionen DM - und das ist auch gut so - auf dem 99er Niveau Einstellung gefunden hat.

Weniger gut scheint mir die durch den deutschen Agrarministerbeschluss vom Oktober 1999 erfolgte Veränderung der Zuwendungsbedingungen, insbesondere der vollständige Ausschluss der Mais- und Gemüsefläche von der Förderung. Die Folge ist offenbar eine stark veränderte Differenzierung der betrieblichen Ansprüche. Mir liegen dazu Angaben aus fünf Betrieben meines Wahlkreises Teltow-Fläming vor. Danach geht die Ausgleichszulage gegenüber 1999 um 17,4 %, 26,9 %, 31 %, 37,2 % und sogar 38,8 % zurück. Dabei handelt es sich keineswegs um kleine Beträge.

Ich habe kein Verständnis dafür, dass ausgerechnet Betriebe mit geringsten Bodenwertzahlen und Veredelungsproduktion, wie Milchviehhaltung und Bullenmast, für die sie einen hohen Maisanteil brauchen, schlechter gestellt werden als bisher, zu-

mal die Ausgleichszulage als das Instrument gilt, einen Teilausgleich natürlicher Standortnachteile erfolgen zu lassen. Bauen diese Betriebe noch Gemüse an, sind sie sogar extrem geschädigt, zumal sie mehr Arbeitskräfte als andere beschäftigen und damit auch höhere Lohnnebenkosten in Form der Lohnsteuer und von Beiträgen für die Sozialkassen aufbringen müssen.

Hinzu kommt, dass die katastrophale Trockenheit gerade diese Betriebe mit den leichtesten Böden am schlimmsten trifft.

Ich melde angesichts dieser Lage hiermit schon heute unsere Begehrlichkeit hinsichtlich einer Aktuellen Stunde und auch einer Sondersitzung des Ausschusses an.

Auch häufen sich Kritiken, dass sich längst fällige Zahlungen für Mastbullen, die Mutterkuhprämie und die Gasölbeihilfe verzögern, weil die Verwaltungsebene es angeblich nicht schafft, die Anspruchsberechnungen durchzuführen.

Auf Schritt und Tritt begegnet mir auch die Unzufriedenheit damit, dass Förderrichtlinien weder bestätigt noch veröffentlicht sind, so für Investitionen in der Tierproduktion und für den Beregnungsbetrieb. Eine Antragsannahme erfolgt nicht und demzufolge auch keine Unschädlichkeitserklärung für den vorzeitigen Maßnahmebeginn, sodass Investitionen erst mit erheblichen Zeitverzögerungen vorbereitet und begonnen werden können. Das ist nichts anderes als die staatliche Beeinträchtigung des Wettbewerbs. Hier sollten Sie, Herr Minister, schnell pragmatische Lösungen suchen und dafür sorgen, dass diese Anwendung finden, aber auch dafür, dass es wieder zur gesellschaftlichen Normalität wird, dass die Agrarverwaltung für die Landwirte da ist und nicht die Landwirte das Objekt einer ausufernden Bürokratie sind. - Danke schön.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete Wehlan. - Das Wort geht jetzt an die SPD, an den Abgeordneten Dellmann.

Dellmann (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Einzelplan 10 ist nicht nur ein Haushaltsplan für die Landwirtschaft, den Umweltschutz und die Raumordnung; nein, es ist der Haushaltsplan für den ländlichen Raum Brandenburgs. Der ländliche Raum Brandenburgs sind circa 95 % der Landesfläche. Dort wohnen immerhin zwei Drittel der Bevölkerung. Gerade dieser ländliche Raum ist eine Aufgabe, die wir in der Vergangenheit, glaube ich, gut angegangen haben; er ist aber auch eine der wichtigsten Aufgaben für die Zukunft.

Worum geht es dabei? Es geht zum einen um die Unterstützung landwirtschaftlicher Betriebe und zum anderen um Infrastrukturmaßnahmen im ländlichen Raum, ganz egal, ob sie sich auf die Kommunen oder auf Dritte beziehen. Aber es geht auch um die Förderung des Fremdenverkehrs und Maßnahmen des Hochwasserschutzes.

Wenn wir uns die Zahlen anschauen, die sich hinter diesem Haushaltsplan verbergen - in diesem Jahr etwa 1,6 Milliarden

DM und im nächsten Jahr circa 1,46 Milliarden DM -, dann stellen wir fest, dass das Dimensionen sind, bei denen wir sagen können: Hier leisten wir sehr viel.

Wir haben in der Koalitionsvereinbarung eines deutlich gemacht: dass wir das manchmal nicht richtig vorhandene Miteinander zwischen den Bereichen Umweltschutz und Landwirtschaft - was sich manchmal auch in dem Vorhandensein zweier Ministerien widerspiegelt - angehen wollen. Wir haben klar gesagt: Wir schaffen ein Ministerium. Dies ist eine Aufgabe und zugleich eine Chance.

Ich sprach vom Gegeneinander. Ich glaube, dass dieses Gegeneinander, das sich an vielen Punkten nach wie vor zeigt, Stück für Stück in ein ganz deutliches Miteinander umgewandelt werden muss. Ein Miteinander auf vielen Ebenen ist notwendig. Das fängt im Ministerium an und reicht bei uns in die Arbeitskreise und Ausschüsse; es reicht aber auch bis in die Köpfe derjenigen, die vor Ort in den Einrichtungen arbeiten. Ich glaube schon, dass wir die Chance, die sich dahinter verbirgt, nutzen sollten, indem wir von diesem Ort aus unseren Teil dazu beitragen. Denn die Synergieeffekte, die sich dahinter verbergen, sind immens.

Die Landwirtschaft muss auch zukünftig das Rückgrat der Entwicklung im ländlichen Raum sein. Dabei - das will ich ganz klar sagen - darf es kein Wenn und Aber geben. Dies ist nur machbar, wenn wir leistungsfähige landwirtschaftliche Betriebe haben. Wir versuchen, mit den Dingen, die wir über unseren Haushaltsplan bewegen können, unseren Beitrag dazu zu leisten.

Neben der Schaffung leistungsstarker landwirtschaftlicher Betriebe geht es aber auch um den Erhalt einer landschaftstypischen Kulturlandschaft. Dies ist ein Wert, der zukünftig noch deutlicher gemacht werden muss. Wir müssen auf der einen Seite alles tun, um Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen; auf der anderen Seite aber gehört eine funktionierende Kulturlandschaft dazu, dass sich Menschen in unserem Land wohl fühlen. Maßnahmen, die sich beispielsweise dahinter verbergen, sind Programme wie KULAP, aber auch Programme für den ökologischen Landbau oder die Förderung extensiver Grünlandnutzung.

Wir haben morgen den Bericht zur Lage der Landwirtschaft in Brandenburg. Darin wird das Thema Dürre mit Sicherheit eine Rolle spielen. Ich glaube sagen zu dürfen, dass wir das Thema Dürre sehr kurzfristig zum Gegenstand einer Sondersitzung im Ausschuss machen sollten. Herr Dombrowski, wir sollten uns kurzfristig auf einen Termin verständigen. Denn in einem sind wir uns, glaube ich, alle einig: dass die Dürre, die wir momentan in Brandenburg zu verzeichnen haben, nicht dazu führen darf, dass hier auch nur ein landwirtschaftlicher Betrieb betriebswirtschaftlich den Boden unter den Füßen verliert.

Ich fand, dass die Haushaltsberatungen, die wir in unserem Ausschuss hatten, hart, aber durchaus konstruktiv waren. Wir haben uns im Detail mit der PDS gestritten, wo wir Lösungen finden können. Das eine oder andere haben wir vielleicht doch auf den Weg bringen können. Ich denke da insbesondere an die Frage der mittelfristigen Sicherung der Tierkörperbeseitigung. Das war unser aller Anliegen. Wir, und zwar alle Parteien, ha-

ben damit ein deutliches Zeichen gesetzt, dass wir hinter unseren Tierproduzenten und Tierverarbeitern stehen und ihnen keine zusätzlichen Belastungen zumuten wollen.

Auch beim Thema Vertragsnaturschutz sind wir uns, glaube ich, alle einig, dass das eine ganz wichtige Maßnahme ist, die es zu erhalten gilt.

(Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Alles Absichtserklärungen!)

- Frau Enkelmann, das sind nicht nur Absichtserklärungen, sondern das ist wirklich unsere einhellige Meinung.

(Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Aber ist das schon finanziell untersetzt? Das ist das Problem!)

Vizepräsident Habermann:

Meine Damen und Herren, ich halte nicht sehr viel von Dialogen während einer Plenarsitzung. Wenn Sie eine Frage stellen möchten, dann wäre das etwas anderes.

Dellmann (SPD):

Wunderbar. Aber sie möchte noch nicht. - Frau Dr. Enkelmann, es sieht ja so aus, dass wir beim Vertragsnaturschutz unterschiedliche Möglichkeiten haben, einen Inhalt auch finanziell abzusichern. Sie wissen, wie alle anderen auch, dass wir momentan vor dem Wechsel einer Förderperiode stehen und schauen müssen, welche Chancen sich auf tun. Wir hatten bisher Fördermittel in einem Umfang von 17 Millionen DM. Ich gehe davon aus, dass mit einem vergleichbaren Volumen die gleichen Wirkungen erzielt werden können. Darüber, ob das in genau derselben Form wie bisher geschieht, sollten wir uns dann im Detail noch einmal unterhalten. Aber entscheidend ist, dass die Wirkung, die bisher davon ausgegangen ist, nicht zurückgedreht wird. Dazu stehen wir.

Es geht in diesem großen Haushalt auch um die Frage des Umweltschutzes. Manchmal wird Umweltschutz nur auf das Thema Naturschutz reduziert. Ich glaube, wir müssen darüber diskutieren, dass Umweltschutz mehr ist als Naturschutz. Umweltschutz ist Emissionsschutz, aber auch Verbraucherschutz. Das ist aber auch die Frage des Gewässerschutzes und des Hochwasserschutzes.

Herr Dombrowski, Sie haben auf der Bräla einen netten Beitrag gehalten. Sie sprachen von - ich hoffe, dass ich Sie richtig zitiere - Juwelen und meinten damit den Umwelt- und Naturschutz. Umwelt- und Naturschutz kann sich nur leisten, wer das Geld dafür hat.

(Beifall des Abgeordneten Bischoff [SPD])

Ich glaube, das sollten wir umschreiben. Wir können es uns - da sind wir einer Meinung - nicht leisten, in Brandenburg Perlen zu züchten. Zum Perlenzüchten fehlt uns das Geld. Aber die Juwelen, die bei uns in Brandenburg vorhanden sind - dazu gehört unsere Landschaft, dazu gehört auch unsere Natur -, sollten wir pflegen. Deren Licht brauchen wir nicht unter den Scheffel zu stellen. Zu verschenken brauchen wir in dem Bereich auch nichts.

Aber ich glaube schon, dass wir da noch einigen Definitionsbedarf haben, damit wir hier auch künftig an ein und demselben Strang ziehen. Denn eines ist völlig unstrittig: Es gibt Synergieeffekte zwischen den Bereichen Landwirtschaft und Forstwirtschaft. Hier müssen wir sehen: Wie können Aufgaben, die bisher teilweise zweigleisig gelöst worden sind, künftig eingeleisig gelöst werden? Auch das liegt mir sehr am Herzen und ich kann wohl sagen: Fast jeder hat in seiner Region in der Vergangenheit Dinge erlebt, die zweigleisig gelaufen sind. Aber die Bildung eines gemeinsamen Ausschusses, eines gemeinsamen Ministeriums ist ein deutliches Signal für ein Umlenken.

Wir müssen immer darüber diskutieren: Geht es beim Ringen um Synergieeffekte auch um die Neudefinition von Aufgaben? Oder geht es nur um die Organisation: Wie werden diese Aufgaben wahrgenommen? Ich glaube, im zweiten Bereich muss unser hauptsächlicher Arbeitsschwerpunkt liegen. Gerade angesichts der Dürre, die wir jetzt erleben, oder angesichts der Grundwasserstände in Brandenburg ist klar: Niemand von uns will eine aktive Umweltpolitik im Land Brandenburg infrage stellen. Die brauchen wir auch zukünftig. Gerade eine aktive Umweltpolitik ist ein deutliches Signal für alle diejenigen, die im ländlichen Raum wirtschaften. Aber der Mensch muss eindeutig im Mittelpunkt der aktiven Umweltpolitik stehen.

Wir haben im Haushaltsplan auch eine Aussage zum Nationalpark „Unteres Odertal“, eines der ganz wichtigen, aber auch sehr umstrittenen Themen im Land Brandenburg. Eines will ich von dieser Stelle aus ganz deutlich sagen: Wir Abgeordnete werden auch zukünftig ein wachsames Auge darauf haben, wie unser Wille, der sich im Nationalparkgesetz manifestiert, umgesetzt wird.

Im jetzigen Haushaltsplan sind beispielsweise die finanziellen Voraussetzungen für die Umsetzung des Flurneuordnungsverfahrens geschaffen worden. Es gilt jetzt aber, das auch 1 : 1 umzusetzen. Hier müssen wir auch gemeinsam mit dem Ministerium schauen, dass unser im Gesetz formulierter Wille umgesetzt wird und als deutliches Signal nach außen geht: Das Land Brandenburg ist beim Nationalpark „Unteres Odertal“ Herr des Verfahrens.

(Gelächter des Abgeordneten Bischoff [SPD])

- Wenn es einzelne Zweifler - wie Herrn Bischoff - geben sollte, dann gehe ich davon aus, dass wir auch diese überzeugen können.

(Dr. Wiebke [SPD]: Wir werden es durchsetzen!)

- Gut, einigen wir uns auf die Formulierung von Dr. Wiebke: Wir werden es gemeinsam durchsetzen.

(Bischoff [SPD]: Das kann ich unterschreiben!)

Zum Thema Wasser und Abwasser: Es gab in den letzten Jahren viel Kritik an der Politik, die hier in Brandenburg gemacht wurde. Aber wir sollten bitte zwischen Fehlern der Anfangszeit und den Dingen, die in den letzten Jahren gemacht wurden, differenzieren. Ich selbst war in der Kommunalpolitik auch sehr aktiv, was Wasser- und Abwasserzweckverbände anbelangt.

Wenn man sich die Statistiken anschaut und sie ehrlich liest, wird eines ganz deutlich: Hier ist Erhebliches getan worden. Das Schuldenmanagementprogramm greift. Es erfüllt die in es gesetzten Erwartungen. Ich kenne keine bessere Alternative als diese Strategie, die wir hier verfolgen. Sie wird auch zukünftig weiter greifen. Es geht auch in den Bereich hinein - Herr Dobberstein wird in seinem Redebeitrag nachher vielleicht noch auf das Thema Abwasser eingehen -, dass wir mit den Mitteln, die wir im Haushaltsplan zur Verfügung stellen, und mit den Mitteln, die wir zukünftig darüber hinaus zur Verfügung stellen werden, in zweierlei Richtung ausreichend handlungsfähig sein werden, einerseits für das Schuldenmanagement, andererseits aber auch die Freiheiten, die Möglichkeiten haben, über sinnvolle Investitionsförderungen Abrundungsinvestitionen vorzunehmen.

Ich glaube allerdings nicht - denn das wäre ein Wunschtraum -, dass wir in Brandenburg durchschnittlich die günstigsten Wasser- und Abwasserpreise bekommen werden. Das muss man deutlich sagen: Das wird leider auch zukünftig nicht funktionieren.

Ein Thema, das auch im Ausschuss heiß umstritten war, ist die Frage des Wassernutzungsentgeltes. Ich sage es ganz offen: Es tat uns auch weh, hier zu sagen: Bitte, wir erhöhen das Wassernutzungsentgelt im Jahr 2001 auf 20 Pfennig pro Kubikmeter.

Aber wir sollten deutlich unterscheiden zwischen der Problematik Wasser und der Problematik Abwasser und auch ganz deutlich sagen: Wozu brauchen wir dieses? Jeder, der die Untersuchungen des Landesumweltamtes zum Thema Grundwasser und zu der Frage, wo wir mit unserem Wasser in Brandenburg liegen, kennt, der weiß, dass auch in diesem Bereich, nämlich im Bereich des Grundwasserschutzes, der wasserbaulichen Maßnahmen, großer Handlungsbedarf besteht. Auch in diesem Bereich sollte durchaus das Prinzip gelten, dass derjenige, der etwas nutzt, in dem Fall nämlich Wasser, auch einen gewissen Beitrag dazu leistet, dass auch für die zukünftigen Generationen die Voraussetzungen dafür gegeben sind, dass Geld und vor allem Wasser auch zukünftig zur Verfügung stehen.

Wir haben mit diesem Haushaltsplan noch einmal deutlich signalisiert: Es geht uns auch um die Förderung von Kleinkläranlagen. Wir brauchen wirklich an jedem Standort, in jeder Gemeinde, in jedem Ortsteil eine adäquate, angepasste Lösung. Wir zeigen deutlich, dass dort, wo es sinnvoll ist, Kleinkläranlagen, Gruppenanlagen hinzusetzen, dies auch zukünftig unterstützt wird. Gerade der Haushaltsvermerk über die gegenseitige Deckungsfähigkeit macht das deutlich. Es sind nicht nur 3 Millionen DM, wie sie bei diesem kleinen Haushaltstitel bestehen, sondern wenn notwendig, ist die gesamte Summe dafür einzusetzen.

Frau Wehlan sprach das Thema Forst an. Die 140 000 Unterschriften, die wir alle gemeinsam bekommen haben, zeigen die Sorge der Brandenburger Bürger um die Zukunft des Waldes. Wir nehmen es sehr, sehr ernst, wie wichtig unseren Bürgern unser Wald ist. Ich glaube, dass wir ganz klar sagen können - und zwar einheitlich sagen können -: Der Brandenburger Wald muss auch zukünftig gesichert sein, und zwar muss unser Eigentum auch zukünftig unser Eigentum sein. Mit uns als SPD-Fraktion wird es eines nicht geben: dass Brandenburger Landeswald

verkauft wird. Das sollte man allen auch ganz klar sagen: Es handelt sich bei einer Reform der Landesforstverwaltung nicht um eine Privatisierung, nicht um die Aufgabe von Eigentum.

(Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Nur um die Vorbereitung dazu!)

- Frau Enkelmann, das ist eine ganz böse Unterstellung, die ich von hier aus ausdrücklich zurückweise. Wenn Sie so etwas behaupten, schüren Sie nur Ängste, die draußen verbreitet sind. Es sollte nicht Ihre Aufgabe sein, Ängste zu schüren.

Es wird auch zukünftig klare Landesaufgabe sein, hoheitliche Aufgaben wahrzunehmen. Es wird klare Landesaufgabe sein, die Betreuung von Privat- und von Körperschaftswald und die Gemeinwohlleistungen im Wald zu erbringen. Eines ist Fakt: Wir haben einen gewissen Personalüberhang und wir brauchen eine moderne und leistungsfähige Forstverwaltung.

Wir sollten eines tun: uns genau ansehen, welche die optimale Form ist. Wir als SPD-Fraktion haben uns bei der Frage noch nicht festgelegt: Ist es eine Anstalt des öffentlichen Rechts oder ein LHO-Betrieb? Hier ist noch weitere Diskussion notwendig, um zu sehen: Was ist wirklich das Beste?

Es kann aber auch nicht sein, dass wir hier mit überzogenen Steuermitteln Dinge umsetzen, die preiswerter, leistungsgerechter gemacht werden könnten.

Eine wichtige Aufgabe steht noch vor uns - ich komme damit auf die Zweigleisigkeit zurück -: Es besteht zum Teil noch Zweigleisigkeit bei Forstverwaltung und Naturschutzverwaltung. Hier muss unser Augenmerk auf die Beantwortung der Frage gerichtet sein: Wie können Aufgaben gemeinsam wahrgenommen werden? Wobei es mir nicht darauf ankommt zu sehen, wer den Hut auf hat, sondern darum, wie unsere Gesetze - Landesgesetze, aber auch Bundes- und EU-Gesetze - optimal im Sinne des Bürgers umgesetzt werden können.

Frau Wehlan sprach die Problematik Waldumbauprogramm an. Ich glaube, die Sorge teilen wir alle: dass ein sehr ambitioniertes Programm, das in den letzten Jahren gefahren worden ist, in diesem Jahr einen Bruch hat. Es ist ein Bruch darin, weil uns im Moment leider nicht ausreichend Mittel dafür zur Verfügung stehen. Wir müssen gemeinsam schauen - das eint Koalition und Opposition -, wie wir Mittel hierfür frei machen können.

Frau Wehlan, die Vorschläge, die Sie dazu gemacht haben, sind, was die Deckung anbelangt, aus unserer Sicht leider nicht tragfähig. Aber ich bin hoffnungsfroh, dass es gelingt, hier entsprechende Lösungen zu finden, zum Beispiel über Mehreinnahmen oder mithilfe der gegenseitigen Deckungsfähigkeit. Ich bin optimistisch - und man sollte optimistisch sein, wenn man hier vorn steht -, dass es uns zumindest in einem gewissen Rahmen gelingt, dies auch fortzusetzen.

Wir haben in den Haushaltsplanberatungen auch eines getan, nämlich eine schwierige Sache mit auf den Weg gebracht: die automatisierte Waldbrandüberwachung. Gerade die Situation dieser Tage und die Situation in unserem Brandenburger Wald zeigt, dass wir auch dort zukünftig einen klaren Schwerpunkt setzen müssen.

Wir haben in unserem Haushaltsplan eine globale Minderausgabe von 5 bzw. 35 Millionen DM zu verkraften. Es wird spannend, sehr spannend werden, wie wir es in gemeinsamer Anstrengung von Ministerium, von Herrn Birthler und den Abgeordneten im Ausschuss schaffen werden, dies umzusetzen. Auch ich weiß heute noch nicht bis ins Detail, wie wir dies schaffen werden, aber es ist eine ambitionierte Aufgabe und die Koalitionsfraktionen sind sich einig, dass wir es schaffen werden, denn wir stehen im Wort, wenn wir heute diesen Einzelplan verabschieden, dass auch diese Position dann im Doppelhaushalt umgesetzt wird.

Zum Schluss möchte ich mich bedanken - zum einen beim Ministerium, zum anderen aber auch bei all den Abgeordneten, die ganz intensiv mitdiskutiert haben. Das schließt auch die Arbeit der PDS-Fraktion im Ausschuss ein, wo konstruktiv zu diesem Haushaltsplan diskutiert wurde.

Ich möchte Sie bitten, dem Einzelplan inklusive der Änderungsvorschläge aus dem Ausschuss zuzustimmen. - Danke.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsident Habermann:

Das Wort geht nun an die Fraktion der DVU. Herr Abgeordneter Claus, bitte sehr!

Claus (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Auf den Einzelplan 10 des Ministeriums für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung möchte ich nur relativ kurz eingehen.

Bei den Ausgaben dieses Einzelplans haben wir im Jahr 2000 einen Zuwachs von 138 Millionen DM gegenüber 1999 auf 1,626 Milliarden DM zu verzeichnen. Im Jahr 2001 findet allerdings eine Absenkung um 151 Millionen DM und damit eine Absenkung um insgesamt 13 Millionen DM statt.

Bedenkt man allerdings, dass von den 1,6 Milliarden DM, die das Ministerium zur Verfügung hat, nur etwa 600 Millionen DM aus Landesmitteln stammen und der Rest aus EU- und Bundesmitteln, so weiß man, dass der Spielraum der Landesregierung, des Ministeriums nicht gerade sehr groß, sondern ziemlich gering ist; denn in laufende EU-Programme kann man haushaltstechnisch aufgrund der gegebenen Rechtslage faktisch nicht eingreifen und dort etwas wegnehmen.

Haushaltstechnisch katastrophal mutet es allerdings an, wenn man die im Kapitel 10 262 der Ämter für Forstwirtschaft des Landes Brandenburg klaffende Deckungslücke unter dem Titel 972 10 von 5 Millionen DM im Jahre 2000 und 25 Millionen DM im Jahre 2001 in das Kapitel 10 020 - Allgemeine Bewilligungen - unter derselben Titelnnummer und -bezeichnung einstellt, die globale Minderausgabe also nur verlagert, wobei eine Erhöhung dieser Deckungslücke für das Jahr 2000 um sage und schreibe 10 Millionen DM stattfindet. Dass bei einer solch unsoliden Vorgehensweise der ganze Einzelplan 10 nur Makulatur ist, bedarf keiner weiteren Erläuterung.

Doch positiv, Herr Minister, war im Zuge der Haushaltsdebatte

zu bewerten, dass es - unter anderem auch dank eines Änderungsantrages unserer Fraktion - gelang, die laut Haushaltsstrukturgesetz vorgesehene Streichung des Anteils des Landes an den Kosten der Tierkörperbeseitigung zu kippen. Dass allerdings der erfolgreiche Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen für das Jahr 2000 keinen Ausgleich der gekürzten 600 000 DM an Landesmitteln und für das Jahr 2001 nur einen Ausgleich von 2,7 Millionen DM statt der im Jahr 1999 noch eingestellten 3,6 Millionen DM vorsieht, mutet doch sehr seltsam an. Trotzdem kann man sagen: Das Ergebnis ist immer noch erfreulich.

Weitere Änderungsanträge unserer Fraktion, welche sich mit der Gewährung von Zuschüssen zur Waldbrandversicherung von 300 000 DM pro Jahr - wie bisher - statt der geplanten Kürzungen auf null beschäftigten und auch von der PDS-Fraktion mittels eines eigenen Antrags unterstützt wurden, wurden ebenso abgelehnt wie die bereits seitens unserer Fraktion geforderten Zuschüsse für die Bekämpfung der Varroaose bei Bienenvölkern - diejenigen, die im Ausschuss waren, wissen, dass es sich um eine Milbenkrankheit bei Bienen handelt - von 3 000 DM im Jahr 2000 und 18 700 im Jahr 2001. Dieser Antrag wurde, obwohl die Koalitionsfraktionen im Grunde unserer Meinung waren, abgelehnt.

Schließlich wurde auch der seitens unserer Fraktion geforderte Verzicht auf die Erhöhung der Wassernutzungsentgelte von 10 auf 15 Pfennig pro Kubikmeter im Jahr 2000 und 20 Pfennig pro Kubikmeter im Jahr 2001 laut Haushaltsstrukturgesetz abgelehnt - wie Herr Dellmann dies übrigens bezeichnete. Für das Jahr 2000 hat das Land eine Mehreinnahme von 5 Pfennig. Obwohl 5 Pfennig im ersten Moment nicht viel zu sein scheinen, hat das Land Brandenburg eine Mehreinnahme von 5 Millionen DM im Jahr 2000, und dies, obwohl unsere Fraktion dem Land durch einen Änderungsantrag Deckungsmittel für die entgangenen Mehreinnahmen, die dadurch entstanden wären, zur Verfügung stellte.

Summa summarum müssen wir den Einzelplan 10 des Ministeriums für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung aus haushaltspolitischen Gründen ablehnen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Habermann:

Das Wort geht an die Fraktion der CDU. Herr Abgeordneter Helm, bitte sehr!

Helm (CDU):

Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Zuerst möchte ich mich bei allen Abgeordneten bedanken, die durch ihre Anwesenheit noch Interesse an den Problemen der Landwirtschaft bekunden.

(Allgemeiner Beifall)

Die finanzielle Situation des Landes ist hinreichend bekannt. Sparmaßnahmen im Landeshaushalt sind unumgänglich, um finanzpolitisch handlungsfähig zu bleiben.

Der Spielraum ist äußerst gering, zumal wir im Einzelplan 10 - speziell im Bereich der Landwirtschaft - weitgehend bundes- und EU-finanziert sind. Der landesspezifische Spielraum im Bereich der Agrarpolitik ist deshalb äußerst begrenzt. Umso wichtiger ist für mich festzustellen und positiv zu werten, dass die Kofinanzierung der Bundes- und EU-Maßnahmen in unserem Verantwortungsbereich abgesichert wurde. Es ist der wichtigste Bestandteil unseres Einzelplans.

Nicht unproblematisch ist die eingestellte globale Minderausgabe im Einzelplan: im Jahre 2000 in Höhe von 7,6 Millionen DM und im Jahre 2001 in Höhe von 40 Millionen DM. Ich bin durchaus der Meinung, dass das für das Jahr 2000 umsetzbar ist. Für das Jahr 2001 steht die Beantwortung dieser Frage noch aus.

Frau Finanzministerin, ich denke, dass gerade wir im Einzelplan 10, wenn wir dieses Einsparvolumen umsetzen, unseren Anteil an der globalen Minderausgabe eigentlich schon gebracht haben, der im Einzelplan 20 noch aufzulösen ist.

Andererseits ist für mich unstrittig, dass, wenn wir Strukturpolitik machen wollen und müssen, dies nur mit weniger Staat, weniger Bürokratie und weniger Verwaltung zu leisten ist.

Frau Wehlan, wenn Sie hier gesagt haben, dass an den Leistungen des Vertragsnaturschutzes gekürzt werden soll, so sage ich: Es geht uns eben nicht darum, die Leistungen zu kürzen, sondern darum, den Aufwand für den Naturschutz zu überprüfen. Hier sind sicher noch Reserven zu erschließen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Die vielleicht noch bei einigen öffentlich Bediensteten anzutreffende Meinung: Alles so weiter und kürzen bei den Bauern!, sollten alle, die derartige Gedanken noch haben, sehr schnell vergessen.

Ich wünsche mir allerdings auch, dass nicht nur die Sparvorstellungen des Ministeriums der Finanzen klar festgelegt werden, sondern auch deren Machbarkeit und Realität mit dem zuständigen Fachressort besser im Vorfeld abgestimmt werden. Am Beispiel der Forstwirtschaft wird dies sehr deutlich.

Der ursprüngliche Ansatz der Landesregierung, aus der Freisetzung von mehreren Hundert Waldarbeitern zweistellige Millionenbeträge für den Landeshaushalt einzusparen, hat sich zer schlagen, wie das Gutachten bekanntlich aussagt.

Eine solche Veränderung in einem so speziellen Fachbereich der Landesverwaltung ist eben nicht unter rein fiskalischer Sicht durchführbar. Wenn es nicht gelingt, die breite Basis der Forstleute und der anderen Fachleute in diesem Bereich für diese Veränderungen zu gewinnen und sie mit einzubinden, dann ist eine solche Veränderung wie die bisher angedachte im Bereich der Forstwirtschaft wohl von vornherein zum Scheitern verurteilt und wird dem Land letztendlich mehr Kosten verursachen, als unterm Strich an Einsparungen angesetzt sind.

(Beifall der Abgeordneten Frau Dr. Enkelmann [PDS])

Gleichwohl sind wir der Auffassung, dass natürlich über eine

Neustrukturierung der Aufgaben in diesem Fachbereich nachgedacht werden muss, Frau Enkelmann, und das nicht irgendwann, sondern sehr schnell.

Es geht dabei nicht um eine Ablehnung der Forstreform. Strittig ist einzig und allein die angedachte Rechtsform. Die Rechtsform Anstalt öffentlichen Rechts wird von allen Betroffenen als sehr bedenklich angesehen, zumal immer deutlicher wurde, dass dies ohne Finanzausstattung durch das Land nicht realistisch zu sein scheint. Auch darüber sind wir uns ja wohl noch nicht ganz einig.

Die Landesregierung sollte den Prüfauftrag auch auf einen Betrieb nach der Landeshaushaltsordnung erweitern. Hier stimme ich mit Ihnen, Herr Dellmann, völlig überein. Diese Variante ist bislang nicht grundsätzlich in die Überlegungen einbezogen worden. Bundesweit gibt es keine Beispiele, die Forstwirtschaft in einer Anstalt öffentlichen Rechts zu organisieren. Andere Länder, zum Beispiel Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Hessen, stehen an der Schwelle zu einem Betrieb nach der Landeshaushaltsordnung.

Was fehlt, sind klare, saubere Regelungen für die überzähligen Waldarbeiter - und das unabhängig von einer Reform. Daran müssen wir arbeiten.

Die Zeit bis zum Nachtragshaushalt ist gezielt für solche Überlegungen zu nutzen. Daraus 25 Millionen DM globale Minderausgaben allein für diesen Bereich zu erschließen ist äußerst schwierig.

Mit der Zusammenlegung der beiden Fachbereiche Landwirtschaft und Umwelt waren große Erwartungen verbunden, Erwartungen, was sowohl die Außenwirkung des Fachbereiches anbetrifft als auch die inneren Strukturen, die effektiver, bürgerfreundlicher und kostengünstiger arbeiten sollten, könnten und müssten. Davon sind wir im Moment aber noch ein ganzes Stück entfernt.

Um es ganz ehrlich zu sagen: Wir als CDU sind nicht glücklich darüber, dass der Anteil des Landes an der Waldbrandversicherung aus dem Haushalt gestrichen worden ist und parlamentarisch nicht durchsetzbar war.

Die Forstbetriebsgemeinschaften und andere analoge Einrichtungen sind politisch gewollte und notwendige Einrichtungen im Land Brandenburg, um den kleinen Privatwaldbesitz zu wirtschaftlichen Größenordnungen zusammenführen zu können. Vielleicht überlegen wir uns noch für die Zukunft, welche anderen Regelungen hier Erfolg zeigen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Wiebke [SPD])

- Es ist etwas anders. So wird es ja nicht verteilt, Herr Kollege Dr. Wiebke.

Wie das Waldumbauprogramm des Landeswaldes zukünftig zu finanzieren ist, kann sicher erst beantwortet werden, wenn die Überlegungen im Rahmen der Forstreform abgeschlossen und bilanzierbar sind. Beim Deckungsvorschlag der PDS ist natürlich auch zu klären, inwieweit den Brandenburger Grundstücksfonds überhaupt Mittel entzogen werden können. Aber wir

haben bis zum Nachtragshaushalt noch Zeit, darüber zu diskutieren. Vielleicht überlegen wir uns das dann noch gemeinsam mit dem Finanzministerium.

Zur Tierkörperbeseitigung wurde schon einiges gesagt. Es ist uns - den Koalitionsfraktionen; die anderen Fraktionen hatten analoge Vorstellungen - hier gelungen, die Streichung dieser Mittel zu verhindern. Man war sich in der Auffassung einig, dass den Bauern, die ohnehin schon durch die Beschlüsse zur Agenda 2000 der Europäischen Union, die Sparbeschlüsse der Bundesregierung und die aktuelle negative Preisentwicklung in allen Bereichen belastet sind, nicht auch noch von der Landesregierung weitere Belastungen aufgebürdet werden sollten.

Positiv zu vermerken ist ferner, dass es mit dem Landeshaushalt 2000 und 2001 gelungen ist, eine Regelung zu finden, dass diese Problematik in dieser Legislaturperiode nicht erneut diskutiert werden muss und nicht erneut als Gegenstand der Spardiskussion herangezogen wird.

Schwierigkeiten gibt es allerdings mit dem vom Ministerium selbst erarbeiteten Deckungsvorschlag zur Sicherung der Finanzierung der Tierkörperbeseitigung.

Anstelle der Kofinanzierung aus dem Kapitel 10 031 - nicht Gemeinschaftsaufgabe - hätten wir einen Vorschlag erwartet, der die frei gewordenen Mittel aus der Energiekostensenkung zur Deckung herangezogen hätte. So aber sind diese Mittel in Höhe von 1,5 Millionen DM durch einen Beschluss des Ausschusses für Haushalt und Finanzen dem Einzelplan leider entzogen worden.

Ich sehe es unter einem zweiten Gesichtspunkt auch nicht als gut an, wenn die Mitglieder des Ausschusses für Haushalt und Finanzen der beiden Koalitionsfraktionen hier eine so dominante Rolle einnehmen - sie müssen sie sicherlich einnehmen - und Entscheidungen der Fachausschussmitglieder und des gemeinsamen Arbeitskreises infrage stellen und selbst Deckungsvorschläge, die hausintern erarbeitet und unterbreitet worden sind, nicht akzeptieren. Im Interesse einer künftigen gedeihlichen Zusammenarbeit aller Parlamentarier sollte das in jedem Falle noch einmal kritisch überdacht werden.

(Beifall bei CDU und SPD)

Die aktuelle Situation in der Landwirtschaft ist Anlass, einige andere Probleme anzusprechen, die nicht unmittelbar mit dem Haushalt, wohl aber mit finanzpolitischem Handeln zu tun haben. So hat der Berufsstand - das wurde schon angesprochen - kein Verständnis dafür, dass es die verantwortlichen Ebenen nicht geschafft haben, so früh wie möglich Ausgleichszahlungen, zum Beispiel für Mutterkühe, Mastbullen und Gasöl - das wurde schon genannt -, auszureichen. Andere Länder machen es uns vor; zum Beispiel Mecklenburg-Vorpommern hat die Prämien für Mutterkühe am 30.04. ausbezahlt.

(Zuruf von der PDS)

Die Begründung „nicht abgeschlossene Haushaltsdiskussion und fehlerhafte Software“ ist nicht dazu geeignet, eigene Verwaltungsmängel zu kaschieren. Damit schafft man gegenüber dem Berufsstand kein Vertrauen. Ich weiß nicht, ob einigen

dafür Verantwortlichen überhaupt bewusst ist, in welcher dramatischen Situation sich die Landwirtschaft gegenwärtig befindet und dass jede Mark, die zugeteilt werden kann, auch so schnell wie möglich zuzuteilen ist.

Überlegen sollten wir uns für die Zukunft auch, wie die Prioritäten im Einzelhaushalt zukünftig neu strukturiert werden können. Zu nennen ist hier zum Beispiel die Einführung und Mitfinanzierung einer Mehrgefahrenversicherung - man nennt dies auch Ernteausschlagversicherung; in den USA wird dies zum Beispiel sehr positiv gesehen - für den Bereich der Landwirtschaft ebenso wie eine wirksamere finanziell begleitete Wasserbewirtschaftung.

Gerade im Bereich Wasser hat sich das Land von Jahr zu Jahr weiter zurückgezogen. Die Wasserbewirtschaftung ist zunehmend allein nach naturschutzfachlichen Kriterien ausgerichtet worden. Die Funktionsfähigkeit der wasserbaulichen Anlagen und neue Gedanken zur Wasserspeicherung zwingen zu einem Umdenken in der Wasserbewirtschaftung und deren Mitfinanzierung.

In der gegenwärtigen aktuellen Situation werden vielerorts Überlegungen laut, die Betriebe zum Jahresende aufzugeben. Es ist zwar schwer messbar, wie hoch der Schaden ist, aber im Grunde doch eine ganz einfache Rechnung: Wir haben in etwa eine Million Hektar Ackerfläche. Der Bruttoumsatz an pflanzlichen Produkten beträgt in etwa 1 000 DM und der Schaden beläuft sich - wie bis jetzt durchschnittlich geschätzt wird - für diese Fläche auf 40 bis 50 %. Das heißt, wir haben im Bereich der Landwirtschaft mit einem Ausfall von 400 bis 500 Millionen DM zu rechnen. Dass draußen gerade ein Gewitter im Anzug ist, wird an dieser Situation nichts mehr ändern.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Wiebke (SPD))

- Auch das steht noch infrage, Herr Dr. Wiebke. Wollen wir es hoffen!

Die Liquidität zu sichern ist zurzeit das oberste Gebot, um etwas Luft nach hinten zu bekommen und die Maßnahmen einzuleiten, die uns in den Landwirtschaftsbetrieben über den Berg helfen. Die Ausreichung angedachter zinsverbilligter Darlehen und deren Finanzierung ist deshalb schnellstens zu klären.

Das Versprechen des Ministerpräsidenten und auch von Minister Birthler, alles zu tun, dass kein Betrieb durch diese Witterungsunbilden in die Liquidation geht, ist ehrenhaft, aber ich denke, allein mit dem Wort ist es noch nicht getan.

(Beifall bei der PDS)

Wir müssen jetzt wirklich alles unternehmen, um den Betrieben, die auf Hilfe hoffen, auch zu helfen. Wir sind aufgerufen, dafür alles zu tun, auch im Rahmen des Haushaltes. - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Helm von der Fraktion der CDU.

Meine Damen und Herren, ich mache einmal einen kleinen Einschub und möchte den Fraktionen die noch verbleibende Redezeit mitteilen. Ich denke, das ist für Ihre Disposition wichtig. Die SPD verfügt noch über 54 Minuten Redezeit, die CDU über 57 Minuten, die PDS über 42 Minuten, die DVU über eine Stunde und 45 Minuten und die Landesregierung über 55 Minuten. - Das war mein erster Einschub.

Mein zweiter Einschub: Wir haben hier seit 13 Uhr lauter „Energie“-Fans als Gäste, und zwar Gymnasiasten aus der Stadt Cottbus. Herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Wir führen die Aussprache fort. Das Wort bekommt die Fraktion der PDS. Herr Abgeordneter Dobberstein, bitte!

Dobberstein (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bestandteil des Einzelplanes 10 ist auch das Kapitel „Gewässerschutz und Wasserwirtschaft“ mit einem geplanten Ausgabenvolumen in Höhe von jeweils 80 Millionen DM für dieses und für das Folgejahr. Das ist nicht wenig Geld. Dazu kommen noch Millionen Mark EFRE-Mittel, die beim Wirtschaftsministerium veranschlagt sind.

Umso wichtiger ist es, dass dieses hauptsächlich für die Abwasserentsorgung vorgesehene Geld auch sinnvoll und effizient zum Einsatz kommt.

Leider wurde und wird, wie wir alle wissen, gerade im Abwasserbereich viel Unsinn verzapft und viel Unheil angerichtet. Das ist besonders bedauerlich, weil es hier um einen für die Daseinsvorsorge der Bevölkerung und das Funktionieren der Wirtschaft lebensnotwendigen Bereich geht. Ich hoffe, nicht missverstanden zu werden. Natürlich sehe ich nicht nur die Misserfolge, sondern auch die erzielten Erfolge, insbesondere bei der Verbesserung der Güte der Fließgewässer und teils auch der Seen. Ich sehe auch die großen Anstrengungen, die von den Zweckverbänden, von den Landkreisverwaltungen und letzten Endes auch vom Ministerium des Herrn Birthler landesweit unternommen werden.

Wir dürfen aber nicht außer Acht lassen, dass die Begeisterung, die das Umweltministerium in seinem Abschlussbericht für das Jahr 1999 zum Ausdruck brachte, wo der zentralen Kanalisation der Vorzug gegeben wurde und wo sich das Ministerium riesig freute, dass etwa 70 % aller Haushalte in dieser Beziehung zum Erfolg geführt worden sind - das ist wirklich eine wahre Leistung -, nicht ungeteilt ist.

Man muss in diesem Zusammenhang auch die Frage stellen dürfen: Wurden sie nicht mit den überdimensionierten Kläranlagen, kilometerlangen Leitungsnetzen, Energie fressenden Pumpsystemen und den daraus resultierenden negativen Folgen auf wirtschaftlichem, sozialem und ökologischem Gebiet zu teuer erkauf?

(Beifall bei der PDS)

Das sind Dinge, die uns die Öffentlichkeit in dieser Form nicht abnimmt.

Für mich ist der Kardinalfehler der bisherigen Abwasserpolitik, dass zentralen und großtechnischen Lösungen auch im ländlichen Raum der Vorrang vor siedlungsspezifischen und natur-nahen Verfahren eingeräumt wurde. Das ist ein Unding, meine Damen und Herren, für ein dünn besiedeltes Land.

Konzentrierter Ausdruck dieser verfehlten Politik ist die Gesamtverschuldung der Aufgabenträger. Ich möchte diese Summen jetzt nicht nennen. Sie sind im Allgemeinen und im Besonderen bekannt. Aber ich möchte zwei Zahlen in Erinnerung rufen. Laut Statistischem Bundesamt beträgt die Pro-Kopf-Verschuldung der Zweckverbände in Brandenburg das 5,3-fache des Durchschnitts der 15 anderen Bundesländer. Diese Zahlen sagen eigentlich alles. Wer sich tief gehend mit diesen Dingen beschäftigt, eine analytische Prognose dementsprechend in dieser Form erarbeitet, der wird feststellen müssen, dass wir auf dieser Strecke einen beachtlichen Nachholbedarf haben.

Aufgrund dieser Situation sollte es eigentlich unstrittig sein, dass die bisherige Abwasserpolitik nach dem Motto „Augen zu und durch“ nicht mehr tragbar ist.

Allerdings habe ich erhebliche Bedenken, inwieweit die Verantwortlichen auch die Kraft für den erforderlichen Politikwechsel aufbringen, das heißt, für eine grundsätzliche Wende in der Abwasserpolitik.

(Zuruf von der PDS: Sehr richtig!)

Das von der Regierung in den letzten Wochen Verkündete ist eher marginale Korrektur bzw. bloße Kosmetik.

Ich frage Sie, Herr Minister BIRTHLER, aber auch die Regierung insgesamt: Wieso reagieren Sie nicht bzw. nicht kreativ auf solche Signale wie den Hungerstreik, der im Spätsommer 1999 für jeden sichtbar war, den Marsch zum Reichstag, die Protest-fahrradtour nach Brüssel und den zivilen Widerstand von Einwohnern des Dorfes Briesensee gegen Zwangsanschluss und den Versuch, mit der Gewalt von Baggern Tatsachen zu schaffen?

(Beifall bei der PDS)

Das Nichtreagieren der Verantwortlichen wird von den Bürgerinitiativen und Bürgerbewegungen nicht nur in Briesensee, sondern landesweit als eine Provokation betrachtet und auch so gewertet. Nehmen Sie doch endlich zur Kenntnis, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr bereit sind, aus Staatsräson einer unsinnigen Politik zu folgen und dafür auch noch die Bezahlung zu gewährleisten.

Wir sollten uns darüber im Klaren sein: Keiner ist daran interessiert, dass solche Bewegungen, wie sie sich in Briesensee abzeichnen, landesweit nachvollzogen werden. Wir alle, die wir in diesem Raume sitzen, haben die Verantwortung dafür, dass sich solche Dinge nicht wiederholen.

(Beifall bei der PDS)

Wir haben die Verantwortung dafür, dass wir uns gemeinsam die Aufgabe stellen, einen Umbruch, eine Wende in der Abwasserpolitik dieses Landes herbeizuführen. Keine Bürgerin

und kein Bürger des Landes möchte Dinge, die unmittelbar mit Abwasseranschluss und Abwassergebühren zu tun haben, umsonst haben. Sie wollen aber ein richtiges Leistungs- und Zahlungsverhältnis haben, das letzten Endes nachvollziehbar ist.

Vizepräsident Habermann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage? - Bitte sehr, Herr Abgeordneter Dellmann!

Dellmann (SPD):

Herr Dobberstein, ist Ihnen bekannt, dass seitens des zuständigen Ministeriums sehr wohl intensive Gespräche geführt wurden? Ist Ihnen auch bekannt, dass seitens der Landesregierung keinerlei juristische Möglichkeiten bestehen, dort Einfluss zu nehmen?

Dobberstein (PDS):

Das ist mir bekannt, aber ich muss davon ausgehen, dass es an den Ort gebunden ist. Die Bevölkerung dieses Landes weiß darüber wenig bzw. nur das, was in der Zeitung in mehr oder weniger starken Ausführungen steht.

(Bischoff [SPD]: Dann müssen Sie es aber so sagen!)

Der zweiten Frage, Herr Dellmann, dass Sie in dieser Beziehung der Meinung sind, dass das Land keine Verantwortung hat, muss ich eindeutig widersprechen.

(Beifall bei der PDS)

Sie wissen genauso wie ich, dass es politischer Wille der vorangegangenen Regierung im Lande Brandenburg war, das Abwasserproblem im Lande Brandenburg bis zum Jahre 1995 zu lösen, auch unter den Bedingungen, die Welten von den Euro-richtlinien entfernt waren. Das ist Fakt. Es hat aber keinen Sinn, lange in der Vergangenheit herumzukramen, sondern wichtig ist, dass wir gemeinsam mit der Bevölkerung einen Konsens finden, wie wir auf dieser Strecke weiterkommen, wie wir uns von den alten Methoden des Jahres 1990 lösen, wo wir ebenfalls kilometerlange Leitungen verlegt haben.

Denken Sie daran! Herr Minister FÜRNIß hat es sehr richtig ausgedrückt: Konzentrieren wir uns auf zukunftsfähige Technologien! Sie sind in großem Maße vorhanden. Wissenschaftler und entsprechende Fachleute in entsprechenden Unternehmen haben bereits vor langem bewiesen, dass es dezentrale Anlagen gibt, die von den infrage kommenden Bürgern bezahlt werden. Diese Bürger erwarten, dass sie aus der Anschlusspflicht entlassen werden und als freie Bürger unter Beachtung entsprechender gesetzlicher Bestimmungen, seien es gesundheitliche oder Umweltbestimmungen, ordnungsgemäß Gruppenanlagen schaffen können, die in der Lage sind, bessere Klärungsleistungen, bessere Reinigungseffekte zu erzielen, als sie von der modernsten zentralen Kläranlage erzielt werden können. Das sollten Sie in diesem Zusammenhang einmal überprüfen.

(Beifall bei der PDS)

Wir sollten uns daran gewöhnen, vom Abwasser zum Nutz-

wasser zu kommen. Das heißt auf gut Deutsch, dass da, wo das Wasser gefördert und gebraucht wird, das Wasser dem Naturkreislauf unmittelbar wieder zugeführt wird. Das bedeutet, dass wir nicht nur helfen müssen, das örtliche Klima zu verbessern; vielmehr verhelfen wir damit zu einer besseren Ausnutzung des Wassers unmittelbar in der Region, unmittelbar bei denjenigen, die Haus und Hof besitzen und Landwirtschaft in größerem Maße betreiben.

(Zurufe von der SPD)

Wenn der eine oder andere „Uhu!“ ruft, dann ist das bestimmt ein Städter. Er hat diese Prozesse natürlich nicht am Halse, im Gegensatz zu demjenigen, der an der Peripherie einer Stadt wohnt. Wir sollten dementsprechend davon ausgehen, dass die Förderrichtlinie, die das Haus Birthler erarbeiten ließ, durchaus gute Ansätze zeigt. Das heißt, wenn dort Fördermittel in Höhe von 3 Millionen DM zur Verfügung stehen, dann sollte der Koalition unmittelbar eine bessere Grundlage geschaffen werden, um ein besseres Öffentlichkeitsbild für alle, die in diesem Parlament sitzen, zu erreichen. Diese 3 Millionen DM sollten unmittelbar für das Jahr 2000 um 500 000 DM erhöht werden. Im nächsten Jahr sollten sie um 2 Millionen DM erhöht werden. Bisher haben Sie das abgelehnt.

Das heißt, Sie sind eigentlich nicht bereit, die bisher geleistete Arbeit auf dem Gebiet der Abwasserpolitik - kilometerlange Leitungen, große Pumpsysteme - über Bord zu werfen.

Vizepräsident Habermann:

Herr Abgeordneter Dobberstein, gestatten Sie Zwischenfragen?

Dobberstein (PDS):

Ja, gut.

Vizepräsident Habermann:

Bitte schön, Herr Dellmann!

Dellmann (SPD):

Herr Dobberstein, haben Sie zur Kenntnis genommen, dass durch die Ausbringung eines Vermerks zur gegenseitigen Deckungsfähigkeit sehr wohl mehr Geld als 3 Millionen DM für Kleinkläranlagen zur Verfügung stehen wird?

Dobberstein (PDS):

Ja, das weiß auch ich. Aber ich muss davon ausgehen, dass Prof. Dr. Niesche Recht hat. Er hat auf einer größeren Veranstaltung eindeutig gesagt, dass das schriftlich gegebene Wort gilt. Damit hat er seinen Minister korrigiert, der in dieser Frage großzügiger war. Er hat dementsprechend zum Ausdruck gebracht: Wenn auf diesem Gebiet mehr Geld gebraucht wird und der entsprechende Nachweis vorhanden ist, dann ist er zum Tolerieren bereit.

Vizepräsident Habermann:

Herr Dobberstein, auch der Abgeordnete Gemmel möchte eine Frage stellen.

Dobberstein (PDS):

Das lasse ich nur zu, wenn mir die Antwort nicht von der Redezeit abgezogen wird.

Vizepräsident Habermann:

Nein, die Uhr ist angehalten.

Gemmel (SPD):

Herr Dellmann hat schon darauf hingewiesen: Der Landtag beschließt die Deckungsfähigkeit und deshalb ist die Deckungsfähigkeit gegeben, auch wenn Herr Dr. Niesche es anders sieht. Die Mittel stehen also insgesamt zur Verfügung.

Vizepräsident Habermann:

Herr Abgeordneter Gemmel, ich möchte Sie bitten, eine Frage zu stellen.

Gemmel (SPD):

Sind Sie wirklich der Meinung, dass es richtig ist, den Menschen zu suggerieren, es stünden nur 3 Millionen DM zur Verfügung?

Dobberstein (PDS):

Sie irren sich, Herr Gemmel. Nicht ich suggeriere das, sondern der Haushaltsansatz. Tatsache ist, dass eine sinnvolle Umschichtung ein politisches Signal an die Bürger gewesen wäre.

(Beifall bei der PDS)

Ich glaube, dass uns diese 500 000 DM in diesem Jahr in keiner Weise belastet hätten; vielmehr würden wir letzten Endes dem Innenminister weniger Arbeit bereiten, weil weniger Ordnungswidrigkeiten, die sich in der Zukunft durchaus ereignen können, auf dieser Strecke begangen werden. Die Finanzministerin Simon wird Geld sparen, wenn die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger in stärkerem Maße vorhanden ist, ihre eigenen Anlagen zu finanzieren. Ich bin auch der Meinung, dass in diesem Zusammenhang bessere Voraussetzungen für die Wirtschaft vorhanden sind, weil der Streit in der Öffentlichkeit entfällt oder zumindest weitestgehend zurückgedrängt wird.

Vizepräsident Habermann:

Herr Dobberstein, Sie fahren mit Ihrer eigentlichen Rede fort?

Dobberstein (PDS):

Ja, ich komme gleich zum Schluss.

Ich gehe davon aus, dass Sie genügend Zeit haben, Ihre Position zu überdenken. Auch wenn Sie unseren Vorschlag heute ablehnen, vergeben bis zur Verabschiedung des Nachtragshaushaltes noch einige Monate. Sie sollten objektiv überprüfen und dann Ihre Entscheidung herbeiführen. Diese Entscheidung sollte sinnvoll sein und von der Bevölkerung getragen werden. Sie

sollte der Natur dienlich sein. Das wäre im Sinne dieses Hohen Hauses. - Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Dobberstein und gebe dem Abgeordneten Dombrowski von der CDU-Fraktion das Wort.

Dombrowski (CDU):

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Vizepräsident Habermann:

Herr Abgeordneter, ich nenne mich noch immer Präsident.

Dombrowski (CDU):

Herr Präsident, ich bitte um Entschuldigung. In meinem Manuskript steht es zwar richtig, aber ich stehe noch so unter dem Eindruck des Beitrags des Kollegen Dobberstein zum Thema Abwasser, dass mir dieser Fehler passiert ist.

(Heiterkeit bei CDU und SPD)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Brandenburg hat in den zurückliegenden Jahren über seine Verhältnisse gelebt. Sparmaßnahmen im Landeshaushalt sind dringend notwendig, um das ehrgeizige Ziel, ab dem Jahre 2002 die Neuverschuldung auf null zu fahren, zu erreichen; andernfalls könnte uns die Schuldenlast erdrücken.

Der politische Spielraum ist eng. Die dem Haushalt jetzt aufgebürdeten globalen Minderausgaben stellen für die Verwaltung und für den Landtag eine echte Herausforderung dar. Im Einzelplan 10 sind alle Positionen addiert: Im laufenden Haushaltsjahr sollen 7,62 Millionen DM und im nächsten Jahr 39,92 Millionen DM eingespart werden.

Es ist richtig, dass weder Landesregierung noch Koalitionsfraktionen im Moment die globalen Minderausgaben titelscharf nachweisen können. Wir müssen uns dieser Aufgabe stellen. Wir laden die Opposition dazu ein, bei diesem ehrgeizigen Ziel mitzuwirken; schließlich geht es nicht um Eitelkeiten, sondern um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Zur Umsetzung der globalen Minderausgabe ist es zwingend notwendig, alle Bereiche des Einzelplans 10 auf den Prüfstand zu stellen. Wesentliche Synergieeffekte erwarten wir von der Zusammenlegung der beiden Ministerien. Die Ministerialverwaltung und die nachgeordneten Verwaltungseinheiten haben über den im Koalitionsvertrag paraphierten Stellenabbau hinaus einen Beitrag zu leisten, der insbesondere durch den Abbau von Doppeltzuständigkeiten und die Bündelung von Aufgaben zu erreichen ist. Mit der Zusammenlegung der beiden Ministerien Landwirtschaft und Umwelt sind große Erwartungen verbunden. Ich wünsche mir, dass wir bei der Fusion der beiden Ministerien und bei den fachlichen bzw. haushaltsmäßigen Auswirkungen schon weiter wären. Jedenfalls darf bei der Zusammenführung dieser beiden Ministerien eins plus eins nicht immer gleich zwei sein.

Die Finanznot wird diese Entscheidungsprozesse vorantreiben. Angefangen beim Ministerium über die Landesanstalt für Großschutzgebiete und das Landesumweltamt bis hin zu den unteren Naturschutzbehörden und zur Brandenburgischen Bodengesellschaft - sie wurde hier schon mehrfach genannt - sind in eine Optimierungsbetrachtung alle Bereiche einzubeziehen.

(Vereinzelt Beifall bei der PDS)

Die Änderungsanträge der PDS zum Thema Brandenburgische Bodengesellschaft oder zum Thema Sondervermögen möchte ich nur kurz kommentieren. Meine Damen und Herren von der PDS, wenn jeder, der in seinem Fachbereich einen Finanzbedarf ausmacht, meint, er könne einmal eben beim Sondervermögen hineingreifen - in Vorwegnahme dessen, dass nach Ablauf von 15 Jahren ein Plus zustande kommt, das verteilt werden soll -, dann würden wir vielleicht eine Überraschung erleben. Es gibt einen Abgeordneten, der aus Rathenow kommt. Zu DDR-Zeiten kamen auf 30 000 Einwohner 30 000 Sowjetsoldaten samt Kasernengelände. Man muss auch darüber diskutieren, ob die Brandenburgische Bodengesellschaft selbst stärker in die Entwicklung von Objekten eingreifen soll. Wir wissen, dass mittelfristig nicht alle Konversionsflächen auf dem freien Markt losgeschlagen werden können.

Von daher bin ich strikt dagegen, dass wir versuchen, mal hier, mal da hineinzugreifen. Die BBG ist kein Heiligtum. Selbstverständlich sollten wir dies im Gesamtzusammenhang mit der Überprüfung aller Landesgesellschaften und nicht facettenweise diskutieren.

Vizepräsident Habermann:

Herr Abgeordneter Dombrowski, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dombrowski (CDU):

Ja, bitte schön!

Vizepräsident Habermann:

Bitte schön, Herr Abgeordneter Christoffers!

Christoffers (PDS):

Herr Kollege, ich habe zwei Fragen zu Ihrem Beitrag. Die erste Frage lautet: Stimmen Sie mir zu, dass im entsprechenden WGT-Gesetz ausdrücklich der Passus enthalten ist, dass eine Teilentnahme aus der BBG möglich ist, sofern es die wirtschaftliche Situation erlaubt, und dass die wirtschaftliche Situation der BBG durch die Kreditermächtigung bis zu 150 Millionen DM als außerordentlich gut zu bezeichnen ist?

Meine zweite Frage: Herr Kollege, darf ich Ihre Ausführungen so verstehen, dass Sie die BBG als mögliche neue Entwicklungsgesellschaft des Landes neben oder vielleicht auch durch Zusammenführung mit der LEG betrachten? Wenn Sie die Frage bejahen: Welche Konsequenzen würden sich daraus ergeben?

Dombrowski (CDU):

Danke für die Fragen. Zur Frage 1: Sie ist sicherlich mit einem

Ja zu beantworten; ich habe es vorhin gesagt, wenngleich das Ende erst einmal abzuwarten ist. Zum Zweiten beinhaltet diese Frage genau das, was ich vorhin sagte: Wir wollen das Ganze diskutieren. Ich bin nicht bereit und auch nicht in der Lage, Ihnen jetzt eine schlüssige Antwort zu geben, mit wem die BBG gegebenenfalls oder überhaupt fusionieren oder zusammengelegt werden sollte.

Meine Damen und Herren, noch eine Klarstellung zum Naturschutz: Auch die CDU-Fraktion hat nicht die Absicht, dem Naturschutz im Land Brandenburg den Garaus zu machen. Das Gegenteil ist richtig. Auch wir wollen, dass der Naturschutz in unserem schönen Land Brandenburg einen festen Platz hat und ein Stück Wirtschaftskraft für unser Land wird.

Deshalb eine kurze Anmerkung zum Kollegen Dellmann, der in seinem Beitrag anmerkte, dass Herr Dombrowski bei der Landesbauernversammlung sinngemäß gesagt haben soll, die Kosten für den Umwelt- und Naturschutz seien zu hoch. Auch hätte ich von Juwelen gesprochen. - Herr Dellmann, ich habe meinen Beitrag von Paaren dabei. Keine Angst, ich will ihn nicht noch einmal vortragen. Aber da Ihnen der Beitrag schriftlich vorliegt, möchte ich noch einmal korrekt zitieren. Es hieß:

„Ein hoher Beamter, der für den Haushalt unseres Ministeriums mit verantwortlich ist, hat uns anlässlich einer Kostendiskussion über unsere Großschutzgebiete mit glühenden Augen und den folgenden Worten vorgeschwärmt: Wissen Sie denn überhaupt, welche Juwelen wir mit Großschutzgebieten im Land Brandenburg haben?“

Ich habe mitnichten den Umwelt- und Naturschutzbereich insgesamt angesprochen, sondern definitiv und ausschließlich die Großschutzgebiete. Der geeignete Zuhörer oder Leser konnte im Gegensatz zu Ihnen natürlich nicht wissen, woher dieses Zitat eigentlich stammt, nämlich aus einer Besprechung, die wir hatten. Dort sollte durch diesen Ministerialbeamten die Frage beantwortet werden, ob es denn richtig ist, dass die Telefongebühren aller Großschutzgebiete höher sind als die Telefongebühren des gesamten Ministeriums. Daran schlossen sich die weitere Diskussion und diese Zitate an. Von daher verhält sich die Sache ein kleines bisschen anders. Diese Frage muss erlaubt sein.

Wenn der zuständige Ministerialbeamte meinen Gruß seitdem nicht mehr erwidert und mir nicht mehr die Hand gibt, dann ist das zwar sonderbar, aber ich kann damit leben, weil ich weiß, dass der Landtag über die Grundzüge der Politik im Land zu entscheiden hat und nicht einzelne Ministerialbeamte.

(Beifall bei CDU und SPD)

Meine Damen und Herren, zurück zum Naturschutz und zu meinem kleinen Beitrag: Dennoch sind die Verbände des Naturschutzes, die mit öffentlichen Mitteln arbeiten, ebenso wie die Naturschutzverwaltung verpflichtet, kooperativ mit anderen, teils konträren Interessen umzugehen und ihren Beitrag zum Sparen zu leisten. Die Klarstellung des Ministerpräsidenten und unseres Ministers Birkhler zur Weiterführung des Vertragsnaturschutzes begrüßen wir ausdrücklich.

Noch ein Wort zur Forstreform - der Kollege Helm hat es schon

erwähnt -: Einen rein fiskalischen Ansatz bei der Umsetzung einer notwendigen Forstreform haben wir immer abgelehnt. Wenn es nicht gelingt, die breite Basis der Forstleute und der entsprechenden Fachleute in diesem Bereich für die Veränderung zu gewinnen, wird die Forstreform nicht von Erfolg gekrönt sein.

Nach der Anhörung des Ausschusses für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung am 28. Juni 2000 wird sich unsere Fraktion zum weiteren Verfahrensweg positionieren.

Noch ein Wort zum Thema Abwasser: Auch die Anträge der PDS spiegeln wider, dass das Thema Abwasser in der parlamentarischen und in der Ausschussberatung in den vergangenen Tagen und Monaten noch nicht diese Rolle gespielt hat. Die Gründe dafür sind völlig klar, weil die Themen der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie und die Forstreform die Verwaltung wie auch die entsprechenden zuständigen Ausschüsse sehr in Anspruch genommen haben.

Wir sind im Einvernehmen darüber, dass wir im Ausschuss für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung nach der Sommerpause im Frühjahr/Herbst das Thema Abwasser konzentrierter angehen werden.

Dennoch: Der Doppelhaushalt wird die Stabilisierung der Abwasserwirtschaft im Land Brandenburg weiter befördern. Ich mache kein Hehl daraus, dass ich mir über die Mittel, über das Schuldenmanagement-Programm hinaus mehr materiellen Spielraum wünschen würde, um die im Koalitionsvertrag festgeschriebene Förderung von freiwilligen Zusammenschlüssen der Abwasserzweckverbände engagierter angehen zu können. Mehr materiellen Spielraum sehe ich momentan im Rahmen dieses Doppelhaushaltes jedoch nicht.

Vielleicht können uns auch die Erfahrungen unseres Nachbarlandes Sachsen-Anhalt mit der in Kürze in Kraft tretenden Ergänzung der Sanierungshilfe-Richtlinie um eine Teilentschuldungshilfe weiterhelfen.

Es bringt überhaupt nichts, Herr Dobberstein, in die Vergangenheit zu schauen und festzustellen, wer wo und wann das Richtige oder Falsche gemacht hat. Die Bürgerinnen und Bürger haben dafür kein Verständnis. Sie erwarten selbstverständlich von denen, die derzeit im Land Brandenburg regieren und im Parlament sitzen, dass sie Linderung bringen oder die richtigen Entscheidungen treffen.

An dieser Stelle möchte ich noch ein besonderes Wort an die PDS richten. Im Ausschuss für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung pflegen wir einen kollegialen und fairen Umgang miteinander. Das können Frau Wehlan und Frau Dr. Enkelmann sicherlich bestätigen. Ich habe deshalb wenig Verständnis dafür, wenn Frau Osten die CDU denunziatorisch als Urheber für Veränderungen im Kindertagesstättenbereich, in der Arbeitsmarktpolitik und in der Forstwirtschaft allein verantwortlich machen will. - So die Presseberichterstattung.

Auch wenn die SPD bei den letzten Landtagswahlen die absolute Mehrheit erhalten hätte - was der Herrgott im Himmel und die Klugheit der Wählerinnen und Wähler verhindert haben -, wären einschneidende Haushaltsmaßnahmen notwendig gewor-

den, da wir haushaltsmäßig sozusagen mit dem Rücken an der Wand stehen.

Auch die Feststellung des Kollegen Vietze, der eine kritische Distanz der Koalitionsfraktionen zur Regierung vermisst, kann von einem halbwegs objektiven Beobachter nicht nachvollzogen werden. Der heutige Tag ist übrigens auch ein Beispiel dafür.

Ich erinnere: Die Beratungen zur FFH-Richtlinie, aber auch der Verlauf der hier schon erwähnten Landesbauernversammlung machen deutlich, dass zwischen Koalitionsabgeordneten - egal, ob SPD oder CDU - und der Verwaltung durchaus heftig und kontrovers diskutiert wird.

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Dombrowski (CDU):

Ja, bitte sehr!

Präsident Dr. Knoblich:

Frau Osten, bitte!

Frau Osten (PDS):

Herr Dombrowski, ich wollte Sie einmal fragen, ob Sie nachvollziehen können, dass ich bei der Änderung des Kita-Gesetzes wirklich nicht darauf gekommen bin, dass sie von der SPD stammt. Der Gedanke „Kita“ wurde von ihr bisher ja historisch besetzt. Ich hatte deshalb den Rückschluss gezogen, dass diese neuen Ideen vor allen Dingen von der CDU-Fraktion kommen müssen.

Dombrowski (CDU):

Ich verstehe Ihre Frage, Frau Kollegin, dennoch bleibt mir das, was Sie wollen, ein Mysterium.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Meine Damen und Herren, weiter im Text: Die Beratung zur FFH-Richtlinie - ich habe es eben schon gesagt - und der Verlauf der Landesbauernversammlung haben deutlich gemacht, wie kontrovers die Koalitionsabgeordneten mit der Verwaltung diskutieren. Ich denke, wir tun gut daran, kontrovers zu diskutieren.

Recht gibt uns dabei neuerdings, wie Sie wissen, die Wissenschaft. Seit Anfang des Monats hat Frau Prof. Schüttemeier von der Universität Potsdam in ihrer Studie wissenschaftlich festgestellt: Bevor es Konsens gibt, muss es Konflikte geben; keine Politik ohne Streit. Diese Hochschullehrerin hat uns unterstellt, wir wären insgesamt zu harmoniesüchtig. Also, ich glaube, wir sind auf einem guten Weg, der Wissenschaft Genüge zu tun.

Ich komme zum Schluss, meine Damen und Herren. Neben der Hochschulweisheit, die von Frau Prof. Schüttemeier kundgetan wurde, noch eine Volksweisheit: Beim Geld hört die Freundschaft bekanntlich auf. Da es sich aber bei den Haushaltsbera-

tungen nicht um den Austausch von Freundschaftsbeweisen handelt, sondern um den Doppelhaushalt 2000/2001, und es da um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes geht, möchte ich Ihnen versichern, dass die Koalition den Haushalt durchbringen und trotz aller Schwierigkeiten und Ungewissheiten zum Wohle des Landes umsetzen wird. - Danke.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Ich danke auch. - Wir sind damit bei der PDS. Frau Dr. Enkelmann, bitte!

Frau Dr. Enkelmann (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Dombrowski, was den Umgang im Ausschuss anbetrifft, haben Sie sicherlich Recht. Es gibt einen sehr kollegialen Umgang miteinander. Aber dort, wo Kritik und Auseinandersetzungen notwendig sind, werden wir das auch in Zukunft mit aller Deutlichkeit sagen. Nichts anderes hat Frau Osten getan.

(Beifall bei der PDS)

Zm Zweiten haben wir gerade gehört, die CDU will dem Naturschutz nicht den Garaus machen. Nun bekam ich dieser Tage die Juni-Ausgabe der Informationsschrift des Landesbauernverbandes in die Hände. Beim Durchblättern sprang mir eine Überschrift in die Augen: „Naturschutzideologie wie bisher ist vom Land nicht mehr finanzierbar“. Ich gestehe, ich habe mich zunächst mächtig über die Redaktion dieses Informationsblattes geärgert, weil ich dachte: Die machen solch eine reißerische Überschrift, unerhört, und das auch noch über ein Interview des Vorsitzenden unseres Ausschusses. Dann las ich mir das Interview durch und stellte fest: Nein, das hat Herr Dombrowski so gesagt, das ist nur als Überschrift genommen worden. Das macht deutlich: Es ist nicht nur Ihre eigene Position, dass der Naturschutz dran glauben muss, dass der Naturschutz in der Zukunft bluten muss, sondern das ist offenkundig Position dieser Landesregierung.

Wer so argumentiert, Herr Dombrowski, der gießt Öl ins Feuer, der schürt die Konflikte zwischen Naturschützern und Landwirten, statt diese Konflikte tatsächlich zu lösen und zu einer vernünftigen Vereinbarung zu kommen.

Nebenbei bemerkt wüsste ich schon ganz gerne, wo Sie im Haushalt „Naturschutzideologie“ feststellen. Anträge dazu haben Sie nicht gebracht. Offenkundig haben Sie keine „Naturschutzideologie“ im Haushalt feststellen können, sonst hätten Sie Anträge gebracht. Also: Heiße Luft, die Sie hier verteilt haben!

Ich kann jedenfalls keine feststellen. Ich stelle fest, es sind konkrete Naturschutzprojekte, die finanziert werden. Ich stelle fest, es sind institutionelle Naturschutzaufgaben, keine Ideologie.

Ich fürchte, das ist der Geist der Koalition, der in diesem Interview aus Ihren Worten spricht. Ich habe den Eindruck, dass sich das, was einmal als Chance bei der Zusammenlegung beider Ministerien begriffen oder verstanden wurde, tatsächlich als

Anlass dazu erweist, den Naturschutz und den Umweltschutz den Interessen der Wirtschaft unterzuordnen. Sie sind dabei, das, was als Chance begriffen worden ist, zu verspielen.

Ich möchte noch auf den Änderungsantrag zu sprechen kommen, den wir eingebracht haben. Wir wollen die globale Minderausgabe, die Sie im Verlaufe der Haushaltsberatungen im Bereich des Ministeriums erhöht haben, wieder senken. Wir haben den Deckungsantrag gebracht. Wir wollen das in den Einzelplan 20 verweisen.

Interessanterweise hat Herr Birthler selbst im Finanzausschuss nicht sagen können, woher er die zusätzlichen 10 Millionen DM nehmen will. Wir helfen ihm ein bisschen, wir verweisen auf den Einzelplan 20.

Unter anderem haben wir dort festgestellt: Bei den Einnahmen aus der Kfz-Steuer haben Sie im Jahr 2000 30 Millionen DM weniger eingestellt als 1999. Davon nehmen wir einen kleinen Teil und versuchen zu retten, was in Ihrem Ministerium zu retten ist. Unterstützen Sie uns dabei, indem Sie unserem Antrag heute zustimmen! - Danke.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Dr. Knoblich:

Schließlich geht das Wort an den Minister Birthler, der für die Landesregierung spricht.

Minister für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung Birthler:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die wehenden Gardinen, das kühle Lüftchen, die Blätter, die im Regen rauschen, zeigen uns, dass die Umwelt existiert und sich meldet und es ihr relativ egal ist, welche Beschlüsse oder Diskussionsbeiträge eine Landesregierung oder ein Landtag leisten. Das ist tröstlich und gut so.

Zum Zweiten ist es so, dass jedes Mal, wenn ich etwas zur Dürre sagen will, es draußen anfängt zu regnen. Das ist unfair.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und CDU)

Wenn es immer funktionierte, dann würde ich jeden Tag etwas dazu sagen, lieber Landesbauernverbandspräsident. Obwohl die Probleme der Dürre morgen beraten werden und nicht im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Haushalt stehen, kann man keine normale Haushaltsrede in diesem Bereich machen, ohne auf die extremen Witterungsbedingungen hinzuweisen, die nicht nur die Landwirte betreffen, sondern alle Berufsgruppen, die an der frischen Luft arbeiten. Es ist die Natur, die ebenfalls unter diesen Witterungsbedingungen leidet. Aber es trifft natürlich diejenigen, die aufgrund ihrer Produktionsbedingungen des Bodens, der Teichwirtschaft, der Forstwirtschaft an die Außenwirkung gebunden sind, besonders hart.

Wir haben nicht erst in diesen Zeiten, wo auch jeder Normalverbraucher anhand der Temperaturen merkt, dass etwas mit dem Klima nicht in Ordnung ist, ein Problem mit dem Wasser, sondern seit dem vergangenen Herbst haben wir ein erhebliches

Wasserdefizit in ganz Brandenburg. Es trifft besonders die Landwirte, die Forstwirte, den Gartenbau und die Teichwirtschaft sehr schwer. Deshalb hat die Landesregierung sehr schnell einen Stab eingerichtet, der gemeinsam mit dem Landesbauernverband getagt hat und permanent tagt, um die Auswirkungen so gering wie möglich zu halten. Ich bin sehr froh, dass es schnell zu einer Abstimmung mit den Ländern Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt gekommen ist, die unter ähnlichen Bedingungen leiden. Wir haben unser Programm unter den Möglichkeiten, die das Land hat, abgestimmt.

Es ist von vielen Diskussionsrednern schon darauf hingewiesen worden, dass 70 % unserer Mittel aus der EU kommen. Also war es wichtig, sich an die EU zu wenden, umso schnell wie möglich finanzielle Mittel ins Land zu bekommen. Die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete, 50 Millionen DM, wird im August ausgezahlt. Ich habe auch noch einmal die Verwaltung angewiesen, die anderen Mittel, Mutterkuhprämie, Gasöl und Ähnliches, so schnell wie möglich zu zahlen. Der Ministerpräsident hat das auf der Bräla deutlich gesagt, ich ebenfalls.

Die Möglichkeiten der zinslosen Betriebsmitteldarlehen werden geschaffen. Wir müssen sehen, wie die Bilanz nach der Ernte insgesamt aussieht - auch das ist mit dem Landesbauernverband besprochen -, damit man die Gesamtbilanz sieht. Die Betriebe, die zinslose Betriebsmitteldarlehen bekommen müssen oder wollen, um ihre Existenz zu sichern, werden diese auch bekommen.

Wir haben ebenfalls in Abstimmung mit den anderen Ländern erreicht, dass die Beweidung und die Mahd von Stilllegungsflächen zu Futterzwecken ab sofort erfolgen kann und nicht - wie gesetzlich vorgeschrieben - ab 15. Juli. Ich denke, auch das hilft. Denn es sind nicht nur das Getreide und der Raps, was uns fehlt, sondern auch viele Betriebe, die Tierproduktion machen - und das sind leider viel zu wenig im Land -, haben Probleme mit der Futterbereitstellung für den Winter.

Was uns nicht geglückt ist, ist das Vorziehen der EU-Flächenprämien. Das ist von der EU abgelehnt worden.

Wir haben zusätzlich noch vereinbart, dass in meinem Haus die Abteilungen Landwirtschaft und Wasserwirtschaft ganz eng zusammenarbeiten, um durch Staumöglichkeiten und Ähnliches die Schäden zu minimieren.

Wie gesagt, der Krisenstab besteht weiter und wir werden in enger Abstimmung mit dem Landesbauernverband im Herbst, nach der Ernte Bilanz ziehen.

Meine Damen und Herren, die Haushaltslage engt unser aller Gestaltungsspielraum ein. Deshalb verzichte ich darauf, Ihnen im Einzelnen noch einmal darzulegen, wo die Einengung oder bloße Fortschreibung schmerzhaft ist. Natürlich werde ich auf die schwere Hypothek, die auf dem Haushalt meines Hauses lastet, eingehen müssen. Mit Dankbarkeit muss ich allerdings feststellen, dass nicht zuletzt die vom Bund und von der Europäischen Union bereitgestellten Mittel es ermöglichen, wichtige Aufgaben weiterzuführen. Das ist insbesondere für tragende Säulen des ländlichen Raumes, nämlich die Land- und Forstwirtschaft, den Naturschutz und die Landschaftspflege, von

existenzieller Bedeutung. All dies ist für die Erhaltung unseres Lebensraumes sowie der Attraktivität und der Leistungsfähigkeit Brandenburger Kulturlandschaften von zentraler Bedeutung und unverzichtbar.

Die Landwirtschaft kann ihre Funktion nur wahrnehmen, wenn die Menschen, die darin arbeiten, sich mit ihrer Aufgabe identifizieren und auch wirtschaftlich dazu in die Lage versetzt werden.

Für den Einzelplan 10 stellt eine globale Minderausgabe von 35 Millionen DM für das Jahr 2001 einen schmerzhaften Einschnitt dar. Selbstverständlich werden wir alle erdenklichen Bemühungen unternehmen, die geforderten Einsparungen zu erbringen. Es muss aber auch der Satz gelten: Niemand darf über sein Vermögen hinaus zur Verantwortung gezogen werden.

Ich stehe dabei zweifellos in einem schwierigen Spagat. Wir wollen und können keine Abstriche an einer Politik zulassen, die die Gewährleistung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Funktionsfähigkeit unserer ländlichen Räume zum Ziel hat. Unabdingbar dafür ist, alle bereitstehenden Mittel des Bundes und der EU mit den erforderlichen Landesmitteln kofinanzieren zu können. Unabdingbar dafür ist aber auch, den Akteuren in den ländlichen Räumen, insbesondere aber den Landwirten, den nötigen Vertrauensschutz in die Verlässlichkeit unserer Politik zukommen zu lassen. Dazu gehören der Vertragsnaturschutz ebenso wie die Extensivierungsprogramme. Nach Lage der Dinge wird aber all dies zusammen nicht gehen. Ich zitiere Fontane:

„Arm und zugleich schlau zu sein zählt zu den schwersten Aufgaben.“

Selbstverständlich werden wir versuchen, so viel wie möglich durch Erhöhung der Einnahmen und Reduzierung von Ausgaben im Verwaltungsbereich, sei es im Zuge der Forstreform, sei es durch die Überlegung, zu einer Optimierung von Forst- und Naturschutzverwaltung zu kommen, zu erwirtschaften. Selbstverständlich steht auch die gesamte Landwirtschaftsverwaltung auf dem Prüfstand. Wir werden unsere gesamte Ausgabenpolitik einer noch kritischeren Kontrolle bezüglich der Wirksamkeit und des Nutzens unterziehen. Bei Ausgabenkürzungen müssen die Entzugseffekte bei den Adressaten so gering wie möglich bleiben oder es muss wenigstens ein ausreichend langer Übergangszeitraum eingeräumt werden.

Meine Damen und Herren, die Politik des Agrar- und Umweltministeriums ist in vielerlei Hinsicht mit entscheidend für Lebensqualität und die Standortbedingungen in unserem Land. Das Haus trägt die Verantwortung für den Verbraucherschutz, den Schutz seiner Bürger vor gesundheitlichen Gefahren durch Umwelteinflüsse. An der Lebensmittelsicherheit, der Luftreinhaltung, dem Hochwasser-, Gewässer- und Bodenschutz und an der Umweltvorsorge insgesamt dürfen keine Abstriche gemacht werden. Denn wer heute den Groschen für die Erhaltung der natürlichen Leistungspotenziale nicht aufbringt, wird schon bald die Mark für sauberes Wasser und gesunde Böden nicht mehr haben.

Wirtschaftliche Entwicklung braucht entsprechende Bedingungen. Deshalb werden auch in den nächsten zwei Jahren erhebli-

che Mittel in die Abwasser- und Abfallentsorgungsstrukturen investiert; für die Freistellung der Unternehmen von Altlasten sind allein 53 Millionen DM vorgesehen. Damit wird einer schnellen Nachnutzung von Industriebrachen und Militärfächen der Weg geebnet. Klares Ziel ist und bleibt es, die Landwirtschaft unseres Landes in dem schwierigen Prozess der Anpassung an die mit Globalisierung und Liberalisierung, Multifunktionalität und EU-Osterweiterung zu charakterisierenden agrarpolitischen Rahmenbedingungen wirksam zu unterstützen.

Mein erklärtes Ziel ist und bleibt es ferner, die Attraktivität und Leistungsfähigkeit der brandenburgischen Kulturlandschaft zu sichern und weiterzuentwickeln. Dazu gehört: Kostenentlastungen für die Landwirte im Interesse der Herstellung vergleichbarer Wettbewerbsbedingungen zu gewähren, über investive Förderung insbesondere den Wiederaufbau der tierischen Veredelungswirtschaft und die bessere Nutzung der Marktpotenziale im Gartenbau vorzubereiten, den Vertragsnaturschutz zu sichern und angesichts der demographischen Entwicklung eine infrastrukturelle Förderpolitik zu betreiben, die unsere Dörfer attraktiv und lebendig hält. Ich hätte mir in diesem Zusammenhang allerdings gewünscht, dass die für das Land sehr wichtigen Themen Landeswasserhaushalt und Waldumbau mit mehr Kraft vorangetrieben würden.

(Vereinzelt Beifall bei der PDS)

Für den Forstbereich lässt der vorliegende Haushalt noch nicht die Entwicklung erkennen, die notwendig ist. Bisher sind nur fiskalische Mittel eingestellt. Allein die Vorgaben der mittelfristigen Finanzplanung lassen den dringenden Handlungsbedarf erkennen, ohne dass ich gegenwärtig die Realisierbarkeit dieser Einsparüberlegungen sehe. Auch ich hätte mir gewünscht, dass die vorhandenen Ansätze für eine Forstreform so fortgeführt würden, dass sie bereits jetzt haushaltswirksam werden könnten. Aber der Meinungsbildungsprozess innerhalb der Landesregierung ist noch nicht abgeschlossen. Ich meine, dass es angesichts der Tragweite forstpolitischer Entscheidungen auch richtig ist, zunächst das Für und Wider der aufgezeigten Möglichkeiten und Risiken abzuwägen.

Forstpolitik ist mit einem Waldanteil von über einem Drittel an der Landesfläche eben nicht nur ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Der Wald ist mit seiner Schutz- und Sozialfunktion zugleich Garant vieler weiterer Wirtschaftsbereiche und der Schönheit und Leistungsfähigkeit unserer Kulturlandschaft. Hieraus wird die Tragweite der anstehenden Forstreformentscheidung deutlich. Es geht eben nicht nur um eine voraussichtlich gravierende Personalreduzierung, auch wenn diese gegenwärtig im Mittelpunkt der Diskussion steht und große Betroffenheit auslöst: Es geht mir um eine in ihren Leistungen anerkannte Forstverwaltung, die zukunftsfähig Initialzündungen für Beschäftigung und wirtschaftliche Entwicklung leistet und zugleich vorbildlich die Verbindung ökonomischer und ökologischer Belange sichert. Dies hat die Wald- und Forstwirtschaft in der Vergangenheit vermocht. Sie soll in Brandenburg eine Zukunftsbranche werden. Hieran arbeiten wir engagiert und hieran nimmt auch die Öffentlichkeit erheblichen Anteil.

Ich will nicht verschweigen, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen den Handlungsspielraum für die Reform einengen. Die Lasten müssen aber so gleich wie möglich verteilt werden; ich

werde hier keine Gruppe gegen die andere ausspielen. Es entspricht meiner Verantwortung, in der Landesregierung und vor diesem Haus schon jetzt darauf hinzuweisen, dass die Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe einschneidende Schritte erforderlich werden lässt. Ich bitte Sie alle, Landesregierung und Parlament, mich dabei zu unterstützen und auch die Verantwortung dafür gemeinsam zu tragen. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Ich danke auch. - Wir sind damit am Ende der Rednerliste und ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse zuerst über den Änderungsantrag der PDS-Fraktion, der die Drucksachennummer 3/1343 trägt, abstimmen. Er bezieht sich auf das Kapitel 10 020 Titel 685 20. Hierbei geht es um eine Erhöhung des Ansatzes. Wer diesem Änderungsantrag folgt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag der PDS-Fraktion, der die Drucksachennummer 3/1364 trägt, abstimmen. Er bezieht sich auf das Kapitel 10 020 Titel 972 10. Hier geht es um eine Minderung des Ansatzes. Die Fraktion der PDS hat namentliche Abstimmung beantragt. Ich bitte Sie, wie gewohnt, um ein vernehmliches Votum, wenn Sie aufgerufen sind, und darum, dass Sie die Verständigung nicht erschweren, wenn Sie nicht aufgerufen sind.

(Zuruf von der SPD: Wie machen wir das?)

- Ich bitte, den Mund zu halten, wenn Sie nicht aufgerufen sind. Das ist die Voraussetzung für die Möglichkeit der Verständigung.

Ich eröffne die Abstimmung und bitte die Schriftführer, mit dem Aufruf der Namen zu beginnen.

(Namentliche Abstimmung)

Gibt es jemanden unter den anwesenden Abgeordneten, der noch nicht votieren konnte?

(Der Abgeordnete Müller [SPD] gibt sein Votum ab.)

Herr Abgeordneter Klein, könnten Sie Ihr starkes Organ einmal etwas zügeln?

(Heiterkeit)

Wir schließen die Abstimmung. Ich bitte um einen Moment Geduld für die Auszählung.

Ich gebe Ihnen das Ergebnis bekannt: 20 Abgeordnete stimmten für den Antrag, 54 dagegen und 7 enthielten sich der Stimme. Damit ist er mehrheitlich abgelehnt.

(Abstimmungslisten siehe Anlage S. 989)

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Frak-

tion der PDS in der Drucksache 3/1344, der sich auf das Kapitel 10 262, dort die Titelgruppe 71 und den Titel 544 71 - neu - richtet. Es geht um die Einstellung eines neuen Titels mit Ansatz.

Da auch hier auf namentliche Abstimmung Wert gelegt wird, die Prozedur aufs Neue! Ich bitte mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Namentliche Abstimmung)

Gibt es jemanden unter den Abgeordneten im Saal, der noch keine Gelegenheit hatte zu votieren?

(Der Abgeordnete Dr. Hackel [CDU] gibt sein Votum ab.)

Dann schließe ich die Abstimmung und wir kommen zur Auszählung. Ich bitte um einen kleinen Moment Geduld.

Ich gebe Ihnen das Ergebnis bekannt: Für den Antrag stimmten 19 Abgeordnete, 67 Abgeordnete waren dagegen und 4 Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Damit ist er mehrheitlich abgelehnt.

(Abstimmungslisten siehe Anlage S. 989)

Wir kommen zur Schlussabstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen. Sie liegt mit der Drucksache 3/1210 vor. Wer dieser Beschlussempfehlung folgt, möge die Hand aufheben. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist sie mehrheitlich angenommen. Das trifft dann auf den Einzelplan in 2. Lesung zu, den ich hiermit abschließe, um den Einzelplan 11 - **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr** -, Drucksache 3/1211, aufzurufen.

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der Fraktion der DVU. Frau Hesselbarth, das Wort geht an Sie.

Frau Hesselbarth (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kommen wir nun zum Einzelplan 11 des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr. Die Gesamtsumme der Ausgaben im Einzelplan 11 im Haushaltsjahr 2000 erhöht sich gegenüber 1999 um über 90 Millionen DM, um im Jahr 2001 um ca. 23 Millionen DM wieder zu sinken - mithin aber immer noch eine Steigerung um 67 Millionen DM.

Die befürchteten Kürzungen beim öffentlichen Personennahverkehr blieben letztendlich aus. Aus diesem Grunde könnte man mit dem Haushaltsplan 11 eigentlich relativ zufrieden sein. Trotzdem ist gerade hier die Verteilung der Mittel des öffentlichen Personennahverkehrs an die Kreise als Träger nicht fest geregelt, sondern relativ willkürlich.

Abgelehnt wurden Kürzungsvorschläge unserer Fraktion, welche sich auf die Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums bezogen, wo 220 000 DM jährlich eingespart werden sollten.

Auch die Kürzungsvorschläge bezüglich der Kosten von Gutachten in Kapitel 11 060 - Angelegenheiten des Wohnungswesens - mit einer Einsparsumme von 190 000 DM im Jahr 2001 sowie - im selben Kapitel - bezüglich der Aufwendungen

für Ausstellungen, Veranstaltungen, Wettbewerbe und Ausschreibungen wurden abgelehnt. Hier sollten im Jahre 2000 75 400 DM eingespart werden.

Schließlich sollten im Kapitel 11 400 - Landesamt für Bauen, Verkehr und Straßenwesen - die Kosten für die Haltung von Dienstfahrzeugen um knapp 160 000 DM sowie die Kosten für den Erwerb von Dienstfahrzeugen im Jahr 2001 von 600 000 DM auf 450 000 DM abgeschmolzen werden.

Alle diese Einsparvorschläge unserer Fraktion wurden abgelehnt. Aus diesem Grunde kann auch der Einzelplan 11 des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr unsere Zustimmung nicht finden.

Zum Abschluss möchte ich noch bemerken und Sie sehen es, wie sehr wir darin geübt sind, uns kurz zu fassen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die CDU-Fraktion, Herr Abgeordneter Schrey, bitte!

Schrey (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Einzelplan 11 bestimmt nachhaltig die wirtschaftliche Zukunft dieses Landes. Neben dem Etat des Wirtschaftsministeriums wird hier das meiste Geld für Investitionen bewegt. Hier wird festgelegt, wie viel Straßen wir bauen können, wie viel Geld das Land für die Instandsetzung von Wohnungen bereitstellt, mit wie viel Geld wir unsere Städte entwickeln, wie viel Geld es für den Nahverkehr gibt.

Angesichts des Diktats knapper Kassen heißt es aber auch hier, dass nicht jeder Wunsch erfüllt werden kann, dass man Kompromisse eingehen muss. Trotz dieser schwierigen Situation bin ich der festen Überzeugung, dass wir in der großen Koalition solide Arbeit geleistet haben. Dafür zunächst einmal ein Dankeschön an alle, die daran mitgewirkt haben, namentlich an Herrn Minister Meyer und seine Mitarbeiter und den Arbeitskreisvorsitzenden, Herrn Vogelsänger.

Insgesamt sind in den Jahren 2000 und 2001 rund 2,7 Milliarden DM im Einzelplan 11 eingestellt. Damit könnten wir trotz der nachhaltigen Konsolidierungsbemühungen die Investitionen tätigen, die notwendig sind.

Gestatten Sie noch einige grundsätzliche Bemerkungen zum Einzelplan 11. Unsere Abhängigkeit von Drittmitteln, also Geld des Bundes und der Europäischen Union, wird auch in diesem Haushalt immer größer. Das zeigt glasklar, dass wir unsere Infrastruktur nur mit diesen finanziellen Hilfen ausbauen können. Wir brauchen diese Gelder auch zukünftig, um den Wirtschaftsstandort Brandenburg wettbewerbsfähig zu machen. Davon profitiert nicht nur Brandenburg, sondern auch Berlin und indirekt auch die gesamte Bundesrepublik; denn je schneller wir den wirtschaftlichen Anschluss finden, desto eher können wir auf Finanzspritzen der Europäischen Union und des

Bundes verzichten. Deshalb mein Appell an die Bundesregierung, im Bundeshaushalt auch zukünftig genug Geld für den Ausbau der Infrastruktur im Lande bereitzustellen.

Wir brauchen neue Straßen in Brandenburg und müssen die vorhandenen Straßen ausbauen. Wer Wirtschaftswachstum haben will, wird auch Verkehrswachstum haben und muss dieses Wachstum bewältigen. Schließlich sind ausgebaute Straßen für alle Unternehmen mit überregionalen Absatzmärkten der entscheidende Standortfaktor und damit für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung Brandenburgs entscheidend.

Straßenbau und -ausbau sind aber auch Schutz der Menschen vor Lärm und anderen Belästigungen durch den Verkehr. Das gilt vor allem für Ortsumgehungen. Mit den Mitteln für den Straßenbau können wir im Landeshaushalt 2000/2001 nur halbwegs zufrieden sein.

Wir haben für den Straßen- und Brückenbau in dem entsprechenden Kapitel des Landeshaushaltes im Jahr 2000 immerhin 378 Millionen DM eingestellt. Im Jahre 2001 sind es 363 Millionen DM. Für Investitionen stehen fast 300 Millionen DM bereit. Wir hätten uns hier noch mehr Geld gewünscht. Aber Politik ist auch immer die Kunst des Möglichen.

Die Politik des Bundes erfüllt mich beim Straßenbau mit Sorge. Vor dem Anti-Stau-Programm des Bundesverkehrsministers gab es zunächst ein Streichprogramm, denn die Bundesmittel für den Fernstraßenbau in Brandenburg sinken um etwa 100 Millionen DM im Jahr, weil es erhebliche Fortschritte bei den Verkehrsprojekten „Deutsche Einheit“ gibt. Trotz dieser Fortschritte muss der Bund die geplanten Vorhaben weiter finanzieren und auch zukünftig ausreichend Geld für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur bereitstellen. Er darf sich hier nicht aus der Verantwortung stehlen.

In der Zukunft liegt meiner Fraktion und mir vor allem ein Fernstraßenprojekt am Herzen: die so genannte A 16 von Leipzig nach Cottbus. Wir werden uns dafür stark machen, dass diese Autobahn in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen und die Finanzierung damit geklärt wird. Ohne diese Autobahn würde der Süden Brandenburgs von der wirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt und hätte große Nachteile im Standortwettbewerb. Der Freistaat Sachsen unterstützt das Projekt ohne Wenn und Aber. Auch Herr Verkehrsminister Meyer hat bereits seine persönliche Unterstützung zugesagt.

Die knappen finanziellen Mittel zwingen uns, auch nach neuen Wegen zur Finanzierung der Verkehrswege Ausschau zu halten. Hier könnten zum Beispiel private Vorfinanzierungen helfen, notwendige Projekte mit Geld zu untersetzen. Erste Beispiele dafür gibt es bereits in Brandenburg.

Meine Damen und Herren, die Unfallzahlen auf Brandenburgs Straßen sind nach wie vor Besorgnis erregend. Bei der Zahl der im Straßenverkehr getöteten Menschen liegt Brandenburg nach wie vor auf dem vorletzten Platz aller Bundesländer. Je 100 000 Einwohner sterben bei uns im Jahr 19 Menschen. Das ist viel zu viel. Hier müssen wir etwas tun. Hier sind natürlich zunächst auch bauliche Maßnahmen gefragt, die die Verkehrssicherheit erhöhen. Aber auch Verkehrserziehung kann hier flankierend etwas bewirken. Sie verhindert Unfälle, mindert

nicht nur die Folgen. Wir haben deshalb im Vergleich zum Entwurf der Landesregierung die Mittel für die Verkehrserziehung um 100 000 DM in diesem Jahr und um 200 000 DM in nächsten Jahr erhöht.

Wir wollen damit ein Zeichen dafür setzen, dass wir die hohen Unfallzahlen nicht hinnehmen werden. Eine besondere Verkehrsschulung brauchen wir für Schulkinder, für Fahranfänger, aber auch für ältere Menschen.

Meine Damen und Herren, in der Wohnungsbauförderung unterstützen wir insbesondere die Sanierung und Instandsetzung von Wohnraum. Städtebau- und Wohnungsbauförderung ist gerade auch eine Förderung des Handwerks und der regionalen Bauwirtschaft. Sie wirkt wie ein kleines Konjunkturprogramm. Das brauchen wir vor allem vor dem Hintergrund, dass unsere Bauwirtschaft nach wie vor über sinkende Auftragsgänge klagt. Ohne staatliche Fördermaßnahmen sähe es hier noch düsterer aus.

Attraktive Wohnungen und Innenstädte sind aber vor allem ein Stück Lebensqualität, die wiederum die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Brandenburg bestimmt. Allerdings sehe ich bei der Förderung des Wohnungsneubaus mittelfristig nur noch einen Bedarf bei der Sanierung unserer Innenstädte und bei Lückenschlüssen in innerstädtischen Quartieren. Der Wohnungsneubau muss darauf konzentriert und ansonsten auf null gesetzt werden.

Wir tun in diesem Doppelhaushalt eine Menge für den öffentlichen Personennahverkehr. Allein die Zuschüsse und Zuwendungen für die ÖPNV-Investitionen betragen im Jahr 2000 122 Millionen DM und im Jahr 2001 124 Millionen DM. Durch eine Änderung des ÖPNV-Gesetzes im Rahmen des Haushaltsstrukturgesetzes erreichen wir, dass die Betriebskostenzuschüsse weiter fließen können. Die Unternehmen haben damit Planungssicherheit. Sie haben somit Zeit, sich auf den innerdeutschen Wettbewerb und auf den Wettbewerb in der Europäischen Union einzustellen.

Wettbewerb im ÖPNV ist kein Selbstzweck, sondern kann ein Instrument sein, bei knappen Haushaltsmitteln den ÖPNV zu verbessern. Unsere ÖPNV-Unternehmen müssen sich dem sich entwickelnden Wettbewerb stellen. Die öffentliche Hand kann mittelfristig hierbei helfen und Wege in die Wettbewerbsfähigkeit aufzeigen. Hierzu gehört auch, einen stabilen Ordnungsrahmen zu schaffen, der für einen fairen Wettbewerb sorgt. Aber es kann kein Schutzzaun um die ÖPNV-Unternehmen und ihre Beschäftigten gezogen werden. Schließlich bedeutet mehr Wettbewerb auch mehr unternehmerische Chancen. Warum sollten unsere Unternehmen nicht in Berlin oder auf anderen Märkten tätig sein und dort auch Erfolg haben? Unsere Firmen sind nicht schlechter als andere; das gilt auch für das Management. Also nutzen wir die Chance, die sich uns hier bietet, anstatt ängstlich in der Ecke zu verharren.

Ein weiteres Hauptziel unserer Politik ist die noch engere und bessere Verzahnung von ÖPNV und SPNV. Wir wollen den ÖPNV insbesondere dann fördern, wenn er eine Zubringerfunktion zum SPNV erfüllt.

Wir fördern nachhaltig ein leistungsfähiges ÖPNV-System. Aller-

dings sind der Landespolitik bei bestimmten Belastungen des ÖPNV die Hände gebunden. Hier ist die Bundesregierung am Zug. Ich denke da an die Ökosteuer, die die ÖPNV-Unternehmen belastet, ohne dass diese auch nur annähernd einen Ausgleich durch Senkung der Lohnnebenkosten erhielten. Wir fordern an dieser Stelle von der Bundesregierung Taten.

Im Haushalt sind auch Planungsmittel für die Verkehrsanbindung des Flughafens Berlin-Schönefeld vorgesehen. Wie immer, wenn es um den Flughafen geht, wollte die PDS-Fraktion Kürzungen vornehmen.

(Vietze [PDS]: Da ist auch nur viel Geld unnütz ausgegeben worden!)

Beim Thema Flughafen scheint die PDS das Negative erreichen zu wollen, während es doch darum geht, Fortschritte zu erzielen.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle eine grundsätzliche Ausführung zum Thema Flughafenausbau. Vor zwei Wochen wurden die Arbeitslosenzahlen für Deutschland veröffentlicht. Der Landkreis Freising hat die niedrigste Arbeitslosenquote in ganz Deutschland. Bei einer Arbeitslosenquote von 2,8 % herrscht dort faktisch Vollbeschäftigung. Die „Süddeutsche Zeitung“ analysierte in einem großen Artikel, warum das so ist. Die niedrige Arbeitslosenquote wird vor allem auf den Großflughafen „Franz Josef Strauß“ zurückgeführt. Ähnliche Arbeitsplatzeffekte gehen von anderen Großflughäfen aus. So etwas brauchen wir auch für die Region Berlin-Brandenburg. Auf solche Arbeitsplatzeffekte - man rechnet mit etwa 20 000 Arbeitsplätzen - können wir nicht verzichten.

Darum fehlt mir jedes Verständnis, wenn die Opposition hier immer wieder den Rotstift ansetzen will.

(Widerspruch der Abgeordneten Frau Tack [PDS])

Wir müssen das Projekt Schönefeld wie geplant durchziehen, und zwar so schnell wie möglich, Frau Tack. Natürlich müssen wir analysieren, was hier in der Vergangenheit falsch gelaufen ist.

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Schrey (CDU):

Ja.

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Schulze, bitte!

Schulze (SPD):

Sehr geehrter Herr Kollege Schrey, Sie haben gerade den Flughafen „Franz Josef Strauß“ bei München mit dem anstehenden Vorhaben in Schönefeld verglichen. Kennen Sie die topographischen Vergleichsdaten in Bezug auf das Münchener Umland und Schönefeld? Ich meine Fragestellungen wie Nähe der

nächsten Gemeinden, Schallschutz usw. Kennen Sie die Aussagen der Bürgermeister aus den Gemeinden im Umland von München zur Situation rund um Schönefeld?

(Frau Tack [PDS]: Schönefeld ist doch nicht der Hinterhof von München!)

Schrey (CDU):

Ja, die kenne ich. Ich war auch schon da.

(Schulze [SPD]: Das war doch keine Antwort auf meine Frage!)

- Wieso nicht? Es wird doch in Zukunft alles getan, um das zu realisieren, wovon Sie gerade sprachen.

(Schulze [SPD]: Wer bezahlt das? - Frau Tack [PDS]: Kennt jemand die Einwohnerzahl im Großraum München im Vergleich zu Berlin? - Weitere Zurufe von SPD und PDS)

Herr Präsident, darf ich fortfahren?

Präsident Dr. Knoblich:

Meine Damen und Herren, Sie erwecken den Eindruck, als wollten Sie die Plenarsitzung beenden und sich ein bisschen unterhalten. Zunächst aber hat Herr Schrey noch das Wort.

Schrey (CDU):

Natürlich müssen wir analysieren, was hier in der Vergangenheit falsch gelaufen ist. Aber das darf jetzt nicht den Projektfortschritt behindern. Vergangenheitsbewältigung in der Verkehrspolitik darf nicht dazu führen, dass wir bei konkreten Bauvorhaben nicht weiterkommen.

Im Einzelplan 11 ist uns aus meiner Sicht beim Haushalt gelungen, ein Gesamtpaket zu schnüren, das Brandenburg weiterbringt. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die PDS-Fraktion. - Herr Abgeordneter Warnick, bitte sehr!

Warnick (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die PDS hat auch im Einzelplan 11 eine Vielzahl von Änderungsanträgen eingebracht. Wie immer wurden sie von SPD und CDU in trauter Gemeinsamkeit abgelehnt, allerdings mit Ausnahme eines Antrages, bei dem uns sogar der Abteilungsleiter im MSWV Recht geben musste. Dazu wird meine Kollegin Tack noch etwas sagen.

(Klein [SPD]: Das schlachten wir nachher als positives Beispiel aus!)

Bei einem wohnungsbaupolitischen Antrag bleiben wir hartnä-

ckig. Es geht um ein Programm zur Stabilisierung von Wohnungsunternehmen in strukturschwachen Regionen. Wir haben dieses Ansinnen im Hinblick auf die Deckungsvorschläge dreimal geändert. Wir wollen, dass die Zuweisungen zur Erschließung von Wohngebieten gestrichen werden. Dafür standen 1999 4,5 Millionen DM an Bundesmitteln und 2,5 Millionen DM an Landesmitteln im Haushalt; kein Pfennig davon wurde verwandt. Für dieses Jahr sind es 1,6 Millionen DM an Bundesmitteln und 1,2 Millionen DM an Landesmitteln, für 2001 3 Millionen DM an Bundes- und 2 Millionen DM an Landesmitteln.

Wir sind der Meinung, dass diese Mittel hier fehl am Platz sind, weil sie die Problematik gerade in den strukturschwachen Regionen noch erhöhen. Neuer Wohnraum würde hier die Konkurrenzsituation verschärfen. Wir wissen alle, dass in Ostdeutschland eine Million Wohnungen leer stehen und dass wir in erster Linie das Geld dafür benötigen, in den strukturschwachen Gebieten vorhandenen Wohnraum zu erhalten. Hier finden wir uns auch in den Positionen des GdW wieder; in der vergangenen Woche gab es dazu eine Konferenz. Sachsen hat dafür ein Programm aufgelegt, während Brandenburg wie immer hintenan steht.

(Zuruf des Abgeordneten Klein [SPD])

Als ich sehr klein war, hat mir meine Oma, die nur 90 Mark Rente im Monat bekam und also sehr wenig Geld hatte, beigebracht, dass arme Leute teuer leben. Das heißt: Wer heute an dieser Stelle 5 Millionen DM einspart, wird das in Zukunft sehr teuer bezahlen. Er wird irgendwann 50 oder 100 Millionen DM zahlen müssen, um den Schaden zu reparieren, der heute entsteht. Man spart heute also nicht wirklich ein, sondern gibt Geld aus. Der Satz „Arme Leute leben teuer“ ist mir in guter Erinnerung geblieben; er bestätigt sich immer wieder, so auch in diesem Fall.

Ich möchte noch einmal auf die Handlungsspielräume eingehen, die wir haben. Als ich in den Landtag gekommen bin, ist mir sehr schnell klar geworden, wie es sich hier haushaltstechnisch verhält. Wir haben knapp 20 Milliarden DM zur Verfügung, von denen 18 Milliarden DM gebunden sind. Sie sind einfach nur durchlaufende Posten: EU-Mittel, Bundesmittel sowie Mittel aus dem Verpflichtungsrahmen aus den Jahren 1997, 1998 und 1999.

Dann haben wir noch 2 Milliarden DM, die wir überhaupt beeinflussen können. Auch davon können wir real nur 200 Millionen DM beeinflussen; dazu hat die PDS auch Änderungsvorschläge gemacht. Das ist eine verschwindend geringe Summe; ein Spielraum ist hier kaum gegeben.

Im Vergleich dazu: Für das Eigenheimzulagegesetz auf Bundesebene geben wir 15 Milliarden DM aus. Da sind diese 200 Millionen DM, die wir beeinflussen können, doch sehr gering. Deshalb können Sie uns übrigens auch immer viel von Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt erzählen: Solange die PDS nicht an der Bundesregierung beteiligt ist, hat sie dort genauso enge Handlungsspielräume, wie wir sie hier in Brandenburg haben. Das ist doch völlig klar.

(Beifall bei der PDS)

Es ist eigentlich sehr traurig: Einerseits höre ich, dass wir bei den Kitas 25 Millionen DM einsparen wollen und die Regierung sich damit den Zorn von Hunderttausenden von Bürgerinnen und Bürgern zuzieht. Andererseits wird gleichzeitig in Berlin ein Gesetz zur Besteuerung des Verkaufs von Unternehmensanteilen gemacht, wodurch wir in Brandenburg 600 Millionen DM weniger haben, während wir um 100 000 DM mehr oder weniger streiten. Daran sieht man, wie unrealistisch die Debatte hier vonstatten geht. In Berlin wird ein Federstrich gemacht und alles, was wir hier in drei Tagen diskutiert haben, ist blanke Makulatur. Da komme ich mir manchmal vor wie in dem Märchen „Des Kaisers neue Kleider“: Alle wissen es, aber keiner spricht darüber. So ist die Situation.

Begeistert bin ich auch immer von dem Wort „titelscharf“, das ich heute schon mehrfach gehört habe. Wir sind hier in der komfortablen Situation, die Soll- und Ist-Zahlen von 1999 miteinander vergleichen zu können. Da gibt es riesige Abweichungen. Ich nenne Ihnen einmal einige Zahlen hinsichtlich der Abweichungen beim Soll/Ist-Vergleich im Kapitel 11 010 in Prozent: 75 %/0 %, 131 %/12 %, 31 %/98 %, 86 %/166 %, 7 %/34 %. Das habe ich einmal meinem Sohn gegeben, der Informatikkaufmann lernt, damit er mir davon eine Statistik macht. Als er sich die Sollzahlen des vergangenen Jahres ansah, dachte er, die seien mit dem Würfelbecher entstanden. Ich musste ihn darauf hinweisen, dass man sich dabei wirklich etwas gedacht hat.

(Vietze [PDS]: Aber nicht, was Sie gedacht haben!)

Aber jemand, der nicht mit dem Haushalt befasst ist, muss beim Vergleich dieser Zahlen zu dieser Vermutung kommen.

Die Zahlen, die hier vorliegen, beweisen doch, dass kein Mensch in diesem Landtag weiß, ob die Zahlen um 200 Millionen DM erhöht oder gesenkt werden können. Deswegen halte ich das Ganze für wenig glaubwürdig.

Zum Schluss zur ILB, zur Investitionsbank des Landes Brandenburg, und zwar zum Wohnungsbauvermögen. Auch das ist etwas, was ich für sehr unredlich halte: Sie sagen immer, wir haben 24 Milliarden DM Schulden und zahlen dafür 1,4 Milliarden DM Zinsen. Aber Sie haben auch 10 Milliarden DM an Wohnungsbauvermögen bei der ILB versteckt - das wird sogar jedes Jahr mehr - und wir müssen dafür eine halbe Milliarde DM Zinsen zahlen. Ich finde schon, dass Sie den Bürgerinnen und Bürgern ehrlich sagen müssen, wie hoch ihre Schulden sind. Wir sollten nicht nur von den 24 Milliarden DM reden, sondern auch von den 34 Milliarden DM Schulden, die wir tatsächlich haben.

Meine Redezeit ist leider nur so kurz, damit auch meine Kolleginnen und Kollegen noch sprechen können. - Schönen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die SPD-Fraktion. Herr Abgeordneter Vogel-sänger!

Vogelsänger (SPD):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Abgeordneter Warnick, wir behandeln hier nicht das Märchen „Des Kaisers neue Kleider“, sondern einen der wichtigsten Haushalte, was die Investitionen betrifft. Ich denke, das wird auch in den nächsten Jahren so bleiben.

Der Bereich Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr steht im besonderen Interesse von Bürgern, Verbänden, kommunaler Ebene und natürlich der Wirtschaft. Damit sind wir auch schon beim investiven Bereich. Von Entscheidungen in diesem Bereich hängen die Verbesserung der Lebensqualität und die Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung unmittelbar ab.

Am Bereich Stadtentwicklung möchte ich diese Doppelfunktion verdeutlichen. Zum einen sorgen Investitionen im Bereich Stadtansanierung für die Sicherung von Arbeitsplätzen und neben dem Einsatz von Fördermitteln infolgedessen für erhebliche Investitionen im privaten Bereich. Weiterhin wird mit diesen Mitteln dafür gesorgt, dass die Lebensqualität unserer Bürger weiter steigt.

Die Stadtentwicklung wird noch einige Jahre, wenn nicht Jahrzehnte ein Thema sein, mit dem man die Städte des Landes Brandenburg nicht allein lassen kann und darf. Die enorme Aufbauleistung der Kommunen nach 1990 ist noch längst nicht abgeschlossen. Wir werden uns deshalb nicht zum letzten Mal im Rahmen einer Haushaltsberatung ganz intensiv mit diesem Problem zu befassen haben, übrigens auch im Ausschuss.

Wir sind froh, dass das Bund-Länder-Programm zur Städtebauförderung in der bisherigen Höhe fortgesetzt werden kann; das ist ein wichtiges Signal. Unter den Bedingungen der äußerst angespannten Haushaltssituation haben wir erreicht, dass das Land seinen Anteil in der Höhe der Bundesmittel zur Verfügung stellt. Aber auch im Jahr 2002 und in den folgenden Jahren muss die Städtebauförderung erhalten bleiben. Städtebauförderung in Ostdeutschland ist eine Generationenaufgabe. Wir wissen, dass es mehr und mehr darauf ankommt, wie die Mittel Verwendung finden. Kreativität und Eigeninitiative der Kommunen sind mehr denn je gefragt. Die Revitalisierung der Innenstädte wird nur gelingen, wenn die Kommunen über die engere Sanierungspolitik hinausgehen und Konzepte des Stadtmarketings stärker in den Mittelpunkt ihrer Bemühungen rücken. Das Land wird jedenfalls entsprechende Konzepte unterstützen.

Wir haben nicht wenige Ansätze, die mit Fug und Recht als geglückt gelten können. Gerade die Arbeitsgemeinschaft der Städte mit historischem Stadtkern zeigt, dass Fördermittel und herausragendes Engagement zu vorzeigbaren Ergebnissen führen können. Ein besonderes Beispiel ist Luckau, das als Ausrichter der ersten Landesgartenschau - ich empfehle jedem den Besuch - den Schwung dieses Ereignisses genutzt hat; die Stadt ist zu einem echten Schmuckstück geworden.

(Beifall des Abgeordneten Christoffers [PDS])

- Ich denke, das Engagement der kommunalen Ebene ist einen Beifall wert. - Dies trifft natürlich auch auf weitere Städte mit historischem Stadtkern zu. Von Angermünde in der Uckermark

bis Jüterbog im südlichen Teil von Teltow-Fläming hat sich vieles getan. Vielleicht sollten wir auch hier stärker die Werbetrommel im touristischen Bereich rühren. Brandenburg ist weitaus mehr als Wälder, Seen und Sanssouci. Urbane und lebenswerte Städte sind ein Standortfaktor.

(Beifall bei SPD und CDU sowie vereinzelt bei der PDS)

Stadtentwicklung ist aber nicht nur Sanierung der Innenstädte. Die Großsiedlungen, also das, was gemeinhin unter der Bezeichnung „die Platte“ läuft, sind zunehmend Problemfälle, denen wir uns zu widmen haben. Die Mittel für die städtebauliche Weiterentwicklung großer Wohngebiete konnten im vorliegenden Haushalt zumindest annähernd stabil gehalten werden. Die Großsiedlungen sind nur lebensfähig, wenn wir das Wohnumfeld und die Gebäude umfassend instand setzen und städtebaulich aufwerten. Die Erfolge der letzten Jahre müssen fortgesetzt werden. Auch dieser Prozess ist nicht innerhalb weniger Jahre abzuschließen. Im Gegenteil: Wir müssen aufpassen, dass einige Siedlungen nicht erst zu sozialen Brennpunkten werden, wie es in vielen Städten Deutschlands bereits zu beobachten ist. Das Programm des Bundes mit der Bezeichnung „Die soziale Stadt“ findet daher unsere volle Unterstützung. Auch hierfür haben wir die volle Summe der notwendigen Kofinanzierung des Landes zur Verfügung gestellt. Im Jahr 2000 stehen 1,5 Millionen DM und im Jahr 2001 2,5 Millionen DM an Bundesmitteln dafür zur Verfügung, Tendenz steigend. Ich weiß, dass die Wünsche mit Sicherheit weitaus größer sind.

Wohnungsbau und Stadtentwicklung sind im Haushalt zwei verschiedene Paar Schuhe. Formal getrennt in unterschiedliche Kapitel gehören sie inhaltlich jedoch zusammen. Seit die Zeiten der Wohnungsnot und des erheblichen Nachholbedarfs vorbei sind, hat die Förderung des Wohnungsneubaus eine Wendung vollzogen, die die Arrondierung der Bauflächen in den Innenstädten und die Förderung des Wohneigentums in den Mittelpunkt stellt. Es gibt keine Förderung für großflächige Neubaugebiete mehr. Dies findet seinen Niederschlag im Wohnungsbauprogramm des Landes. Der 1. Förderweg wurde stark reduziert, der 3. Förderweg praktisch eingestellt.

Wir konzentrieren uns dagegen auf die Modernisierung und Instandsetzung. Das ist der richtige Weg. Dies ist unsere Waffe, um der immer größer werdenden Leerstandsproblematik entgegenzutreten. Leerstand tritt immer an besonderen Problemstellen auf. Betroffen sind vor allem Städte mit industriellen Funktionen aus DDR-Zeiten. Mit dem Zusammenbruch der Industrien entfielen auch die erwarteten Bewohner. Viele zogen ins Umland oder leider noch weiter weg.

Das Ergebnis ist Leerstand - ein Problem, an dessen Lösung wir verstärkt arbeiten müssen. Ich glaube, das wird auch im Ausschuss eine Rolle spielen müssen. Trotzdem muss auch immer die konkrete Lage vor Ort genau untersucht werden. Förderung im 1. Förderweg ist mitunter auch bei Leerstand notwendig. Dabei müssen außergewöhnliche Rahmenbedingungen - z. B. Restitutionsansprüche und städtebauliche Komponenten - beachtet werden. Pauschalurteile sind auch hier nicht hilfreich.

Insgesamt kann ich sagen, dass es hinsichtlich der Schwerpunkte der Förderung im Bereich Wohnungswesen weitgehend Kon-

sens zwischen allen drei großen Fraktionen gibt. Die bisherigen Beratungen im Ausschuss legen diesen Schluss jedenfalls nahe. Ich halte das für einen bemerkenswerten Konsens, der zeigt, welche gute Arbeit das Ressort von Minister Meyer leistet. Der Haushalt für die Jahre 2000 und 2001 wird nach Auffassung der SPD-Fraktion den Anforderungen im Bereich Stadtentwicklung und Wohnen unter den gegebenen Rahmenbedingungen voll gerecht.

Meine Damen und Herren, die Haushaltsentscheidungen im Bereich Verkehr, speziell öffentlicher Personennahverkehr, fielen teilweise schon im Vorfeld der Haushaltseinbringung. Nach Kabinettsbeschluss vom 07.12.1999 sollte die konsumtive Grundförderung des Landes Brandenburg für den straßengebundenen ÖPNV im Jahr 2000 auf 18 Millionen DM und im Jahr 2001 auf null Millionen DM reduziert werden.

Auf Initiative des SPD-Arbeitskreises und durch gemeinsame Anstrengungen der Koalitionsfraktionen - insofern auch herzlichen Dank an die CDU - und des Fachministers ist es gelungen, dass insgesamt 66 Millionen DM in den Jahren 2000 und 2001 für die Grundförderung zur Verfügung stehen und nicht 18 Millionen DM. Dies bedeutet ein Plus von 48 Millionen DM für die Landkreise und kreisfreien Städte als Aufgabenträger des straßengebundenen ÖPNV gegenüber dem Kabinettsbeschluss vom Dezember des vergangenen Jahres.

Weiterhin sind für den Schülerverkehr jährlich über 100 Millionen DM im GFG und im Einzelplan 11 veranschlagt. Außerdem ist auf Initiative der Koalition ein Leertitel für besondere Lasten im ÖPNV geschaffen worden.

Nicht unerwähnt sollte bleiben, dass auch weiterhin ein Ausgleich für den SPNV-Ersatzverkehr erfolgt. Das ist im Übrigen in anderen Bundesländern keine Selbstverständlichkeit.

Zusammen mit investiven Mitteln in der Größenordnung von 100 Millionen DM wird der straßengebundene ÖPNV weiter wirkungsvoll unterstützt und das sollten wir auch ganz deutlich nach außen tragen.

Viel wurde hier bereits erreicht. Fahrzeuge, Haltestelleneinrichtungen und Betriebshöfe wurden erneuert, aber die Modernisierung des ÖPNV muss weitergehen. Insbesondere an den Schnittstellen zur Schiene, besser: an den Bahnhöfen und deren Umfeld, besteht noch Handlungsbedarf.

Damit sind wir schon beim schienengebundenen Personennahverkehr, dem größten Posten im Brandenburger Verkehrshaushalt. Ab dem 01.01.1996 sind die Bundesländer verantwortlich für den schienengebundenen Personennahverkehr. In der Region Berlin-Brandenburg ist das eine Erfolgsstory ohne Beispiel. Steigerungen der Fahrgastzahlen bezüglich der Ein- und Aussteiger von 100 % in den letzten Jahren sind keine Seltenheit. Die Durchbindung der wichtigsten Regionalexpresslinien durch Berlin war und ist die richtige Strategie. Der Nutzer des ÖPNV erwartet schnelle, direkte und vertaktete Verbindungen. Natürlich hat dies auch seinen Preis. Das Land Brandenburg bestellt jährlich für ca. 650 Millionen DM bei DB-Regio, S-Bahn und Prignitzer Eisenbahn Verkehrsleistungen, ein Riesenposten, der natürlich auch kontrolliert werden muss.

Wichtig neben diesen Bestellungen ist die Umsetzung von Investitionen im SPNV. Auch das Nebenstreckennetz muss modernisiert werden. Die im Bau befindlichen Projekte Prignitz-Express und Fürstenwalde - Beeskow dürfen keine unendliche Geschichte werden.

Außerdem müssen weitere Projekte von der Elektrifizierung Schwedt - Angermünde bis zur Modernisierung der Strecken Templin - Löwenberg und Königs Wusterhausen - Frankfurt (Oder) sowie der Wiederaufbau der „Stambahn“ folgen.

Auch im Bereich der Schiene wurde in den letzten zehn Jahren viel erreicht, aber ich denke, hier gilt es auch weiterzumachen, denn es ist immerhin die Konkurrenz zum Individualverkehr per eigenem Auto da. Die Modernisierung der Schieneninfrastruktur wird noch einige Jahre benötigen, ist aber wichtige Voraussetzung, die Schiene konkurrenzfähig zu halten. Umso erfreulicher ist, dass es auch in der EU-Förderperiode 2000 bis 2006 im Bereich EFRE Mittel für die Entwicklung der regionalen Schieneninfrastruktur gibt.

Der Landeshaushalt 2000/2001 ist ohnehin im Zusammenhang mit den Strukturfonds der EU zu betrachten. Besonders deutlich wird dies beim Komplex Landesstraßen. Für den Haushalt 1999 ist es mit 15 Millionen DM auch auf Initiative meiner Fraktion erstmalig gelungen, EU-Mittel für den Landesstraßenhaushalt zur Verfügung zu stellen. In der neuen Förderperiode 2000 bis 2006 sind insgesamt immerhin 265 Millionen DM EU-Mittel für Landesstraßen vorgesehen, davon jeweils über 50 Millionen DM in den nächsten beiden Jahren. So stehen 2000 und 2001 mit Landes- und Bundesmitteln insgesamt jeweils über 150 Millionen DM für Landesstraßen nach 137 Millionen DM im Jahre 1999 zur Verfügung. Das ist bei dem Nachholbedarf - dessen bin ich mir bewusst - immer noch zu wenig, aber unter den gegebenen finanziellen Rahmenbedingungen das, was machbar war.

Der Rückgang der Mittel im Straßenbau - siehe die gestrige Presse - betrifft im Übrigen nicht die Landesstraßen, sondern die Bundesstraßen.

Ein Plus haben wir weiterhin bei den Planungsmitteln für Landesstraßen. Ein entsprechender Planungsvorlauf ist dringend notwendig. Dies betrifft selbstverständlich auch den Bereich Bundesautobahnen und Bundesstraßen, wo das Land entsprechende Planungsmittel bereitstellen muss. Ich bedanke mich bei der PDS-Fraktion dafür, dass sie das dieses Mal nicht als Deckungsquelle angegeben hat. Es hätte in der Koalition ohnehin keine Chance gehabt.

Auch bei den Planungsmitteln konnten wir das Niveau der letzten Jahre fortschreiben - im Übrigen ein wichtiger strategischer Ansatz. Immerhin wird 2002 der Bundesverkehrswegeplan fortgeschrieben. Kollege Schrey ist bereits darauf eingegangen. Bei untergesetzter Planung sind die Chancen bei der Fortschreibung für das Land Brandenburg durchaus besser. Sie sehen, wir haben unseren Landesbeitrag bezüglich der Investitions- und Planungsmittel geleistet.

Der Ausbau der Infrastruktur bleibt entscheidende Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Dabei sind die 766 km Bundesautobahn sowie das Netz der Bundes-

und Landesstraßen zusammen mit dem Schienen- und Wasserstraßennetz das wichtige Grundgerüst.

Damit sind wir bei der Wasserstraße. Dieses Thema kommt mitunter etwas zu kurz, ich will aber hier auf die Punkte eingehen. Bei der Förderung von Hafenanlagen ist das Land Brandenburg erheblich in Vorleistung gegangen. Auch für die Jahre 2000 und 2001 sind jeweils circa 4 Millionen DM für die Verbesserung der Infrastruktur der Binnenhäfen veranschlagt. Der dringend notwendige Ausbau der wichtigsten Kanäle ist allerdings Angelegenheit des Bundes. Wer mehr Transporte auf die Wasserstraße bringen will, muss einen entsprechenden Ausbau akzeptieren. Deshalb gilt es gemeinsam Druck zu machen und die vollständige Umsetzung des Projektes 17 - Havelausbau einschließlich Ausbau des Teltowkanals - vom Bund einzufordern.

Die Potenziale der Wasserstraßen in der Region Berlin-Brandenburg sind eben längst noch nicht ausgeschöpft. Das Land Brandenburg leistet mit dem Landeshaushalt seinen Beitrag zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Binnenschifffahrt. Jetzt ist sicherlich auch der Bund an der Reihe.

Meine Damen und Herren, Mobilität hat ihren Preis, nicht nur bezüglich investiver Mittel. Ein bitterer Preis ist dies, wenn man sich die Unfallzahlen ansieht. Diese sind trotz sinkender Tendenz in den letzten Jahren weiterhin inakzeptabel hoch. Deshalb gilt es bei den vielfältigen Bemühungen auf allen Ebenen nicht nachzulassen. So haben die Koalitionsfraktionen auch eine Erhöhung der Projektmittel für Verkehrssicherheit durchgesetzt - gut angelegtes Geld; denn es gilt neben den wichtigen notwendigen baulichen Maßnahmen insbesondere das Bewusstsein für Verkehrssicherheit zu verändern und die Verkehrsteilnehmer stärker zu sensibilisieren. Hierbei hat der Landtag Brandenburg natürlich eine besondere Verantwortung, nicht nur unter fiskalischen Aspekten.

Meine Damen und Herren, für die Landesentwicklung ist der Einzelplan Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr von großer Bedeutung.

Trotz enger finanzieller Spielräume ist es auch durch den Einsatz von EU-Mitteln gelungen, dafür zu sorgen, dass der Ausbau der Infrastruktur weiterhin Priorität hat. Ich empfehle Ihnen die Zustimmung zu diesem Zukunftsprogramm. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort für die PDS-Fraktion hat Frau Abgeordnete Tack.

Frau Tack (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der lückenlosen Berichterstattung von Herrn Vogelsänger zur Begründung des Zweijahresplanes für den Einzelplan 11 ist kaum noch etwas hinzuzufügen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Meine Aufgabe ist es, aus Sicht der Opposition die kritischen

Punkte zu benennen. Da ich bedauerlicherweise nur eine kurze Redezeit habe, geht das ganz schnell.

Was die Entwicklung des ÖPNV betrifft, könnte ich meine Reden aus den vergangenen Jahren halten. Das Problem ist das Gleiche: Sie kürzen Jahr für Jahr die Zuschüsse für den öffentlichen Personennahverkehr bei den Trägern des ÖPNV - die Kreise und die vier kreisfreien Städte. Nur, die Auswirkungen ob dieser Tatsache, dass Jahr für Jahr gekürzt wird, sind mittlerweile gravierend. Das betrifft insbesondere den ländlichen Raum. Heute wurde von einem Regierungsvertreter gesagt - ich glaube, es war der Wirtschaftsminister -, man wolle eine in allen Landesteilen ausgewogene Entwicklung des Landes. Die gegenwärtig durchgeführten Streichungen der Zuschüsse an den ÖPNV führen dazu, dass die Lebensqualität vor allen Dingen in den ländlichen Regionen weiter eingeschränkt wird und dass weiter Menschen aus den ländlichen Regionen, vor allem junge Menschen und Menschen im arbeitsfähigen Alter, abwandern. Darüber können wir gemeinsam klagen. Nur, Sie sind diejenigen, die in der Verantwortung stehen, eine politische Entscheidung zu treffen, damit diesem Prozess Einhalt geboten wird.

Um die Situation wieder in Ordnung zu bringen, hat die PDS-Fraktion einen Änderungsantrag zum Haushaltsstrukturgesetz eingebracht. Wir fordern, jährlich mindestens 45 Millionen DM an Landeszuschüssen für die Träger des ÖPNV in den Haushalt einzustellen.

Der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg erhält in den nächsten zwei Jahren eine Menge Geld. Es handelt sich um eine riesige Summe, von der man denken könnte: Na gut, wenn die Träger des ÖPNV weniger erhalten, dann findet eine Umverteilung zugunsten des Verkehrsverbundes statt. - Mitnichten! Der Verkehrsverbund hat keine Verantwortung für die soziale Daseinsvorsorge hinsichtlich ÖPNV-Leistungen und Mobilitätsleistungen anzubieten.

Übrigens konnte uns in der Haushaltsdebatte kein Vertreter des Ministeriums wirklich schlüssig erklären, welche konkrete Größenordnung dem Verkehrsverbund in den beiden Jahren zur Verfügung gestellt wird. Das ist ein ernsthaftes Zeichen, deutlich zu machen: Eine kritische Auseinandersetzung mit der Rolle des Verkehrsverbundes gehört auf die Tagesordnung. Das gilt insbesondere, wenn man bedenkt, dass die Gesellschafter des Verkehrsverbundes ohnehin schon beschlossen haben, zum 1. August dieses Jahres den Fahrgästen eine weitere Tarifierhöhung aufzuerlegen, sodass zusätzlich Geld eingenommen wird. Ich denke, hiermit ist ein Achtungszeichen gesetzt. Wir tragen nicht mit, dass der Verkehrsverbund so viel Geld bekommt, während die Städte und Gemeinden, die Landkreise und die kreisfreien Städte immer weniger Geld erhalten.

Der Innenminister hat im Übrigen bei der Verabschiedung des Gemeindefinanzierungsgesetzes ganz stolz berichtet, wie viel Geld die Kommunen im Land Brandenburg zusätzlich bekommen. Allein durch die ÖPNV-Ausgleichsfinanzierung ist ein Vielfaches dieser Mehrzuwendungen aufgebaut. Vor Ort ist eigentlich nichts mehr zu holen. Ich erinnere nur an Potsdam. In Potsdam findet am 25. Juni ein Fahrplanwechsel statt. Damit werden Leistungen gestrichen, weil die Auflage besteht, über den ÖPNV Haushaltsdefizite

mit abzubauen. Für das Land Brandenburg ist das der falsche Weg!

(Beifall bei der PDS)

Herr Warnick hat schon darauf hingewiesen: Auch wir haben einen klitzekleinen Erfolg in der Haushaltssitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr erzielt. Wir haben einen Antrag gestellt und die Koalitionsfraktionen mussten nach einer langen Krisensitzung von 20 Minuten schweren Herzens zustimmen.

(Frau Ziegler [SPD]: Gerne!)

- Frau Ziegler, Sie waren leider nicht dabei; anderenfalls hätten Sie „gerne“ sagen können. - Es ging um die Einnahmeverbesserung beim kommunalen Straßen- und Brückenbau. Man kann sagen, dass 1,6 Millionen DM wenig sind; aber in einer soliden Haushaltsarbeit muss man diese Summe erst einmal bereitstellen können. Die haben wir und nicht Sie geleistet, weil Sie sich mit diesem Punkt möglicherweise nie befasst haben.

Der Staatssekretär hat aus meiner Sicht ein bisschen überzogen, als er sich bei beiden Fraktionen entschuldigt hat. Ich denke, er hätte der PDS danken müssen, dass sie diese Einnahmequelle von 1,6 Millionen DM erschlossen hat. Das wäre ein Zeichen des Dankes für solide Haushaltsarbeit gewesen, die Sie nicht geleistet haben.

(Beifall bei der PDS - Frau Ziegler [SPD]: Sie als Einzige!)

- Ja, alle anderen Vorschläge, die aus unserer Sicht klug waren, wurden mehrheitlich abgelehnt, Frau Ziegler. Das wurde schon zu allen anderen Einzelplänen gesagt. Sie haben gestern - zumindest den Einzelplan 11 betreffend - fälschlicherweise behauptet, wir hätten keine Deckungsquellen aufgezeigt. Wir haben für jeden Vorschlag eine Deckungsquelle aufgezeigt. Sie wissen ganz genau, dass wir dazu verpflichtet sind.

Zum Großflughafen: Sowohl in der CDU als auch in der SPD - ich denke insbesondere an den Wirtschaftsminister - gibt es Kollegen, die uns immer wieder vorhalten, dass wir den Großflughafen kleinredeten. Damit verhinderten wir, dass es einen riesengroßen wirtschaftlichen, strukturellen Aufschwung in der Region Berlin-Brandenburg gibt. Ich sage hier noch einmal ganz unmissverständlich: Die PDS-Fraktion ist dafür, dass der Flughafen Schönefeld zu einem attraktiven Flughafen ausgebaut wird.

(Beifall bei der PDS)

Wir denken nicht an einen Großflughafen und nicht an ein Luftdrehkreuz, sondern daran, dass die vorhandenen Kapazitäten genutzt werden und dass damit der Bedarf gedeckt wird.

Ich habe nicht viel Hoffnung, dass die rot-grüne Bundesregierung eine kluge Verkehrspolitik macht; allerdings steht in der Koalitionsvereinbarung: Kurzstreckenverkehr gehört auf die Schiene, nicht in die Luft. Alle, die sich damit befasst haben, sicherlich auch Herr Fünß, wissen ganz genau, dass das größte Aufkommen - aus gegenwärtiger Sicht circa 60 % - der Kurz-

streckenflugverkehr, also Ziel- und Quellverkehr, in der Region Berlin-Brandenburg ist. Sie speisen aber nach wie vor die Bedarfsprognosen für einen Großflughafen oder für ein Luftdrehkreuz aus genau dieser Annahme. Ich denke, dass die Bundesregierung in Bälde politische Vorentscheidungen treffen wird, die deutlich machen, dass es zu einer Verkehrswende kommt.

Heute steht in der Zeitung die Aussage der Staatssekretärin des Bundesverkehrsministeriums Elke Ferner, dass es einen Entwurf für ein Flughafenkonzept der Bundesrepublik gebe. Ich denke, ein solches Konzept ist überfällig. Ich verbinde damit die Hoffnung, dass die Brandenburger Regierung gemeinsam mit dem Berliner Senat und dem Bund ein vernunfts- und zukunfts-fähiges Denken praktizieren, sodass unter Nutzung der vorhandenen Kapazitäten nur ein einziger Flughafen zum Tragen kommt. Mit einer angemessenen Schienenanbindung wäre das ein zukunftsfähiges Projekt.

Herr Hackel, ein Minister Ihrer Koalition, hatte gerade erklärt, den Flughafen in Leipzig mit in die Bilanz einzubeziehen. Ich denke, die Frage nach den Konsequenzen ist berechtigt. Die Bundesregierung hat in diesem Zusammenhang - ausnahmsweise klug - erkannt, dass eine neue Bedarfsprognose erstellt werden muss, bevor Schönefeld in die Privatisierung geht. All denjenigen, die so laut fordern, wir sollten berücksichtigen, dass im Zusammenhang mit einem Flughafen Arbeitsplätze geschaffen werden, entgegne ich: Natürlich! Das haben wir nie in Abrede gestellt! Der Ministerpräsident wird sich noch daran erinnern: Im Wahlkampf hat er von 70 000 Arbeitsplätzen gesprochen. Es gab damals einen Wirtschaftsminister, der von 90 000 bis 120 000 Arbeitsplätzen gesprochen hat. Gott sei Dank sind Sie realistisch geworden und haben erkannt, dass 20 000 Arbeitsplätze möglich sind.

Nur, einen Vorwurf müssen Sie sich machen lassen: In den vergangenen 10 Jahren war es unter anderem die Brandenburger Landesregierung, die es gemeinsam mit dem Berliner Senat verhindert hat, dass dieser Flughafen Schönefeld attraktiv gestaltet und mehr genutzt wird. Wenn das geschehen wäre, wären Arbeitsplätze geschaffen worden und der Mittelstand sowie produzierendes Handwerk hätten sich ansiedeln können.

Meine Redezeit ist leider zu Ende. Herr Schippel, weil Sie davon so begeistert sind, will ich eindeutig sagen, dass der Einzelplan 11 von der PDS-Fraktion abgelehnt wird. Er ist aus unserer Sicht keine Basis für eine zukunftsfähige Entwicklung im Land Brandenburg. - Vielen Dank!

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Habermann:

Wir sind bei der Landesregierung. Herr Minister Meyer!

Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Meyer:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich denke, dass Frau Tack ein richtiger „Störenfried“ ist. Ich hätte gern meinem Kollegen Vogelsänger kommentarlos zugestimmt - und wir wären fertig. Aber Sie haben natürlich noch ein paar Reizworte in die Debatte eingebracht. Ich akzeptiere das und gehe gerne darauf ein, Frau Tack.

Zum ÖPNV: Ihr Antrag auf 45 Millionen DM ist ja ganz toll, aber Sie wissen: Wir haben selbstverständlich - das war mit Unterstützung des Ausschusses eine meiner ersten Taten in der letzten Legislaturperiode - ein Gesetz geschaffen, mit dem wir 90 Millionen DM eingestellt haben. Nun wissen Sie aber auch, dass sich Investitionen letztendlich in der Senkung von Betriebskosten niederschlagen müssen. Wenn wir über Jahre hinweg investiv über 200 Millionen DM in den ÖPNV hineinstecken, dann muss bei den Betrieben am Ende etwas herauskommen. - Herr Christoffers nickt. Drehen Sie sich erst herum, Frau Tack, bevor Sie widersprechen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Deshalb müssen wir uns eben auch hier bewegen. Wir haben doch gemeinsam einen stolzen Erfolg zu verzeichnen. Natürlich, es stand auf des Messers Schneide, dass die ÖPNV-Subventionen richtig heruntergehen. Wir haben in diesen Haushalt durch Umschichtungen - ich denke, über Jahre hinweg, jetzt aber erst einmal bis 2002 - bei 30 Millionen DM sozusagen eine Schwelle gezogen. Damit sind wir der Sache ein ganzes Stück näher gerückt.

Ich bedanke mich als Erstes bei allen Mitgliedern des Fachausschusses und des Ausschusses für Haushalt und Finanzen. Ich bedanke mich für die sachorientierten Beratungen genauso wie für die kritischen. Sie haben gesagt, auch Sie haben ein kleines Erfolgserlebnis. Wir können das Ganze organisieren. Ich bedanke mich ganz klar auch bei Ihnen von der PDS für die Aufdeckung einer Reserve von 1,6 Millionen DM.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsident Habermann:

Herr Minister, gestatten Sie nach diesem Dank eine Zwischenfrage?

Minister Meyer:

Selbstverständlich.

Christoffers (PDS):

Zur Wiederherstellung meines Oppositionsprofils möchte ich gerne drei Fragen anmelden.

(Heiterkeit)

Die erste Frage: Herr Minister, im Ausschuss für Haushalt und Finanzen ist auf Vorschlag der Fraktion der PDS eine Einsparsumme in Ihrem Haushalt aufgedeckt worden. Wie bewerten Sie die Tatsache, dass selbst nach ausdrücklicher Nachfrage meinerseits von der Koalition abgelehnt worden ist, diese Mittel bei Ihnen im Straßenbau wieder einzustellen?

Die zweite Frage: Herr Minister, Sie stimmen sicherlich mit mir darin überein, dass eine Reihe von Grundsatzentscheidungen im Bereich der Verkehrs- und Regionalentwicklung anstehen. Würden Sie mir auch darin zustimmen, dass es notwendig ist, den Teilplan „Zentralörtliche Gliederung im Land Brandenburg“ entsprechend den realen Entwicklungen noch einmal zu bearbeiten, um Fehlentscheidungen zu vermeiden?

Minister Meyer:

Ja.

Christoffers (PDS):

Dann kann ich mir meine dritte Frage sparen.

(Klein [SPD]: Er hat nur Angst vor der dritten Frage gehabt!)

Minister Meyer:

Das hatte ich geahnt.

(Heiterkeit)

Ich denke, auch bei der ersten Frage gibt es keinen Widerspruch. Ich möchte das jetzt nicht weiter kommentieren.

Meine Damen und Herren, bei der Beratung des Haushaltsplanes 1999 konnten wir aufzeigen, dass es gelungen war, den Infrastrukturhaushalt auf der Ausgabenseite nahezu konstant zu halten und gleichzeitig die Einnahmen zu steigern. Jetzt muss ich für diese Entwicklung unseres Landes positive und eigentlich notwendige Aussagen für den heute zu beratenden Haushalt infolge der notwendigen Haushaltskonsolidierung - ich sage leider - differenzierter vornehmen.

Es wird niemanden überraschen: Auch beim Einzelplan 11 musste bei der infrastrukturellen Entwicklung gespart werden. Demzufolge - das haben andere Ministerkollegen wie Herr Dr. Hackel gestern deutlich gemacht - hätten wir andere Ministerien in eine Lage gebracht, in der sie ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen können. Das geht an keinem vorbei. Das wissen Sie als Parlamentarier ganz genau.

Da dies nicht Ziel einer verantwortungsvollen Landespolitik sein kann, mussten schmerzhaft Kürzungen zum Beispiel auch bei der Städtebauförderung vorgenommen werden. Ein nur flüchtiger Blick auf die Gesamtausgaben des Jahres 2000 im Vergleich zu 1999 könnte allerdings den Eindruck erwecken, dass ich sehr zufrieden bin, steigen doch die Ausgaben gegenüber dem Vorjahr um rund 90 Millionen DM. Davon entfallen jedoch allein auf die Erfüllung bundesgesetzlicher Leistungen 86 Millionen DM: 80 Millionen DM auf das Wohngeld und 6 Millionen auf die Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr. Beides sind reine konsumtive Ausgaben.

Diese Entwicklung, meine Damen und Herren - ein leichtes Sinken der Investitionsquote in meinem Hause -, kann natürlich nicht befriedigen. Waren es im Vorjahr 32,5 %, sind es dieses Jahr 31,2 %. Mein erklärtes Ziel, durch mehr Investitionen beschäftigungswirksam zu wirken und die von den Abgeordneten Dr. Ehler, Christoffers und Müller geforderte aktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik vor allem durch eine Erhöhung der Ausgaben für Stadtrepaturen und Straßenbau zu unterstützen, ist also nur mithilfe von EFRE-Mitteln möglich. Dazu hat Herr Schrey sehr deutlich ausgeführt. Das kann ich mir im Detail sparen.

Trotzdem sage ich ehrlich überzeugt: Mit diesem Ihnen zur

Beschlussfassung vorliegenden Haushaltsplan sind die in meinen Verantwortungsbereich fallenden Fachausgaben zu erfüllen. Sie werden mich sicherlich fragen wollen, wie ich zu dieser positiven Einschätzung komme. Ich bin deshalb so zuversichtlich, weil die Landesregierung bei der Aufteilung der EU-Mittel dem Gedanken der Stärkung der Infrastruktur in unserem Land deutlich Rechnung getragen hat. Das wurde durch die Fraktionen unterstützt.

Dies mögen andere aus diesem Plenum aus ihrer jeweiligen fachlichen Perspektive anders bewerten. Ich jedenfalls begrüße die getroffene Entscheidung ausdrücklich; denn sie ermöglicht einen Handlungsrahmen im Interesse der von Ihnen, Herr Christoffers und Herr Dr. Ehler, angesprochenen regionalen und überregionalen Verflechtungen. Diese Entscheidung ermöglicht auch die angesprochene ressortübergreifende Zusammenarbeit für wirtschaftsnah Infrastruktur durch Bündelung von GA-, EFRE- und Landesmitteln. Deshalb werden die geplanten EFRE-Mittel für die Stadtrepatur und den Straßenbau eingesetzt.

Hier eine Anmerkung auch an Sie, Herr Fürniß, ausnahmsweise einmal an einen Kollegen, weil es in der Presse Irritationen gegeben hat, dass die Straßenbaumittel insgesamt heruntergegangen seien und wir bei Brücken- und Straßenreparaturmaßnahmen weniger Geld zur Verfügung haben. Mit dieser Aussage sind insgesamt Bundesautobahnen, Bundesstraßen und Landesstraßen gemeint. Der Anteil Bundesautobahnen ist deutlich zurückgegangen.

Bei allem Dank an die vorangegangene und die jetzige Bundesregierung: Bei den Bundesautobahnen haben wir 1 200 laufende Kilometer grundhaft instand gesetzt. Bei den Bundesstraßen haben wir einen Instandsetzungsgrad von über 60 %. Das eigentliche Sorgenkind sind die Landesstraßen. Das war Ihr Ansatz. Ich will hier noch einmal deutlich sagen, sie sind auch mein Sorgenkind. Deswegen müssen wir die EFRE-Mittel kombiniert mit Landesmitteln komplett dort einsetzen. Davon haben wir mehr.

(Beifall bei SPD und CDU)

Ich denke, Herr Fürniß, wir sind uns trotz dieser Aussage darin einig: Es reicht noch nicht. Bezüglich einer schnellen Sanierung der Brücken und Straßen, die für die Entwicklung der Wirtschaft und die mobile Gesellschaft notwendig ist, können wir diesem Anspruch noch nicht gerecht werden.

Ein Wort zum Flughafen: Die PDS hat Recht, Herr Christoffers und Frau Tack. Ein Selbstläufer für Arbeitsplätze ist diese Maßnahme nicht. Vor allem nicht, wenn Sie diese Maßnahme in Ihrer eigenartigen Konsequenz permanent ablehnen. Aber, Herr Christoffers, in Ihrer Rede, die ich persönlich sehr gut fand, sind Sie konsequent auf jeden Punkt von Herrn Dr. Ehler eingegangen. Nur seiner klaren Aussage zum Flughafen haben Sie keine Aussage entgegengesetzt. Haben Sie das Frau Tack überlassen? Das war aus meiner Sicht wirklich inkonsequent. Frau Tack war genauso inkonsequent, da sie bisher nach meinem Wissen bei jeder Aussage Herrn Dr. Hackel widersprochen hat und ihn nun, als er vorhin ein lockeres Ja dazwischenrief, beim Wort genommen hat und meint, nun einen Verbündeten beim BBI zu haben.

(Heiterkeit)

Damit wir uns nicht immer streiten, Frau Tack, ich weiß, dass Sie lernfähig sind. Wir sprechen nicht über 90 000 und nicht über 70 000 Arbeitsplätze, sondern - glauben Sie einmal einem etwas älteren Herrn - international und national ist es so: Auf eine Million Fluggäste kommen tausend Arbeitsplätze.

Das sind Arbeitsplätze in der Region, die wir dringend brauchen. Arbeitsmarktpolitisch wirkt ein solcher Flughafen auch im Umkreis von 40 Kilometern. Also haben wir hier auch eine regionale Arbeitsplatzförderung.

Ich denke, dass wir in dieser Frage in der Sache weiterstreiten sollten, aber nicht mehr über das Ob. Es ist einfach der falsche Zeitpunkt. Vor allen Dingen sage ich Ihnen das in dem Bewusstsein, dass ich mich auch klar und deutlich und öffentlich immer für Sperenberg ausgesprochen habe, bis eine demokratische Entscheidung getroffen worden ist. Dann habe ich als Fachminister diese demokratische Entscheidung in der Konsequenz durchzusetzen. Das werden wir gemeinsam tun.

Vizepräsident Habermann:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Minister?

Minister Meyer:

Aber gern.

Vizepräsident Habermann:

Bitte schön, Frau Tack!

Frau Tack (PDS):

Herr Minister, können Sie sich erinnern, wer in den vergangenen zehn Jahren dafür Regierungsverantwortung getragen hat, dass es zugunsten von Schönefeld bisher keine Entscheidung für einen Flughafen gegeben hat?

Minister Meyer:

Ja.

(Heiterkeit bei der SPD)

Aber die Geschichte wäre zu lang für meine Redezeit.

Dankbar bin ich Herrn Müller und Herrn Christoffers für das Stichwort der Interessenunterschiede zwischen berlinnaher und berlinferner Region. Nun ist das nicht ganz neu, das wissen wir alle. Praktisch zeigt sich ganz deutlich eine bessere Entwicklung an den Verkehrsachsen Schiene/Straße und an den Schnittstellen der Autobahn. Deshalb bitte ich um weitere noch stärkere politische Unterstützung bei der Umsetzung des Maßnahmenpaketes „Blaues Netz“ und der Maßnahmen im Bundesverkehrswegeplan. Es ist mir jetzt egal, aus welcher Ecke welcher Anspruch kommt, ob das die Autobahn von Leipzig nach Cottbus ist, die Herr Schrey angesprochen hat, oder ob das die Autobahn im Norden durch die Prignitz an Wittenberge vorbei ist. Nein, das ist kein Gegeneinander, miteinander macht das System des „Blaues Netzes“ durch Ergänzungen im Bundesverkehrswegeplan Sinn. Deswegen müssen wir alle politischen Kräfte - alle! -

dafür einsetzen, dass in den Bundesverkehrswegeplan eben diese Maßnahmen des Landes Brandenburg, die gemeldet sind, auch hineinkommen. Ich werde jedenfalls dafür kämpfen. Ich werbe um Ihre Unterstützung.

Meine Damen und Herren, zum Wohnungsbau: Die Schwerpunktverlagerung im Wohnungsbau ist doch längst eingetreten. Dass jetzt die Ergebnisse teilweise erst für die Öffentlichkeit wirksam werden, ist im Prinzip für uns überhaupt nicht neu. Fakt ist: Seit 1996 haben wir unsere Politik im Prinzip auf die Bestände orientiert, auf die notwendige Sanierung von Plattenbauten und Altbauten. Dazu gehört auch irgendwann einmal das Wort Abriss. Dabei nutzen wir in Konsequenz neben den Landesfördermitteln auch die Modernisierungskredite der KfW und natürlich die Möglichkeiten, die der Bund noch in Überlegung hat.

Herr Warnick, entschuldigen Sie, ich habe vorhin versucht, Sie zu korrigieren. Sie haben wenigstens gelächelt. Dass nun Sachsen immer vorne ist, dass das nun bei dem Stichwort Altschuldenhilfe-Gesetz gerade aus Ihrem Munde kommt, das zeigt auch, dass Sie Politik nicht ganz objektiv nehmen. Denn Sie wissen, dass gerade das Land Brandenburg ganz konsequent beim Bund bis zuletzt und Gott sei Dank auch jetzt in diesen letzten Wochen erfolgreich die Überarbeitung, die Novellierung des Altschuldenhilfe-Gesetzes gefordert hat. Erst wenn wir den Bund in dieser Verantwortung haben - das war die notwendige Voraussetzung -, dann müssen und können wir im Land darüber nachdenken, wie wir den Kommunen helfen.

Fakt ist: Das ist keine Sache der Kommunen allein, denn sie sind nicht allein schuld. Das ist Sache des Bundes. Der Bund muss unterstützt werden durch die Länder, durch die Kommunen und durch die Banken. Auch die Banken müssen darüber nachdenken, was sie an Teilentschuldungen und anderen Möglichkeiten haben, um die Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften zu unterstützen.

Neubau findet doch praktisch schon seit dem vorigen Jahr nicht mehr statt. Es sind Lückenschließungen. Es sind städtebaulich herausragende Stellen. Wenn jetzt eine Zeitung nun ausgerechnet über die Dresdener Straße in Frankfurt (Oder) schreibt - Bewilligung 1997/98 -, so muss ich sagen, das war städtebaulich tatsächlich ein Musterbeispiel. Da muss Wohnungsbau kombiniert mit Dienstleistungsflächen hin. Das war richtig, dazu stehe ich. Ich habe mich nicht persönlich dafür eingesetzt, sondern es ist einfach der breite Konsens, dass es dazu keine Alternative gibt.

Ich glaube, es war auch richtig, dass wir zum Beispiel in der Stadt Luckenwalde 1994, 1995 und 1996 für eine weggebrochene Industriebrache mitten in der Stadt, mitten in einem regionalen Entwicklungszentrum, einen Impuls setzen und dieses Volltuchgelände bebauen.

Wir können doch - und ich möchte den sehen, der das schafft - Leerstand nicht verhindern, wenn eine Stadt 20 oder 25 % ihrer Einwohner verliert. Das ist nicht die Sache des Wohnungsbaus oder des Wohnungsneubaus. Wir haben in Schwedt in den ganzen zehn Jahren jetzt 20 Neubauwohnungen gefördert. Diese 20 Neubauwohnungen sind doch nicht die Ursache dafür, dass dort 14 000 Einwohner verlustig sind und dass dort 2 800 Wohnungen leer stehen. Da müssen wir sachlich bleiben.

Ich möchte auch ganz deutlich sagen: Richten Sie nicht alle Blicke immer nur auf die Platte! Wir müssen in die bestehende Substanz hineingehen. Da werden wir sehr differenzierte Bilder vorfinden. Ich sehe gerade Kollegen Neumann aus Wittenberge, wo das bahnhofsnahe Gründerzeitzentrum, im Prinzip Altbaubestand aus den Jahren 1870 bis ins Jahr 1900, leer steht, und zwar so leer steht, dass diese Gesellschaft im Prinzip einen Wohnungsleerstand von 35 % hat. Das heißt also, wir müssen es differenziert betrachten und dann die notwendigen Programme ansetzen. Wir alle gemeinsam werden noch in diesem Jahr darüber nachzudenken haben, wie wir den Kommunen helfen können.

Meine Damen und Herren, ich ziehe ein kurzes Fazit: Es gibt keinen Grund zum Jubeln. Die Infrastrukturunterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern sind nach wie vor groß, so groß, dass wir alle etwas dafür tun müssen, das im Prinzip abzubauen; denn es ist der Schlüssel für wirtschaftliche Stabilisierung, es ist der Schlüssel für wirtschaftliche Entwicklung.

Meine Forderungen an den Bund werden dabei, da bin ich mir relativ sicher, von allen Fraktionen dahin gehend unterstützt, auch in der Hoffnung, dass wir durch die Stärkung der eigenen Kraft, durch die Stärkung der eigenen Wirtschaft und durch die Bündelung der Stadt- und Dorfentwicklung und der wirtschaftsnahen Infrastruktur mit dem Wirtschaftsministerium bzw. mit dem Umweltministerium bessere Lösungen schaffen, das vorhandene Geld, was sicherlich nicht zu stark in den Haushalten eingestellt ist, so effizient wie möglich einzusetzen. Ich denke, wir werden das in den nächsten zwei Jahren noch gemeinsam bestreiten. - Schönen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Herrn Minister Meyer. - Wir sind am Ende der Aussprache zum Einzelplan 11 angekommen und wir kommen zur Abstimmung.

Ich rufe zuerst zur Abstimmung den Änderungsantrag der Fraktion der PDS auf. Er liegt Ihnen in Drucksache 3/1345 vor und betrifft Kapitel 11 040 Titel 883 29 - neu -. Es geht um die Einstellung eines neuen Titels mit Ansatz. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Ich rufe die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zum Einzelplan 11 auf. Sie liegt Ihnen in Drucksache 3/1211 vor. Wer dieser Beschlussempfehlung seine Zustimmung gibt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist die Beschlussempfehlung mehrheitlich angenommen und damit auch in der 2. Lesung der Einzelplan 11.

Ehe ich die nächsten Einzelpläne aufrufe, möchte ich Gäste begrüßen, diesmal wieder aus dem Süden, Gymnasiasten aus Spremberg. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich rufe den **Einzelplan 12 - Ministerium der Finanzen** - auf, die zugehörige Drucksache ist die 3/1212, den **Einzelplan 15 - Hochbaumaßnahmen des Landes Brandenburg** - dazu liegt Ihnen die Drucksache 3/1215 vor, und den **Einzelplan 20 - Allgemeine Finanzverwaltung** - die notwendigen Angaben finden Sie in der Drucksache 3/1220, ferner das **Haushaltsstrukturgesetz 2000** in der Drucksache 3/1221 und das **Haushaltsgesetz 2000/2001** in der Drucksache 3/1200.

Ich eröffne die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt mit dem Beitrag der PDS. Da mir die Fraktion der CDU Redeversicht signalisiert hat, geht das Wort an Frau Osten.

Frau Osten (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eine gewisse Erschöpfung macht sich in diesem Raum breit und ein wenig Galgenhumor. Allerdings glaube ich nicht, dass das daher kommt, dass hier so qualitativ gute Beschlüsse gefasst worden sind. Ich habe eher den Eindruck, dass sich das Parlament heute mehrheitlich einige Chancen für die Entwicklung des Landes entgehen lassen hat.

(Beifall bei der PDS)

Frau Ziegler hat zu Beginn ihrer Rede Selbstlob geübt und sie sprach auch über Prioritäten, wie zum Beispiel Bildung, wie Soziales und Arbeitsmarktpolitik. Ich bin zwar Optimist, aber ich muss ehrlich sagen: Ich kann das einfach nicht wiederfinden, weder im Regierungsentwurf noch in den Änderungsvorschlägen der Koalitionsfraktionen. Mein Blick und der meiner Fraktion auf diesen Haushalt und auf diese Debatte ist ein anderer. Ich möchte einige Punkte dazu benennen.

Erstens: Dieser Haushalt ist kein Sparhaushalt. Die Ausgaben für das Jahr 2000 steigen im Vergleich zu 1999 konkret um 565,7 Millionen DM an und sind im Jahr 2001 immer noch höher als 1999, nämlich um 35,9 Millionen DM. CDU und SPD reden zwar vom Sparen - sie meinen natürlich das Streichen -, wollen aber erst einmal mehr Geld ausgeben - allerdings nicht für Kitas, nicht für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, nicht für die Hochschulen, die Forstreform oder das Waldumbauprogramm.

Von Abbau ist die Rede - und zwar vom Abbau von Arbeitsplätzen bei Lehrern, Forstarbeitern, Verwaltungsmitarbeitern oder Kita-Erzieherinnen. Von Gebührenerhöhungen ist die Rede; ich nenne hier: Studium und Wasser. Von Kürzungen ist die Rede, zum Beispiel bei der Regionalstelle für Ausländerangelegenheiten, bei Weltanschauungsgemeinschaften, bei Förderungen nach der Richtlinie „55 aufwärts“ und auch bei kulturellen Einrichtungen.

Zweitens: Die eigentliche Basis der Koalition von SPD und CDU - so wurde es zumindest öffentlich verlautbart - war eigentlich ein konstruktiver und konsequenter Konsolidierungskurs. So wurde es beschrieben. Ich denke, mit diesem Haushalt ist das ad absurdum geführt worden. Diese Basis beginnt zumindest zu bröckeln. Die rot-schwarze Koalition hatte in Aussicht gestellt, das soziale Gewissen der SPD mit dem Sparwillen der CDU in eine glückliche Synthese zu bringen. Das Ergebnis

besteht darin, dass die SPD immer mehr ihr soziales Gewissen verliert und vom Sparwillen der CDU nicht mehr allzu viel zu erkennen ist.

(Beifall bei der PDS)

Ein übergreifendes und durchgängiges Haushaltskonzept der Landesregierung ist nicht erkennbar. Stattdessen kämpfen die CDU-Minister erfolgreich gegen die SPD-Minister, um mit ihren Einzelhaushalten möglichst ungeschoren über die Runden zu kommen. Über dem Tisch freundliche Gesichter und Treueschwüre, unter dem Tisch heftige Fußtritte.

(Beifall bei der PDS)

Das kurzfristige Ziel, nämlich auf eine Aufnahme neuer Kredite im Jahre 2002 völlig zu verzichten, wird zwar in der mittelfristigen Finanzplanung benannt, aber ich denke, es ist nicht zu schaffen, wenn man für 2000 und 2001 eine globale Minderausgabe von 594 900 000 DM einstellt. Neben der offiziellen Zahl der Finanzministerin in einer Höhe von rund 500 Millionen DM gibt es auch noch in den Einzelplänen weitere Minderausgaben: im Einzelplan 06 3,6 Millionen DM, im Einzelplan 10 25 Millionen DM, bei den Minderausgaben für das Personal 67,5 Millionen DM. Das kommt also noch hinzu. Der Sparwille der SPD/CDU-Koalition hat sich da auch sehr konkret gezeigt: Es wird hier eine globale Minderausgabe in Höhe von 6,3 Millionen DM hinzugefügt. Wenn es also diese Deckungslücke in einer Höhe von rund 3 % des gesamten Haushalts gibt und wenn weitere Unwägbarkeiten, die uns allen bekannt sind, ins Haus stehen - ich denke da an die Bundesgesetzgebung zur Einkommen- und Unternehmenssteuerreform, an notwendige Entschädigungen für Ernteausschläge, an die träge fließenden EU-Mittel und an unsichere Einsparvorschläge vonseiten der Koalition; ich denke an das Energiemanagement und den Einsatz der Lottomittel -, wenn man angesichts dessen meint, dass das Konsolidierungsziel zu erreichen ist, dann braucht man eine sehr optimistische Grundhaltung. Daran glaube ich wirklich nicht.

Dieser Sack voller Unsicherheiten macht klar, dass das Konsolidierungsziel so nicht zu erreichen ist. Dazu muss ich sagen: Schade - das wäre dann wahrscheinlich die einzige Schlussfolgerung, die man daraus ziehen kann - um das Papier für den Neudruck des Haushaltsplanes. Fügen wir doch einfach die wenigen, durch das Parlament vorgenommenen Korrekturen dem Entwurf als Ergänzung bei und begreifen das alles zusammen als ein vorläufiges und eigentlich bereits mit dem Beschluss nicht mehr titelscharf funktionierendes Arbeitspapier.

Ich teile den politischen Kurs von Frau Simon nicht, aber, Frau Ministerin, ich achte Ihre Ehrlichkeit. Sie haben uns zu Beginn der 2. Lesung ziemlich reinen Wein eingeschenkt. Sie haben die vorläufige Haushaltsführung seit Beginn des Jahres genutzt, um bei einer restriktiven Haushaltsführung weniger Geld auszugeben. Viele in Brandenburg, besonders diejenigen in Vereinen und Institutionen, haben dies natürlich gespürt. Sie, Frau Simon, haben uns ebenfalls gesagt, dass Sie die globale Minderausgabe sofort durch punktuelle Sperrungen untersetzen werden. Ich vermute, Sie arbeiten auch schon an dem Nachtragshaushalt. Damit wissen wir, was uns erwartet. Ich bleibe dabei: Es sind ungedeckte Schecks zumindest auch vonseiten des Parlaments

mit ins Spiel gebracht. Das Parlament entmachtet mit diesem Beschluss über den Haushalt sich selbst.

(Beifall bei PDS und DVU)

Oder welchen Einfluss haben wir darauf, wo diese 600 Millionen DM gestrichen werden? Das ist jetzt einzig Sache der Finanzministerin. Mein Vertrauen als Oppositionsmitglied hält sich dabei in Grenzen.

(Schippe [SPD]: Unseres nicht!)

Eigentlich hat die Finanzministerin auch wenig zu befürchten, wenn ihre wichtigste Priorität, Senkung der Nettokreditaufnahme, wegen all den im Haushalt nicht berücksichtigten Problemen nicht erreicht wird. Denn ich erinnere mich nicht, dass es vonseiten der CDU oder auch der SPD große Kritik an dem Haushaltsabschluss von 1999 gab. Denn dabei wurde das Ziel, Senkung der Nettokreditaufnahme, nicht erreicht. Die Nettokreditaufnahme wurde um 300 Millionen DM überschritten. Das hat eigentlich niemanden gejackt. Es gab sogar noch eine positive Pressemeldung aus dem Finanzministerium.

Drittens: Der größte Teil der von der Koalition vorgenommenen Umschichtungen bezog sich eher auf die Abmilderung von Kürzungen ihrer eigenen Regierung. Eigene Prioritäten des Parlaments konnte ich wirklich nicht erkennen. Größere Umschichtungen gab es beim Flughafen und bei den Dingen, die die Landesregierung vorher gekürzt hat. Wenn ich daran denke, dass die Landesregierung 88 Millionen DM im Jahre 2000 bei den Lehrstellen kürzt und Sie dann 3 Millionen DM als Gegenfinanzierung einbringen oder dass die Landesregierung im Jahr 2001 68 Millionen DM bei den Kitas kürzt und sie 14 Millionen DM aus dem GFG nehmen und es so konstruieren, dass das eine Abfederung werden soll

(Zuruf von der SPD: Falsch gelesen!)

oder dass die Landesregierung 43 Millionen DM bei ABM und SAM kürzt und dass die Koalition 10,75 Millionen DM als Abmilderung wieder hineinbringt, dann meine ich: Sie haben sich zwar um Schadensbegrenzung bemüht, aber ganz gelungen ist Ihnen das nicht.

(Beifall bei der PDS - Frau Ziegler [SPD]: Wir können Geld nicht drucken!)

Gerechterweise will ich allerdings auch noch erwähnen, dass es einen wirklich ganz neuen Vorschlag gab, nämlich das Handwerker-Investitionsdarlehensprogramm mit 4 Millionen DM in jedem Jahr. Sie wissen, dass uns ein erweiterter Bürgschaftsrahmen an dieser Stelle wirksamer erscheint. Ich denke aber, das ist ein Vorschlag, den wir unterstützen und anerkennen. Wir haben das durch unsere Zustimmung dokumentiert.

Trotzdem bleibt der Blick auf die vertanen Chancen des Parlaments. Ich denke, das Parlament konnte und wollte nicht die arbeitsmarktpolitischen und sozialen Einschnitte verhindern. Die Sicherung der zukünftigen Einnahmen wurde vonseiten der Koalition nicht thematisiert. Aber vielleicht erklärt mir Frau Ziegler dann noch in ihrem Redebeitrag, welche entwicklungspolitischen Effekte dieser Landeshaushalt hat - vielleicht sind

sie auch nur versteckt -, die Arbeitsplätze sichern oder gar schaffen helfen.

Nach meiner Ansicht hat sich die Mehrheit des Parlaments nicht mit Ruhm bekleckert. Wenn es um die notwendigen Veränderungen des Regierungsentwurfs geht, gab es gestern eine Bewertung von Herrn Dr. Niekisch. Sie bewegte sich bei drei. Ich würde das gern mit „ungenügend“ bewerten wollen.

(Beifall bei der PDS)

Viertens: Ich finde es sehr traurig, und darin sehe ich auch ein Stück weit die verpassten Möglichkeiten in diesem Parlament, dass es eine sehr konsequente ablehnende Haltung gegenüber den PDS-Vorschlägen vonseiten der SPD- und CDU-Abgeordneten gab. Vielleicht lag es daran, dass Sie nach dem festen Schnüren ihres Pakets nicht mehr die Legitimation hatten, neue Vorschläge zu akzeptieren bzw. darüber nachzudenken.

Ich habe auch Verständnis dafür, dass man über 600 Einsparungsvorschläge nicht sofort den Überblick bekommt. Aber ich denke, Ihr Bemühen war auch nicht allzu groß. Deshalb meine ich, dass die Vorschläge auf mehr Interesse hätten stoßen müssen.

Es kann auch nicht nur am Geld gelegen haben. Wir hatten z. B. den Vorschlag: Einbringung eines Leertitels für den Waldumbau. Dieses Programm ist 1993 schon beschlossen worden. Es war nicht möglich, diesen Titel einzubringen. Das hätte Sie nicht einmal etwas gekostet. Deshalb denke ich, Sie waren an der Stelle sehr verhärtet und sehr destruktiv.

(Beifall bei der PDS)

Ich kann auch einige meiner Fraktionskollegen verstehen, die die Debatte mittlerweile als Farce empfinden und den Aufwand an Geld und Papier, der hier betrieben wird, mit dem Ergebnis nicht in Übereinstimmung bringen können. Vielleicht ist es ein Vorschlag, dass man in Zukunft als Fraktion nur noch Pakete vorlegt, über die man geschlossen abstimmt, und dann hat man die Sache ziemlich schnell hinter sich.

(Beifall bei der PDS)

Fünftens: Ein Rätsel bleibt für mich Ihr Blick auf die angehäuften Schulden - zumindest in Ihrer Argumentation - von fast 25 Milliarden DM. Zumindest sind das die, die man im Haushaltsplan sofort sieht. Sie vermitteln immer den Eindruck, dass diese Schulden von Gott gegeben sind oder die PDS daran schuld ist.

(Klein [SPD]: Wenn Sie schuld wären, wären es 50 Milliarden!)

Ich muss Sie einfach daran erinnern: Es waren Mehrheitsbeschlüsse aus über zehn Jahren. Die SPD war immer dabei und das wissen Sie.

(Beifall bei der PDS - Klein [SPD]: Federführend!)

Gut, er erhöht es noch: federführend. Ich habe nichts dagegen, weil es so ist.

Um allen Spekulationen zu trotzen, wäre vielleicht eine Bilanz der Landesregierung darüber, was mit diesem Geld geschehen ist, wo das Geld denn geblieben ist, ganz nützlich, sodass man einmal erfährt, welche Impulse von diesem Geld ausgegangen sind. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es nur in die Baulichkeiten gegangen ist und vielleicht zur Veränderung der - um einmal Herrn Hackels Worte von gestern zu benutzen - „kommunistischen Trümmerstädte“ verwendet wurde. Ich denke, da gibt es noch anderes zu berichten, worauf wir ganz gespannt sind.

Übrigens, was diese „Trümmerstädte“ betrifft, muss ich noch ein Wort sagen. Mir tut es weh, wenn ich den Altschuldenkompromiss sehe, der von CDU und SPD schon vor geraumer Zeit gefasst wurde und der uns jedes Jahr 14,5 Millionen DM kostet, die wegen dieser „Trümmerstädte“ bzw. wegen der Schulden, die gesellschaftliche Einrichtungen zu DDR-Zeiten gemacht haben, von uns immer noch zu bezahlen sind. Wenn alles so schlimm war, frage ich mich: Warum bezahlen wir immer noch Geld dafür?

(Beifall bei der PDS)

Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang daran erinnern - das betrifft Ihre andere Argumentation, die hier fast niemand von Ihnen ausgelassen hat, dass die Deckungsvorschläge der PDS unseriös seien -: Unsere Deckungsvorschläge haben weder etwas mit Erhöhung der Kreditaufnahme zu tun noch mit globalen Minderausgaben. Sie standen nie in diesem Zusammenhang. Wenn sich die CDU an ihre Vorschläge der vergangenen Jahre erinnert, so ist sie mit globalen Minderausgaben immer sehr großzügig umgegangen. Und wenn ich an die Schulden denke, die 16 Jahre lang unter der Führung der CDU in der gesamten Bundesrepublik angehäuften wurden, so sind Sie mit diesem Thema sehr vertraut, und es hat nichts mit uns zu tun.

(Beifall bei der PDS)

Was unsere Deckungsvorschläge betrifft, so wäre es notwendig, sich die sächlichen Verwaltungsausgaben einmal genau anzusehen. Da haben wir das Ministerium von Frau Simon bevorzugt, weil sie die oberste Finanzhüterin ist. Wenn man da zwischen 1999 und 2000 Unterschiede in Größenordnungen von mehreren 10 000 DM findet - bei Geschäftsbedarf, Telefonkosten usw. -, dann ist es legitim, dass man darüber spricht. Mir wäre es einfach lieber, wenn man hier konstruktiv herangeht und vielleicht auch das eine oder andere im Haushaltsausschuss bewilligt, um neue Möglichkeiten in diesem Haushalt zu erschließen.

(Zuruf des Abgeordneten Vietze [PDS])

Wir haben festgestellt: Wenn in allen Fachministerien der Abfluss der Mittel für die Verwaltung von 1999 erreicht worden wäre - dass man ein bisschen zurückgeht, haben wir noch gar nicht ins Feld geführt, sondern wir wollten, dass Sie genau mit diesen Mitteln arbeiten -, dann wäre z. B. die Kita-Kürzung um 25 Millionen DM nicht notwendig gewesen.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Habermann:

Frau Osten, nehmen Sie nicht wieder Anlauf; Ihre Redezeit ist vorüber.

Frau Osten (PDS):

Dann möchte ich nur noch sagen, dass auch die Methoden, nicht nur der Inhalt, in diesem Haushaltsplan nicht stimmen, denn man kann kein Haushaltsstrukturgesetz zusammenbauen, mit dem man mehrere Gesetze dem Haushalt angleicht, alles das hineinschreibt, was man gern möchte, ohne fachliche Diskussion, ohne Einbeziehung des Sachverständes von außen. Das ist eine oberflächliche Arbeit, die wir uns in diesem Parlament nicht angewöhnen sollten. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete Osten. - Das Wort geht an die Fraktion der SPD, Herrn Abgeordneten Klein.

Klein (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein Debattenmarathon geht zu Ende. Aber ich sage das nicht bedauernd, sondern es gehört sich, dass man zu einem Haushalt lange redet, debattiert, sich austauscht, und allemal bei einem Doppelhaushalt, den wir zu beschließen haben. Deswegen ist das schon in Ordnung. Dass es durch das Klima erschwert wurde, dafür können wir nichts. Dass es gegen Ende etwas luftiger wird, das erfreut uns, aber es hilft uns jetzt nicht mehr sehr viel.

Ich habe wie die meisten hier in diesem Hause den Reden mit Interesse gelauscht, soweit es eben möglich war, die Aufmerksamkeit über eine so lange Zeit aufrechtzuerhalten. Deswegen habe ich mich auf das beschränkt, was mich als Mitglied der regierungstragenden Fraktion, der SPD, betrifft. Ich habe mich natürlich nicht so sehr auf unsere Beiträge kapriziert, weil ich sie von der Tendenz und vom Inhalt her ja kannte, sondern habe auf das gehört, was die Opposition zu sagen hatte. Da war ich immer sehr hellhörig.

Jetzt sei es mir gestattet, eine Bewertung vorzunehmen. Jeder zieht sich die Jacke an, die ihm paßt. Es reichte von Inhaltsleere, die ich gehört habe, bis zu Substanz, die ich gehört habe, diese Substanz auch dargeboten in einer Art, dass man dafür beinahe einen Film-Oscar hätte vergeben können. Das war dann zumindest unterhaltsam. Jetzt überlegen Sie sich alle, wo Sie denn hingehören!

(Zuruf des Abgeordneten Vietze [PDS])

Dann sage ich jetzt: Der Vietze war schon toll. Mein Mitarbeiter - das will ich nicht verhehlen - hat kurz ins Fernsehen geschaut, hat auf mich geguckt, und ich habe mit Interesse und auch einem gewissen Wohlgefallen gehört, was Sie gesagt haben.

Da ich jetzt Herrn Vietze angesprochen habe, will ich auch ein Wort zu dem Hauptvorwurf sagen, den er uns gemacht hat. Der Hauptvorwurf war - da haben Sie immer auf Frau Ziegler geschaut, und manchmal habe ich mich auch ein bisschen getroffen gefühlt, weil der Blick dann auch noch nach rechts ging,

ganz entgegengesetzt Ihrer sonstigen Blickrichtung - die globale Minderausgabe.

Sie haben, Herr Vietze, in der Rede von Frau Ziegler eins völlig außer Acht gelassen, nämlich dass Frau Ziegler gesagt hat: Wir sind mit dieser globalen Minderausgabe wahrlich nicht zufrieden, aber wir mussten sie vorsehen im Interesse des Landes Brandenburg. Wir haben 500 Millionen Mark als globale Minderausgabe in diesem Haushalt für zwei Jahre. Es ist immer interessant, dass unterschlagen wird - und Sie gehen auch nicht richtig dagegen an -, dass diese 500 Millionen DM auf zwei Jahre verteilt sind. Wenn Sie reden, hört es sich immer so an, als wäre das ein Jahr.

(Vietze [PDS]: Wir reden ja über einen Doppelhaushalt!)

Also es ist für zwei Jahre und da teilt es sich und modifiziert es sich. Und jetzt kommt das, was wir zur Rolle des Parlaments gesagt haben, was Frau Osten angemahnt hat: Die Rolle des Parlaments wird natürlich an dieser Stelle sein, die globale Minderausgabe, die durch die Finanzministerin in erster Linie beobachtet wird, auch zu beobachten.

Die Vorsitzende des Haushaltskontrollausschusses, Frau Dettmann, die wir alle als einen kritischen Geist kennen - ich musste jetzt überlegen, ob man „Geist“ auch mit einem weiblichen Titel versehen kann, man muss da immer aufpassen -, wird genauso verfolgen, was mit unserer globalen Minderausgabe passiert, ob da alles vernünftig läuft.

Vizepräsident Habermann:

Herr Abgeordneter Klein, gestatten Sie eine Zwischenfrage? - Bitte schön, Frau Osten!

Frau Osten (PDS):

Herr Klein, Sie sprachen von dem Willen der Koalitionsfraktionen, diese globale Minderausgabe zu senken. Deshalb stelle ich die Frage nach ihrem Fleiß. Ich frage Sie, wie fleißig sie an der Durchsetzung dieses Willens gearbeitet haben, wenn sie z. B. eigene Einsparungsvorschläge, die sie unterbreitet haben, uns nicht erklären konnten, sondern die Landesregierung dazu brauchten, wenn sie sich nur mit großen Positionen bei Einsparungsvorschlägen abgegeben, die kleinen übersehen und unsere nicht einmal gelesen haben, und wenn sie mit globalen Minderausgaben irgendwelche Dinge decken, wenn es schnell gehen soll.

Klein (SPD):

Angesichts dieser Frage denke ich, Frau Osten, müssen wir eins klären, zumal es in der mündlichen Anrede nicht zu erkennen ist: Sie haben hoffentlich „sie“ nicht großgeschrieben,

(Frau Osten [PDS]: Klein!)

weil ich mir ungern den Vorwurf gefallen ließe, dass ich nicht fleißig bin. Aber natürlich - und das werden Sie bestätigen - bedienen wir uns auch des Sachverständes der Verwaltung, wenn wir in Haushaltsberatungen gehen.

Das ist doch legitim, da habe ich überhaupt keine Sorgen, wenn wir das so tun.

(Vietze [PDS]: Wir brauchen nicht mehr so viel zu tun wie die anderen!)

Das verstehe ich jetzt nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Vietze [PDS])

Ja, gut.

Ich komme jetzt zum zweiten Vorwurf, den der Herr Vietze in seiner schon so oft kolportierten Filmrede gehalten hat. Das ist die Frage der Dankbarkeit angesichts der Sparvorschläge, die die PDS eingebracht hat. Das, muss ich ehrlich eingestehen, verstehe ich nicht, denn unsere - und wenn ich jetzt unsere sage, dann meine ich die ganze große Koalition - Mitglieder im Ausschuss für Haushalt und Finanzen haben durchaus Entgegenkommen gezeigt und haben, so wie es Herr Warnick heute in seiner Rede auch wiedergegeben hat, beim Haushalt des MSWV einem Änderungsantrag der PDS zugestimmt.

(Zwischenruf von der PDS: Juchhu!)

Ja, in Meck./Pomm., wie man so schön verkürzt sagt, ist ja die verehrte CDU in der Opposition. Die Haushaltsberatungen haben stattgefunden - raten Sie einmal, wie viel Anträge der CDU durchgekommen sind! Übrigens: Auch wir haben das mit unseren Stimmen verhindert. - Natürlich nicht einer.

Seit Jahrzehnten regiert die CSU in absoluter Mehrheit in Bayern. Raten Sie einmal, wie viel Anträge der SPD in den Haushaltsberatungen im Landtag in Bayern durchkommen! - Nicht einer.

Herr Vietze, es sind zwar wenig Anträge, die durchgekommen sind, daran gibt es keinen Zweifel, aber es kommen Anträge durch. Den Brandenburger Weg, über den wir so manches Mal gesprochen haben, haben ja nicht unbedingt wir verlassen. Unser Fraktionsvorsitzender hat ihn ja immer wieder sozusagen als Hand, die wir Ihnen reichen wollten, angeboten; verlassen haben Sie ihn.

Vizepräsident Habermann:

Herr Abgeordneter Klein, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage?

Klein (SPD):

Aber ja.

Vietze (PDS):

Hoch geschätzter Kollege Klein! Es gab eine ganze Reihe von Anträgen, die sich auf den Titel Telefongebühren bezogen. Wie Sie wissen, gibt es auf diesem Gebiet ...

Vizepräsident Habermann:

Herr Abgeordneter Vietze, würden Sie bitte eine Frage formulieren!

Vietze (PDS):

Ich frage Sie deshalb: Ist Ihrer Fraktion an einer Stelle ein sachliches Argument eingefallen, warum im Verhältnis zum Vorjahr im Titelausschuss für 2000 und 2001 in jedem Ministerium und in Nachfolgeeinrichtungen in irgendeiner Weise immer mehr Telefonkosten einzustellen sind, als im Vorjahr vertelefoniert wurden?

Klein (SPD):

Wahrscheinlich ist uns kein sachliches Argument eingefallen, sondern wir haben lediglich darauf verwiesen, dass wir bei diesen Dingen, die Sie in einer langen Liste mit Vorschlägen, die ich als absolute Fleißarbeit zu akzeptieren habe, pauschal gesagt haben: Wir werden das, was Sie als Kürzungen bei Sachausgaben vorschlagen, natürlich im Laufe der zwei Jahre, in denen dieser Haushalt läuft, beobachten und natürlich auch der Landesregierung auf den Füßen stehen und sagen: Wir wünschen uns schon an dieser oder jener Stelle eine Einsparung trotz des bisher Beschlossenen.

Vizepräsident Habermann:

Herr Abgeordneter Klein, erlauben Sie noch eine Frage?

Klein (SPD):

Aber natürlich.

Vietze (PDS):

Können Sie mir sagen, warum wir in diesem Parlament mit dem Einzelhaushalt immer eine ganz exakte Summe beschlossen haben, die dem Ministerium und den Ministern zur Verfügung steht, wenn sie darüber sowieso nicht verfügen sollen? Welchen Sinn macht dann diese Haushaltsdiskussion?

Klein (SPD):

Sie erinnern sich an eine Bemerkung, die ich vorhin im Zusammenhang mit einer globalen Minderausgabe gemacht habe? - An der Stelle wird es wirksam. So ist es.

Und nun zu einer Geschichte, die ein bisschen das aufgreift, was Sie vorhin mit dieser Frage angesprochen haben, Herr Vietze, warum wir uns des Sachverstands der Landesregierung bedient und manche Dinge dann als Deckungsquelle angeboten haben. Sie haben dabei abgehoben auf dieses Fernwärmeinvestitionsprogramm, und diesbezüglich möchte ich Sie wirklich darauf aufmerksam machen, dass das nicht eine Leistung der Landesregierung war, sondern eine Leistung der Koalitionsfraktionen, die dieses auch selbst herausgefunden haben und ihrer Aufgabe als Legislative gerecht geworden sind.

(Heiterkeit bei der PDS)

Und nun noch einmal ganz allgemein zur Opposition: Sowohl Sie von der PDS als auch Sie von der DVU - und Sie ganz besonders; ich will die DVU heute einfach nicht ungeschoren davonkommen lassen - haben es sich mit den Deckungsvorschlägen sehr leicht gemacht.

Die PDS prognostiziert Steuererhöhungen und die DVU will bei Baumaßnahmen - und dabei geht es nicht um einen in weiter Ferne liegenden Landtagsneubau, sondern ganz allgemein um Baumaßnahmen - Kürzungen vornehmen mit der wunderschönen Begründung, dass sie die frei werdenden Mittel für kleine und mittelständische Unternehmen einsetzen möchte. Sie vergisst dabei völlig, dass gerade mit den Baumaßnahmen im Lande kleine und mittelständische Unternehmen ihr Auskommen und ihre Arbeit finden. Wenn wir das kürzen, dann würden gerade die von Ihnen als so schützenswert angesehenen kleinen und mittelständischen Unternehmen ungeschützt dastehen und über kurz oder lang Konkurs anmelden müssen. Das kann wahrlich nicht gehen, meine Damen und Herren der DVU. Da beißt sich die Katze in den Schwanz.

Vizepräsident Habermann:

Herr Abgeordneter Klein, es ist noch eine Frage angemeldet. Wollen Sie antworten?

Klein (SPD):

Jawohl.

Frau Hesselbarth (DVU):

Darf ich dann davon ausgehen, dass ein Landtagsneubau nur von kleinen und mittelständischen Unternehmen ausgeführt wird und nicht von Großkonzernen?

Klein (SPD):

Frau Hesselbarth, wir sind weit davon entfernt, einen Landtagsneubau überhaupt in unseren Köpfen zu bewegen, obgleich es heute hier sehr heiß war. Die Finanzministerin hat - wie soll man es nun nennen? - die Aktivierung dieses Landtages mit den Boxen, die da unten stehen, schon angedeutet. Wie weit das hilfreich wäre, wage ich zu bezweifeln. Offensichtlich ist es ja an den Kabeln gescheitert.

Vizepräsident Habermann:

Sie sollten sich als Lehrer nicht über technische Details unterhalten.

(Heiterkeit)

Klein (SPD):

Mit Verlaub, Herr Präsident, ich will nur richtig stellen: Den Stecker in eine Steckdose zu stecken ist selbst einem so technisch unbegabten Menschen wie mir durchaus geläufig, sodass ich also diesen Vorwurf, dass ich mich jetzt hier in einen Bereich begeben habe, den ich nicht beherrsche, weit zurückweise.

Aber ich komme zurück auf das, was ich der DVU zu ihrem Vorschlag zu sagen habe: Derartige aus der Luft gegriffene und durch nichts untersetzte Deckungsquellen, meine Damen und Herren, halte ich für einen echten Betrug an den Bürgern.

Tatsächlich würde bei der Zustimmung zu Ihren sämtlichen Anträgen die globale Minderausgabe weiter erhöht. Ausge-

rechnet Sie wagen es sich, uns vorzuhalten, dass wir diesen Betrag nicht abgesenkt haben.

Ich will noch auf die - jedenfalls durch mich so wahrgenommen - bemerkenswerte Rede des Herrn Dr. Ehler eingehen, weil er nämlich etwas gesagt hat, was ein wenig auch wieder in der Rede, die Frau Osten gehalten hat, angeklungen ist. Das ist die Frage des Versprechens, was der Opposition eigen ist. Ich habe das überhaupt nicht zu kritisieren. Selbstverständlich kann die Opposition den Leuten im Lande alles das versprechen, was den Vorstellungen der Menschen entspricht und was ihr genehm ist.

Aber wenn das so wäre, dann träfe dieser Einwurf, den ich vorhin gemacht habe, zu, der von Frau Osten so ein bisschen als scherzhaft aufgenommen wurde - wenn Sie das Sagen hätten, und zwar ungehindert, wenn all das, was Sie den Menschen versprechen, Wirklichkeit würde, dann wären wir wirklich nicht bei 25 Milliarden DM Verschuldung, sondern wir wären bei 50 Milliarden DM.

(Zwischenruf von der PDS: Stimmt doch überhaupt nicht!)

Herr Dr. Ehler hat das in einer sprachlichen Form gemacht, die mir nicht so sehr eigen ist, ich bin da etwas schlichter und versuche einmal, was Sie gemacht haben, an Beispielen zu erläutern. Diese Beispiele kann eigentlich jeder, der in diesem Parlament sitzt, nachvollziehen. Sie alle gehen so wie ich - manche mit größerer Freude, manche mit geringerer, ich immer mit großer Freude - in Besuchergruppen.

Wenn wir in Besuchergruppen sind, dann sind häufig auch Kolleginnen und Kollegen der PDS dabei und - wenn wir uns jetzt die Reihe der Minister anschauen, die immer einen Fachbereich zu vertreten haben - dann versprechen sie dort gerade immer den Leuten das, was ihnen genehm ist. Ist Herr Dr. Trunschke da, dann wird der Wissenschaft und der Kultur alles versprochen, ist Frau Dr. Schröder da, wird alles für die Arbeitsmarktpolitik versprochen, ist - jetzt könnte ich das so fortsetzen - Frau Tack da, dann geht natürlich alles in ihren Bereich, nur nicht in den Flughafen usw. usw.

Deswegen sage ich immer: Was Sie tun, ist in der Debatte natürlich legitim. Aber es erweckt bei den Menschen im Lande falsche Vorstellungen. Auch Sie könnten nicht alle Versprechen einhalten, die Sie hier, vor Besuchergruppen oder wo auch immer machen.

(Frau Osten [PDS]: Die Schulden haben Sie gemacht!)

- Frau Osten, Ihr Blick auf den Haushalt ist wirklich ein anderer. Er unterscheidet sich diametral von unserem Blick auf den Haushalt.

(Zuruf von der PDS: Gott sei Dank!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich konstatiere, dass wir mit dem Ergebnis der Haushaltsberatungen durchaus zufrieden sind.

(Vietze [PDS]: Dass Sie zufrieden sind, haben wir uns schon gedacht!)

Allerdings gebe ich auch zu, dass ich mit der Haushaltssituation nicht zufrieden bin. Deshalb müssen wir sie verbessern. Für uns ist es wichtig, dass wir am Kurs der Absenkung der Neuverschuldung festhalten. Dank der Finanzministerin und natürlich auch dank des Landtages geht Brandenburg trotz des nicht abzustreitenden Nachholbedarfs den richtigen Weg in die Zukunft.

Mit unserer Investitionspolitik wurden gute Standortbedingungen für die Unternehmen und gute Voraussetzungen für die Verbesserung der Beschäftigungssituation geschaffen. Mit einer klugen Politik, die Konsolidierung und Wachstum vereint - Herr Fürniß hat es heute unnachahmlich zum Besten gegeben -, lässt sich die Lebensqualität in Brandenburg spürbar verbessern. Das, Frau Osten, ist ehrliche Politik im Interesse der Bürger dieses Landes. Deshalb bitte ich Sie um Zustimmung zu den Beschlüssen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zu den Einzelplänen 12, 15 und 20. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsident Habermann:

Schönen Dank, Herr Abgeordneter Klein. - Das Wort geht an die Fraktion der DVU. Frau Abgeordnete Fechner!

(Frau Osten [PDS]: Die Rede hätte elf Jahre alt sein können! - Klein [SPD]: Was erwarten Sie von einem alten Mann? - Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

- Herr Klein, wünschen Sie das von mir kommentiert zu hören?

(Heiterkeit - Klein [SPD]: Das wurde heute schon einmal gesagt! Ich lebe damit!)

Nun hat, meine Damen und Herren, die Fraktion der DVU das Wort. - Frau Fechner, bitte!

Frau Fechner (DVU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu Beginn dieses letzten Abschnittes unserer Haushaltsberatungen möchte ich zunächst den Einzelplan 12 - Ministerium der Finanzen - kurz streifen.

Die Gesamtsumme der Ausgaben im Jahr 2000 ist mit 384 Millionen DM veranschlagt. Das sind 14 Millionen DM weniger als im Jahr 1999. Im Jahr 2001 erfolgt ein Aufwuchs von über 5 Millionen DM auf 389 Millionen DM, mithin eine Absenkung im Zweijahreszeitraum von 9 Millionen DM.

Während sich die Ministerin mit einem Jahresgehalt von 264 700 DM wieder Westbezüge gönnt und bei den Beamten ein Aufwuchs um über eine Million DM gegenüber 1999 stattfindet, beinhaltet der Einzelplan 12 eine globale Minderausgabe für Personalausgaben von 1 365 500 DM im Jahr 2000 und 1 499 600 DM im Jahr 2001.

Ein Änderungsantrag unserer Fraktion, der darauf zielte, diese Deckungslücke zu schließen, und zwar unter anderem durch Einsparungen beim Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen im Kapi-

tel 12 040, bei Sachverständigen-, Gerichts- und ähnlichen Kosten im Kapitel 12 050,

(Frau Siebke [SPD]: Sachverständige können Sie wohl nicht gebrauchen?)

bei EDV-Unterhaltungskosten und Erwerb von EDV im Kapitel 12 070, bei Reisekostenvergütungen für Dienstreisen im Kapitel 12 080, bei Kosten der Datenfernübertragung sowie dem Erwerb von Mobiliar im Kapitel 12 100 oder beim Geschäftsbedarf im Kapitel 12 200, wurde seitens der Koalitionsfraktionen abgelehnt. Ebenso wurden die zahlreichen Änderungsanträge der PDS-Fraktion abgelehnt, die ebenfalls auf Kürzungen einzelner Titel zielten.

Aufgrund der Tatsache, dass der Einzelplan 12 einerseits eine Deckungslücke von nahezu 1,5 Millionen DM enthält, andererseits zahlreiche Einsparmöglichkeiten nicht berücksichtigt wurden, lehnt unsere Fraktion auch diesen Einzelplan ab.

Der Einzelplan 15 mit einer Gesamtausgabensumme von 374 Millionen DM oder 20 Millionen DM weniger als im Vorjahr, wobei im Jahr 2001 ein Anstieg von etwas über einer Million DM noch erfolgt, beinhaltet unserer Meinung nach viele höchst unsinnige und Geld verschwendende Baumaßnahmen.

Änderungsanträge unserer Fraktion richteten sich gegen die Einstellung von 600 000 DM im Jahr 2000 und 2 Millionen DM im Jahr 2001 für Neu-, Um- und Erweiterungsbauten für den Landtag. Solange weder über einen Landtagsneubau seitens der Legislative noch über die Fusion von Berlin und Brandenburg entschieden ist, sind unserer Meinung nach keine Mittel für Baumaßnahmen des Landtages in den Haushaltsplan 15 einzustellen, sondern stattdessen der globalen Minderausgabe als Deckungssumme zuzuführen. Dieser Antrag liegt Ihnen auch hier und heute vor. Der Kompromissvorschlag der PDS-Fraktion, die Mittel einzustellen, aber zu sperren, geht, wie schon gesagt, an der Realität der Mehrheiten im Finanzausschuss vorbei. Daher fordere ich Sie nochmals auf, diese Gelder zur Deckung der globalen Minderausgabe zu verwenden und den Haushaltsansatz im Kapitel 15 101 Titel 712 10 zu streichen.

Weitere Änderungsanträge unserer Fraktion, die in der Haushaltsdebatte im Finanzausschuss ebenfalls abgelehnt wurden, betrafen mögliche Einsparungen der Baukosten an den Außenanlagen der Staatskanzlei in Höhe von 1,16 Millionen DM im Jahr 2000 und von 1,676 Millionen DM im Jahr 2001. Des Weiteren schlugen wir vor, die geplanten Mittel für Baumaßnahmen der Landesvertretung in Berlin angesichts der prekären Haushaltslage und der räumlichen Nähe zu Berlin sowie angesichts der Fusionsdebatte zwischen Berlin und Brandenburg auf das Nötigste zu beschränken und finanziell zu optimieren, sodass von den geplanten 4 Millionen DM 2 Millionen DM hätten eingespart werden können. Auch dies wurde abgelehnt. Das Gleiche traf unseren Antrag auf Rückführung der Mittel für Baumaßnahmen am Verbindungsbüro der EU in Brüssel im Jahr 2001 auf das Niveau des Jahres 2000. Auch hier hätten 1,322 Millionen DM im Jahr 2001 eingespart werden können.

Doch das Tollste, was sich diese Landesregierung leistet, die mit ihrem Haushalt am finanziellen Hungertuch nagt, ist der im Kapitel 15 160 - Hochschulbau - Titel 713 62 geplante Neubau eines Studiolgebäudes der Hochschule für Film und Fernseh-

hen in Babelsberg. Dieser Neubau, der - man glaubt es kaum - summa summarum 93 Millionen DM kosten soll, wird im Haushaltsjahr 2000 mit einer Summe von 8,6 Millionen DM und im Jahr 2001 sogar mit 18,035 Millionen DM veranschlagt. Im Jahr 1999 waren es noch 2,235 Millionen DM. Unser Änderungsantrag geht nicht dahin, den bereits begonnenen Bau dieses Studiolehrgebäudes komplett zu stoppen, sondern wir wollten lediglich eine für das Land tragbare finanzielle Lösung, allerdings ohne diese immense Geldverschwendung. Dies muss ich hier und heute, meine Damen und Herren, im Namen meiner Fraktion der Deutschen Volksunion klipp und klar sagen. Unser Antrag ging dahin, im Jahr 2000 den Ansatz von 8,6 Millionen DM um 2,816 Millionen DM auf 5,784 Millionen DM zu kürzen. Im Jahr 2001 wollten wir den Ansatz von 18,035 Millionen DM um 10 Millionen DM auf 8,035 Millionen DM kürzen, was immer noch eine deutliche Steigerung gegenüber den Vorjahren wäre.

Es verwundert nicht, dass sowohl die Fraktionen von SPD und CDU diesen Antrag abgelehnt haben, die, wie wir bereits beim Einzelplan des Wirtschaftsministeriums gesehen haben, der Förderung von Babelsberg, das ohnehin in Geld schwimmt, mehr Bedeutung als der Förderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen oder Existenzgründern beimessen.

(Zuruf von der SPD: Sie haben keine Ahnung!)

Vizepräsident Habermann:

Frau Abgeordnete Fechner, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Frau Fechner (DVU):

Ich möchte erst meine Ausführungen zu Ende bringen. Dann kann auch Herr Schulze eine Frage stellen.

Vizepräsident Habermann:

Nein, Nachfragen gestatte ich nicht. Vielen Dank!

Frau Fechner (DVU):

Auch die PDS-Fraktion stimmte unseren Antrag gnadenlos nieder - wohl deswegen, weil ihr Chef, Herr Prof. Dr. Bisky, einstmals Rektor dieser Hochschule war.

Rechnen wir die Einsparsummen der Jahre 2000 und 2001 zusammen, die durch die Änderungsanträge unserer Fraktion, die teilweise auch von der PDS mitgetragen wurden, hätten erreicht werden können, so kommen wir im Jahr 2000 auf 6,576 Millionen DM und im Jahr 2001 auf sage und schreibe 16,998 Millionen DM. Diese hätten dem Landeshaushalt zur Deckung der globalen Minderausgabe zugeführt werden können.

Aber bei unsinnigen Prunk- und Protzbauten des Landtages, der Staatskanzlei, der EU-Vertretung oder der Filmhochschule Babelsberg hat man natürlich Geld, das man andererseits bei den Arbeitslosen oder Kindertagesstätten einspart.

Wir lehnen daher den Haushalt des Einzelplans 15 wegen Verschwendung finanzieller Landesmittel ab.

(Beifall bei der DVU)

Der Einzelplan 20, Allgemeine Finanzverwaltung, der seitens der Landesregierung hier im Entwurf vorliegt, schließt mit Gesamteinnahmen von 14,815 Milliarden DM im Jahr 2000. Das ist mit 5 Millionen DM mehr als 1999 praktisch eine Stagnation. Im Jahr 2001 soll mit 36 Millionen DM mehr ein Aufwuchs auf 14,851 Milliarden DM erfolgen. Die Gesamtsumme der Ausgaben im Haushaltsjahr 2000 soll, wenn es nach dem Willen der Landesregierung geht, mit 5,986 Milliarden DM 139 Millionen DM weniger betragen als 1999. Im Jahr 2001 soll sie allerdings um 253 Millionen DM auf 6,24 Milliarden DM ansteigen. Summa summarum ergibt sich im Doppelhaushalt ein Plus von 114 Millionen DM.

Die Zahlen sagen allerdings de facto nichts, denn es handelt sich bei den Steuern um die Ergebnisse der Steuerschätzung des Bundes und der Länder, bei denen man sich grundsätzlich nach oben verschätzt. Besonders weit nach oben haben sich bei der Steuerschätzung allerdings die Kollegen der PDS verschätzt, und zwar nach eigenem dialektischem Gutdünken - Realität hin, Realität her.

Andere Deckungsvorschläge, wie zum Beispiel die Kürzung von Zinsausgaben, Kassenkrediten und Ähnliches, die die PDS-Fraktion vorschlug, gehören ebenfalls in das Reich der Fantasie.

Die Koalitionsfraktionen dagegen ließen sich etwas Besonderes einfallen, indem sie durch eine Erweiterung des Haushaltsstrukturgesetzes Änderungen des Lotteriegesetzes und des Spielbankengesetzes durchpeitschten - gegen unseren Willen und auch gegen den der PDS-Fraktion. Ein Antrag der PDS-Fraktion auf Anhörung von Zuwendungsgebern und -empfängern von Mitteln der Konzessionsabgabe Lotto im Ausschuss für Haushalt und Finanzen, welcher von unserer Fraktion mitgetragen wurde, wurde schlicht und ergreifend, ich möchte fast sagen: abgebugelt, obwohl er äußerst sinnvoll gewesen wäre.

Durch die Änderung dieser Gesetze wurde einerseits erreicht, dass die Zuführungen an den Spielbankenfonds im Kapitel 20 020 - Allgemeine Bewilligungen - nicht mehr notwendig sind, da diese Mittel direkt dem Landeshaushalt zugeführt werden können.

(Unruhe im Saal)

Vizepräsident Habermann:

Frau Abgeordnete, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. - Meine Damen und Herren, wir sind hier in einer Plenardebatte und nicht in der Nachmittagspause. - Bitte fahren Sie fort!

Frau Fechner (DVU):

Andererseits erreichte man durch die Änderung des Lotteriegesetzes nicht nur die Zulassung von Sportwetten im Land Brandenburg, sondern auch eine Änderung der Verteilung der Einnahme aus der Lottokonzessionsabgabe, welche bisher nach einem festen Quotensystem auf die Ministerien zu verteilen war. Damit hofft man, im Jahr 2001 10 Millionen DM einsparen zu können.

Zu dieser Vorgehensweise schreibt zum Beispiel der Landesfeuerwehrverband Brandenburg e. V.:

„Wir fordern, dass die Konzessionsabgabe Lotto in bisheriger Höhe auch in Zukunft vollständig für gemeinnützige und soziale Zwecke entsprechend des diesbezüglichen Beschlusses von 1991 verwendet wird. Auf keinen Fall dürfen diese Mittel zur Konsolidierung des Landeshaushaltes verwendet werden. Ein solches Verfahren würde ausschließlich zulasten der Bürger Brandenburgs gehen. Wir fordern alle Abgeordneten auf, eine verantwortungsvolle Entscheidung im Interesse der Bürger dieses Landes zu schaffen.“

Wir als Fraktion der Deutschen Volksunion schließen uns dieser Forderung an und befürworten, dass die Lottomittel für gemeinnützige Zwecke wie bisher verwendet und nicht dem Landeshaushalt zum Stopfen von Finanzierungslöchern zugeführt werden.

Vizepräsident Habermann:

Frau Abgeordnete, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Frau Fechner (DVU):

Ja - bitte.

(Beifall bei SPD und CDU)

Schulze (SPD):

Sehr geehrte Frau Fechner, da ich nicht weiß, wann Sie zum Ende kommen, und da keine Nachfragen zugelassen werden, muss ich jetzt dazwischenfragen. Sie haben vorhin ausgeführt - dazu möchte ich eine kleine Auskunft haben -, Sie wollten die Hochschulmittel für Babelsberg etwas strecken.

Vizepräsident Habermann:

Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zur Frage!

Schulze (SPD):

Ich komme zur Frage: Über wie viele Jahre oder Jahrzehnte soll denn der Bau dieses Studio-Lehrgebäudes gestreckt werden?

Frau Fechner (DVU):

Das ist eine sehr konkrete Frage, auf die Sie eine ganz konkrete Antwort bekommen: Das ist im Ausschuss diskussionswürdig. Ist Ihre Frage damit beantwortet?

(Frau Thiel-Vigh [SPD]: Jetzt wissen wir, wie konkret Ihre Antworten sind!)

Am gravierendsten ist im Einzelplan 20 die Deckungslücke; sie macht den Gesamthaushalt von vornherein zur Makulatur. Wir fordern mit unserem hier vorliegenden Änderungsantrag die Landesregierung auf, ihren Haushaltsplanentwurf 2000/2001 umgehend zurückzunehmen und dergestalt zu überarbeiten, dass eine globale Minderausgabe nicht mehr nötig ist. Außerdem fordern wir die Abgeordneten des Landtages auf, den hier vorliegenden Haushalt aufgrund der Deckungslücke von inzwischen fast 500 Millionen DM in den Jahren 2000 und 2001 abzulehnen und an die Landesregierung zurückzuverweisen.

Das Argument, dass wir bereits Juni 2000 haben, zieht bei uns überhaupt nicht. Denn wir waren es, die bereits im Herbst letzten Jahres die Vorlage des Haushaltsplanentwurfs 2000, wie in der Landeshaushaltsordnung vorgesehen, forderten.

Zum Haushaltsstrukturgesetz will ich insgesamt nicht mehr allzu viel sagen. Ich verweise dazu vollinhaltlich auf unseren hier vorliegenden Änderungsantrag.

Unsere Fraktion fordert, Artikel 3 und 7 des Haushaltsstrukturgesetzes umgehend zu streichen und damit auch das In-Kraft-Treten des Gesetzes formalrechtlich zu ändern. Denn die geplante Änderung des Kindertagesstättengesetzes führt bei den davon betroffenen Kindern und ihren Eltern zu nicht behebbaren sozialen Härten, besonders natürlich bei Alleinerziehenden und Eltern, die beide nicht berufstätig sind. Darüber hinaus führt es bei arbeitslosen Elternteilen dazu, dass sie aufgrund der geplanten Einschränkung der Betreuungszeiten nicht mehr uneingeschränkt für den Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Außerdem sollen ganze Altersstufen aus der Kinderbetreuung herausfallen, was ebenfalls nicht hinnehmbar ist.

Die geplante Erhöhung der Wassergebühren auf 15 Pfennig pro Kubikmeter zum 01.01.2000 sowie auf 20 Pfennig pro Kubikmeter zum 01.01.2001 schließlich führt angesichts der ohnehin bereits sehr hohen Belastungen der Bürgerinnen und Bürger sowie der gewerblichen und landwirtschaftlichen Betriebe im Land Brandenburg mit Wasser- und Abwassergebühren zu weiteren nicht hinnehmbaren Belastungen und hat ruinöse Folgen für die Betriebe.

Aus diesen Gründen fordern wir Sie auf: Stimmen Sie unserem Änderungsantrag zur Streichung der Änderungen beim Kita-Gesetz und beim Brandenburger Wassergesetz im Interesse der Bürgerinnen und Bürger des Landes Brandenburg zu.

Auch dem Gesetz über den so genannten aufgabenkritischen Stellenabbau in der Landesregierung, in der Zwischenzeit wohlklingend als „Gesetz über Grundsätze und Vorgaben zur Optimierung der Landesverwaltung“ überschrieben - man könnte es auch „Personalrausschmeißgesetz“ nennen -, können wir nicht zustimmen. Dass sogar Landeskliniken teilprivatisiert und die Mittel für den Maßregelvollzug zulasten der Sicherheit der Bürger gekürzt werden sollen, wird von unserer Fraktion ebenso abgelehnt wie die Tatsache, dass das Land zum Stopfen von Haushaltslöchern nunmehr sogar die Filetstücke an Landesimmobilien verkaufen will.

Die Einführung von Immatrikulations- und Rückmeldegebühren im Brandenburgischen Hochschulgesetz kann unsere Zustimmung ebenso wenig finden.

Was die Änderungen beim Gesetz zur Ausführung des Bundessozialhilfegesetzes betrifft, hätten wir uns gewünscht, dass dieses, wie von der PDS-Fraktion gefordert, vom Haushaltsstrukturgesetz abgekoppelt und in einem gesonderten Gesetzgebungsverfahren behandelt wird. Auswirkungen auf den Landeshaushalt hätte dies nicht gehabt. Leider wurde dieser Antrag der PDS-Fraktion von den Koalitionsfraktionen ebenso wie unsere Anträge abgelehnt.

Das einzig Positive bei der Beratung über das Haushaltsstruktur-

gesetz war einzig und allein, dass auch mithilfe unserer Fraktion eine Änderung des Tierkörperbeseitigungsgesetzes zulasten der Landwirte des Landes Brandenburg vermieden werden konnte.

(Zurufe von der SPD)

Summa summarum ist zu sagen, dass das Haushaltsstrukturgesetz ebenso wie der Landeshaushalt unsozial und unsolid ist und nur zulasten der Armen in diesem Lande geht. Dem können und werden wir als DVU-Fraktion nicht zustimmen.

Das Haushaltsgesetz als solches schließlich - dies kam in meinen Ausführungen und in denen meiner Vorredner schon zum Ausdruck - ist bereits heute Makulatur, da die darin festgelegte Höhe der Gesamteinnahmen und -ausgaben sowie Verpflichtungsermächtigungen bereits heute nicht mehr das Papier wert sind, auf das diese Zahlen geschrieben sind.

Und jeder weiß, dass ein Nachtragshaushalt im Herbst dieses Jahres kommen wird und auch kommen muss, in dem die Neuverschuldung deutlich über 625 bzw. 275 Millionen DM in den Jahren 2000 bzw. 2001 angehoben werden wird.

Bei § 3 des Haushaltsgesetzes hätten wir uns als DVU-Fraktion gewünscht, dass der von der PDS initiierte Antrag auf Einfügung eines Absatzes 5 zur Ermächtigung des Finanzministeriums, Bürgschaften zur Förderung von Investitionsmaßnahmen sowie zur Unterstützung des Generationsübergangs von Betrieben im Bereich des Handwerks in Höhe von 10 Millionen DM zu übernehmen, durchgegangen wäre. Dies wäre eine ideale Ergänzung zum mit 4 Millionen DM dotierten Handwerksinvestitionsprogramm gewesen. Leider wurde dieser positive Vorschlag abgelehnt.

Auch die Genehmigung von Rücklagenbildungen bei den Hochschulen des Landes wäre unserer Meinung nach ein sinnvoller Weg gewesen, diesen mehr finanzielle Selbstständigkeit und bei guter Bewirtschaftung summa summarum mehr finanzielle Mittel zu schaffen und damit die Studienbedingungen der Studenten des Landes Brandenburg zu verbessern. Leider wurde auch dieser Antrag abgelehnt.

Die Änderungsanträge von SPD und CDU zum Haushaltsgesetz betrafen nur marginale Dinge und sind daher nicht weiter erwähnenswert.

Und nun zum Schluss erkläre ich Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren auf der Regierungsbank und von den Koalitionsfraktionen, hier und heute noch einmal: Die Fraktion der Deutschen Volksunion im Landtag Brandenburg hat über diesen Doppelhaushalt 2000/2001, über das Haushaltsgesetz sowie über das Haushaltsstrukturgesetz lange beratschlagt, diese gewogen und für viel zu leicht befunden. Allein die Tatsache einer Deckungslücke in Höhe von einer halben Milliarde DM hätte genügt, diesen Haushalt abzulehnen. Das Gleiche trifft auf die im Haushalts- wie im Haushaltsstrukturgesetz sowie im Haushaltsplan zutage getretenen Kürzungen gerade bei den Schwächsten der Gesellschaft, nämlich den Kindern, den Familien, den Arbeitslosen und den kleinen und mittelständischen Betrieben zu.

Aus all den genannten Gründen lehnt unsere Fraktion der Deut-

schen Volksunion im Landtag Brandenburg diesen Doppelhaushalt 2000/2001 ebenso wie das Haushaltsgesetz und das Haushaltsstrukturgesetz ab und fordert alle hier im Plenum auf, wenn sie es mit haushaltspolitischer Solidität und sozialer Gerechtigkeit ernst meinen, dies auch zu tun. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die Landesregierung. - Frau Ministerin Simon verzichtet.

Wir sind damit am Ende der Rednerliste und kommen zur Abstimmung. Hier ist gerade noch einmal gefragt worden, wie viel namentliche Abstimmungen uns noch bevorstehen. Herr Abgeordneter, ich sehe derzeit drei noch bevorstehen und da die Aussprache abgeschlossen ist, bleibt es auch dabei.

Ich lasse zuerst über den Einzelplan 12 abstimmen. Da es dazu keine Änderungsanträge gibt, kommen wir zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen, die die Drucksachennummer 3/1212 trägt. Wer dieser Beschlussempfehlung folgt, möge die Hand aufheben. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Beschlussempfehlung mehrheitlich gefolgt.

Wir kommen zum Einzelplan 15. Ich lasse zuerst über den Änderungsantrag der DVU-Fraktion mit der Drucksachennummer 3/1294 abstimmen. Er richtet sich auf das Kapitel 15 101 Titel 712 10. Es geht um eine Minderung des Ansatzes. Wer diesem Änderungsantrag folgt, möge die Hand aufheben. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist er mehrheitlich abgelehnt.

Wir sind damit bei der Schlussabstimmung zum Einzelplan 15. Wer der Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses folgt, möge die Hand aufheben. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist er mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zum Einzelplan 20 und haben dabei eine Reihe von Änderungsanträgen. Ich beginne mit dem der DVU-Fraktion, der die Drucksachennummer 3/1295 trägt und sich auf das Kapitel 20 020 Titel 972 10 bezieht. Es geht um die Streichung des Ansatzes in Verbindung mit der Aufforderung an die Landesregierung, den Gesetzentwurf zurückzunehmen und so zu überarbeiten, dass die Einstellung einer globalen Minderausgabe nicht mehr erforderlich ist. Wer diesem Änderungsantrag folgt, möge die Hand aufheben. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist er mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse abstimmen über den Änderungsantrag der PDS-Fraktion mit der Drucksachennummer 3/1365, gerichtet auf das Kapitel 20 020, ebenso Titel 972 10. Es geht auch dabei um eine Minderung des Ansatzes. Wer diesem Änderungsantrag folgt, möge die Hand aufheben. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist er mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der PDS-Fraktion, der die Drucksachennummer 3/1346 trägt und sich auf das Kapitel

20 630, dort den Titel 121 10, bezieht - es geht um eine Erhöhung - abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag folgt, möge die Hand aufheben. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist er auch mehrheitlich abgelehnt worden.

Damit kommen wir zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses, der die Drucksachennummer 3/1220 trägt. Ich schließe das Korrekturblatt in diese Abstimmung ein. Wer dieser Beschlussempfehlung folgt, möge die Hand aufheben. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dem mehrheitlich gefolgt.

Wir kommen zum Haushaltsstrukturgesetz 2000. Dazu haben wir eine ganze Reihe von Änderungsanträgen. Wir beginnen mit dem der PDS-Fraktion, der unter der Drucksachennummer 3/1350 vorliegt. Es geht um eine Änderung des Artikels 1 § 2 Abs. 1. Wer diesem Änderungsantrag folgt, möge die Hand aufheben. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist er mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse abstimmen über den Änderungsantrag mit der Drucksachennummer 3/1296. Er kommt von der DVU-Fraktion und bezieht sich auf die Streichung des Artikels 3, des Artikels 7 Nr. 2 sowie auf die Änderung des Artikels 19. Wer diesem Änderungsantrag folgt, möge die Hand aufheben. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist er mehrheitlich abgelehnt.

Für den nächsten Änderungsantrag ist namentliche Abstimmung beantragt. Es handelt sich um den der PDS-Fraktion mit der Drucksachennummer 3/1351. Es geht um die Neufassung des Artikels 3 § 1.

In der Zwischenzeit haben die Damen links und rechts neben mir die Abstimmungslisten vorbereitet. Ich bitte Sie in der gewohnten Art um ein klares Votum und, wenn Sie nicht aufgerufen sind, um möglichst tiefe Stille. Bitte sehr!

(Namentliche Abstimmung)

Gibt es einen Abgeordneten, der hier anwesend ist und keine Gelegenheit hatte, zu votieren? - Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung und bitte Sie um einen Moment Geduld für die Auszählung.

Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt: Für den Antrag stimmten 23 Abgeordnete, dagegen stimmten 49 Abgeordnete. Drei Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

(Abstimmungslisten siehe Anlage S. 990)

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der PDS-Fraktion, Drucksache 3/1352. Er bezieht sich auf die Abkopplung des Artikels 6 vom Haushaltsstrukturgesetz und auf die Behandlung in einem gesonderten Gesetzgebungsverfahren. Auch hierzu ist von der PDS-Fraktion eine namentliche Abstimmung beantragt worden. So wiederholt sich das Ritual.

Ich bitte, mit dem Aufruf der Namen zu beginnen.

(Namentliche Abstimmung)

Hat jemand der anwesenden Abgeordneten keine Gelegenheit gehabt zu votieren? - Das ist nicht der Fall. Dann schließen wir die Abstimmung und ich bitte um einen Moment Geduld für die Auszählung.

Ich gebe das Ergebnis bekannt: Für den Antrag stimmten 23 Abgeordnete, dagegen 54 Abgeordnete. Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

(Abstimmungslisten siehe Anlage S. 991)

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen SPD und CDU, Drucksache 3/1375. Er bezieht sich auf die Neufassung des Artikels 6 § 3 Abs. 1 Satz 1. Wer diesem Änderungsantrag folgt, möge die Hand heben. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zum Änderungsantrag der PDS-Fraktion, Drucksache 3/1353. Artikel 13 soll ein neuer Satz 3 angefügt werden. Auch hier ist namentliche Abstimmung beantragt worden.

(Zurufe von der CDU: Nein!)

- Doch!

Ich bitte die Schriftführerinnen erneut, die Listen vorzubereiten und in der versierten Art mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Namentliche Abstimmung)

Hat jemand sein Votum noch nicht abgeben können? - Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann schließen wir die Abstimmung. Ich bitte um ein wenig Geduld für die Auszählung.

Ich gebe das Ergebnis bekannt: Für den Antrag stimmten 20 Abgeordnete, dagegen 55 Abgeordnete, 3 enthielten sich der Stimme. Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

(Abstimmungslisten siehe Anlage S. 992)

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der PDS, Drucksache 3/1354, der zum Ziel hat, die Streichung des Artikels 15 bei der Änderung des Lotteriegesetzes vorzunehmen. Wer dem Änderungsantrag zustimmt, möge die Hand heben. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Damit sind wir bei der Beschlussempfehlung zum Haushaltsstrukturgesetz 2000, wie sie der Ausschuss für Haushalt und Finanzen vorgibt. Die Beschlussempfehlung trägt die Drucksachennummer 3/1221. Wer dem folgt, möge die Hand heben. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist die Beschlussempfehlung mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zum Haushaltsgesetz 2000/2001. Zuerst stimmen wir über die Änderungsanträge ab. Ich beginne mit dem der PDS, Drucksache 3/1347. Er richtet sich auf die Neufassung des Absatzes 5 in § 3. Wer dem Änderungsantrag folgt, möge die Hand heben. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Es geht zum Zweiten um den Änderungsantrag der PDS-Fraktion in der Drucksache 3/1348. Er bezieht sich auf die Änderung des Absatzes 7 in § 4. Wer dem folgt, möge die Hand heben. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist er mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen schließlich zum Änderungsantrag der PDS-Fraktion, Drucksache 3/1349, der die Neufassung des Absatzes 3 in § 5 zum Ziel hat. Wer diesem Antrag folgt, möge die Hand heben. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist er ebenfalls mehrheitlich abgelehnt.

Damit sind wir bei der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zum Haushaltsgesetz 2000/2001, Drucksache 3/1200 mit dem dazugehörigen Korrekturblatt. Wer der Beschlussempfehlung folgt, möge die Hand heben. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Beschlussempfehlung mehrheitlich gefolgt.

Das Präsidium empfiehlt die Überweisung des Haushaltsgesetzes 2000/2001 an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen zur Vorbereitung der morgigen 3. Lesung. Wer dieser Überweisungsempfehlung folgt, möge die Hand heben. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Überweisungsempfehlung mehrheitlich gefolgt.

Der Finanzplan des Landes Brandenburg für die Jahre 1999 bis 2003 ist gemäß Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen, Drucksache 3/1222, zur Kenntnis genommen. Ich schließe damit den Tagesordnungspunkt 2.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Zweites Gesetz zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 3/1047

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Bildung,
Jugend und Sport

Drucksache 3/1271
(Neudruck)

2. Lesung

Dazu liegt Ihnen der Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU mit der Drucksache 3/1366 vor.

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der PDS-Fraktion. Frau Abgeordnete Kaiser-Nicht, Sie haben das Wort.

Frau Kaiser-Nicht (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Das Interesse ist groß, man verlässt den Saal. Auf der Tagesordnung steht das Zweite Gesetz zur Änderung des Kindertagesstättenge-

setzes. Wir sprechen anhand der vorliegenden Gesetzesnovelle hier und heute erneut über die Verschlechterung der Standards im Bereich der brandenburgischen Krippen, Kindergärten und Horte. In der Begründung zu ihrem Gesetzentwurf hat die Landesregierung das Ziel „Haushaltskonsolidierung“ vermerkt. Die erfolgt natürlich - nach Ihrer Auffassung - auch noch im Interesse der Kinder, um Verschuldung abzubauen. Die PDS lehnt dies ab.

Wir sagen erneut: Ihre finanzpolitische Einbahnstraße, ausschließlich und rücksichtslos so genannte konsumtive Ausgaben zu minimieren und damit insbesondere sozialstaatliche Standards abzubauen, ist eine Sackgasse. Sie ignorieren erstens den Fakt, dass die so genannte Krise des Sozialstaates fast ausschließlich einnahmeseitig begründet ist. Sie halten zweitens an dem Glauben fest, dass Kürzungen im sozialen Bereich zu mehr Investitionen und damit mehr Arbeitsplätzen führen würden. Aber spätestens nach 16 Jahren Kohl-Regierung müssten Sie - zumindest Sie von der SPD - eines Besseren belehrt worden sein. Und Sie übergehen drittens, dass Ausgaben für Kinder eine Investition in die Zukunft dieses Landes sind.

Mehrfach durch uns erfragt, gibt es regierungsseitig keine nachhaltige Analyse und Berechnung allein der jetzt schon offensichtlichen kommunal-, arbeitsmarkt-, bildungs-, jugend- und gesundheitspolitischen Folgekosten des Standardabbaus in den Kitas. Ohne inhaltliche Debatte zum Beispiel auch zur Qualität und zu Erwartungen an Kindereinrichtungen wurde zur Sicherung der Kürzungen nun eine folgenreiche Gesetzesnovelle hingeschludert. Die Zahl persönlicher Erklärungen, Wenn- und Aber-Erklärungen und auch Stimmenthaltungen und die ungewöhnlich große Verbreitung von Bauchschmerzen in den Koalitionsfraktionen belegen dies.

Die PDS-Fraktion ist nach den Debatten in den Ausschüssen und in Auswertung der Anhörung vom 24. Mai in ihrer Position bestärkt: Die Änderung des Kita-Gesetzes in der beabsichtigten Form ist eine politische Fehlentscheidung.

Unter dem Eindruck der Haushaltsdebatte gestatten Sie mir doch die Frage: Warum wird ausgerechnet im Zusammenhang mit der Kita-Frage derart drohend die große ideologische Keule geschwungen? Ihrer Meinung nach endet die Debatte um Neuordnung des bundesdeutschen Finanzausgleichs angeblich, einem Naturgesetz gleich, mit einer gravierenden Verringerung der Zuweisungen für Ostdeutschland. Wieso denn eigentlich, wenn der Aufschwung kommt, wenn doch die Gewinne steigen? Ausgerechnet wegen der Kindergärten? Wollen Sie die Brandenburgerinnen und Brandenburger verunsichern, Entsolidarisierung und Verlustängste befördern? Soll der landesweite Protest gebrochen, das begründete Festhalten am uneingeschränkten Rechtsanspruch für alle Kinder als Luxusstreben und Verschleuderung öffentlicher Mittel denunziert werden? Meinen Sie in der Regierung, wir sollten dankbar sein für das, was uns zugestanden wird, und nicht unbötmäßige Forderungen stellen? Ich denke, der solidarische Ausgleich im Rahmen des Bundes ist im Grundgesetz verankert und kein Akt von Fremdbestimmung oder Gnade. Solange Sie mir nicht beweisen, dass Bayern in seiner fast 40-jährigen Geschichte als Nehmerland von den Geberländern verboten bekam, Kita-Strukturen aufzubauen, lassen Sie uns bitte mit dieser West-Ost-Neiddebatte in Ruhe,

mit der Sie doch nur Ihre eigene strategische Schwäche und Ideenlosigkeit bemänteln wollen!

(Beifall bei der PDS)

Wenn Sie auf der Bundesebene genauso argumentieren, wie hier im Landtag, dann wundert es mich nicht, dass Ihre Ministerkollegen West immer noch eine vorsintflutliche und lebensferne Vorstellung von der ostdeutschen Realität haben.

Zur Begründung unserer Anträge im Einzelnen: Wir bleiben bei unserer Auffassung, dass im § 1 der Rechtsanspruch auf Erziehung, Bildung und Versorgung in einer wohnortnahen Kindertagesstätte für jedes Kind bis zum Ende der Grundschulzeit verankert bleiben sollte. Die Argumente von Regierung und SPD-Fraktion sind hier ausschließlich fiskalischer Natur. Das Kind, Herr Reiche, sollte den Rechtsanspruch haben. Eltern sollen auf dieser Grundlage die Möglichkeit haben, unter Beachtung ihrer Bedürfnisse eigenverantwortlich über die Inanspruchnahme eines Kita-Platzes zu entscheiden. Eltern sollen nicht begründen müssen, warum sie ihr Kind über die Mindestbetreuungszeit hinaus in der Kita lassen wollen oder müssen und dann, je nach dem, eine Zu- oder Absage bekommen. Das meinte ich gestern mit Gnadenakt.

Unser Antrag richtet sich gegen die Möglichkeit, die Betreuungsansprüche von Kindern erheblich zu reduzieren und bestimmte Kinder, zum Beispiel die unter zwei oder über zehn Jahren oder Kinder von Arbeitslosen, zeitweise oder ganz aus der Betreuung in einer Kindertagesstätte auszuschließen. Unser Antrag ist zugleich ein klares Votum gegen die Absenkung der Qualität der Erziehungs- und Bildungsarbeit in den Kindertagesstätten.

An der inhaltlichen Untersetzung dieses Rechtsanspruches und an der Formulierung des eigenständigen Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsauftrages der Kitas müssen nach Auffassung der PDS-Fraktion in Zukunft die fachliche und die politische Ebene gemeinsam arbeiten.

Der Entwicklungspsychologe Prof. Jühlich hat in der Anhörung ganz klar die Anforderung formuliert, präventive Arbeit im umfassenden Sinne und dringend als Aufgabe in einem modernen Kita-Gesetz zu verankern. Darunter versteht er zum Beispiel die Früherkennung von Entwicklungsauffälligkeiten, Mitarbeit an Therapien und Rehabilitation, was die gezielte und andauernde Vernetzung der Arbeit von Kitas mit Behandlungseinrichtungen, Familien und Schulen voraussetzt. Qualitätssicherung und Evaluation müssen gesetzlich festgeschrieben werden.

Der 10. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung von 1998, der brandenburgische Kinder- und Jugendbericht von 1999 wie auch der Bericht zur sozialen und gesundheitlichen Situation der brandenburgischen Schulanfänger aus diesem Jahr belegen den Handlungsbedarf ganz klar. Kinderarmut ist ein Entwicklungsrisiko. Es gibt immer mehr Kinder mit psychischen Störungen und nicht genug Möglichkeiten ihrer psychosozialen Betreuung. Hier ist ein Umdenken gefordert. Die Arbeit muss an der Qualität ansetzen.

(Beifall bei der PDS)

Die Erweiterung der Möglichkeiten und die Verantwortung der Kitas müssen diskutiert werden. Die Diskussion dazu steht eigentlich erst am Anfang.

In diesem Zusammenhang begrüßen wir, dass durch einen Konsens von Koalition und PDS in § 3 nunmehr wieder der eigenständige Erziehungs-, Betreuungs- und Versorgungsauftrag von Kitas und die Vorbereitung auf die Grundschule als Aufgabe verankert sind.

Es hat mich verwundert, dass Sie im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport die von der PDS vorgeschlagene Kompromissregelung abgelehnt haben, wonach ein Betreuungsvertrag nicht gegen den Willen der Eltern gekündigt werden sollte, wenn innerhalb der folgenden sechs Monate wieder ein Rechtsanspruch aufgrund der Vollendung des zweiten Lebensjahres des Kindes besteht. Gerade im Interesse der Verlässlichkeit von Beziehungen der Kleinstkinder wäre dies ein dringendes Gebot. Sie tragen doch das Kindeswohl immer als Fahne vor sich her, besonders die Kolleginnen von der CDU.

(Beifall bei der PDS)

Die Mitwirkung des Kita-Ausschusses sowohl in inhaltlicher Sicht als auch hinsichtlich der Festlegung der Öffnungszeiten gehört zu den wichtigsten demokratischen Errungenschaften des Kita-Gesetzes. Sie soll deshalb im bisherigen Umfang, geregelt in § 7, erhalten bleiben. Herr Minister Reiche, gerade Sie betonen in der Debatte immer wieder die demokratischen Errungenschaften seit 1989. Was stört Sie nun ausgerechnet im Fall des Kita-Ausschusses an mehr Demokratie?

Besonders wichtig ist mir unser Antrag zum § 12 Abs. 2. Für Kinder mit einem besonderen Förderbedarf nach dem BSHG ist die Aufnahme in eine Kita sowie die diesem Bedarf entsprechende Förderung und Betreuung zu gewährleisten. Die Gruppengröße und die personelle Besetzung in diesen Gruppen sind den besonderen Anforderungen im Einzelfall anzupassen. Für diese Kindergruppen mit besonderem Förderbedarf und für die betroffenen Eltern stellt die Streichung des Rechtsanspruches für Kinder im Alter von über zehn Jahren ein besonderes Problem dar. Darauf haben wir mehrfach hingewiesen. Unser Änderungsvorschlag in Absatz 2 zielt darauf, die Bedingungen für die Betreuung von Kindern mit Behinderungen oder sonstigem Förderbedarf zu verbessern. Ein vorhandener Förderbedarf darf kein Ausschlussgrund für eine Betreuung sein. Hier hat unter anderem das Behindertenpolitische Aktionsbündnis des Landes Brandenburg allen Abgeordneten seine Stellungnahme zukommen lassen. Die im Gesetzentwurf vorgesehene Formulierung halten wir für nicht weitgehend genug.

Zum § 16: Wir meinen heute erneut, dass der Landeszuschuss in der bisherigen Höhe erhalten bleiben sollte. In den Folgejahren sollte auch die Höhe und nicht nur seine Verteilung der tatsächlichen Kinderzahl und der Personalkostenentwicklung angepasst werden.

Der Umfang der Landesförderung soll dem Bedarf auf der Grundlage eines uneingeschränkten Rechtsanspruches entsprechen und Mehrkosten für die Eltern sowie für die Leistungsverpflichteten vermeiden. Mit der bisher von Ihnen vorgesehenen Regelung wird der Eindruck verstärkt, die Landesbeteiligung an

der Kita-Finanzierung über die so genannte Kinderkostenpauschale soll sowieso langfristig nur geringer werden.

Wollen Landesregierung und Koalition diese Botschaft vermitteln? Mit der Festlegung, die Pauschale auch dem Umfang des Tagesbetreuungsangebots anzupassen, würde die ursprüngliche Zusage gebrochen, allein die Entwicklung der Kinderzahl zum Maßstab zu machen. Es ist abzusehen, dass damit eine Spirale zum weiteren andauernden Abbau von Kita-Plätzen in Gang gesetzt würde. Dies wollen wir vermeiden.

Ein entscheidendes Problem stellt für uns die Frage der Verankerung des Mindestpersonalbedarfs im Gesetz dar. Die bisherige Bemessungsgröße für Landeszuschüsse lässt sich unseres Erachtens nicht wie vorgesehen in eine geänderte Finanzierungsstruktur zur Bemessungsgröße für die pädagogische Arbeit transformieren. Für regelungsbedürftig halten wir insbesondere den tatsächlichen Mindeststandard für die Personalausstattung. Bereits nach bisheriger Rechtslage - Sie kennen die Praxis - bestehen erhebliche Schwierigkeiten, die Personalausstattung in so genannten Randzeiten zu gewährleisten. Mit kürzeren, gleichzeitig weiter differenzierten Betreuungszeiten würden sich diese Probleme noch verschärfen.

Die von uns vorgeschlagene Neuregelung soll dem entgegenwirken. Wir denken, dass für die pädagogische Arbeit während der gesamten Öffnungszeit gewährleistet sein muss, dass für Kinder unter drei Jahren mindestens eine Fachkraft für jeweils sieben Kinder, für Kinder im Alter von drei Jahren bis zur Einschulung mindestens eine Fachkraft für jeweils 13 Kinder und für Kinder im Grundschulalter mindestens eine Fachkraft für jeweils 18 Kinder als Betreuungsperson anwesend ist. Dies ist aus unserer Sicht kein Personalschlüssel als Rechengröße, sondern als pädagogischer Mindeststandard. Deshalb schlagen wir die Regelung in § 10 vor.

Meine Damen und Herren, die Änderungsanträge der PDS-Fraktion beziehen sich ausdrücklich auf Forderungen und Hinweise der Pädagoginnen und Pädagogen, der Eltern und der Kommunen. Sie berücksichtigen Schlussfolgerungen aus den Einwendungen und den Protestschreiben, die dem Landtag zugehen. Sie gehen davon aus, dass es einer soliden inhaltlichen Ausgestaltung und finanziellen Ausstattung der brandenburgischen Kitas bedarf und dass im Interesse der Kinder der bisherige Standard im Wesentlichen nicht abgesenkt werden darf.

Es gab im Verlauf der Debatte seit Jahresbeginn kein Argument der Landesregierung oder der Koalition und keine praktisch nachvollziehbaren Erfahrungen, die uns vom Gegenteil überzeugen hätten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht jetzt an die SPD-Fraktion. Frau Abgeordnete Siebke, bitte sehr!

Frau Siebke (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir zum Beginn meiner Ausführungen einen kurzen Exkurs in die

Geschichte. Ich meine, es ist für die heutige Debatte und deren Verständnis ganz hilfreich, wenn wir das tun.

Der Kindergartengedanke reicht bis in das 19. Jahrhundert zurück. Er wurde in Deutschland und in der Schweiz geboren und weiterentwickelt. Es verwundert daher nicht, dass das Wort „Kindergarten“ als eines der wenigen deutschen Wörter in andere Sprachen Eingang gefunden hat.

Die Industrialisierung veränderte die Struktur der Gesellschaft grundlegend. Dörfliche Strukturen mit ihren Großfamilien lösten sich auf; die soziale Situation insbesondere der nun in Städten lebenden Arbeiterfamilien, in der Regel nur noch aus Eltern und Kindern bestehend, machte Erwerbstätigkeit beider Eltern notwendig. Kinder arbeiteten zum Teil selbst oder wurden im Kleinkindalter von ihren Müttern mit in die Fabriken genommen. Die Lebenssituation der Kinder in den unteren Bevölkerungsschichten forderte Veränderung.

Die zunehmend laut werdende Forderung nach gleichen Rechten für Männer und Frauen in der Gesellschaft gehört genauso in die Geschichte des Kindergartens. Das Recht der Frauen auf die Entwicklung ihrer Fähigkeiten, auf die Mitgestaltung der Gesellschaft, auf Unabhängigkeit schließt das Recht auf Berufstätigkeit ein.

Die Verbesserung der Lebensbedingungen der nicht Privilegierten, die Angleichung der Entwicklungschancen der Kinder aller sozialer Schichten sowie die Herstellung der Gleichberechtigung von Frau und Mann sind Grundpositionen der Sozialdemokratie und haben ihr Handeln seit ihrem Bestehen bestimmt.

Es verwundert deshalb nicht, dass die Förderung öffentlicher Kinderbetreuung ein wesentliches Merkmal sozialdemokratischer Politik ist.

(Beifall bei der SPD)

Der Erhalt vorhandener Strukturen der Kindergärten und Hortbetreuung war deshalb Wille der SPD in Brandenburg und führte zu einem Kindertagesstättengesetz mit Vorbildwirkung für andere Bundesländer.

Die uns heute vorliegende Kita-Novelle beinhaltet Einschnitte in das umfassende Recht von Kindern im Vorschul- und Grundschulalter auf Aufnahme in die Kindertagesstättenbetreuung. Mein vorheriger Ausflug in die Geschichte macht deutlich, dass es uns Sozialdemokraten mehr als schwer fällt, an einem idealen Gesetz, was den Rechtsanspruch auf Betreuung betrifft, zu rütteln. Er begründet aber auch, dass die Kita-Novellierung in den letzten Monaten das zentrale Thema innerhalb der brandenburgischen SPD und vor allem in der SPD-Landtagsfraktion gewesen ist.

Weit vor dem offiziellen parlamentarischen Verfahren haben wir gemeinsam mit dem zuständigen Minister die Betroffenen in die Novellierung einbezogen und abgewogen, was möglich ist. In öffentlichen Diskussionen mit Eltern und Erzieherinnen, in Gesprächen mit den Vertretern der Kommunen und in Anhörungen aller Gruppierungen in der SPD-Fraktion und später im parlamentarischen Verfahren wurde das Vorliegende immer wieder abgewogen und bis zum Beginn des parlamentarischen Verfahrens bereits verändert.

Frühzeitig hat sich die SPD-Fraktion Eckpunkte für eine Kita-Novelle gesetzt, die ständig Gegenstand bei der Bewertung des Gesetzestextes waren und sind. Ich will sie heute noch einmal nennen. Erstens, das Kindeswohl muss gewahrt bleiben; zweitens, die Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit von Müttern und Vätern muss gewährleistet sein und drittens dürfen die Städte, Kreise und Gemeinden durch die Novellierung des Gesetzes nicht unbotmäßig zusätzlich belastet werden.

(Vereinzelte Beifall bei der CDU)

Ferner sollen die Städte und Gemeinden eine weitreichende Eigenständigkeit bei der Gestaltung der Kinderbetreuung erhalten.

(Vereinzelte Beifall bei SPD und CDU)

Betrachte ich die uns nun heute zur Entscheidung vorliegende Kita-Novelle unter den genannten Gesichtspunkten, so komme ich zu der folgenden Bewertung: Das Kindeswohl definiert sich unter anderem aus dem Recht auf eigene Persönlichkeit und auf deren Entfaltung. Dies gilt in der Familie, aber auch für das Recht, familienergänzende Förderung der Persönlichkeitsentwicklung in Anspruch nehmen zu können. In § 3 des Kindertagesstättengesetzes ist der eigenständige Bildungs- und Erziehungsauftrag der Kindertagesstätten benannt. Die Entfaltung der körperlichen, geistigen und sprachlichen Fähigkeiten der Kinder stehen genauso im Mittelpunkt wie soziale Kompetenzen, die Erziehung zur Toleranz und zu einem verantwortungsvollen Umgang mit der Umwelt. Der Auftrag, die Kinder altersgerecht auf die Schule vorzubereiten, wird in der Novelle noch verstärkt. Kinder haben entsprechend dem neuen § 1 des Kita-Gesetzes unabhängig von der familiären Situation einen Rechtsanspruch auf den Besuch einer Kita vom dritten Lebensjahr an, bis zum Eintritt in die Schule für sechs Stunden täglich, und vom ersten bis zum vollendeten vierten Schuljahr auf vier Stunden täglicher Hortbetreuung.

Der Bildungs- und Erziehungsauftrag der Kita kann in dieser Zeit bei guter Zusammenarbeit mit den Eltern und einer durchdachten Gestaltung des Kindergartenjahres erfüllt werden. Gleiches gilt für die Hortbetreuung bei einer Zusammenarbeit mit der Grundschule.

Ich kann die Kritik, dass eine soziale Ungleichbehandlung entsteht, wenn Kinder, deren familiäre Situation es erfordert, länger als sechs bzw. vier Stunden in der Kita bleiben, nicht nachvollziehen, weil auch jetzt bereits Kinder unterschiedlich lange im Kindergarten verweilen, was als selbstverständlich empfunden wird.

(Vereinzelte Beifall bei der SPD)

Für berechtigt halte ich die Befürchtungen, dass Kinder unter drei Jahren, die keinen uneingeschränkten Rechtsanspruch auf eine Kita-Betreuung mehr haben werden und die in problematischen Familienverhältnissen leben, benachteiligt werden können. Hier kommt es mehr noch als bisher darauf an, dass die Agierenden vor Ort verantwortungsvoll und schnell zusammenarbeiten, um die nach dem Gesetz möglichen und für das Kind richtigen Entscheidungen zu treffen.

Misstrauisch wird die Verstärkung des Akzents zur Betreuung der Null- bis Zweijährigen durch Tagespflege betrachtet. Tages-

pflege hat sich bei uns durch das Vorhandensein einer flächen-deckenden Krippenstruktur kaum etabliert und ist deshalb bei den Eltern fast unbekannt. Im Kinder- und Jugendhilfegesetz wird die Tagespflege der Kita-Betreuung gegenüber als nachrangig betrachtet. Richtig ist deshalb die beantragte und vom Ausschuss auch beschlossene Änderung in § 1, die eine vorrangige Betreuung der Kinder dieser Altersgruppe durch Tagespflege ermöglicht, aber nicht mehr verpflichtend vorschreibt.

Die Betreuung von Kleinkindern durch Tagesmütter kann, wie Anhörungen auch gezeigt haben, für die Entwicklung der Kinder vorteilhaft sein. Die Möglichkeit, die Tagespflege auszuweiten, ist richtig. Inwieweit sie sich durchsetzen wird, hängt von der Akzeptanz bei den Eltern ab.

Das Konzept der Landesregierung zur Entwicklung und zum Ausbau der Tagespflege muss dementsprechend umgesetzt werden. Nur wenn Tagespflege eine qualitativ gute Kleinkindbetreuung zulässt, wird sie akzeptiert werden.

Ist nach der Novellierung des Kita-Gesetzes eine volle Berufstätigkeit der Eltern von Kindern im Vorschul- und Grundschulalter noch gewährleistet? Diese Frage stand und steht im Mittelpunkt der Diskussion. Auch in der SPD-Fraktion war diese Frage eine zentrale.

Wir haben uns für eine Regelung im Gesetz über den allgemeinen Rechtsanspruch hinaus, die so eindeutig wie möglich ist, ausgesprochen und eingesetzt. In § 1 der Novelle ist in Absatz 1 der Anspruch auf Vereinbarkeit von Familie und Beruf formuliert. In den darauf folgenden Absätzen ist wie bisher ein konditionierter Rechtsanspruch auf Betreuung von Kindern von 0 bis 12 Jahren geregelt. Demnach haben Väter und Mütter für ihre Kinder bis zum Ende der Grundschulzeit, also länger, als wir es aus der DDR-Zeit kennen, einen Rechtsanspruch auf die Betreuungszeit ihrer Kinder, die notwendig ist, um nicht nur einer Vollzeiterwerbstätigkeit - ich sage das noch einmal: einer Vollzeiterwerbstätigkeit - nachzugehen, sondern auch eine Ausbildung bzw. Qualifizierung zu absolvieren. Das gilt auch, wenn sie aus Gründen der Erwerbsuche ihre Kinder nicht selbst betreuen können.

Dieser Rechtsanspruch sichert die Vermittelbarkeit durch die Arbeitsämter und verpflichtet die Gemeinden gleichzeitig, bei der Planung ihrer Betreuungskapazitäten dem Rechnung zu tragen. Ein Kindergartenplatz ist demzufolge kein Gnadenakt.

Die bereits heute, unter den Bedingungen des gültigen Kita-Gesetzes, in berlinnahen Gemeinden bestehenden Wartelisten für einen Kita-Platz, die gestern hier genannt worden sind, haben mit der Kita-Novelle vordergründig nichts zu tun, sondern haben ihre Gründe insbesondere in dem Einwohnerzuwachs dieser Gemeinden, dem die Kita-Kapazitäten nicht gewachsen sind. In den meisten anderen Städten und Gemeinden ist die kurzfristige Aufnahme eines Kindes schon heute kein Problem, und bei weiter sinkenden Kinderzahlen wird sie das auch zukünftig nicht sein.

Die SPD-Fraktion teilt nach umfänglicher Diskussion unter Einbeziehung der Kommunalvertreter die Absicht der Landesregierung, künftig die Gemeinden zu den Leistungsverpflichteten zu machen und sich in Form einer Kinderkostenpauschale,

bezogen auf alle in der Gemeinde lebenden Kinder im Alter von null bis zwölf Jahren, mit einem Landeszuschuss für die Kinderbetreuung entsprechend dem neuen Gesetz zu beteiligen. In den Gemeinden kann am besten entschieden werden, auf welche Weise mit dem Landeszuschuss und dem Eigenanteil die Kinderbetreuung effektiv zu organisieren ist.

Alle Überlegungen, die Pauschale entsprechend den regionalen Bedingungen unterschiedlich hoch zu gestalten, führten zu keinem zufrieden stellenden Ergebnis, weil sie das System komplizieren und zu neuen Unterschieden führen.

Eindeutig ist unser Wille, dass die Landeszuschüsse einzig und allein für die dem Gesetz entsprechende Aufgabe verwendet werden. Deshalb wollen wir, dass die Zweckbindung der Mittel und die Kontrolle ihrer Verwendung im Gesetz festgeschrieben werden.

War die Regelung der Leistungsverpflichtung und des Finanzierungsmodus problematisch, so trifft das auch auf die Beantwortung der Frage nach der ausreichenden Landesbeteiligung zu. Die Neuregelung des Rechtsanspruchs, die Möglichkeit der Schwerpunktsetzung auf Tagespflege im Kleinkindbereich, die Möglichkeit der variablen Gestaltung der Betreuungslandschaft durch die Gemeinden, die Vereinfachung der Finanzierungswege und weiter sinkende Kinderzahlen lassen es unseres Erachtens zu, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln die Kinderbetreuung auch weiterhin auf einem hohen Niveau und ohne Erhöhung der Elternbeiträge zu organisieren.

Um die Kommunen in einer Übergangszeit zu entlasten, sind für 2000 und 2001 zusätzliche Mittel vorgesehen.

Der vorliegende Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen fordert eine eindeutige Regelung für die Finanzierung über das Jahr 2002 hinaus, um bei den Kommunen Sicherheit für die weitere Finanzierung zu schaffen.

Die vorliegende Kita-Novelle bedeutet einen Einschnitt in die Kita-Betreuung, der von uns Sozialdemokraten nur schwer zu vollziehen ist. Er ist aber die Antwort auf die Frage: Was kann sich das Land Brandenburg langfristig in diesem Bereich leisten, ohne zukünftigen Generationen das Leben und Gestalten in unserem Land unmöglich zu machen?

Die vorliegende Kita-Novelle macht aber auch weiterhin eine verantwortungsvolle Kinderbetreuung möglich. Sie bedeutet nicht die Aufgabe sozialdemokratischer Positionen, wie ich sie eingangs beschrieben habe. - Ich danke.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsident Habermann:

Das Wort geht an die DVU-Fraktion. Frau Abgeordnete Fechner, bitte sehr!

Frau Fechner (DVU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bereits mehrere Aussprachen zum Kita-Gesetz haben stattgefunden, sei es im Plenarsaal, in den Ausschüssen oder bei Anhörun-

gen. Auf Konsequenzen, Probleme und anfallende Folgekosten wurde mehrfach hingewiesen. Das alles zu wiederholen erspare ich mir heute.

Das Gesetz wird ja nun trotz aller Einwände und Bedenken verabschiedet werden - aufgrund der Mehrheitsverhältnisse hier im Landtag. Die DVU-Fraktion als neue politische Kraft im Brandenburger Landtag verfügt noch nicht über die politische Arroganz und Ignoranz etlicher Volksvertreter hier, die Gesetze gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung in Brandenburg zu verabschieden.

Ich finde es sehr schade, dass eingereichte Vorschläge und Ergänzungen zum neuen Kita-Gesetz, die nicht mit allzu hohem finanziellem Aufwand verbunden gewesen wären, von den Koalitionsparteien einfach niedergestimmt werden, nur der Parteidisziplin wegen. Es ist traurig, dass einige der Abgeordneten der Parteidisziplin dem Willen ihrer Wähler gegenüber den Vorrang geben.

Es sollte doch allen hier anwesenden Abgeordneten klar sein, dass wir als Volksvertreter gewählt wurden, und als Volksvertreter haben wir die Pflicht, die Interessen des Volkes zu vertreten und nicht die der Partei.

Nach langem Hin und Her wurden zwar einige Schönheitskorrekturen am Kita-Gesetz vorgenommen; aber unter dem Strich bedeutet dieses neue Kita-Gesetz einen erheblichen Rückschritt für das Land Brandenburg.

Die Fraktion der Deutschen Volksunion bedauert zutiefst, dass dieses Gesetz nun doch verabschiedet werden wird - gegen den Willen der Mehrheit der Brandenburger Bevölkerung. - Ich danke.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete Fechner. - Das Wort geht an die Fraktion der CDU, Frau Abgeordnete Hartfelder.

Frau Hartfelder (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Ich hatte mir für die heutige letzte, eigentlich schon die x-te Kita-Rede bzw. Auseinandersetzung um das Kita-Gesetz eine sachliche Rede vorgenommen. Sie steht hier nach Stichpunkten auf dem Papier. Meine Kollegin Ingrid Siebke hat noch einmal den Werdegang des Gesetzes dargestellt. Ich habe jedoch Probleme, in Ruhe und Sachlichkeit in diesem Landtag am heutigen Tag aufzutreten.

Das ist für mich persönlich eine ganz problematische Geschichte. Ich bleibe als Mensch eigentlich sehr sehr lange ruhig und kann mich beherrschen. Aber meine Geduld und Kraft sind in diesem Augenblick am Ende. Lassen Sie mich das erklären: Nachdem ich das Agitationsmaterial des Aktionsbündnisses, dieses „gemachte Werk“ gelesen hatte, ist mir der Kragen geplatzt.

Das muss man lesen - es ist allerdings die Frage, ob es lesens-

wert ist. Ich sage nachher noch etwas dazu, wie man es psychologisch deutet. In diesem Werk des Aktionsbündnisses, zu dem die PDS gehört - die kann ich hier und heute im Plenum auch nur ansprechen -, werden so viele Ungereimtheiten, Widersprüchlichkeiten, Unwahrheiten in der Öffentlichkeit verbreitet, dass es wehtut, meine Damen und Herren von der PDS.

Wenn ich das Agitationsmaterial einem Psychologen oder einem Sprachwissenschaftler vorlege, wird er Ihnen das Urteil geben müssen: Hier ist die geballte Demagogie enthalten.

(Starker Beifall bei CDU und SPD)

Einige von Ihnen haben das ja in der Hand, und wenn man sich dann die Fragen, Aussagen, Argumente, Beurteilungen, Antworten, Halbagumente, Meinungen anschaut, dann ist eine große rote Überschrift auf Seite 9 besonders empörend:

„Die Erziehung in der Krippe und in der Kindertagesstätte ist für das Kind günstiger als in der Familie, da in der Kita ausgebildete Fachkräfte arbeiten.“

Meine Damen und Herren, ich frage mich: Wie reagieren die Eltern, Mütter und Väter dieses Landes auf diese Behauptung, die Sie aufstellen? Das halte ich einfach für fatal und das halte ich für Demagogie im größten Sinne.

(Beifall bei CDU und SPD)

Können Sie sich vorstellen, meine Damen und Herren von der PDS, dass es in diesem Lande neben den vielen Eltern, deren Unterschriften das Aktionsbündnis gesammelt hat, auch viele, viele Eltern gibt, die diese Aussage erbost, die sich das verbiten, die sich deklariert fühlen, die sich in ihrer Fähigkeit, Eltern zu sein, einfach verletzt fühlen?

Meine Damen und Herren von der PDS, wer versucht, über das Schlechtmachen anderer anderes positivzureden, besserzureden oder als Absoluten darzustellen, der muss sich fragen lassen: Was steckt hinter dem, was er da tut?

Vizepräsident Habermann:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Frau Hartfelder (CDU):

Ich belege diese Behauptung mit einem Zitat aus der Broschüre.

„Tagespflege ist ein schlechtes Angebot und Tagesmütter können nicht die Arbeit ausgebildeter Erzieher ersetzen.“

Sie widersprechen sich zwar im gleichen Absatz, indem Sie dann sagen: Da, wo auch die Kleinst-Kita nicht überleben kann, da wollen wir die Tagesmutter haben!, meinen aber, Tagesmütter sind schlechte Angebote. Meine Damen und Herren von der PDS, was verfolgen Sie damit, dass Sie Menschen gegeneinander ausspielen?

(Zurufe von der PDS)

Vizepräsident Habermann:

Haben Sie meine Unterbrechung gehört? Es war eine Frage angemeldet. Würden Sie die beantworten?

Frau Hartfelder (CDU):

Herr Vorsitzender, eigentlich reagiere ich, wenn ich reagieren will. In dem Augenblick wollte ich nicht reagieren.

Vizepräsident Habermann:

Frau Abgeordnete, es müsste sich in Ihrer Fraktion herumgesprochen haben, dass ein Vizepräsident kein Vorsitzender ist. - Sie wollen die Frage nicht beantworten?

Frau Hartfelder (CDU):

Ich mag sie jetzt nicht beantworten, das ist richtig. - Frau Kaiser-Nicht, so wie die Debatten um die Veränderung im Kita-Bereich während einer „Vor Ort“-Sendung des ORB in Frankfurt (Oder) begonnen haben, in der Sie den Minister dieses Landes aufs Schwerste beleidigt haben ...

(Frau Kaiser-Nicht [PDS]: Das hat er mir aber gar nicht gesagt!)

Das sage ich Ihnen aber heute einmal öffentlich, weil Sie das immer wieder gemacht haben. In den vielen Veranstaltungen, die wir miteinander besucht haben, haben Sie ebenfalls Lügen, Halbwahrheiten, falsche Argumente, auch wenn Sie im Laufe der Debatte ganz Anderes erfahren haben, verbreitet.

Vizepräsident Habermann:

Frau Abgeordnete, ich bin wieder mit einer Frage konfrontiert worden.

Frau Hartfelder (CDU):

Ich habe es gesehen, Herr Präsident, jetzt nicht.

Wir haben in mehreren Debatten hier im Landtag und im Ausschuss über die Frage Tagesmütterfachaufsichts-Verordnung gesprochen, und Sie, Frau Kaiser-Nicht, bringen heute und brachten gestern das gleiche Thema. Wenn Sie sich Seite 10 dieses „gemachten Werkes“ anschauen, dann können Sie es noch einmal nachlesen. Sie stellen Behauptungen zu Fragen der Tagespflege auf, die falsch sind.

Auf Seite 11 dieses „gemachten Werkes“ haben Sie sich ausgelassen über Elternbeiträge. Ich habe keinen Absatz in dem neugefassten Gesetz gefunden, in dem steht, dass die Elternbeiträge von den Tagesmüttern bestimmt werden. Im Gegenteil, ich habe im Gesetz nur gefunden, dass die Elternbeiträge sozial gestaffelt werden, sich nach der Anzahl der Kinder in der Familie richten und am Umfang der Betreuung orientiert sein müssen. Ich frage mich, was daran schlecht ist.

Auf der Seite 12 dieses „gemachten Werkes“ sprechen Sie über die Entlohnung der Tagesmütter. Würde man Ihre Absicht nicht

infrage stellen, müsste man Ihre Rechenkunst würdigen. Ich stelle Ihnen aber ...

(Unruhe bei der PDS - Zwischenrufe der Abgeordneten Frau Kaiser-Nicht [PDS] - Glocke des Präsidenten)

Frau Kaiser-Nicht, ich habe lesen gelernt. Ich habe auch gelernt zuzuhören und irgendwann müsste man sich überlegen, was man tut. Sie tun jetzt genau das, was Sie in Frankfurt an der Oder auch getan haben.

(Zwischenrufe der Abgeordneten Frau Kaiser-Nicht [PDS])

Da kann ich eigentlich nur sagen: Sie disqualifizieren sich selbst.

Vizepräsident Habermann:

Meine Damen, ich liebe diese Dialoge nicht. Frau Abgeordnete, sprechen Sie bitte weiter zur Sache.

Frau Hartfelder (CDU):

Auf Seite 13 dieses „gemachten Werkes“ steht:

„Kinder haben die Pflicht, ab dem sechsten bzw. siebenten Lebensjahr die Schule zu besuchen, da Schulpflicht besteht. Hausaufgaben zählen für mich zum pädagogischen Teil. Sie sollten im Hort unter Aufsicht erledigt werden.“

Ich frage mich, warum heißen sie dann nicht Schulaufgaben?

Oder weiter, Seite 15 dieses „gemachten Werkes“:

„Wenn die Kinder künftig nach der Schule Freizeit zur eigenen Gestaltung haben, werden da nicht neue Probleme entstehen? Werden die Kinder kriminell?“

Wenn ich das alles zusammenfasse, was in der Broschüre steht und einen Sprachwissenschaftler frage, wie er das Geschriebene bewertet, dann wird er zu dem Schluss kommen: Hier will man ganze Menschengruppen verunsichern und ihnen Angst machen und man will Menschen von der Demokratie dieses Landes entfernen.

(Beifall bei CDU und SPD - Frau Kaiser-Nicht [PDS]: Hoffentlich wird das alles gesendet. Dann freuen sich die Menschen.)

„Eltern sind der Willkür von Verwaltungen ausgesetzt.“

Das ist eine Aussage der Broschüre. Ich frage mich, was man mit so einer Aussage bezweckt.

Vizepräsident Habermann:

Frau Abgeordnete, ich muss Sie wieder fragen, ob Sie eine Frage beantworten?

Frau Hartfelder (CDU):

Bitte am Schluss, Herr Präsident.

Mit den vielen Fragen, meine Damen und Herren vom Aktionsbündnis und von der PDS, haben Sie ein Horrorszenario aufgebaut, und ich sage Ihnen heute und hier, dass dieses nicht eintreten wird. Wir stehen zu Kitas, auch zur Erziehung im Kindergarten, in Kinderkrippen und im Hort, aber wir stehen zuvorderst zur Erziehung und Bildung und zur Fürsorge in der Familie und bitten deshalb um die Zustimmung zu diesem Gesetz.

(Beifall bei CDU und SPD - Zuruf von der PDS: Sie wollten doch noch Fragen beantworten!)

Vizepräsident Habermann:

- Die Frau Abgeordnete hatte während ihres Redebeitrages Zwischenfragen abgelehnt. Ich bin aber nicht gewillt, Nachfragen zu gestatten, wenn ihre Redezeit abgelaufen ist.

(Zuruf von der PDS: Sie war doch nur feige!)

Bitte schön, Herr Minister Reiche!

Minister für Bildung, Jugend und Sport Reiche:

Herr Präsident! Sehr geehrte Kollegen Abgeordneten! Wir stehen heute am Ende eines schwierigen und konfliktreichen, letztlich aber erfolgreichen Diskussionsprozesses um die Novellierung des Kita-Gesetzes. Zugleich stehen wir damit am Anfang einer sinnvollen und notwendigen Umstrukturierung der Kitas. Wir haben mit dieser Novelle die Voraussetzungen für ein Betreuungsangebot erreicht, das in seiner Struktur und seinem Umfang eine langfristige Perspektive bietet und das auch künftig in fast keinem der anderen Bundesländer erreicht wird.

Die Kritik, wir hätten die strukturelle Unterversorgung der westlichen Bundesländer übernommen, ist deshalb schlicht falsch. Vielmehr ist es gelungen, die Verantwortung der Gesellschaft für unsere Kinder auf einem hohen Niveau festzuschreiben: auf einem Niveau und in einem Umfang, auf die 14 andere Bundesländer zumindest derzeit nur hoffen können.

Die Einschränkung im zeitlichen Umfang und die Konzentration des Angebotes für Kleinstkinder und ältere Grundschulkinder auf diejenigen, die dieses Angebot wegen der Situation ihrer Eltern wirklich brauchen, sind für die Eltern und Kinder vertretbar. Ich habe in meiner Rede zur 1. Lesung des Gesetzentwurfes gesagt, dass

„nicht alle Betreuungsaufgaben verstaatlicht, aber auch nicht alle privatisiert werden. So falsch es ist, zu behaupten, dass für jede Betreuungsaufgabe der Staat entsprechende Angebote bereithalten müsse, so falsch ist es, die Familien mit dieser Aufgabe allein zu lassen. Zwischen diesen Polen muss jede Gesellschaft ihre Antwort finden.“

Ich meine, dass wir mit dem heute zur Abstimmung stehenden Gesetzentwurf eine für unsere Situation und eine unserer Verantwortung entsprechende Antwort gefunden haben: eine Antwort, die nach wie vor deutlich macht, dass für die Koalition der Satz „Kinder haben Vorrang“ gilt.

(Zuruf der PDS: Wobei?)

Die gefundene Antwort ist auch fachlich sinnvoll. Für eine qualitativ hochwertige Betreuung der Kleinstkinder waren unsere Krippengruppen häufig zu groß. Die finanziellen Mittel für eine erforderliche Verbesserung sind in Brandenburg wie auch in allen anderen Bundesländern nicht aufzubringen. Auch dies ist in der Veranstaltung in Hermannswerder deutlich gesagt worden.

Vizepräsident Habermann:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Minister Reiche:

Gern.

Vizepräsident Habermann:

Bitte schön, Frau Kaiser-Nicht!

Frau Kaiser-Nicht (PDS):

Herr Minister, Sie haben gerade gesagt, dass die vorgeschlagenen Änderungen im Rahmen der Kita-Novelle fachlich sinnvoll seien. Würden Sie mir bitte den fachlichen Sinn des Ausschlusses der Kinder über zehn Jahre von der Hortbetreuung erklären?

(Klein [SPD]: Das ist doch ganz einfach! Warum nicht über 15 Jahre oder 22 Jahre? So ein Blödsinn!)

Vizepräsident Habermann:

Herr Abgeordneter Klein, nicht Sie, sondern der Minister ist gefragt worden.

(Klein [SPD]: So einen Blödsinn muss man doch kommentieren!)

Minister Reiche:

Ihre Frage ist wie die Antworten in Ihrer Broschüre falsch, weil Kinder über zehn Jahre - diese Antwort habe ich Ihnen Dutzende Male in vielen Veranstaltungen gegeben - nicht ausgeschlossen werden.

(Beifall bei SPD und CDU)

Ihr Rechtsanspruch wird lediglich konditioniert. Dass Sie die Eltern über Wochen und Monate belogen haben, macht deutlich, dass Sie Ihre Aufgabe als Opposition nicht gefunden und nicht wahrgenommen haben.

(Beifall bei SPD und CDU)

Es ist richtig, dass dieses Angebot - anders als in anderen östlichen Bundesländern - in Brandenburg noch nicht vorhanden ist und dass wir alle in den nächsten Jahren noch manches dafür tun müssen.

Tagespflegepersonen - hier rede ich nicht nur von Tagesmüttern; vielleicht finden sich auch zunehmend Männer, die mit und außerhalb der Familie Erziehungsaufgaben wahrnehmen - müssen qualifiziert und fachlich begleitet werden. Das Land ...

Vizepräsident Habermann:

Herr Minister, wollen Sie noch eine Frage beantworten?

Minister Reiche:

... ist mit hohem Einsatz dabei, seinen Anteil zu leisten. - Herr Präsident, ich bin gern bereit, Fragen zu beantworten. Aber den Satz wollte ich gern noch zu Ende sprechen.

Vizepräsident Habermann:

Entschuldigung, ich wusste nicht, dass Sie noch nicht zu Ende waren. - Bitte schön, Frau Kaiser-Nicht!

Frau Kaiser-Nicht (PDS):

Herr Minister, Sie haben in der eben gegebenen Antwort auf die Broschüre abgehoben. Würden Sie bitte Frau Hartfelder erklären, dass ein Großteil der in dieser Broschüre zitierten Texte - zum Beispiel das Zitat „Tagespflege ist ein schlechtes Angebot“ - als polemische Fragestellung aus der Broschüre der Landesregierung zitiert wurde?

(Beifall bei der PDS)

Minister Reiche:

Frau Kaiser-Nicht, alles, was in der von Ihnen gemachten Broschüre richtig und sinnföhrnd ist, findet sich auch in unserer Broschüre. Das ist richtig.

(Heiterkeit bei der SPD)

Aber Sie verstellen bzw. missbrauchen diese Antworten, um Menschen zu verunsichern. Insofern trifft der Vorwurf von Frau Fechner nicht die Abgeordneten von SPD und CDU, sondern zumindest Sie und einige andere, die in den letzten Wochen die Auseinandersetzung um Kita missbraucht haben, um Stimmen für die Partei zu sammeln, anstatt den Prozess der Diskussion voranzubringen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Das Land wird bei der Entwicklung der Tagespflege seinen Anteil leisten. Das gilt auch für andere Alternativangebote, die bisher schon von den Fachkräften im Land entwickelt wurden, übrigens auch mit erheblicher Unterstützung durch Modellprojekte und Fortbildungsmaßnahmen, die das Land angeregt und finanziert hat. Die Alternativangebote werden sich weiterentwickeln und ausweiten; das ist fachlich wünschenswert und sinnvoll.

Wir werden uns von der Idee lösen, dass nur Kita, wie wir sie kennen, fachlich gut ist und dass alles andere eine Billiglösung darstellt. Gerade die Bedürfnisse der älteren Kinder und ihre Betreuungsnotwendigkeiten sind so vielfältig, dass es sich lohnt, die Betreuungsangebote weiter zu differenzieren. Genau dazu geben diese Kita-Novelle und die neue Finanzierungsform den Rahmen vor.

(Zuruf des Abgeordneten Hammer [PDS])

- Herr Hammer, in DDR-Zeiten, als SED und PDS Verantwortung getragen haben ...

(Zuruf von der PDS: Zu DDR-Zeiten gab es noch gar keine PDS!)

- Doch! Sie wissen, wann die PDS gegründet worden ist. Das war noch zu DDR-Zeiten.

Herr Hammer, seinerzeit gab es ein Betreuungsangebot im Hort für Kinder bis zu zehn Jahren. Abgeordnete der Fraktionen von SPD und CDU haben 1993 dafür gesorgt, dass das Betreuungsangebot auf Kinder bis zwölf Jahre erweitert worden ist, und zwar auf einem Niveau, das über das hinaus ging, was es zu DDR-Zeiten gegeben hat.

(Beifall bei SPD und CDU - Zurufe von der PDS)

- Ich bin gern bereit, auf Ihre Fragen zu reagieren. Aber Ihre vielen Zwischenrufe erlauben mir das Antworten nicht.

Der Großteil der vorgeschlagenen Präzisierungen reagiert auf geäußerte Befürchtungen und hebt durch Verstärkungen das Gewollte heraus. Ich denke hier etwa an die Beispielnennungen für Betreuungsbedarfe beim Bildungsauftrag der Kita. Deshalb bin ich dankbar, dass hier so viele Änderungsanträge von SPD und CDU gekommen sind. Sie zeigen, dass sich die Diskussionen der letzten Wochen und Monate gelohnt haben. Ich bin dankbar, dass Sie sich nicht nur den Diskussionen gestellt, sondern in diesen Diskussionen auch zugehört und die Verbesserungsvorschläge in die Fraktionen eingebracht haben. Nach einem weiteren Diskussionsprozess konnten wir dann gemeinsam diese Verbesserungen vornehmen. Leider gab es dabei nicht so viel Mitarbeit vonseiten der PDS.

Ich begrüße deshalb ganz ausdrücklich die Aufnahme der Personalschlüssel für die pädagogische Gruppenarbeit in § 10. Dies sichert gesetzlich die pädagogische Qualität der Betreuung und zerstreut Befürchtungen, die auch durch die Broschüre hervorgerufen sind, von der Frau Hartfelder erzählt hat, und die besagen, die Personalausstattung solle zukünftig in das Belieben der Träger gestellt werden. Bisher war sie zusammen mit den notwendigen Leitungsstellen in einer Verordnung geregelt. Aber eine gesetzliche Regelung demonstriert noch deutlicher den Willen des Landes, die Qualität der Arbeit zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Noch ein Wort zu dem Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen. Mit diesem Antrag ist sichergestellt, dass es auch nach 2002 eine gesicherte Finanzierung für die Kindertagesbetreuung geben wird. Sie wird dann hoffentlich sogar so zusammengeführt sein, dass die Gemeinden nicht nur finanzielle Sicherheit haben, sondern auch im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs ihre Gelder aus einem Topf erhalten.

Vizepräsident Habermann:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Minister Reiche:

Gerne.

Ludwig (PDS):

Herr Minister, zwei Fragen. Würden Sie mir erstens zustimmen, wenn ich feststelle, dass die Öffentlichkeitsarbeit, die die PDS-Fraktion mit ihrer Broschüre gemacht hat, so gut war, dass sie sogar in den Koalitionsfraktionen die Einsicht gefördert hat, dass hier eine gesetzliche Klarstellung des pädagogischen Betreuungsschlüssels erfolgt ist?

(Vereinzelt Beifall bei der PDS)

Zum Zweiten, Herr Minister: Sind Sie bereit, den hier gerade öffentlich gemachten Vorwurf der Lüge gegenüber der PDS-Fraktion zurückzunehmen, oder möchten Sie, dass wir in diesem Parlament dazu übergehen, dann, wenn wir feststellen, dass Sie die Unwahrheit verbreiten, davon abzugehen, zu behaupten, Sie würden die Dinge vielleicht nur nicht verstehen, und mit gleicher Münze zurückzahlen?

Minister Reiche:

Ich habe an dieser Stelle immer wieder ganz bewusst auf Frau Kaiser-Nicht und nicht auf die PDS-Fraktion als Ganzes abgehoben. Ich habe über diese Fragen viele Diskussionen mit Frau Kaiser-Nicht geführt; mancher von Ihnen war dabei. Ich habe auch mit Frau Enkelmann in Bernau heftige Diskussionen ausgefochten, aber dort ist fair und sachlich miteinander umgegangen worden. Vor allen Dingen sind nicht Fragen, die beantwortet worden sind, zum zweiten und dritten Mal als Unterstellungen aufgeworfen worden. Insofern betraf dies die Arbeitsweise von Frau Kaiser-Nicht in den letzten Wochen und Monaten.

(Beifall bei SPD und CDU)

Auf mein Bitten habe ich Anfang dieser Woche die offizielle Kinderzahl zum Stichtag 31.12.1999 mitgeteilt bekommen. Deshalb kann ich Ihnen heute recht verbindlich die Kinderkostenpauschalen nennen, die im Jahr 2001 an die Gemeinden gezahlt werden. Wir werden seitens des Landes im Jahr 2001, zusammen mit den Ausgleichszahlungen, 266 Millionen DM für die Finanzierung von Kitas zur Verfügung haben. Dies ergibt, geteilt durch die Zahl der Kinder im Alter von null bis zwölf Jahren in Höhe von 252 570 zum Stichtag 31.12.1999, eine Kinderkostenpauschale von 1 053,17 DM.

(Vogelsänger [SPD]: Und der Kreisanteil?)

- Den Kreisanteil kann ich nicht nennen, und zwar deswegen nicht, weil er von Kreis zu Kreis differiert. Ich bin Ihnen aber für Ihren Zuruf dankbar; so kann ich das klarstellen. Wir haben die 218 Millionen DM nicht geteilt und im GFG vor die Klammer gezogen; dann hätte ich hier eine Kinderkostenpauschale nennen können, die sozusagen aus den 266 Millionen DM plus 218 Millionen DM, geteilt durch die 252 570 Kinder die Kinderkostenpauschale inklusive des Kreisbeitrages ergeben hätte. Dies ist nicht möglich, weil wir uns in den Koalitionsfraktionen - wie ich finde, sinnvoll - gemeinsam entschieden haben, dass der Kreis seinen Anteil extra aufteilt.

An dieser Stelle ist auch zur PDS zu sagen: Man muss ja nicht die großen Tageszeitungen lesen, weil man ihnen nicht glaubt.

Aber ich lese, wie viele von Ihnen auch, das „Neue Deutschland“. Wenn man dort den Artikel vom 15.06. liest - den ich Ihnen wirklich empfehle -, in dem es heißt: „Streichkonzert in der Kita - Immer mehr Ostländer kürzen bei der Kinderbetreuung“, dann wird deutlich, dass das, was wir hier in Brandenburg gemacht haben, auch und in gleicher Weise mit den Stimmen bzw. mit Unterstützung der PDS in anderen Bundesländern passiert. Ich empfehle das wirklich Ihrer Lektüre.

(Prof. Dr. Bisky [PDS]: Schön, dass Sie „Neues Deutschland“ lesen! Danke!)

Brandenburg wird die Berufstätigkeit von Eltern weiterhin mit Betreuungsumfängen auf dem höchsten Niveau in der Bundesrepublik absichern. Vielleicht haben Sie es gemerkt: Auf Russisch heißt Kindergarten „Kindergarten“ und auf Englisch „Kindergarten“.

(Frau Dettmann [SPD]: Und Kita heißt „Kita“!)

Es wird auch in Zukunft so sein, dass das, was wir hier als Standard setzen, nicht nur in Deutschland, sondern weltweit Achtung findet:

(Frau Kaiser-Nicht [PDS]: Den Standard setzen längst andere Länder, Herr Minister!)

Kindern auch in Zukunft die Gelegenheit zum Leben und Spielen in der Gemeinschaft Gleichaltriger zu geben und vor allem die Zukunftschancen der Kinder und unserer Gesellschaft insgesamt dadurch zu verbessern, dass den frühen Bildungsprozessen der Kinder zunehmend und modernen Erkenntnissen entsprechend die verdiente Beachtung geschenkt wird, das ist mir als Bildungsminister besonders wichtig. Brandenburg war bisher Vorbild und wird es auch in Zukunft sein, für 14 Länder der Bundesrepublik Deutschland.

So schwer mir persönlich die Novelle und auch Ihnen die Auseinandersetzung um diese Novelle in den letzten Wochen gefallen ist: Darauf können wir alle miteinander ein bisschen stolz sein. Ich danke Ihnen für die fairen und erfolgreichen Beratungen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Herrn Minister Reiche. - Wir sind damit am Ende der Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt.

Wir kommen zur Abstimmung. Mir liegen zu diesem Tagesordnungspunkt eine Reihe von Änderungsanträgen vor. Ich rufe zuerst den Änderungsantrag der Fraktion der PDS auf, der Ihnen in der Drucksache 3/1373 vorliegt; er betrifft eine Neufassung des § 1. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dem Änderungsantrag mehrheitlich nicht entsprochen worden.

Ich rufe jetzt den Änderungsantrag der PDS, Drucksache 3/1372, auf; er betrifft eine Neufassung des § 2 Abs. 1 sowie eine Änderung der Überschrift zu § 2. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um sein Handzei-

chen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der PDS, Drucksache 3/1371, auf; er betrifft eine Neufassung von § 7 Abs. 2. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der PDS auf, der Ihnen in Drucksache 3/1370 vorliegt; er beinhaltet eine Neufassung von § 10 Abs. 1 Satz 2. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der PDS auf, der Ihnen in Drucksache 3/1369 vorliegt; er betrifft eine Neufassung von § 12 Abs. 1 und 2. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der PDS, Drucksache 3/1368, auf; er betrifft die Neufassung von § 16 Abs. 5. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Ich rufe die Beschlussempfehlung zu diesem Gesetz auf. Sie liegt Ihnen in Drucksache 3/1271 - Neudruck - vor. Zu dieser Beschlussempfehlung hat die Fraktion der PDS namentliche Abstimmung beantragt. Sie kennen das Prozedere. Ich bitte Sie herzlich, wenn ich die Abstimmung eröffnen habe, laut und deutlich Ihr Abstimmungsvotum bekannt zu geben.

Ich eröffne die Abstimmung zur Beschlussempfehlung, Drucksache 3/1271 - Neudruck - und bitte um das Verlesen der Namen.

(Namentliche Abstimmung)

Gibt es im Plenarsaal einen Abgeordneten, der seine Stimme nicht abgeben konnte? - Dann frage ich jetzt noch einmal den Abgeordneten Herrn von Arnim, der mir sehr indifferent sein Abstimmungsvotum mitgeteilt hat.

(von Arnim [CDU]: Ja.)

Danke. - Dann schließe ich die Abstimmung und bitte um Auszählung.

Meine Damen und Herren! Ich gebe Ihnen ohne einen weiteren Kommentar das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt. Für die Beschlussempfehlung stimmten 48 Abgeordnete, gegen die Beschlussempfehlung 27. Drei Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Damit ist die Beschlussempfehlung mit Mehrheit angenommen worden und das Zweite Gesetz zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes in 2. Lesung verabschiedet.

(Abstimmungslisten siehe Anlage S. 992)

Ich rufe den Entschließungsantrag - Drucksache 3/1366 - der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU auf. Wer diesem Entschließungsantrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Entschließungsantrag mehrheitlich angenommen worden.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 3 und rufe den **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Bildung einer gemeinsamen Einrichtung nach § 6 Abs. 1 Satz 7 des Abfallverbringungsgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 3/1248

1. Lesung

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde zwischen den Fraktionen vereinbart, keine Debatte zu führen, sodass ich sofort zur Abstimmung kommen kann. Das Präsidium empfiehlt Ihnen die Überweisung des Gesetzentwurfes der Landesregierung in Drucksache 3/1248 an den Ausschuss für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung. Wer dieser Überweisungsempfehlung folgt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit haben Sie einstimmig der Überweisungsempfehlung zugestimmt.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 4 und rufe den **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Bericht des Ministers des Innern über den Vollzug von Maßnahmen aufgrund § 33 Abs. 3 des Brandenburgischen Polizeigesetzes (BbgPolG)

Bericht
des Ministers des Innern

Drucksache 3/1166

Auch hier wurde vereinbart, keine Debatte zu führen. Ich kann somit feststellen, dass Sie den Bericht in der Drucksache 3/1166 zur Kenntnis genommen haben.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 5 und rufe den **Tagesordnungspunkt 6** auf:

**Gemeinschaftsaufgabe nach Artikel 91 a des Grundgesetzes „Ausbau und Neubau von Hochschulen“
(Anmeldung zum 30. Rahmenplan für den Hochschulbau)**

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Haushalt und
Finanzen

Drucksache 3/1165

Auch hier wurde vereinbart, keine Debatte zu führen, sodass ich sofort feststellen kann, dass Sie diese Anmeldung der Landesregierung zur Kenntnis genommen haben.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 6 und rufe den **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Genehmigung der Mitgliedschaft im Aufsichtsrat der Wirtschaftsförderung Berlin GmbH

Antrag
der Landesregierung

Drucksache 3/1254

Auch hier wurde vereinbart, nicht zu debattieren. Ich komme zur Abstimmung über den Antrag in Drucksache 3/1254. Wer diesem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist mehrheitlich dem Antrag zugestimmt worden.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 7 und rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Beschlüsse zu Petitionen
(gemäß § 12 Abs. 2 des Petitionsgesetzes)

Übersicht 3
des Petitionsausschusses

Drucksache 3/1253

Auch hierzu wurde vereinbart, keine Debatte zu führen. Ich stelle fest, dass Sie die Übersicht 3 des Petitionsausschusses zur Kenntnis genommen haben.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 8 und die 16. Sitzung des Landtages Brandenburg.

Ich wünsche eine angenehme Heimfahrt und einen angenehmen Abend.

Ende der Sitzung: 17.53 Uhr

Anlagen**Gefasste Beschlüsse****Zum TOP 3:****Zweites Gesetz zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 16. Sitzung am 22. Juni 2000 folgende Entschließung angenommen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, eine dauerhafte Regelung zu erarbeiten für die finanzielle Beteiligung des Landes an der Kindertagesbetreuung ab dem 1. Januar 2003. Es soll eine finanzielle Beteiligung über den kommunalen Finanzausgleich in Höhe der in § 16 Abs. 5 und § 16 a des Kindertagesstättengesetzes für das Jahr 2002 festgesetzten Zuschüsse erfolgen. Diese Beteiligung ist im Zwei-Jahres-Rhythmus an die Kinderzahl, die Personalkostenentwicklung sowie den Umfang der Inanspruchnahme des Tagesbetreuungsangebotes anzupassen. Die im Einzelplan 05 zur Finanzierung des Landeszuschusses gemäß § 16 Abs. 5 des Kindertagesstättengesetzes vorgesehenen Mittel sollen jeweils in unveränderter Höhe in die Verbundmasse überführt werden.

Bei der Neustrukturierung des Finanzausgleichs soll ein einheitlicher Nebenansatz für die finanziellen Belastungen durch Kindertagesbetreuung unter Berücksichtigung der Finanzbeteiligung des Landes an der Kindertagesbetreuung geprüft werden.“

Zum TOP 7:**Genehmigung der Mitgliedschaft im Aufsichtsrat der Wirtschaftsförderung Berlin GmbH**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 16. Sitzung am 22. Juni 2000 folgenden Beschluss gefasst:

„Gemäß Artikel 95 der Verfassung des Landes Brandenburg genehmigt der Landtag Brandenburg die Mitgliedschaft des Ministers für Wirtschaft, Herrn Dr. Wolfgang Fürniß, im Aufsichtsrat der Wirtschaftsförderung Berlin GmbH.“

Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen zu Tagesordnungspunkt 2 - Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für die Haushaltsjahre 2000 und 2001 (Haushaltsgesetz 2000/2001 - HG 2000/2001)

Einzelplan 07 - Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen

Änderungsantrag der Fraktion der PDS - Drucksache 3/1340

Folgende Abgeordnete stimmten mit Ja:

Frau Bednarsky (PDS)
Prof. Dr. Bisky (PDS)
Christoffers (PDS)
Dobberstein (PDS)
Domres (PDS)
Frau Dr. Enkelmann (PDS)
Hammer (PDS)
Frau Kaiser-Nicht (PDS)
Frau Osten (PDS)
Sarrach (PDS)
Frau Dr. Schröder (PDS)
Prof. Dr. Schumann (PDS)
Frau Stobrawa (PDS)
Frau Tack (PDS)
Thiel (PDS)
Dr. Trunschke (PDS)
Vietze (PDS)
Warnick (PDS)
Frau Wehlan (PDS)
Frau Wolff (PDS)

Folgende Abgeordnete stimmten mit Nein:

von Arnim (CDU)
Bischoff (SPD)
Frau Blechinger (CDU)
Bochow (SPD)
Frau Dettmann (SPD)
Dombrowski (CDU)
Dr. Ehler (CDU)
Firneburg (DVU)
Fritsch (SPD)
Gammel (SPD)
Frau Gregor (SPD)
Habermann (CDU)
Frau Hartfelder (CDU)
Heim (CDU)
Homeyer (CDU)
Dr. Kallenbach (SPD)
Karney (CDU)
Klein (SPD)
Kliesch (SPD)
Dr. Knoblich (SPD)
Frau Konzack (SPD)
Kuhnert (SPD)
Lenz (SPD)
Lunacek (CDU)
Frau Marquardt (CDU)
Meyer (SPD)
Müller (SPD)
Frau Müller (SPD)
Muschalla (SPD)
Neumann (CDU)
Dr. Niekisch (CDU)
Nieschke (CDU)
Petke (CDU)
Rademacher (SPD)
Frau Richstein (CDU)
Schippel (SPD)
Schöps (CDU)

Schrey (CDU)
 Schuldt (DVU)
 Frau Schulz (CDU)
 Schulze (SPD)
 Senfleben (CDU)
 Dr. Sternagel (SPD)
 Dr. Stolpe (SPD)
 Frau Thiel-Vigh (SPD)
 Vogelsänger (SPD)
 Dr. Wagner (CDU)
 Werner (CDU)
 Dr. Woidke (SPD)
 Frau Ziegler (SPD)
 Ziel (SPD)
 Zimmermann (SPD)

Folgende Abgeordnete enthielt sich der Stimme:

Frau Fechner (DVU)

Einzelplan 10 - Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz
 und Raumordnung

Änderungsantrag der Fraktion der PDS - Drucksache 3/1364

Folgende Abgeordnete stimmten mit Ja:

Frau Bednarsky (PDS)
 Prof. Dr. Bisky (PDS)
 Christoffers (PDS)
 Dobberstein (PDS)
 Domres (PDS)
 Frau Dr. Enkelmann (PDS)
 Hammer (PDS)
 Frau Kaiser-Nicht (PDS)
 Ludwig (PDS)
 Frau Osten (PDS)
 Sarrach (PDS)
 Frau Dr. Schröder (PDS)
 Prof. Dr. Schumann (PDS)
 Frau Stobrawa (PDS)
 Frau Tack (PDS)
 Thiel (PDS)
 Vietze (PDS)
 Warnick (PDS)
 Frau Wehlan (PDS)
 Frau Wolff (PDS)

Folgende Abgeordnete stimmten mit Nein:

von Arnim (CDU)
 Frau Blechinger (CDU)
 Bochow (SPD)
 Dellmann (SPD)
 Frau Dettmann (SPD)
 Dombrowski (CDU)
 Dr. Ehler (CDU)
 Fritsch (SPD)
 Gemmel (SPD)
 Frau Gregor (SPD)
 Habermann (CDU)

Dr. Hackel (CDU)
 Frau Hartfelder (CDU)
 Helm (CDU)
 Homeyer (CDU)
 Dr. Kallenbach (SPD)
 Karney (CDU)
 Klein (SPD)
 Kliesch (SPD)
 Dr. Knoblich (SPD)
 Kolbe (SPD)
 Frau Konzack (SPD)
 Kuhnert (SPD)
 Lenz (SPD)
 Lunacek (CDU)
 Frau Marquardt (CDU)
 Meyer (SPD)
 Müller (SPD)
 Frau Müller (SPD)
 Muschalla (SPD)
 Neumann (CDU)
 Dr. Niekisch (CDU)
 Petke (CDU)
 Rademacher (SPD)
 Reiche (SPD)
 Frau Richstein (CDU)
 Schippel (SPD)
 Schönbohm (CDU)
 Schöps (CDU)
 Schrey (CDU)
 Frau Schulz (CDU)
 Schulze (SPD)
 Senfleben (CDU)
 Frau Siebke (SPD)
 Dr. Sternagel (SPD)
 Dr. Stolpe (SPD)
 Frau Thiel-Vigh (SPD)
 Vogelsänger (SPD)
 Dr. Wagner (CDU)
 Werner (CDU)
 Dr. Wiebke (SPD)
 Dr. Woidke (SPD)
 Frau Ziegler (SPD)
 Ziel (SPD)

Folgende Abgeordnete enthielten sich der Stimme:

Birthler (SPD)
 Claus (DVU)
 Frau Fechner (DVU)
 Firneburg (DVU)
 Frau Hesselbarth (DVU)
 Nieschke (CDU)
 Schuldt (DVU)

Änderungsantrag der Fraktion der PDS - Drucksache 3/1344

Folgende Abgeordnete stimmten mit Ja:

Frau Bednarsky (PDS)
 Christoffers (PDS)
 Dobberstein (PDS)

Domres (PDS)
 Frau Dr. Enkelmann (PDS)
 Hammer (PDS)
 Frau Kaiser-Nicht (PDS)
 Ludwig (PDS)
 Frau Osten (PDS)
 Sarrach (PDS)
 Frau Dr. Schröder (PDS)
 Prof. Dr. Schumann (PDS)
 Frau Stobrawa (PDS)
 Frau Tack (PDS)
 Thiel (PDS)
 Vietze (PDS)
 Warnick (PDS)
 Frau Wehlan (PDS)
 Frau Wolff (PDS)

Folgende Abgeordnete stimmten mit Nein:

von Arnim (CDU)
 Frau Blechinger (CDU)
 Bochow (SPD)
 Dellmann (SPD)
 Frau Dettmann (SPD)
 Dombrowski (CDU)
 Dr. Ehler (CDU)
 Fritsch (SPD)
 Gemmel (SPD)
 Frau Gregor (SPD)
 Habermann (CDU)
 Dr. Hackel (CDU)
 Frau Hartfelder (CDU)
 Helm (CDU)
 Frau Hesselbarth (DVU)
 Homeyer (CDU)
 Dr. Kallenbach (SPD)
 Karney (CDU)
 Klein (SPD)
 Dr. Knoblich (SPD)
 Kolbe (SPD)
 Kuhnert (SPD)
 Lenz (SPD)
 Lunacek (CDU)
 Frau Marquardt (CDU)
 Meyer (SPD)
 Müller (SPD)
 Frau Müller (SPD)
 Muschalla (SPD)
 Neumann (CDU)
 Dr. Niekisch (CDU)
 Nieschke (CDU)
 Petke (CDU)
 Rademacher (SPD)
 Reiche (SPD)
 Frau Richstein (CDU)
 Schippel (SPD)
 Schönbohm (CDU)
 Schöps (CDU)
 Schrey (CDU)
 Schuldt (DVU)
 Frau Schulz (CDU)
 Schulze (SPD)

Senftleben (CDU)
 Frau Siebke (SPD)
 Dr. Sternagel (SPD)
 Dr. Stolpe (SPD)
 Frau Thiel-Vigh (SPD)
 Vogelsänger (SPD)
 Dr. Wagner (CDU)
 Werner (CDU)
 Dr. Wiebke (SPD)
 Dr. Woidke (SPD)
 Frau Ziegler (SPD)
 Ziel (SPD)
 Zimmermann (SPD)

Folgende Abgeordnete enthielten sich der Stimme:

Birther (SPD)
 Claus (DVU)
 Frau Fechner (DVU)
 Firneburg (DVU)

Gesetz zur Beseitigung des strukturellen Ungleichgewichts im Haushalt (Haushaltsstrukturgesetz 2000 - HstrG 2000)

Änderungsantrag der Fraktion der PDS - Drucksache 3/1351

Folgende Abgeordnete stimmten mit Ja:

Frau Bednarsky (PDS)
 Prof. Dr. Bisky (PDS)
 Christoffers (PDS)
 Claus (DVU)
 Dobberstein (PDS)
 Domres (PDS)
 Frau Fechner (DVU)
 Firneburg (DVU)
 Hammer (PDS)
 Frau Hesselbarth (DVU)
 Frau Kaiser-Nicht (PDS)
 Ludwig (PDS)
 Frau Osten (PDS)
 Frau Dr. Schröder (PDS)
 Schuldt (DVU)
 Prof. Dr. Schumann (PDS)
 Frau Stobrawa (PDS)
 Frau Tack (PDS)
 Thiel (PDS)
 Vietze (PDS)
 Warnick (PDS)
 Frau Wehlan (PDS)
 Frau Wolff (PDS)

Folgende Abgeordnete stimmten mit Nein:

von Arnim (CDU)
 Birther (SPD)
 Bischoff (SPD)
 Frau Blechinger (CDU)
 Bochow (SPD)
 Dellmann (SPD)
 Frau Dettmann (SPD)

Dombrowski (CDU)
 Dr. Ehler (CDU)
 Fritsch (SPD)
 Habermann (CDU)
 Dr. Hackel (CDU)
 Frau Hartfelder (CDU)
 Helm (CDU)
 Homeyer (CDU)
 Dr. Kallenbach (SPD)
 Karney (CDU)
 Klein (SPD)
 Dr. Knoblich (SPD)
 Kolbe (SPD)
 Frau Konzack (SPD)
 Kuhnert (SPD)
 Lenz (SPD)
 Lunacek (CDU)
 Frau Marquardt (CDU)
 Frau Müller (SPD)
 Muschalla (SPD)
 Neumann (CDU)
 Dr. Niekisch (CDU)
 Nieschke (CDU)
 Petke (CDU)
 Rademacher (SPD)
 Reiche (SPD)
 Frau Richstein (CDU)
 Schippel (SPD)
 Schönbohm (CDU)
 Schöps (CDU)
 Schrey (CDU)
 Schulze (SPD)
 Senftleben (CDU)
 Frau Siebke (SPD)
 Dr. Sternagel (SPD)
 Dr. Stolpe (SPD)
 Vogelsänger (SPD)
 Werner (CDU)
 Dr. Wiebke (SPD)
 Frau Ziegler (SPD)
 Ziel (SPD)
 Zimmermann (SPD)

Folgende Abgeordnete enthielten sich der Stimme:

Frau Schulz (CDU)
 Frau Thiel-Vigh (SPD)
 Dr. Wagner (CDU)

Änderungsantrag der Fraktion der PDS - Drucksache 3/1352

Folgende Abgeordnete stimmten mit Ja:

Frau Bednarsky (PDS)
 Prof. Dr. Bisky (PDS)
 Christoffers (PDS)
 Claus (DVU)
 Dobberstein (PDS)
 Domres (PDS)
 Frau Fechner (DVU)
 Firneburg (DVU)

Hammer (PDS)
 Frau Hesselbarth (DVU)
 Frau Kaiser-Nicht (PDS)
 Ludwig (PDS)
 Frau Osten (PDS)
 Frau Dr. Schröder (PDS)
 Schuldt (DVU)
 Prof. Dr. Schumann (PDS)
 Frau Stobrawa (PDS)
 Frau Tack (PDS)
 Thiel (PDS)
 Vietze (PDS)
 Warnick (PDS)
 Frau Wehlan (PDS)
 Frau Wolff (PDS)

Folgende Abgeordnete stimmten mit Nein:

von Arnim (CDU)
 Birthler (SPD)
 Bischoff (SPD)
 Frau Blechinger (CDU)
 Bochow (SPD)
 Dellmann (SPD)
 Frau Dettmann (SPD)
 Dombrowski (CDU)
 Dr. Ehler (CDU)
 Fritsch (SPD)
 Gemmel (SPD)
 Habermann (CDU)
 Dr. Hackel (CDU)
 Frau Hartfelder (CDU)
 Helm (CDU)
 Homeyer (CDU)
 Dr. Kallenbach (SPD)
 Karney (CDU)
 Klein (SPD)
 Dr. Knoblich (SPD)
 Kolbe (SPD)
 Frau Konzack (SPD)
 Kuhnert (SPD)
 Lenz (SPD)
 Lunacek (CDU)
 Frau Marquardt (CDU)
 Frau Müller (SPD)
 Muschalla (SPD)
 Neumann (CDU)
 Dr. Niekisch (CDU)
 Nieschke (CDU)
 Petke (CDU)
 Rademacher (SPD)
 Reiche (SPD)
 Frau Richstein (CDU)
 Schippel (SPD)
 Schönbohm (CDU)
 Schöps (CDU)
 Schrey (CDU)
 Frau Schulz (CDU)
 Schulze (SPD)
 Senftleben (CDU)
 Frau Siebke (SPD)
 Dr. Sternagel (SPD)

Dr. Stolpe (SPD)
 Frau Thiel-Vigh (SPD)
 Vogelsänger (SPD)
 Dr. Wagner (CDU)
 Werner (CDU)
 Dr. Wiebke (SPD)
 Dr. Woidke (SPD)
 Frau Ziegler (SPD)
 Ziel (SPD)
 Zimmermann (SPD)

Änderungsantrag der Fraktion der PDS - Drucksache 3/1353

Folgende Abgeordnete stimmten mit Ja:

Frau Bednarsky (PDS)
 Prof. Dr. Bisky (PDS)
 Christoffers (PDS)
 Dobberstein (PDS)
 Domres (PDS)
 Frau Fechner (DVU)
 Hammer (PDS)
 Frau Kaiser-Nicht (PDS)
 Ludwig (PDS)
 Frau Osten (PDS)
 Sarrach (PDS)
 Frau Dr. Schröder (PDS)
 Prof. Dr. Schumann (PDS)
 Frau Stobrawa (PDS)
 Frau Tack (PDS)
 Thiel (PDS)
 Vietze (PDS)
 Warnick (PDS)
 Frau Wehlan (PDS)
 Frau Wolff (PDS)

Folgende Abgeordnete stimmten mit Nein:

von Arnim (CDU)
 Birthler (SPD)
 Bischoff (SPD)
 Frau Blechinger (CDU)
 Bochow (SPD)
 Claus (DVU)
 Dellmann (SPD)
 Frau Dettmann (SPD)
 Dombrowski (CDU)
 Dr. Ehler (CDU)
 Fritsch (SPD)
 Gemmel (SPD)
 Habermann (CDU)
 Dr. Hackel (CDU)
 Frau Hartfelder (CDU)
 Helm (CDU)
 Homeyer (CDU)
 Dr. Kallenbach (SPD)
 Karney (CDU)
 Klein (SPD)
 Dr. Knoblich (SPD)
 Kolbe (SPD)
 Frau Konzack (SPD)

Kuhnert (SPD)
 Lenz (SPD)
 Lunacek (CDU)
 Frau Marquardt (CDU)
 Frau Müller (SPD)
 Muschalla (SPD)
 Neumann (CDU)
 Dr. Niekisch (CDU)
 Nieschke (CDU)
 Petke (CDU)
 Rademacher (SPD)
 Reiche (SPD)
 Frau Richstein (CDU)
 Schippel (SPD)
 Schönbohm (CDU)
 Schöps (CDU)
 Schrey (CDU)
 Frau Schulz (CDU)
 Schulze (SPD)
 Senftleben (CDU)
 Frau Siebke (SPD)
 Dr. Sternagel (SPD)
 Dr. Stolpe (SPD)
 Frau Thiel-Vigh (SPD)
 Vogelsänger (SPD)
 Dr. Wagner (CDU)
 Werner (CDU)
 Dr. Wiebke (SPD)
 Dr. Woidke (SPD)
 Frau Ziegler (SPD)
 Ziel (SPD)
 Zimmermann (SPD)

Folgende Abgeordnete enthielten sich der Stimme:

Finneburg (DVU)
 Frau Hesselbarth (DVU)
 Schuldt (DVU)

Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 3 - Zweites Gesetz zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 3/1047

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport - Drucksache 3/1271

Folgende Abgeordnete stimmten mit Ja:

von Arnim (CDU)
 Birthler (SPD)
 Bischoff (SPD)
 Frau Blechinger (CDU)
 Bochow (SPD)
 Dellmann (SPD)
 Frau Dettmann (SPD)
 Dombrowski (CDU)
 Dr. Ehler (CDU)
 Freese (SPD)
 Fritsch (SPD)
 Gemmel (SPD)

Habermann (CDU)
Dr. Hackel (CDU)
Frau Hartfelder (CDU)
Helm (CDU)
Homeyer (CDU)
Dr. Kallenbach (SPD)
Karney (CDU)
Klein (SPD)
Kliesch (SPD)
Dr. Knoblich (SPD)
Kolbe (SPD)
Kuhnert (SPD)
Lenz (SPD)
Lunacek (CDU)
Frau Marquardt (CDU)
Frau Müller (SPD)
Muschalla (SPD)
Dr. Niekisch (CDU)
Nieschke (CDU)
Petke (CDU)
Reiche (SPD)
Frau Richstein (CDU)
Schippel (SPD)
Schönbohm (CDU)
Schöps (CDU)
Schrey (CDU)
Senfleben (CDU)
Frau Siebke (SPD)
Dr. Sternagel (SPD)
Dr. Stolpe (SPD)
Vogelsänger (SPD)
Werner (CDU)
Dr. Wiebke (SPD)
Dr. Woidke (SPD)
Frau Ziegler (SPD)
Ziel (SPD)

Folgende Abgeordnete stimmten mit Nein:

Frau Bednarsky (PDS)
Prof. Dr. Bisky (PDS)
Christoffers (PDS)
Claus (DVU)
Dobberstein (PDS)
Domres (PDS)
Frau Fechner (DVU)
Firnburg (DVU)
Hammer (PDS)
Frau Kaiser-Nicht (PDS)
Ludwig (PDS)
Frau Osten (PDS)
Rademacher (SPD)
Sarrach (PDS)
Frau Dr. Schröder (PDS)
Schuldt (DVU)
Prof. Dr. Schumann (PDS)
Frau Stobrawa (PDS)
Frau Tack (PDS)
Thiel (PDS)
Frau Thiel-Vigh (SPD)
Dr. Trunschke (PDS)
Vietze (PDS)
Dr. Wagner (CDU)
Warnick (PDS)
Frau Wehlan (PDS)
Frau Wolff (PDS)

Folgende Abgeordnete enthielten sich der Stimme:

Frau Konzack (SPD)
Neumann (CDU)
Frau Schulz (CDU)

